C 21734 E



Arbeiterkampf

Jahrg. 3 Nr. 34/16. Okt. 73
Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes
50 Pf.

CHILE

Wütender faschistischer TERROR

Die faschistische Militärdiktatur in Chile ist jetzt rund einen Monat alt. Für die bürgerliche Presse ist das nun kein Thema großer Schlagzeilen mehr, nachdem sie schon wenige Tage nach dem Putsch die Demagogie der „Normalisierung" in die Welt setzte. Indes hat die Junta nicht nur den Terror fortgesetzt, sondern Schritt um Schritt verschärft. Nach ihrem vom Imperialismus eingesegneten Plan versucht sie die Reihen der Arbeiter, Bauern und Studenten soweit von allen mit dem Sozialismus sympathisierenden Menschen und aktiven Freiheitskämpfern zu „säubern", daß das Volk auf Jahre hinaus nicht wieder die Kraft finden wird, sich gegen seine Unterjochung zu erheben.

Genauere Angaben über das ganze Ausmaß des faschistischen Terrors sind nicht möglich. Aber einige Schlaglichter allein genügen nicht, um der chilenischen Militärjunta und dem sie stützenden Imperialismus den tiefsten proletarischen Klassenhaß entgegenzuschleudern.

Verschiedene Quellen sprachen bereits wenige Tage nach dem Putsch von Tausenden von Toten. Ein amerikanischer Arzt, der aus Chile herkommen konnte, nannte vor kurzem die Zahl von über 25 000 Opfern des Militärterrors. Der größte Teil davon ist in Massenerschießungen und bei Angriffen auf Betriebe und Wohnviertel ermordet worden: gleich zu Beginn des Staatsstreichs wurden u.a. 500 Arbeiter des Bergwerkes El Teniente, 500 Arbeiter der Textilfabrik Sumar und mehrere Hun-

Forts. Seite 25

WIEDER KRIEG IN NAHOST

Die Schwäche des Zionismus wird deutlich

Im Nahen Osten wird wieder gekämpft. In den ersten Kriegstagen gelang es ägyptischen und syrischen Truppen, die Waffenstillstands-Linien von 1967 zu durchbrechen. Nachdem die israelische Gegenoffensive in den folgenden Tagen zunächst abgewehrt wurde, zeichnet sich eine längere Kriegsdauer ab.

Israel ist der Aggressor

Die Waffenstillstands-Linien erreichte Israel 1967 durch einen Aggressionskrieg gegen Ägypten, Jordanien und Syrien. Durch einen Überraschungs-Schlag gelang es Israel damals, zuerst die Luftwaffe Ägyptens weitgehend noch am Boden zu zerstören und so die totale Luftüberlegenheit zu gewinnen. Mit Hilfe dieser Luftüberlegenheit gelang es, dann, die ägyptischen Panzer-Einheiten auf der Sinai-Halbinsel zu vernichten und schließlich die ägyptischen Truppen in die Flucht zu schlagen. Seither verlief die Waffenstillstands-Linie entlang des Suez-Kanals. Gegen die zahlenmäßig schwache jordanische Armee konnte Israel leicht das gesamte westliche Jordan-Ufer besetzen. In Syrien, das den Hauptteil seiner Truppen damals zurückhielt, konnten die militärisch wichtigen Golan-Höhen gewonnen werden.

Die UNO faßte mehrfach eindeutige Beschlüsse, daß Israel alle besetzten Gebiete – insgesamt ein vielfaches der Fläche des Staates Israel ! – räumen müßte. Stattdessen versuchte Israel, die Waffenstillstands-Linien in feste Grenzen zu verhandeln und die besetzten Gebiete dem zionistischen Staat einzuverleiben. Die arabische Bevölkerung der besetzten Gebiete wurde brutal unterdrückt, Tausende arabischer Widerstandskämpfer eingekerkert oder ermordet, Massen-Vertreibungen wurden in Gang gebracht und israelische „Wehrsiedlungen" in den besetzten Gebieten angelegt.

Diese Politik entspricht dem wahnwitzigen Anspruch des Zionismus, ein „Israel in den historischen Grenzen" (von vor 3000 Jahren!) zu schaffen. Nach dieser „Logik" könnten die Araber Spanien für sich beanspruchen, die Deutschen Italien, die Polen Hamburg etc., weil sie irgendwann in den letzten 3000 Jahren dort einmal gesiedelt haben.

Deshalb ist – unabhängig von der vordergründigen Frage, wer am 6. Oktober den „ersten Schuß" abgegeben hat – eindeutig Israel der Aggressor. Ägypten und Syrien kämpfen darum, arabische Gebiete w i e d e r zu gewinnen, die Israel 1967 durch einen Aggressions-Krieg besetzen konnte und die es widerrechtlich fest in den israelischen Staat integrieren wollte.

Forts. Seite 28



Faschistischer Militär-Terror in Santiago (Chile)

Baden-Württemberg

Klares Votum für Streik

89 Prozent der 220.000 organisierten IG Metall-Mitglieder stimmten am 10. Oktober in einer Urabstimmung für Streik zur Durchsetzung der IGM-Forderungen aus dem Lohnrahmentarifvertrag, nachdem die Kapitalisten den Schlichtungsspruch abgelehnt hatten.

Nachdem es in den letzten Wochen widerholt zu Warnstreiks der Metallarbeiter gekommen war, demonstrierten die Arbeiter auch in den beiden letzten Tagen ihre Kampfbereitschaft:

- **10.000 demonstrierten am Montag auf einer Kundgebung in Neckarsulm,**
- **20.000 Arbeiter beteiligten sich am Dienstag an Protestkundgebungen in Göppingen, Ulm, Neckarsulm, Karlsruhe und Gaggenau,**
- **96 Prozent aller organisierten nahmen am Mittwoch an der Urabstimmung teil.**

Die zuständige Tarifkommission hat den Streikbeginn für Dienstag, den 16.10. beantragt.

- Kündigungsschutz und Verdienstabsicherung für Arbeitnehmer ab dem 50. Lebensjahr.
- Grunderholzeit von sechs Minuten in der Stunde.
- Mindestverdienstgarantie von 140 % bei Akkord.
- Verbot von Arbeitstakten unter 1,5 Minuten.
- Mehr Mitbestimmung bei Gruppen- und Fließarbeit.

Das waren die „Kernforderungen" („Metall" 20/73) der IG Metall in diesen Lohnrahmenverhandlungen.

Die große Bereitschaft der Kollegen, für diese Forderungen zu kämpfen, offenbart ein weiteres Mal, daß neben dem Lohnabbau die Arbeits- und Akkordhetze zunimmt, daß Rationalisierungen und Arbeitstempoverschärfungen die Ausbeutung in den Betrieben verstärken und immer mehr zu einem brennenden Problem der Arbeiterklasse werden.

Forts. Seite 2

50 Jahre Hamburger Aufstand

„Jubiläen sind für die Kommunisten und den klassenbewußten Teil der Arbeiterklasse nicht leere Gedenktage, sondern Richtlinien für den Klassenkampf, Leitfäden für die Aktion." (Ernst Thälmann)

Am 23. Oktober 1973 sind es 50 Jahre her, seit der revolutionäre Teil des Hamburger Proletariats zu den Waffen griff, um den Kampf gegen die kapitalistische Unterdrückungsherrschaft aufzunehmen. Der Kampf der Hamburger Oktoberkämpfer blieb isoliert und mußte deshalb abgebrochen werden. Dennoch ist er auch heute noch ein lehrreiches Beispiel für den revolutionären Mut des zu allem entschlossenen Proletariats und er ist gleichzeitig ein Meilenstein in der Entwicklung der KPD hin zu einer fest in den Massen verankerten bolschewistischen Partei.

Die revolutionäre Tradition der Hamburger Arbeiterklasse

Bevor wir auf das Krisenjahr

Forts. Seite 9

Forts. Votum für Streik

Dies wird nicht nur in den fast täglich durchgeführten Warnstreiks in Nordbaden/Nordwürttemberg und der Urabstimmung deutlich, sondern schon die spontanen Streiks dieses Sommers gingen nicht allein um bloße Lohnerhöhungen, sie enthielten auch Forderungen nach Reduzierung der Bandgeschwindigkeiten (Ford), Wegfall der unteren Lohngruppen (Ford, Pierburg, Hella), mehr Urlaub (Ford) usw.

Kein Interesse an besseren Arbeitsbedingungen?

Noch in der Tarifrunde 1971 wollten die Hamburger IGM-Führer den Vertrauensleuten und Betriebsräten der Metallbetriebe weismachen, daß man für Forderungen aus dem Lohnrahmentarif „keinen Hund hinter dem Ofen hervorlocken kann" (Jonni Müllner). Tatsächlich haben die Gewerkschaftsführer über Jahre hinaus eine Politik betrieben, die Forderungen aus dem Lohnrahmen- oder Manteltarif allein als Sache von „zähen" und jahrelangen Verhandlungen zwischen ihnen selbst und den Kapitalisten zu belassen, d. h. sie bezogen die Arbeiter in diese Auseinandersetzung nicht mit ein.



Die Urabstimmung in Stuttgart: Die Arbeiter von Daimler-Benz stimmten mit über 90 % für Streik.

Eine Orientierung, die sie auch in der Lohnpolitik ausgeben, die aber wegen der jeweils aktuellen Dringlichkeit, jetzt und heute mehr Geld in der Lohntüte zu haben, nur begrenzt ohne die Arbeiter durchführbar ist.

So laufen die unmittelbaren Verhandlungen um den Lohnrahmen II in Baden-Württemberg schon zwei Jahre, sind aber bereits seit 17 (siebzehn!) Jahren überfällig, so lange ist nämlich der Manteltarifvertrag von 1953 (!) schon gekündigt und wird seitdem zwischen den „Tarifpartnern" in Einzelabkommen verhandelt (Lohnrahmen I wurde 1967 abgeschlossen, er regelt die Tätigkeitsmerkmale der Lohnstufen und die Arbeitsplatzbewertung).

Daß die Arbeiter jetzt „auf einmal" so ein großes Interesse an diesen Forderungen zeigen, beweist allein, wie dringlich ihre Erfüllung ist, in welche Situation die herrschende Tarifpolitik der Gewerkschaften die Arbeiter manövriert. Die Gewerkschaftsführer haben das natürlich auch kapiert und machen sich die dringendsten Bedürfnisse der Arbeiter für eine erneute Aufpolierung ihres Images als „ehrliche Makler" der Arbeiter-Interessen zunutze. Ihr Verhalten zielt darauf ab, durch radikales und scheinbar konsequentes Auftreten sich (die Führer) als die einzigen Vertreter der Arbeiterinteressen anzubieten und ihr nach der letzten Tarifrunde und den spontanen Streiks ramponiertes Ansehen wieder aufzufrischen. Andererseits kommt ihnen die Bewegung um den Lohnrahmen gelegen, von den Vorbereitungen zur Tarifrunde am Jahresende abzulenken.

Hier offenbart sich, daß in der Tarifpolitik der Gewerkschaften nicht irgendeine „große Wende" eingetreten ist, sondern daß mit solchen taktischen Manövern nur ihre prinzipielle Linie der Klassenversöhnung verdeckt werden soll.

Ist das nun aber ein Grund, den Streik in Baden-Württemberg abzulehnen und die Forderung aufzustellen:

„Alles auf die Tarifrunde am Jahresende konzentrieren", wie es einige fortschrittliche Kollegen und auch kommunistische Gruppen (!) tun?

Diese Orientierung ist falsch! Hinter ihr verbirgt sich doch eine Geringschätzung des Kampfes der Arbeiter für bessere Arbeitsbedingungen. Eine richtige Politik würde vielmehr darin bestehen, im Kampf um einen besseren Lohnrahmentarif die Kampfkraft der Kollegen zu entwickeln, die auch in der kommenden Lohnrunde dann eingesetzt und weiter entfaltet werden kann.

Die Alternative ist nicht entweder jetzt für den Lohnrahmen zu kämpfen oder am Jahresende für mehr Lohn sondern die Frage steht einfach, den Kampf gegen die kapitalistische Ausbeutung zu führen, in den Lohnrahmenverhandlungen und in den Lohnverhandlungen.

Daß die Arbeiter sich zur Zeit den Zeitpunkt des Kampfes noch nicht selber aussuchen können, sondern ihn unter den gegebenen Bedingungen führen müssen, ist Ausdruck des Kräfteverhältnisses zwischen den Klassen, daß es den Gewerkschaftsführern noch ermöglicht, die kapitalistische Tarifpolitik in der Arbeiterklasse durchzusetzen. Nicht ‚Schwerpunkt Lohnrunde' kann daher die Parole lauten, sondern Kampf gegen kapitalistische Ausbeutung und für klassenbewußte Gewerkschaften in den aktuellen Auseinandersetzungen, das ist der Hebel, die Bedingungen zu verändern.

Die Parole ‚Schwerpunkt Lohnrunde' entspringt – soweit sie von „kommunistischen" Gruppen aufgestellt wird – einer zutiefst ökonomistischen Politik. Ihr liegt eine erbärmliche Unterschätzung des Bewußtseins der Arbeiter zugrunde.

Kein entweder oder!

Die Kapitalisten lehnten den Schlichtungsspruch für die Lohnrahmenverhandlungen ab, da das nach ihren Angaben für „viele Firmen Belastungen bis zu 38% bedeuten" (Anzeige vom 10.10.73).

Daß das Stimmungsmache ist, ist klar, die IGM errechnete demgegenüber höchstens 3%.

Trotzdem benutzen die Gewerkschaftsführer solche Argumente (die Kosten der Kapitalisten) in der zur Zeit laufenden Diskussionen um die Forderungen zur Tarifrunde selber, Forderungen runterzuschrauben.

Dazu ist zu sagen, daß viele Forderungen aus dem Lohnrahmen nahezu „kostenneutral" sind, denn sie bedeuten nur eine tarifliche Absicherung der zur Zeit sowieso gängigen Regelungen (so wird im Durchschnitt z.B. sowieso schon 140% bei Akkord bezahlt). Die Weigerung der Kapitalisten erklärt sich aus ihrem Interesse, die Möglichkeit, tariflich nicht abgesicherte Leistungen streichen zu können, nicht aufzugeben.

Darüberhinaus müssen die Arbeiter sich entschieden dagegen wehren, daß Forderungen aus anderen Tarifverträgen benutzt werden, um Lohnforderungen zu drücken. In Hamburg z.B. geben die Gewerkschaftsführer die Parole aus: „Ein Tag Urlaub = 3% weniger Lohn" (der Urlaubstarif ist gerade gekündigt). Hier gibt es kein „entweder oder"!

Warnstreiks auch in Schleswig-Holstein

Verhandlungen um den Lohnrahmentarifvertrag laufen zur Zeit in mehreren Bezirken: Bayern, Nordrhein-Westfalen und Hamburg (schon seit zwei Jahren). In Schleswig-Holsten ist ein Schlichtungsspruch gefällt worden, den offensichtlich IG Metall und Gesamtmetall annehmen wollen.

Danach wird ab 1.1.75 (!) die Lohngruppe 1 abgeschafft, das betrifft 4% aller Beschäftigten.

Die Lohngruppe 2 (9% der Beschäftigten) bleibt entgegen der IGM-Forderung bestehen, wird aber in der Berechnung von 76% auf 80% des Ecklohns erhöht.

Für Zeitlöhner wurde eine Leistungszulage vereinbart.

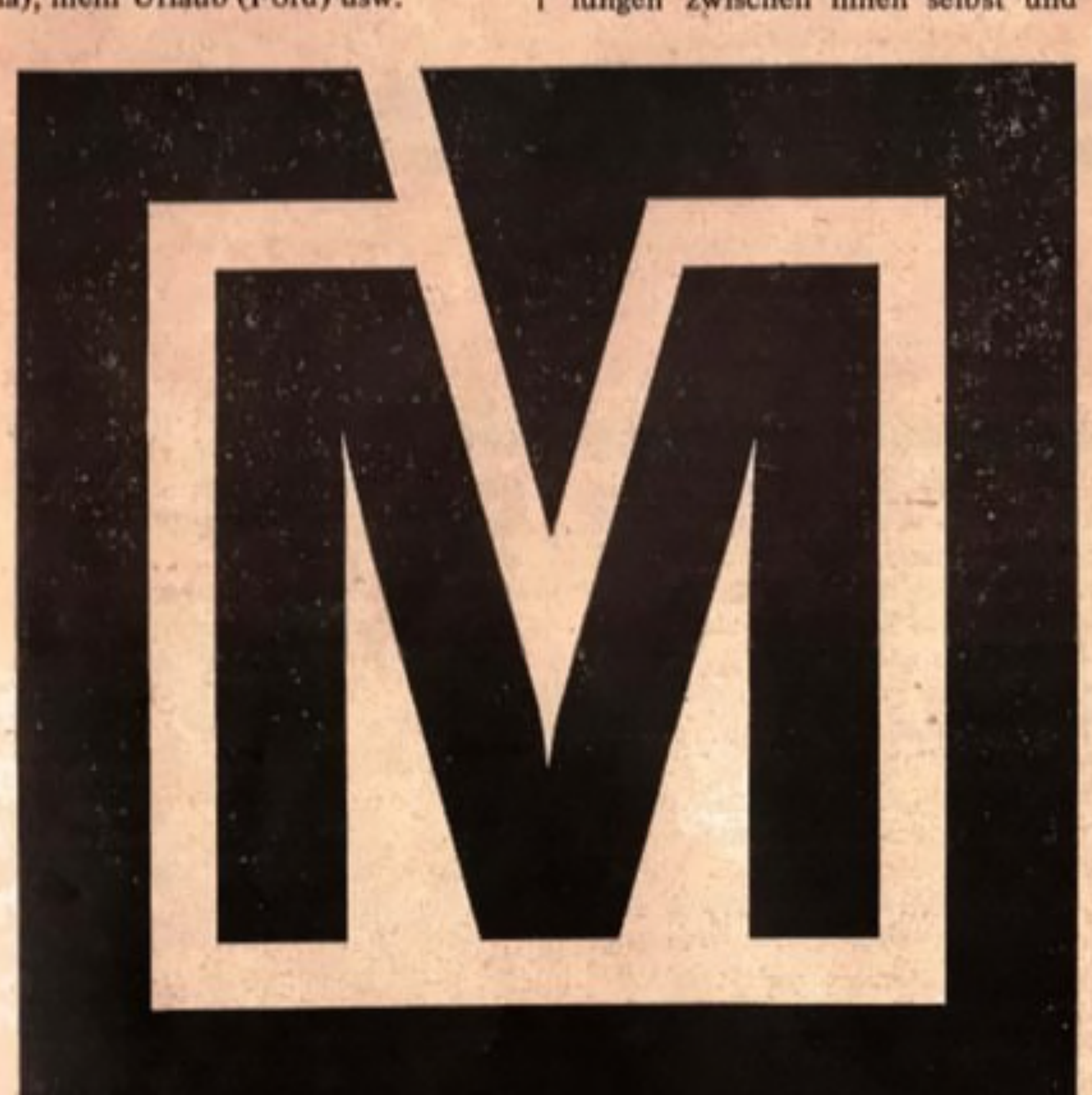
Vorausgegangen waren diesem Abschluß verschiedene Warnstreiks, die überwiegend von Frauen durchgeführt wurden (Lohngruppe 1 und 2 sind sogenannte Frauenlohngruppen).

So streikten 600 Arbeiterinnen bei AEG in Neumünster. Ebenfalls gestreikt wurde bei DTW in Rendsburg, Teldec in Nortorf, und am Tag des Schlichtungsergebnisses (11.10.) streikte die Belegschaft der Lübecker Draeger-Werke. ■

Metall-Komitee,
KB/Gruppe Hamburg

Chronologie der „Warnstreiks"

Datum / Anzahl	
14.9.73	
35 000	Kollegen u.a. bei Daimler Benz (Stuttgart und Sindelfingen), Bosch in Stuttgart und Bei Singer . . . Streikdauer: 30 Minuten
17.9.73	
6 000	Kollegen, etwa 3 100 davon in Mannheimer Mittelbetrieben (30 Minuten)
18.9.73	
12 000	Kollegen, u.a. Klöckner-Humbold-Deutz, Daimler Benz und Bauknecht, Schwerpunkt Ulm, Streikdauer: 30 Minuten
19.9.73	
15 000	Kollegen streiken für 30 Minuten
20.9.73	
17 000	Kollegen legen die Arbeit nieder, ebenfalls für 30 Minuten
24.9.73	
5 000	Metaller unterbrechen für 30 Minuten die Arbeit in Stuttgart, Mannheim und Murrhardt
25.9.73	
3 000	Kollegen 30 Minuten lang im Ausstand, davon 1 000 bei AEG in Heilbronn
26.9.73	
1 500	Arbeiter von AUDI NSU in Heilbronn stellen für 30 Minuten die Arbeit ein
28.9.73	
3 000	Metaller (davon 1 000 Benz-Kollegen) streiken für 30 bis 60 Minuten
1.10.73	
3 000	Arbeiter der Schwäbisch Gmünder Zahnradfabrik unterbrechen für 30 Minuten die Arbeit



Für mehr Menschlichkeit am Arbeitsplatz braucht niemand zu streiken.

Wir waren und sind bereit, den Prozeß der Humanisierung der Arbeitswelt weiter voranzutreiben. Zusammen mit der IG Metall.
Ein solcher Tarifvertrag kann noch heute unterschrieben werden. Oder morgen.
Wer dennoch für Streik ist, kämpft nicht für mehr Humanität, sondern für mehr Geld. Er sollte das auch wissen.
Er sollte wissen:

- daß die von uns abgelehnten Forderungen der IG Metall für viele Firmen Belastungen bis zu 38% bedeuten,
- daß es in zwei Monaten ganz offiziell um mehr Lohn und Gehalt geht – und zwar für alle – nicht nur für Akkordarbeiter. Und um mehr Urlaub und Urlaubsgeld,
- daß durch die Kündigung des Lohnrahmens I und des Manteltarifvertrages noch weitere Forderungen auf die Unternehmen zukommen.

Jeder sollte darüber nachdenken, ob damit der Bogen nicht überspannt ist.
Darum:
wer jetzt für Streik stimmt, muß sich fragen, ob er die Konsequenzen tragen will: weitere Preissteigerungen, Gefährdung des Exports, Auftragsrückgang und damit auch Auswirkungen auf die Arbeitsplätze.
Wer jetzt für Streik stimmt, muß wissen, daß er am Ast sägt, auf dem er sitzt.

Verband der Metallindustrie
Baden-Württemberg e.V.

Metallindustrie

Zweimal veröffentlichten die Metall-Kapitalisten halbseitige Anzeigen in Baden-Württembergs Tageszeitungen und polemisierten gegen die Forderungen. Sie konnten aber eine klare Stimmabgabe für Streik nicht verhindern. (Anzeige aus „Stuttgarter Zeitung" vom 10.10.73).

PROBLEME DES MARXISMUS–LENINISMUS

Lenin, Chile und die DKP

Der von US-Imperialismus und innerer Reaktion inszenierte Militärputsch in Chile hat erneut die Frage aktualisiert, ob und unter welchen Umständen ein „friedlicher Weg" zum Sozialismus möglich ist. Im Prinzip wird nicht nur von Kommunisten, sondern auch in der DKP und bis in die Reihen der Juso-Führung und anderer linker Sozialdemokraten hinein anerkannt, daß Imperialismus und Reaktion nach wie vor zum Äußersten bereit sind, um ihre Ausbeuter-Herrschaft zu verteidigen. Die Schlußfolgerungen hieraus sind jedoch sehr unterschiedlich. Manche erkennen den Charakter des Imperialismus zwar im Prinzip an (wie auch nicht, da die Tatsache eine deutliche Sprache redet!), aber sind nicht bereit, für die demokratische und anti-kapitalistische Bewegung daraus Konsequenzen zu ziehen.

Wir wollen uns in diesem Artikel speziell mit den revisionistischen Thesen zum „friedlichen Weg" beschäftigen. Da sich diese politische Richtung bei ihrem Treiben auf Marx und Lenin beruft, ist es unerläßlich, ihre Auffassung mit der tatsächlichen marxistisch-leninistischen Theorie von Staat und Revolution zu konfrontieren. Im Artikel wird nochmals Bezug genommen auf die revisionistischen Theorien verschiedener Führer der chilenischen UP, die heute zum Teil bereits ermordet sind, sich unter Lebensgefahr in Haft befinden oder von den Faschisten gejagt werden. Die notwendige Solidarität ändert jedoch nichts an der Falschheit ihrer Auffassungen. Das chilenische Beispiel lehrt konkret, wohin der Revisionismus führt und sollte helfen, die Vertreter des Reformismus und Revisionismus in der BRD weiter zurückzudrängen.

Was Lenin über Staat und Revolution sagte

Lenin war mit Marx und Engels der Meinung, daß jeder Staat „ein Produkt der Unversöhnlichkeit der Klassengegensätze" ist. „*Da der Staat entstanden ist aus dem Bedürfnis, Klassengegensätze im Zaun zu halten, da er aber gleichzeitig mitten im Konflikt dieser Klassen entstanden ist, so ist er in der Regel Staat der mächtigsten, ökonomisch herrschenden Klasse, die vermittelst seiner auch politisch herrschenden Klasse wird und so neue Mittel erwirbt zur Niederhaltung und Ausbeutung der unterdrückten Klassen*". (Engels)

Lenin war deshalb der Meinung, daß der bürgerliche Staat „**als allgemeine Regel nur durch eine gewaltsame Revolution**" zu stürzen sei. Und er fügte hinzu: „*Die Notwendigkeit, die Massen systematisch in diesen, gerade in diesen Auffassungen über die gewaltsame Revolution zu erziehen, liegt der gesamten Lehre von Marx und Engels zugrunde. Der Verrat an ihrer Lehre durch die heutzutage vorherrschenden sozialchauvinistischen und kautskyanischen Strömungen kommt besonders plastisch darin zum Ausdruck, daß die einen wie die anderen diese Propaganda, diese Agitation vergessen haben.*" (Zitate aus „Staat und Revolution", geschrieben wenige Wochen vor der Oktoberrevolution 1917)

Wichtig ist in diesem Zusammenhang ferner die Auseinandersetzung Lenins mit dem Revisionisten Kautsky.

Kautsky hatte als „Argument" angeführt, daß ja Marx „der Ansicht war, in England und Amerika könne sich der Übergang friedlich, also auf demokratischem Wege vollziehen."

Lenin entgegnete: „*Die revolutionäre Diktatur des Proletariats ist Gewalt gegenüber der Bourgeoisie; die Notwendigkeit dieser Gewalt wird eben, wie Marx und Engels aufs ausführlichste und wiederholt (besonders im ‚Bürgerkrieg in Frankreich' und im Vorwort dazu) dargelegt haben, insbesondere durch das Vorhandensein des stehenden Heeres und der Bürokratie hervorgerufen. Gerade in den siebziger Jahren des 19. Jahthunderts, als Marx diese Bemerkung machte, waren gerade diese Institutionen gerade in England und Amerika nicht vorhanden! (Heute dagegen bestehen sie sowohl in England als auch in Amerika.) Kautsky muß auf Schritt und Tritt buchstäblich schwindeln, um sein Renegatentum zu verbergen!*"

„*Der ‚Historiker' Kautsky fälscht die Geschichte so schamlos, daß er das Grundlegende ‚vergißt': Der vormonopolistische Kapitalismus – dessen Höhepunkt gerade die siebziger Jahre des 19. Jahrhunderts waren – zeichnete sich infolge seiner grundlegenden ökonomischen Eigenschaften, die in England und Amerika besonders typisch zum Ausdruck kamen, durch eine verhältnismäßig sehr große Friedens- und Freiheitsliebe aus. Der Imperialismus dagegen, d.h. der monopolistische Kapitalismus, der erst im 20. Jahrhundert seine volle Reife erlangt hat, zeichnet sich infolge seiner grundlegenden ökonomischen Eigenschaften durch eine sehr geringe Friedens- und Freiheitsliebe und durch eine sehr große, überall zu verzeichnende Entwicklung des Militarismus aus.* **Das bei der Beurteilung, inwieweit eine friedliche oder eine gewaltsame Umwälzung typisch oder wahrscheinlich ist, ‚nicht bemerken' heißt zu einem ganz alltäglichen Lakaien der Bourgeoisie hinabsinken.**" (Lenin, Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky, abgeschlossen am 10. November 1918 – Hervorhebungen von uns)

Das sollte genügen, um zu zeigen, daß Lenin durchaus kein Apostel des „friedlichen Wegs zum Sozialismus" war, sondern vielmehr die Vertreter derartiger Theorien, wie Kautsky, unerbittlich als Sophisten und Fälscher entlarvte.

Diese Abreibung für den Renegaten Kautsky hindert die DKP-Revisionisten jedoch nicht, ungerührt dessen faule „Argumente" aufs Neue aufzutischen: **„Schon Marx, Engels und Lenin haben einen friedlichen Weg (genauer einen Weg ohne Waffengewalt) zum Sozialismus unter Umständen für möglich gehalten."** (Aus der vom Landesverband Hamburg der SDAJ herausgegebenen Schrift „Mit linkssektiererischen Organisationen zusammenarbeiten?" – Material für Bildungsleiter.)

Am Vorabend der Oktoberrevolution befaßte sich Lenin außerdem intensiv mit der Frage der „Zerschlagung der bürgerlichen Staatsmaschinerie". Marx und Engels waren aufgrund der Erfahrungen der Pariser Kommune von 1871 zu der Schlußfolgerung gelangt, daß „die Arbeiterklasse nicht die fertige Staatsmaschinerie einfach in Besitz nehmen und sie für ihre eigenen Zwecke in Bewegung setzen kann" (Marx, Der Bürgerkrieg in Frankreich). Und in einem Brief an Kugelmann (12. April 1871) betonte Marx, **„daß ich als nächsten Versuch der französischen Revolution ausspreche, nicht mehr wie bisher die bürokratisch-militärische Maschinerie aus einer Hand in die andere zu übertragen, sondern sie zu zerbrechen."**

Insbesondere in der Schrift „Über die proletarische Miliz" (März 1917) entwickelte Lenin diese These von Marx weiter. Lenin schreibt dort u.a.:

„*Wir brauchen einen Staat, aber nicht einen solchen Staat, wie ihn die Bourgeoisie braucht, in dem die Machtorgane in Gestalt der Polizei, der Armee, der Bürokratie (der Beamtenschaft) vom Volk getrennt sind und dem Volk entgegengestellt werden . . . Das Proletariat aber muß, wenn es die Errungenschaften der gegenwärtigen Revolution festhalten und weitergehen, wenn es Frieden, Brot und Freiheit erkämpfen will, diese ‚fertige' Staatsmaschinerie, um mit Marx zu sprechen, ‚zerschlagen' und sie durch eine neue ersetzen, in der Polizei, Armee und Bürokratie mit dem bis auf den letzten Mann bewaffneten Volk eins sind . . .*"



Der Revisionismus am Beispiel Chile

Es ist von uns im letzten AK und eigentlich seit dem Regierungsantritt der „Unidad Popular" aufgezeigt worden, daß die UP gerade in Fragen der Staatsmacht höchst phantasievoll und höchst abenteuerlich permanent von der leninschen Theorie über Staat und Revolution abwich, im Grunde mit dieser gebrochen hatte.

Wie erwähnt, war Lenin der Auffassung, daß das Proletariat den bürgerlichen Staatsapparat zerschlagen muß, daß es einen neuen, proletarischen Staatsapparat braucht.

Die UP jedoch ging davon aus, wegen „spezieller chilenischer Bedingungen" vom Marxismus-Leninismus und den historischen Erfahrungen abweichen zu dürfen. In diesem Sinn verkündigte der von den Faschisten ermordete Präsident Allende schon bald nach Regierungsantritt in einem „Spiegel"-Interview heiter, es sei doch **„gut zu sehen, daß in einer fernen Ecke der Welt die Schemata etwas auseinandergeraten."** („Spiegel" 38/70)

Die UP behauptete, daß eine wesentliche „Besonderheit" Chiles dessen „traditionelle Demokratie" sei.

Auf diese Behauptung gründete sich die Annahme, in Chile auf parlamentarischem Weg und im Rahmen der bürgerlichen Gesetzlichkeit revolutionäre Umgestaltungen durchführen zu können.

Ein besonderes Kennzeichen der UP-Politik war die Verkennung der Funktion des bürgerlichen Staates. Hier wurde vor allem die bürgerliche Armee als eine neutrale Institution dargestellt, die nicht bestimmten Klasseninteressen, sondern einer über den Klassen schwebenden „Verfassungstreue", „Gesetzmäßigkeit" etc. verpflichtet sei.

Das bedeutet eine Ersetzung der marxistisch-leninistischen Staats-Theorie durch plattesten bürgerlichen Idealismus.

Wie bereits in AK 33 zitiert, vertrat Präsident Allende etwa folgendes: die chilenischen Streitkräfte und Polizei-Einheiten hätten eine „rein chilenische Qualität" und seien daher bereit, „den an den Wahlurnen ausgedrückten Willen zu respektieren". (Nach einem Interview mit der italienischen Zeitung „Corriere della Sera" vom 13.6.72.)

Noch gegen Ende 1972 verbreitete der Generalsekretär der „KP" Chiles, Corvalan, unheilvolle „Weisheiten" wie etwa:

„Die Armee mischt sich gemäß der Verfassung nicht in politische Streitfragen ein . . . trotz aller Unterschiede sind die Militärs durch eine Reihe moralischer Werte (!) geeint: Achtung vor der Verfassung und dem Gesetz, Gehorsam gegenüber der vom Volk gewählten Regierung . . ."

Corvalan glaubte auch, „**Die an die Streitkräfte gerichteten Forderungen der reaktionären Gruppierungen, die Grenzen ihrer berufsmäßigen Rolle (!) zu überschreiten, blieben ergebnislos. Die Militärs suchen nicht die politische Macht**", sondern „**(halten) die Sicherung der inneren Ordnung für eine ihrer Pflichten.**" (Luis Corvalan, Zwei Jahre danach: was geht in Chile vor? , in: Probleme des Friedens und des Sozialismus, 9/72)

➔

Ein italienischer Revisionist zu Chile

G. Pajetta, Mitglied der Führung der revisionistischen „KP" Italiens (PCI), nahm in der Parteizeitung „l' Unità" vom 16. September zu den Ereignissen in Chile Stellung. Pajettas Artikel ist nicht nur eine Verteidigung des „friedlichen Weges", sondern ein Aufruf zu verstärktem Opportunismus auch in Italien.

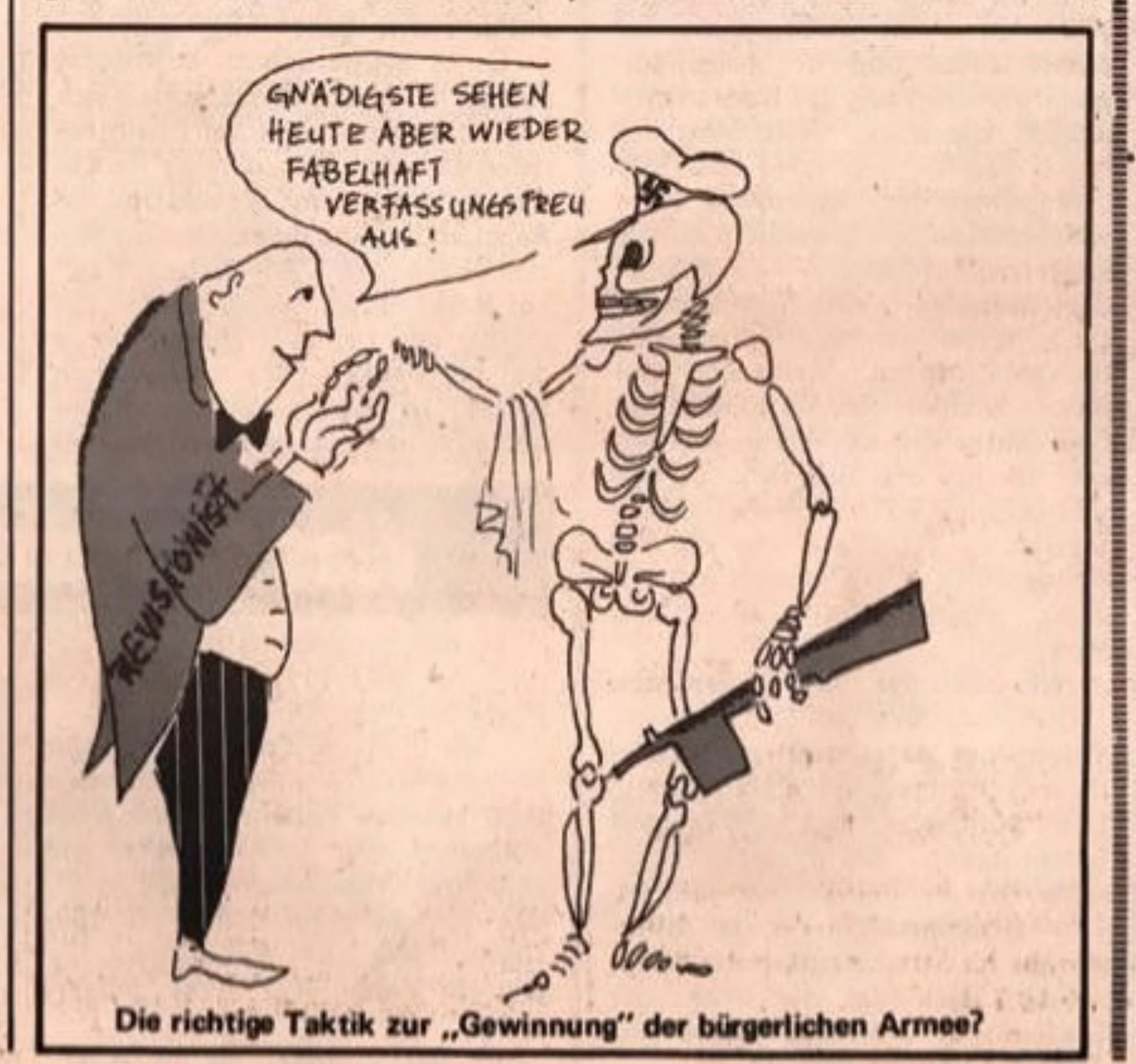
Pajetta erteilt jedem Gedanken an gewaltsame Revolution und Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparats eine klare Absage. Pajetta nimmt die Frage auf, „in welchem Maß die Struktur des chilenischen Staates und die staatlichen Institutionen vereinbar waren mit den in Gang befindlichen Veränderungen", um dann zu sagen: „Die ‚verfassungsmäßige Legalität' brechen, diesen Staatsapparat zerschlagen, antwortet mancher eilig, und vergißt, daß es gerade Vorschläge und Drohungen in diesem Sinn waren, die die Radikalisierung dieses Apparates nach rechts begünstigen."

Großartig! Laßt uns alle Lehren von Marx und Lenin über den bürgerlichen Staat vergessen oder zumindest verschweigen, damit wir den Staatsapparat nicht „radikalisieren". Laßt uns lieber der bürgerlichen Armee Komplimente über ihre „Verfassungstreue" machen, denn das wird sie „beruhigen".

Natürlich müssen auch die bürgerlichen Parteien „beruhigt" werden durch einen „Dialog" etc. Pajetta wirft „einem beträchtlichen Teil" der Unidad Popular („unter ihnen die Mehrheit der Führer der Sozialistischen Partei"!!) vor, daß sie diesen „Dialog" mit den chilenischen Christdemokraten (die später den Putsch begrüßten!!) nicht genug geführt haben. Das soll der PCI aber nicht passieren, meint Pajetta.

Pajetta schreibt aber auch, daß „tausende unserer Genossen" jetzt die Frage nach der Möglichkeit des „friedlichen Weges" stellen. Das ist ein Grund zur Hoffnung! ■

(vgl. hierzu auch: „Briefe einer Genossin aus Italien" in diesem AK!)



Die richtige Taktik zur „Gewinnung" der bürgerlichen Armee?

Forts. Revolution . . .

Der Kandidat des ZK der „KP" Chiles, Banchero, vertrat noch wenige Wochen vor dem faschistischen Putsch folgende illusionäre Meinung: *„Der revolutionäre Prozeß vollzieht sich in Chile unter Aufrechterhaltung der Streitkräfte, die als eine professionelle Einrichtung wirken, welche sich nicht an politischen Streitigkeiten beteiligt und sich der legitimen zivilen Macht unterordnet. Zwischen den Streitkräften und der Arbeiterklasse bestehen feste Bande der Zusammenarbeit (!!) und der gegenseitigen Achtung um der patriotischen Aufgaben willen, Chile in ein freies, entwickeltes, demokratisches Land zu verwandeln."*
(„Probleme des Friedens und des Sozialismus" 8/73, S. 1031)

Die Frage der Staatsmacht wurde also in Wahrheit gar nicht gestellt. Vielmehr wurde die Illusion vertreten, als sei mit einem Wahlsieg die Frage der Staatsmacht im wesentlichen schon gelöst: Wer die Wahl gewinnt, hat „die Macht" und ihm gehorcht das „verfassungstreue" Militär und die Polizei. Der Generalsekretär der „KP" Chiles, Corvalan, sagte einmal:

„Die Linksparteien bildeten die Regierung, d.h. sie eroberten jenen Teil des Mechanismus der politischen Macht, der in der Verwaltung des Staates die H a u p t r o l l e spielt." (zitiert bei A. Rodriguez, Formen der Eroberung der Macht, in: „Probleme des Friedens und des Sozialismus" 6/72)

Aus Äußerungen anderer UP-Führer geht hervor, daß davon ausgegangen wurde, den bürgerlichen Staat „absterben" zu lassen, statt ihn zu zerschlagen. D.h. die UP würde allmählich immer bessere Mehrheitsverhältnisse im Parlament erreichen (durch Wahlen selbstverständlich), würde Schritt um Schritt „immer mehr Vertreter der Arbeiterklasse und anderer Schichten der Werktätigen in die Leitung des Staates und der Gesellschaft einbeziehen" (Banchero, s.o.), bürgerliche Personen aus dem Staatsapparat zugweise ablösen, das Militär mehr und mehr nicht nur „neutral" halten, sondern für die Positionen der UP gewinnen. Das war im Grunde ein sehr schöner Plan – falls die Bourgeoisie so lange gewartet hätte ...

In der Frage des „Absterbens" des Staates führte schon Lenin eine Polemik gegen die damaligen Revisionisten. Lenin machte klar, *„daß die Lehre von Marx und Engels von der Unvermeidlichkeit der gewaltsamen Revolution sich auf den bürgerlichen Staat bezieht. Dieser k a n n durch den proletarischen Staat (die Diktatur des Proletariats) n i c h t auf dem Wege des ‚Absterbens' abgelöst werden, sondern, als allgemeine Regel, nur durch eine gewaltsame Revolution."* (Lenin, „Staat und Revolution")

Die scheinbare „Riesendummheiten" der UP-Regierung bei der Einschätzung des bürgerlichen Staates, insbesondere der „Blindheit" gegenüber der Rolle des Militärs, müssen unbedingt im Z u s a m m e n h a n g gesehen werden mit der g e s a m t e n Theorie des „friedlichen Wegs" zum Sozialismus, die es ausschließt, das Proletariat und seine Verbündeten systematisch auf die Notwendigkeit der gewaltsamen Revolution und der Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparats zu orientieren.

Nicht zufällig griffen die meisten UP-Führer, besonders aber die Revisionisten der „KP" Chiles, jeden demagogisch als „ultralinks" und schließlich gar als „Provokateur" an, der – wie die MIR (Bewegung der Revolutionären Linken) Zweifel an der „Loyalität" und „Verfassungstreue" des Militärs äußerte. Denn aus der Sicht des Reformismus und Revisionismus bedeuteten solche Zweifel, das Militär zu „reizen" und zu „beunruhigen", es eventuell zu einem Staatsstreich zu „provozieren".

Der `friedliche Weg´

Seit dem XX. Parteitag verkündete der später ruhmlos untergegangene Chruschtschow jene Prinzipien des „friedlichen Weges", die noch heute zum theoretischen „Schatz" der revisionistischen Parteien gehören. Chruschtschow war u.a. der Meinung: **„ . . . Was die Formen des Übergangs zum Sozialismus betrifft, so werden sie, wie der XX. Parteitag der KPdSU feststellte, immer mannigfaltiger werden. Dabei wird der Übergang zum Sozialismus nicht unbedingt überall und in allen Fällen mit dem bewaffneten Aufstand und dem Bürgerkrieg verbunden sein. Der Marxismus-Leninismus geht davon aus, daß die Formen des Übergangs zum Sozialismus friedlich und nicht-friedlich sein können. Es entspricht den Interessen der Arbeiterklasse, der Volksmassen, daß die Revolution auf friedlichem Wege erfolgt. Wenn aber die herrschenden Klassen auf die Revolution mit Gewaltanwendung antworten und sich dem Willen des Volkes nicht fügen wollen, muß das Proletariat ihren Widerstand brechen, entschieden den Bürgerkrieg aufnehmen."**
(zitiert nach: N. S. Chruschtschow, „Über die wichtigsten Probleme der Gegenwart", Moskau 1963, S. 35)

Was sagte Lenin über einen möglichen „friedlichen Weg" – und was machen die Revisionisten daraus?

Als Kautsky den „friedlichen Weg" propagierte, verwies er darauf, daß Marx diese Möglichkeit anerkannt habe. Als Chruschtschow den „friedlichen Weg" propagierte, verwies er darauf, daß Lenin diese Möglichkeit anerkannt habe. Was hat es damit auf sich?

„Bekanntlich hielt Lenin im April 1917 unter den damaligen Verhältnissen eine friedliche Entwicklung der russischen Revolution für möglich." (Chruschtschow, Rechenschaftsbericht an den XX. Parteitag der KPdSU, Moskau 1956)

Hinweise wie dieser finden sich standardmäßig in allen revisionistischen Veröffentlichungen wieder, um zu beweisen, daß sich die Revisionisten angeblich im Einklang mit Lenin befinden, wenn sie den „friedlichen Weg zum Sozialismus" propagieren.

Tatsächlich hat Lenin zu verschiedenen Zeitpunkten des Jahres 1917 (nicht nur im April, sondern noch wenige Wochen vor der Oktoberrevolution) eine „friedliche Entwicklung der Revolution" für möglich gehalten.

Die Revisionisten v e r s c h w e i g e n jedoch den konkreten historischen Z u s a m m e n h a n g dieser Erwägungen Lenins. Sie pflücken sich einzelne Halbsätze und kurze Zitate aus den Texten, die den Sinn des von Lenin Gemeinten auf den Kopf stellen.

Liest man Lenin im T e x t (und nicht in einzelnen Satzfetzen, wie es bei der DKP üblich ist), so kann man unschwer erkennen, daß Lenin von einer Ausnahmesituation spricht, die bestimmte Voraussetzungen hat: 1.) die Zerrüttung der zaristischen Armee nach drei Jahren imperialistischem K r i e g ; 2.) die Existenz einer „Doppelherrschaft", d.h. paralleler politischer und militärischer Machtorgane des Proletariats (Sowjets, Proletarische Milizen etc.).

D.h. die reaktionäre Armee ist schon auf durchaus nicht-friedliche Weise desorganisiert worden, das Proletariat hat sich schon auf durchaus nicht-friedliche Weise politische und vor allem m i l i t ä r i s c h e Machtorgane geschaffen – unter solchen konkreten Bedingungen hielt Lenin eine relativ friedliche W e i t e r entwicklung der Revolution für möglich. Das ist das genaue Gegenteil des „friedlichen Wegs" der Revisionisten.

In „Schulungs"-Schriften der DKP wird z.B. gern erwähnt, daß Lenin in „Die Aufgaben der Revolution" (1. September-Hälfte 1917) die Möglichkeit einer „friedlichen Entwicklung der Revolution" in Rußland anerkannt habe. In der Tat. Verschwiegen wird jedoch: 1.) daß Lenin in eben diesem Artikel von einer **„in der Geschichte der Revolutionen außerordentlich seltenen (!!) Möglichkeit"** spricht, und 2.) ist für ihn die entscheidende Bedingung: *„Durch die Übernahme der ganzen Macht könnten die Sowjets jetzt noch – und wahrscheinlich ist das die letzte Chance – die friedliche Entwicklung der Revolution sichern . . . "*

Lenin nennt dabei u.a. folgende Maßnahmen zur „Übernahme der ganzen Macht" und zur „Vollständigen Unterdrückung der Konterrevolution" wie etwa: Verhaftung der reaktionären Generäle und der „Häuptlinge der bürgerlichen Konterrevolution", Liquidierung der konterrevolutionären Verbände (Reichsduma, Offiziersverbände etc.), Verbot der bürgerlichen konterrevolutionären Zeitungen und Beschlagnahme ihrer Druckereien, „die Ausbeuter unter die Aufsicht der Arbeiter und Bauern zu stellen und über die Widersetzlichen solche Strafen zu verhängen wie die Beschlagnahme des gesamten Vermögens, verbunden mit einer kurzen Haft."

Wie kann das dazu dienen, den „friedlichen Weg" im Sinne des Revisionismus zu rechtfertigen? Denn dieser beruht ja gerade darauf, k e i n e politischen und militärischen Machtorgane des Proletariats zu schaffen, die bürokratisch-militärische Staatsmaschinerie der Bourgeoisie n i c h t anzutasten (Chile!), sondern sich um die Frage der Staatsmacht mit unrealistischen Theorien herumzumogeln.

Von den revisionistischen Parteien sind es heute sicher 90 %, die den „friedlichen Weg" für real in ihrem Land erklären – unabhängig von konkreten Bedingungen! – und ihre ganze „Strategie" völlig auf diese „Möglichkeit" ausgerichtet haben. Nur wenige revisionistische Parteien – etwa die Südafrikas oder Guatemalas – gehen noch von der Notwendigkeit der gewaltsamen Revolution und des bewaffneten Kampfes aus. Jedoch selbst die revisionistischen Parteien in faschistischen Ländern wie Spanien und Griechenland sind ganz und gar auf den „friedlichen Weg" fixiert.

Es ist schwerlich zu bestreiten, daß die modernen Revisionisten sich dabei durchaus nicht auf Lenin berufen können. War nämlich für Lenin die **gewaltsame Revolution** die Regel, so machen umgekehrt die Revisionisten den **„friedlichen Weg"** zur Regel, unter heuchlerischer Berufung auf Lenin. Während Lenin die Möglichkeit des „friedlichen Weges" in einer genau definierten und klar umrissenen Situation kurze Zeit sah, predigen die Revisionisten den „friedlichen Weg" permanent und unbekümmert um konkrete Bedingungen.

Aus einer historischen Ausnahmesituation (die Erwägungen Lenins 1917) unter Berufung auf L e n i n eine global verbindliche R e g e l (unabhängig von Ort, Zeit und Bedingung!) abzuleiten – das ist offenbarer Sophismus in der Art Kautskys, ist eine Verkehrung des leninschen Standpunkts um 180 Grad!

Abenteuerliche Kraftmeierei des Revisionismus – für die Arbeiter ein teurer „Spaß"!

Die Revisionisten behaupten, daß für sie ja keineswegs der „friedliche Weg" der einzig mögliche sei, sondern daß sie im Prinzip auch die Möglichkeit einer nicht-friedlichen Entwicklung anerkennen. Die Phrasen der Revisionisten verschiedener Länder ähneln sich dabei tatsächlich wie ein Ei dem anderen.

Der von den Faschisten ermordete chilenische Präsident Allende wurde kurz nach seinem Regierungsantritt 1970 vom „Spiegel" nach der Möglichkeit eines Militärputsches befragt, und er antwortete zuversichtlich: *„Ich muß den Leuten der Rechten sagen, daß derjenige der Winde sät, Gewitter erntet."*
(„Der Spiegel" 38/1970)

Ein Führer der Sozialistischen Partei Chiles, Hernan del Canto, sagte in einem Interview mit der DKP-Zeitung „UZ": *„Wir lassen uns nicht provozieren. Wir wollen keine Gewalt und werden keine anwenden. Sollte man uns jedoch mit Gewalt daran zu hindern suchen, die demokratischen Umgestaltungen zu verwirklichen, dann werden unsere Volksregierung, unser Volk und unsere Arbeiterklasse entschiedenen Widerstand leisten und die Konterrevolution niederschlagen."*
(„UZ" vom 15. Mai 1971)

Der führende englische Revisionist L. Cox meint: *„In Großbritannien wird häufig, vor allem von ultralinken Elementen, die Frage gestellt: Können wir unser Ziel ohne bewaffneten Kampf oder Bürgerkrieg erreichen? Niemand kann garantieren, daß es einen solchen Kampf nicht geben wird, doch unseres Erachtens lassen es die Veränderungen des Kräfteverhältnisses in der Welt und die Schwächung der Positionen der britischen herrschenden Klasse kaum wahrscheinlich (!) erscheinen, daß diese im Falle der Bildung einer demokratischen Regierung bewaffnete Gewalt anwenden wird. Wenn doch, wird die organisierte Arbeiterbewegung – dessen sind wir gewiß – jegliche Versuche dieser Art vereiteln können."*
(nach: Probleme des Friedens und des Sozialismus, 8/73, S. 1028)

Und in einem internen Schulungspapier der Hamburger DKP schließlich wird großkotzig verkündet, (nachdem man tausend „Argumente" gegen einen Bürgerkrieg vorgebracht hat, der für die Arbeiterklasse sehr gefährlich und kaum zu gewinnen sei !!):

„Sollte es den Herrschenden gelingen, einen Bürgerkrieg zu entfesseln, werden sie selbstverständlich die gebührende Antwort erhalten." (zitiert aus: „Marxistische Strategie contra ‚linkes' Abenteurertum")

Wahrlich, gut gebrüllt Löwe!

Einerseits finden sie tausend Vorwände und Ausflüchte, um die s y s t e m a t i s c h e, b e w u ß t e Vorbereitung der Arbeiterklasse auf eine nicht-friedliche Entwicklung der Revolution als „ultralinkes Abenteurertum" etc. abzulehnen und zu denunzieren. Andererseits dreschen sie abenteuerliche, verantwortungslose Phrasen über die Aussichten eines Bürgerkrieges, den die Bourgeoisie der u n v o r b e r e i t e t e n Arbeiterklasse (und ihren Verbündeten) a u f z w i n g t! Hier zeigt der Revisionismus sein wahres, im Grunde zynisches und massenfeindliches Gesicht. Es kann doch eigentlich niemandem im Ernst unverständlich sein, daß in einem s o l c h e n, ihr a u f g e z w u n g e n e n Bürgerkrieg (wie jetzt in Chile) die Aussichten der Arbeiterklasse unendlich schlechter sind, als wenn eine Kommunistische Partei bewußt und systematisch das Proletariat auf die Notwendigkeit der gewaltsamen Revolution orientiert. Denn die Politik der Revisionisten überläßt es der konterrevolutionären Bourgeoisie, in aller Ruhe den „rechten Zeitpunkt" zum Losschlagen gegen die unvorbereitete Arbeiterklasse zu wählen.

Es kostet wohl nichts, großmäulige Phrasen zu dreschen, daß man unter solchen Bedingungen „die Konterrevolution niederschlagen", den „Herrschenden" die „gebührende Antwort erteilen" werde etc. Für die Arbeiterklasse jedoch schlägt diese Politik schwer zu Buch.

Es ist doch kein Zufall und keine nebensächliche Bemerkung, daß L e n i n die Kommunisten darauf orientierte, die Massen s y s t e m a t i s c h in der Auffassung über die allgemeine U n v e r m e i d l i c h k e i t der gewaltsamen Revolution zu e r z i e h e n, und daß Lenin den V e r r a t des Reformismus, Kautskyanertums etc. gerade im V e r z i c h t auf d i e s e Agitation und Propaganda sah. (Lenin, „Staat und Revolution")

N u r unter d i e s e r Bedingung kann man davon reden, auf die Anwendung a l l e r Kampfformen vorbereitet zu sein, und nur unter dieser Bedingung erhält der Hinweis auf die Niederschlagung der Konterrevolution einen realen Inhalt.

Auch die Revisionisten reden davon, daß Lenin darauf orientiert hat, sich auf die Anwendung aller Kampfformen (friedlicher und nichtfriedlicher) vorzubereiten. Damit bemänteln sie jedoch ihre V e r m u r k s u n g der leninschen Theorie, suchen ein Alibi für ihre völlig e i n s e i t i g e und a u s s c h l i e ß l i c h e Fixierung auf den „friedlichen Weg". In Wahrheit kann gar keine Rede sein, daß die revisionistischen Parteien auf eine nicht-friedliche Entwicklung vorbereitet sind, geschweige denn, daß sie die Arbeiterklasse auf diese Entwicklung vorbereiten würden.

Was sagt die DKP zum `friedlichen Weg´?

In den programmatischen „Thesen" der DKP (1971) heißt es zur Frage des Wegs zum Sozialismus:

„Wie sich die Entwicklung zum Sozialismus konkret vollziehen wird, darüber entscheidet der Klassenkampf. Die DKP erstrebt, wie es in ihrer Grundsatzerklärung heißt, den für das arbeitende Volk günstigsten Weg zum Sozialismus. Sie erstrebt einen Weg ohne Bürgerkrieg.

Es waren immer die herrschenden, reaktionären Klassen, die zur Rettung ihrer Macht und ihrer Vorrechte blutige Gewalt gegen das Volk anwandten. Nur im harten Klassen- und Volkskampf gegen den unvermeidlichen Widerstand der großkapitalistischen Interessengruppen kann die antimonopolistische und sozialistische Volksbewegung die Kraft erlangen, um die Reaktion an der Anwendung von Gewalt zu hindern." (These 9)

Also erkennt die DKP doch die Möglichkeit einer nicht-friedlichen Entwicklung an? Gewiß. Aber dazu braucht man nicht Kommunist, Revolutionär zu sein. Die Wirklichkeit läßt ja gar keine andere Schlußfolgerung zu, als daß es „auch" nicht-friedliche Entwicklungen gibt. Nach dem faschistischen Putsch in Chile haben sogar Juso-Führer vorsichtige Zweifel an der „Loyalität" der Bundeswehr zur Demokratie geübt (und das ist mehr, als die chile-

Forts. Revolution . . .

nische UP-Regierung getan hat!!). Ja, selbst die bürgerlich-liberale „Frankfurter Rundschau" mag Putsch-Gelüste der westdeutschen Reaktion nicht unbedingt ausschließen.

Aber der entscheidende Punkt ist doch: Welche Konsequenzen will man für die demokratische und anti-kapitalistische Bewegung daraus ziehen?

Wenn man „Grundsatzerklärung" (1969) und „Thesen" der DKP untersucht, so findet man, daß sich die „Strategie" der DKP mit dem „friedlichen Weg" erschöpft. Es kann gar keine Rede davon sein, daß die DKP auf beide Wege der Entwicklung orientiert („friedlich" und nicht-friedlich).

Was die DKP als „Schlußfolgerung" über den „unvermeidlichen Widerstand" des Großkapitals nennt, ist ein wahrer Schildbürger-Streich:

„Im harten Klassen- und Volkskampf" soll die „Volksbewegung" stark genug werden, „um die Reaktion an der Anwendung von Gewalt zu hindern". Das erinnert an das bekannte Rezept: Wenn man einen Hasen fangen will, muß man ihm Salz auf den Schwanz streuen.

Noch ärger ist der Sophismus bei den DKP-Ideologen Gerns und Steigerwald. Sie sagen einerseits: „Es wäre doch völlig wirklichkeitsfremd, wenn man nicht davon ausgehen würde, daß die Monopole, solange sie über die politische und wirtschaftliche Macht, über Justiz, Polizei und Militär verfügen, diese nicht auch rücksichtslos zur Erhaltung ihrer Macht einsetzen würden." Sehr gut. Aber im selben Atemzug bringen sie es fertig zu behaupten: „Ob die Reaktion dabei zu blutiger Gewalt greifen kann, das hängt vor allem von der Stärke der Arbeiterklasse, von der Einheit und Geschlossenheit der antimonopolistischen Bewegung ab." (zitiert nach „Antimonopolistische Demokratie und der Weg zum Sozialismus", in: „Probleme des Friedens und des Sozialismus", 6/72, S. 779)

So ungereimt und hanebüchen geht es zu, wenn sich Revisionisten um die Frage der Staatsmacht und der gewaltsamen Revolution herumzuwinden versuchen.

Gerns und Steigerwald können nicht umhin einzugestehen, daß der imperialistische „Gewaltapparat heute ungleich stärker und perfekter" ist als noch zu Zeiten Lenins, daß dieser Gewaltapparat „noch gefährlicher geworden" ist. Aber sie reden ernsthaft davon, „die Reaktion an der Anwendung von Gewalt zu hindern." Na, wenn das nicht „völlig wirlichkeitsfremd" ist? !

Ganz finster wird es aber erst, wenn man sich ansieht, wie die DKP nach innen über die

Macht, über Justiz, Polizei und Militär verfügen, diese nicht auch rücksichtslos zur Erhaltung ihrer Macht einsetzen würden." Sehr gut. Aber im selben Atemzug bringen sie es fertig zu behaupten: „Ob die Reaktion dabei zu blutiger Gewalt greifen kann, das hängt vor allem von der Stärke der Arbeiterklasse, von der Einheit und Geschlossenheit der antimonopolistischen Bewegung ab." (zitiert nach „Antimonopolistische Demokratie und der Weg zum Sozialismus", in: „Probleme des Friedens und des Sozialismus", 6/72, S. 779)
So ungereimt und hanebüchen geht es zu, wenn sich Revisionisten um die Frage der Staatsmacht und der gewaltsamen Revolution herumzuwinden versuchen.
Gerns und Steigerwald können nicht umhin einzugestehen, daß der imperialistische „Gewaltapparat heute ungleich stärker und perfekter" ist als noch zu Zeiten Lenins, daß dieser Gewaltapparat „noch gefährlicher geworden" ist. Aber sie reden ernsthaft davon, „die Reaktion an der Anwendung von Gewalt zu hindern." Na, wenn das nicht „völlig wirlichkeitsfremd" ist? !
Ganz finster wird es aber erst, wenn man sich ansieht, wie die DKP nach innen über die

Frage des „friedlichen Weges" und der gewaltsamen Revolution arbeitet. Gemessen am Material-Aufwand scheint es die revisionistischen Führer einige Mühe zu kosten, den Mitgliedern gerade in diesen Fragen die Ungereimtheiten der DKP-Linie plausibel zu machen. Die DKP schult ihre Mitglieder natürlich nicht an den wichtigen Schriften von Marx und Lenin wie etwa „Staat und Revolution" etc., sondern arbeitet mit zurechtgestutzen Zitaten-Sammlungen (wie z.B. Schleifsteins „Kleines Lenin-Wörterbuch"), die ein völlig entstelltes Bild der Theorie des Marxismus-Leninismus geben, indem Aussagen für konkrete Bedingungen aus ihrem Zusammenhang gerissen werden und als allgemein gültige Regeln aufgetischt werden (z.B. die Erwägung Lenins über eine mögliche „friedliche" Weiterentwicklung der russischen Revolution 1917 – s.o.).

Im Übrigen gibt es zahlreiche interne „Abgrenzungs"-Papiere gegen die „Ultra-Linken". Soweit hier die Frage des „friedlichen Weges" und der gewaltsamen Revolution eine Rolle spielen (und das scheint in letzter Zeit relativ häufig der Fall) ist folgende Tendenz zu beobachten: zum einen möglichst schreckenerregende Warnungen vor den Opfern eines Bürgerkriegs, der für die Werktätigen doch sehr nachteilig sei; zum anderen hanebüchene „Beweise" für die Möglichkeit des „friedlichen Weges".

Während Lenin den Kommunisten die Aufgabe stellte, die Massen systematisch in den Auffassungen über die „Unvermeidlichkeit der gewaltsamen Revolution" zu erziehen, orientiert der Revisionismus auf die Schrecken eines Bürgerkriegs und auf Träume von seiner Vermeidung.

Im Weiteren beziehen wir uns auf zwei Schriften, nämlich 1.) „Marxistische Strategie contra ‚linkes' Abenteurertum", und 2.) „Mit linkssektiererischen Organisationen zusammenarbeiten?" (SDAJ-„Material für Bildungsleiter"), die beide in Hamburg als „Schulungsschriften" gegen den KOMMUNISTISCHEN BUND kursieren (ein vollständiger Abdruck dieser Papiere, zusammen mit weiteren antikommunistischen „Perlen" der DKP, wird von uns vorbereitet).

In (1) finden wir die folgenden vier Argumente gegen einen Bürgerkrieg:

1.) Ein Bürgerkrieg „*bedeutet ein längeres Blutbad für die Bevölkerung und widerspricht darum völlig deren Interesse .*"

2.) „*Ein Bürgerkrieg erleichtert die Einmischung anderer imperialistischer Länder. (Spanien, Vietnam).*"

3.) „*Verliert das revolutionäre Volk den Bürgerkrieg, ist seine Bewegung um etliches zurückgeworfen. (Spanien, Indonesien).*"

Zum letzten Punkt könnte man inzwischen noch Chile anführen! Aber der dickste Hund kommt noch:

4.) „*Damit das revolutionäre Volk einen Bürgerkrieg gewinnen kann, sind zwei Voraussetzungen erforderlich, die beide in diesem Land nicht gegeben sind : a.) günstige geographische Bedingungen, b.) äußerster*

linkssektiererischen Organisationen zusammenarbeiten?" (SDAJ-„Material für Bildungsleiter"), die beide in Hamburg als „Schulungsschriften" gegen den KOMMUNISTISCHEN BUND kursieren (ein vollständiger Abdruck dieser Papiere, zusammen mit weiteren antikommunistischen „Perlen" der DKP, wird von uns vorbereitet).
In (1) finden wir die folgenden vier Argumente gegen einen Bürgerkrieg:
1.) Ein Bürgerkrieg „bedeutet ein längeres Blutbad für die Bevölkerung und widerspricht darum völlig deren Interesse ."
2.) „Ein Bürgerkrieg erleichtert die Einmischung anderer imperialistischer Länder. (Spanien, Vietnam)."
3.) „Verliert das revolutionäre Volk den Bürgerkrieg, ist seine Bewegung um etliches zurückgeworfen. (Spanien, Indonesien)."
Zum letzten Punkt könnte man inzwischen noch Chile anführen! Aber der dickste Hund kommt noch:
4.) „Damit das revolutionäre Volk einen Bürgerkrieg gewinnen kann, sind zwei Voraussetzungen erforderlich, die beide in diesem Land nicht gegeben sind : a.) günstige geographische Bedingungen, b.) äußerster

Opfermut infolge sich extrem verschlechternder Lebensbedingungen. **Das Monopolkapital ist heute in der Lage, diese nach Lenin wichtigste Erfolgsbedingung in der BRD zu verhindern.**

Schließlich noch aus dem Papier (2) ein weiteres „Argument": „*zweifellos würde das Hinsteuern auf einen Bürgerkrieg an der Grenze zweier hochgerüsteter Blöcke die Gefahr eines Atomkrieges in sich bergen.*"

Insgesamt wird deutlich, daß die Verfasser dieser Papiere an eine erfolgreiche gewaltsame Revolution nicht glauben, daß sie überhaupt an das Entstehen einer revolutionären Situation in der BRD nicht glauben, daß sie „ungünstige geographische Bedingungen", gar die Gefahr eines Atomkrieges (!) beschwören, um die Arbeiterklasse vom einzig möglichen Weg der sozialistischen Umwälzung zurückzuschrecken und sie für unrealistische Konzepte wie den „friedlichen Weg" und die „demokratische Erneuerung" in Stimmung zu bringen.

Daß die Kommunisten am liebsten mit möglichst geringen Opfern zum Sozialismus kommen würden, liegt auf der Hand. Die Wirklichkeit richtet sich jedoch – weder in Chile noch sonstwo auf der Welt – nach frommen Wünschen.

Deshalb geht es an der Sache vorbei, wenn dem KB in (1) vorgeworfen wird, daß er „*vom Bürgerkrieg als wahrscheinlichem Übergang zum Sozialismus (spricht) und macht sich keinerlei Gedanken über die Gewinnaussichten eines solchen Krieges in diesem Lande. Er entwikkelt keine Strategie, die hilft, einen Bürgerkrieg zu verhindern und schreckt mit seiner Bürgerkriegsprognose viele vom demokratischen und sozialistischem Kampf ab.*"

Im Grunde heißt das doch : die Kommunisten sollen nicht davon reden, was sich in der Realität als wahrscheinliche Entwicklung zeigt (Unvermeidlichkeit der gewaltsamen Revolution), sondern die Arbeiterklasse mit Illusionen belügen, weil die realistische Einschätzung der Dinge vom Kampf „abschrecken" könnte. Übrigens ist es doch wohl viel eher so, daß die DKP mit ihrem Gejammer über die Schrecken eines Bürgerkrieges (bis zur Gefahr eines Atomkrieges!!) vom Kampf abzuschrecken versucht.

In dieselbe Richtung geht es, wenn dem KB in Papier (2) vorgeworfen wird, er würde mit dem Hinweis auf die Unvermeidlichkeit der gewaltsamen Revolution genau das „Klischee der antikommunistischen Ideologen" bestätigen, damit als „Provokateur im Dienst der Herrschenden" auch die kostbare Legalität der DKP gefährden etc. Warum beruft sich die DKP dann überhaupt noch auf Marx, Engels und Lenin, die doch die wahren Urheber der Auffassung von der „Unvermeidlichkeit der gewaltsamen Revolution" sind?

„Strategien" des „friedlichen Wegs" sind bloßer Humbug , ein Betrug an der Arbeiterklasse. Lenin hat aus gutem Grund niemals eine derartige Strategie aufgestellt, sonder auf den bewaffneten Aufstand als wahrscheinlichen Weg der russischen Revolution orientiert. Das hinderte ihn freilich nicht, sich kurze Zeit um die taktische Möglichkeit einer relativ friedlichen Weiterentwicklung der Revolution zu bemühen und als solange sich diese konkret, unter genau definierten Ausnahmebedingungen (Zerrüttung der Armee durch den imperialistischen Krieg, Bestehen paralleler politischer und militärischer Machtorgane des Proletariats) zu bieten schien. Es ist selbstverständlich, daß Kommunisten gegebenenfalls solche taktischen Möglichkeiten ausnutzen müssen; ebenso klar ist aber, daß sich auf solche Eventualitäten nicht von vornherein eine langfristige „Strategie" aufbauen läßt. Daran ist an sich gar nichts Unverständliches und Kompliziertes, obwohl die Revisionisten es einfach „nicht verstehen" wollen und aus Lenins taktischen Erwägungen eine komplette „Strategie" des „friedlichen Weges" gebastelt haben.

Daß die Kommunisten sich um eine kluge Bündnispolitik bemühen müssen, daß sie sich um die Zersetzung der bürgerlichen Armee bemühen müssen, war schon Lenin nicht unbekannt. Es mußten jedoch erst die modernen Revisionisten kommen, um diese Selbstverständlichkeiten als den goldenen Schlüssel anzupreisen, mit dem sich nach ihren Versprechungen die Tür zum „friedlichen Weg" öffnen läßt, im Sinne einer einzuschlagenen „Strategie".

zeigt (Unvermeidlichkeit der gewaltsamen Revolution), sondern die Arbeiterklasse mit Illusionen belügen, weil die realistische Einschätzung der Dinge vom Kampf „abschrecken" könnte. Übrigens ist es doch wohl viel eher so, daß die DKP mit ihrem Gejammer über die Schrecken eines Bürgerkrieges (bis
„Klischee der antikommunistischen Ideologen" bestätigen, damit als „Provokateur im Dienst der Herrschenden" auch die kostbare Legalität der DKP gefährden etc. Warum beruft sich die DKP dann überhaupt noch auf Marx, Engels und Lenin, die doch die wahren Urheber der Auffassung von der
nicht unbekannt. Es mußten jedoch erst die modernen Revisionisten kommen, um diese Selbstverständlichkeiten als den goldenen Schlüssel anzupreisen, mit dem sich nach ihren Versprechungen die Tür zum „friedlichen Weg" öffnen läßt, im Sinne einer einzuschlagenen „Strategie".

Ein Muster an revisionistischer Verkommenheit

Zum faschistischen Putsch in Chile hat sich der Herausgeber des revisionistischen „(West)-berliner extra-dienst", Guggomos, mit einem Beitrag besonderer Art zu Wort gemeldet. Sein Hauptanliegen ist es, diejenigen zu beschimpfen, die aus den Vorgängen in Chile Lehren ziehen wollen.

Mit niedrigster Demagogie behauptet Guggomos: „Den ungleichen Brüdern paßt dieselbe Kappe. Die Rechten sind gegen den friedlichen Weg zum Sozialismus, weil sie gegen den Sozialismus sind. Den Ultralinken ist der friedliche Übergang zuwider, weil er angeblich nicht zum Sozialismus führen kann, ja nicht darf".

Also ist rechts gleich links, und wer den „friedlichen Weg" anzweifelt, ist selbst ein halber Faschist, oder mindestens ein Helfer der Reaktion. Hier – nach dem viertem Absatz seines Artikels – könnte Guggomos eigentlich Schluß machen, denn seinen größten „Trumpf" hat er mit diesem schwachsinnigen Tiefschlag schon ausgespielt, und was er außerdem zu sagen hat, ist noch dümmer. Er behauptet nämlich allen Ernstes:

„Der ‚Hauptvorwurf' gegen die Unidad Popular, der in allen Slogans und Phrasen der Ultralinken vorkommt, ist, daß sie ‚das Volk' nicht bewaffnet habe. Das Volk bewaffnen hieße, es gegen die Armee zu bewaffnen. Diese Theorie ist hausbacken. Sie ist auch vom belesensten Zitatensucher aus den Klassikern nicht zu belegen. Wie auch. Die Theoretiker des Sozialismus haben der Arbeiterklasse schließlich nie geraten, Selbstmord zu begehen."

Stimmt! Selbstmord-Propaganda haben schon die „Klassiker" stets den Reformisten und Revisionisten überlassen. Es ist mühelos festzustellen, daß Marx und Lenin darauf orientierten, die bürgerliche „Staatsmaschinerie" zu zerschlagen „und sie durch eine neue (zu) ersetzen, **in der Polizei, Armee und Bürokratie mit dem bis auf den letzten Mann bewaffneten Volk eins sind**" (Lenin, Über die proletarische Miliz). Im Übrigen ist gerade dies auch einer der wichtigsten Gedanken in Lenins „Staat und Revolution". Beweist das nun die Unkenntnis von Guggomos gegenüber allgemeinsten Grundlagen des Marxismus-Leninismus, oder beweist es seine Frechheit? Ist das Publikum des „Extra-Dienstes" theoretisch so heruntergewirtschaftet, daß Guggomos sich solche „Dummheiten erlauben kann?

Ein weiteres „Argument" von Guggomos ist, daß die Volksbewaffnung sowieso schief gegangen wäre: „Hätte Allende, beispielsweise, vor zwei Jahren begonnen, das Volk zu bewaffnen, wäre der Putsch schon vor zwei Jahren erfolgt."

Völliger Defätismus also hinsichtlich der Aussichten der Arbeiterbewegung, die Niederlage der Arbeiterklasse ist von vornherein besiegelt. Bei revolutionärer Politik kommt der Putsch schnell, bei reformistischer dauert es etwas länger. Wie unter solchen Umständen die Arbeiterklasse jemals den Kapitalismus überwinden soll, bleibt offen. ■

Nichts dazugelernt?

Es bleibt festzustellen, daß die Imperialisten ihre „bürokratisch-militärische Staatsmaschinerie" immer weiter ausbauen und vervollkommnen. Diese Tendenz wurde bereits von Lenin beschrieben:

„. . . . *Insbesondere aber weist der Imperialismus, weist die Epoche des Bankkapitals, die Epoche der gigantischen kapitalistischen Monopole, die Epoche des Hinüberwachsens des monopolistischen Kapitalismus in den staatsmonopolistischen Kapitalismus, eine ungewöhnliche Stärkung der ‚Staatsmaschinerie' auf, ein unerhörtes Anwachsen ihres Beamten- und Militärapparats in Verbindung mit verstärkten Repressalien gegen das Proletariat sowohl in den monarchistischen als auch in den freiesten, republikanischen Ländern.*" (Lenin,

Nichts dazugelernt?
Es bleibt festzustellen, daß die Imperialisten ihre „bürokratisch-militärische Staatsmaschinerie" immer weiter ausbauen und vervollkommnen. Diese Tendenz wurde bereits von Lenin beschrieben:
„. . . . Insbesondere aber weist der Imperialismus, weist die Epoche des Bankkapitals, die Epoche der gigantischen kapitalistischen Monopole, die Epoche des Hinüberwachsens des monopolistischen Kapitalismus in den staatsmonopolistischen Kapitalismus, eine ungewöhnliche Stärkung der ‚Staatsmaschinerie' auf, ein unerhörtes Anwachsen ihres Beamten- und Militärapparats in Verbindung mit verstärkten Repressalien gegen das Proletariat sowohl in den monarchistischen als auch in den freiesten, republikanischen Ländern." (Lenin,

Staat und Revolution)

Es liegt auf der Hand, daß die Imperialisten aus ihren Niederlagen in Rußland, China u.a. Lehren gezogen haben. Die Politik der Imperialisten geht natürlich dahin, es gar nicht erst so weit kommen zu lassen, daß die demokratische, antikapitalistische Bewegung wirklich stark wird, sondern sie schon vorher vernichtend zu treffen. D.h. die Tendenz der Imperialisten geht verstärkt auch „vorbeugend" auf Konterrevolution, Faschismus und Bürgerkrieg.

Die revisionistische Konzeption des „friedlichen Weges zum Sozialismus" geht unter diesen Bedingungen von der Illusion aus, durch eine besonders „geschickte" Politik den frontalen Zusammenstoß der Klassen vermeiden zu können.

Der Revisionismus „kann" daher natürlich nicht auf die gewaltsame Revolution, auf die Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparats, auf die Errichtung einer bewaffneten Arbeitermacht etc. orientieren, den historischen Erfahrungen und den Lehren des Marxismus-Leninismus entsprechen würde – würde natürlich die Bourgeoisie und ihren Staat „provozieren".

Stattdessen wird der bürgerliche Staatsapparat, insbesondere die Armee, umworben und umschmeichelt mit unrealistischen Appellen an deren „Verfassungstreue" etc. Insofern waren die wirklichkeitsfremden Schwärmereien vieler UP-Führer über die „Loyalität" der chilenischen Armee kein zufälliger „Irrtum", sondern logischer Bestandteil der Konzeption des „friedlichen Weges". Es spricht für sich und ist eigentlich nicht überraschend, daß der französische Sozialdemokrat Mitterand (der das Talent hat, ein französischer Allende zu werden) nach dem Putsch in Chile eilfertig ein „Loyalitätszeugnis" für die französische Armee abgab, die natürlich mit der chilenischen Armee nicht zu vergleichen sei etc.

Die italienischen Revisionisten ihrerseits haben die „Schlußfolgerung" gezogen, daß der „friedliche Weg" einen verstärkten „Dialog" mit den bürgerlichen Parteien, d.h. in Italien mit den Christdemokraten (der Hauptpartei der Bourgeoisie!!) zur Voraussetzung hat. Letzten Endes werden die Revisionisten noch entdecken, daß der „friedliche Weg" nur möglich ist durch „Dialog" und „vertrauensvolle Zu-

und ist eigentlich nicht überraschend, daß der französische Sozialdemokrat Mitterand (der das Talent hat, ein französischer Allende zu werden) nach dem Putsch in Chile eilfertig ein „Loyalitätszeugnis" für die französische Armee abgab, die natürlich mit der chilenischen Armee nicht zu vergleichen sei etc.
Die italienischen Revisionisten ihrerseits haben die „Schlußfolgerung" gezogen, daß der „friedliche Weg" einen verstärkten „Dialog" mit den bürgerlichen Parteien, d.h. in Italien mit den Christdemokraten (der Hauptpartei der Bourgeoisie!!) zur Voraussetzung hat. Letzten Endes werden die Revisionisten noch entdecken, daß der „friedliche Weg" nur möglich ist durch „Dialog" und „vertrauensvolle Zu-

sammenarbeit" mit der Bourgeoisie selbst, der in beharrlicher Überzeugungsarbeit (ohne „Dogmatismus" und „ohne einseitige Vorurteile") die Notwendigkeit demokratischer und schließlich sozialistischer Umwälzungen klargemacht werden muß.

Die Revisionisten wenden sich scharf gegen die Schlußfolgerung, die UP-Regierung hätte das Volk bewaffnen müssen. Das hätte – behaupten die Revisionisten – den Putsch nur beschleunigt. Die Revisionisten können nach der chilenischen Katastrophe nur noch weiter nach rechts gehen, d.h. verstärkter „Dialog" mit den bürgerlichen Parteien, verstärkte Verbreitung parlamentarischer Illusionen, verstärkte Leugnung der reaktionären Rolle des bürgerlichen Staatsapparats und opportunistische Anbiederung an diesen.

Gegenwärtig hat Frankreich die größten „Chancen", ein zweites Chile zu werden. Das französische „Linksbündnis" (hauptsächlich getragen von den Sozialdemokraten und den Revisionisten) gewinnt bei den Wahlen an Boden. Die Politik des „Linksbündnisses" ähnelt der der chilenischen Unidad Popular, ist jedoch noch um einiges opportunistischer.

Die „Welt" sieht für den Fall eines linken Wahlsiegs in Frankreich bereits zuversichtlich voraus:

„. . . . *Etwa ein Aufstand der Armee, die in Frankreich auf eine gewisse Putschtradition zurückblicken kann und in ihren Fallschirmjägern und Fremdenlegionären über eine absolut sichere Kerntruppe verfügt.*" („Welt" vom 29.9.73)

Hinzufügen läßt sich ein Hinweis auf die zunehmende Faschisierung von Teilen des französischen Kleinbürgertums, die schon jetzt die Form rassistischer Anschläge und Progrome (gegen arabische Arbeiter), Terroraktionen gegen linke Organisationen u.a.m. angenommen hat. Bereits im Kampf-Mai 68 ließ die französische Bourgeoisie rund um Paris konterrevolutionäre Truppen aufmarschieren, obwohl in Paris selbst mehrere Hunderttausend Kleinbürger für die Regierung de Gaulle demonstrierten.

Es ist demnach klar, daß sich die Bourgeoisie in jedem Fall außer dem Staatsapparat auch noch auf faschistische, organisierte Gruppen sowie nicht unbeträchtliche Teile des Kleinbürgertums stützen kann.

Die Verantwortungslosigkeit des
Hinzufügen läßt sich ein Hinweis auf die zunehmende Faschisierung von Teilen des französischen Kleinbürgertums, die schon jetzt die Form rassistischer Anschläge und Progrome (gegen arabische Arbeiter), Terroraktionen gegen linke Organisationen u.a.m. angenommen hat. Bereits im Kampf-Mai 68 ließ die französische Bourgeoisie rund um Paris konterrevolutionäre Truppen aufmarschieren, obwohl in Paris selbst mehrere Hunderttausend Kleinbürger für die Regierung de Gaulle demonstrierten.
Es ist demnach klar, daß sich die Bourgeoisie in jedem Fall außer dem Staatsapparat auch noch auf faschistische, organisierte Gruppen sowie nicht unbeträchtliche Teile des Kleinbürgertums stützen kann.

Die Verantwortungslosigkeit des Revisionismus besteht unter solchen Bedingungen darin, der Bourgeoisie zwar den Kampf anzusagen („antimonopolistische Umwälzung"), ohne jedoch das Proletariat wirklich auf diesen Kampf, nämlich auf den Kampf um die Staatsmacht, zu orientieren und vorzubereiten.

In der Wirkung kommt das der historisch bekannten Provokation des Popen Gapon (1905) in Rußland gleich: er rief die Massen auf zu einer „friedlichen Demonstration, um dem Väterchen Zar eine Petition zu überreichen" – und führte die Massen direkt vor die Gewehre der zaristischen Truppen! Ein schlimmes Blutbad war die Folge – obwohl vergleichsweise gering gegen das jetzige Wüten der Konterrevolution in Chile.

Die Aufgabe der Kommunisten ist es demgegenüber, immer wieder darauf hinzuweisen, daß der Staat das Produkt der Unversöhnlichkeit der Klassengegensätze ist, daß daher die Ablösung des bürgerlichen durch den proletarischen Staat als allgemeine Regel nur durch die gewaltsame Revolution möglich ist.

Gerade weil unter den gegenwärtigen Umständen diese Frage durchaus noch nicht unmittelbar aktuell ist, gilt es die Entwicklung prinzipieller Klarheit über diese Frage voranzutreiben. Diese Aufgabe soll in Zukunft verstärkt auch im ARBEITERKAMPF wahrgenommen werden. Voraussichtlich im nächsten AK wollen wir einige Hinweise für die Beschäftigung mit Lenins Schrift „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution" (Juli 1905) geben. ■

Wie die Indonesische KP nach dem faschistischen Militärputsch 1965 ihre Fehler kritisierte

1965 ergriffen rechtsgerichtete, proimperialistische Militärs in Indonesien durch einen Putsch die Macht. Dadurch wurden der antiimperialistischen Bewegung, besonders der Kommunistischen Partei (PKI) schwere Schläge versetzt. Zehntausende von PKI-Mitgliedern wurden ermordet, darunter auch sechs von sieben Politbüromitgliedern. Bis zum Putsch war die PKI die zahlenmäßig stärkste Kommunistische Partei außerhalb des sozialistischen Lagers gewesen: drei Millionen Mitglieder sowie mehrere Millionen Sympathisanten in Massenorganisationen wie Gewerkschaften, Bauernverband und Jugendverband. Die PKI hatte bis dahin eng mit der anti-imperialistischen bürgerlichen Regierung Sukarnos zusammengearbeitet und geglaubt, auf diesem Wege – ohne bewaffnete Auseinandersetzungen – zum Sozialismus zu kommen.

Nach dem Putsch entwickelte die PKI eine gründliche Selbstkritik. Das unterscheidet sie zweifellos von den Revisionisten, für die auch das gescheiterte „chilenische Experiment" nur ein Grund ist, sich neue Sophistereien und Haarspaltereien über den „friedlichen Weg" auszudenken. Gerade im Zusammenhang mit den Ereignissen in Chile scheinen uns die indonesischen Erfahrungen erneut aktuell.

Wir drucken hier einen relativ kurzen Auszug aus der Selbstkritik des Politbüros des ZK der PKI vom September 1966 (Übersetzung durch uns nach einem englischen Text; eine vollständige Übersetzung wird vorbereitet).

Die Hauptfehler auf politischem Gebiet

Rechtsopportunismus auf politischem Gebiet zeigt sich zuerst und vor allem in der Frage des einzuschlagenden Weges, „friedlicher Weg" oder Weg der Revolution, um in Indonesien die Volksdemokratie als Übergangsstadium zum sozialistischen System zu erreichen. Eine der grundlegenden Differenzen und Auseinandersetzungen zwischen Marxismus-Leninismus und Revisionismus (sowohl klassischem wie modernem) liegt genau in der Frage des Wegs zum Sozialismus. Der Marxismus-Leninismus lehrt uns, daß der Sozialismus auf dem Weg der proletarischen Revolution erreicht werden muß, und daß im Falle kolonialer oder halb-kolonialer und halb-feudaler Länder wie Indonesien, der Sozialismus erreicht wird, indem zuerst die Etappe der volksdemokratischen Revolution vollendet wird. Dagegen träumt der Revisionismus davon, den Sozialismus auf dem „friedlichen Weg" zu erreichen.

Wie sind diese Fehler entstanden und haben sich entwickelt? 15 Jahre lang seit 1951 hat die PKI einen legalen und parlamentarischen Kampf geführt. Legaler und parlamentarischer Kampf ist eine Methode, die von einer revolutionären proletarischen Partei in einer bestimmten Situation und unter gewissen Bedingungen angewendet werden muß, wie Lenin in seinem Werk „Der ‚linke Radikalismus', die Kinderkrankheit im Kommunismus" erklärt. Den parlamentarischen Kampf zurückzuweisen, wenn er nötig ist, und mit der Revolution zu spielen, wenn die Bedingungen noch nicht reif sind, ist ein Fehler.

Der parlamentarische Kampf als eine Form des legalen Kampfes, den die Partei seit 1951 führte, war im wesentlichen korrekt und in Übereinstimmung mit den objektiven Bedingungen zu jener Zeit. Das waren folgende: die revolutionäre Welle war abgeebbt, die Triebkräfte der Revolution waren noch nicht wieder erwacht, und die große Mehrheit des Volkes, die vor der August-Revolution (gemeint ist die antiimperialistische Revolution gegen den niederländischen Kolonialismus von 1945 – Anm. AK) niemals politische Unabhängigkeit genossen hatte, war noch befangen in Hoffnungen auf die bürgerliche Demokratie.

Während der Anfangsjahre dieser Periode hatte unsere Partei gewisse Resultate im politischen Kampf sowie im Parteiaufbau erreicht. Eine wichtige Errungenschaft dieser Periode war die Formulierung der Hauptprobleme der indonesischen Revolution. Es wurde formuliert, daß die gegenwärtige Etappe der indonesischen Revolution die einer bürgerlich-demokratischen Revolution neuen Typs war, deren Aufgabe es war, den Imperialismus und die Reste des Feudalismus zu liquidieren und ein volksdemokratisches System als Übergangsstadium zum Sozialismus zu errichten. Die Triebkräfte der Revolution waren die Arbeiterklasse, die Bauernschaft und die Kleinbourgeoisie; die führende Kraft der Revolution war die Arbeiterklasse und ihre Hauptstärke war die Bauernschaft. Es wurde auch formuliert, daß die nationale Bourgeoisie eine schwankende Kraft der Revolution war, die bis zu bestimmten Grenzen und zu bestimmten Perioden an der Seite der Revolution gehen könnte, aber zu anderen Zeiten die Revolution verraten wurde. Die Partei formulierte ausserdem, daß die Arbeiterklasse zur Erfüllung ihrer Pflicht als Führer der indonesischen Revolution eine revolutionäre Einheitsfront mit anderen revolutionären Klassen und Gruppen schmieden müsse, mit dem Arbeiter-Bauern-Bündnis unter Führung der Arbeiterklasse als Basis.

Jedoch gab es einen bedeutenden Mangel, der sich später zu Rechtsopportunismus oder Revisionismus entwickelte: die Partei war noch nicht zur klarsten Einheit über die prinzipiellen Mittel und die Hauptform des Kampfes der indonesischen Revolution gekommen. Das ZK der Partei hatte dieses Problem einmal in großen Linien diskutiert, jedoch in der folgenden Periode dieses Problem nicht mehr intensiv diskutiert, um ein Höchstmaß an korrektem einheitlichen Verständnis zu erlangen, als Voraussetzung um ein korrektes einheitliches Verständnis in der ganzen Partei zu erreichen.

Es ist ein großer Fehler für eine Partei mit historischer Mission zur Führung einer Revolution wie die PKI, wenn sie die Frage der prinzipiellen Mittel und der Hauptkampfform der Revolution nicht zu einem Problem macht, das die gesamte Partei angeht, sondern vielmehr zu einem Problem, das einige wenige Personen in der Führung und gewisse Kader in der Partei angeht. So war die Mehrheit der Partei passiv gemacht gegenüber diesem wichtigen Problem der Revolution.

Obwohl die Führung der indonesischen Revolution die Arbeiterklasse ist, ist doch ihre Massenstärke die Bauernschaft. Angesichts der kleinen Zahl der Arbeiterklasse in Indonesien können Methoden des Kampfs der Arbeiterklasse wie Generalstreiks (die das Erwachen anderer Triebkräfte der Revolution leiten und sich später in einen bewaffneten Aufstand entwickeln, wie im Fall der bürgerlich-demokratischen Revolution von 1905), nicht die Hauptkampfform der indonesischen Revolution sein.

Die chinesische Revolution hat die Hauptform des Kampfes der Revolution in kolonialen oder halb-kolonialen und feudalen Ländern gelehrt, nämlich der bewaffnete Kampf des Volkes gegen die bewaffnete Konterrevolution. Dem Wesen der Revolution als Agrarrevolution entsprechend ist dann das Wesen des bewaffneten Volkskampfes der bewaffnete Kampf der Bauern in einer Agrarrevolution unter Führung der Arbeiterklasse...

Die Agrarrevolution, die in der gegenwärtigen Etappe das Wesen der indonesischen Revolution ist, ist keine Agrarreform bürgerlicher Art, die nur den Weg ebnet für die Entwicklung des Kapitalismus auf dem Lande. Diese Revolution wird Farmarbeiter, arme Bauern und mittlere Bauern von der feudalen Unterdrückung durch fremde und einheimische Landherren befreien, indem sie den Boden der Landherren beschlagnahmt und ihn kostenlos verteilt an die einzelnen Farmarbeiter und armen Bauern als Privatbesitz. Solch eine Revolution wird nur mit Waffengewalt unter Führung der Arbeiterklasse siegreich sein. Diese Revolution kann nicht von außen aufgezwungen werden. Sie wird ausbrechen auf der Basis des hohen Bewußtseins und der Überzeugung der Bauern selbst aufgrund ihrer eigenen Kampferfahrungen und ihrer Erziehung durch die Arbeiterklasse.

Es ist klar, daß in einer Situation, wo die Bedingungen für eine Revolution noch nicht da waren, die Aufgaben der PKI sein mußten, die Parteimitglieder, die Arbeiterklasse und die Bauernschaft hinsichtlich der Hauptkampfformen der indonesischen Revolution zu erziehen – durch politische, agitatorische und propagandistische ebenso wie durch organisatorische Arbeit. Alle Formen legaler und parlamentarischer Arbeit mußten den prinzipiellen Mitteln und der Hauptkampfform dienen und durften keinesfalls den Reifeprozeß des bewaffneten Kampfes behindern.

Die Erfahrungen der letzten 15 Jahre lehren uns, daß die Partei damit begann, den „friedlichen Weg" nicht entschieden zurückzuweisen und sich nicht entschieden an das allgemeine Gesetz der Revolution in kolonialen oder halb-kolonialen und halb-feudalen Ländern zu halten; und daß sie schließlich schrittweise in parlamentarischen und anderen Formen des legalen Kampfes versumpfte. Die Parteiführung hielt diese Kampfformen sogar für die Hauptkampfformen zur Erreichung der strategischen Ziele der indonesischen Revolution. Die Legalität der Partei wurde nicht als eine Methode des Kampfes zu gegebener Zeit und unter gewissen Bedingungen angesehen, sondern vielmehr als ein Prinzip betrachtet, während andere Kampfformen diesem Prinzip dienen sollten...

Wie oben festgestellt, begann der „friedliche Weg" sich fest in der Partei einzunisten, nachdem die 4. Vollsitzung des ZK der PKI (1956) ein Dokument beschloß, das die revisionistische Linie des XX. Parteitags der KPdSU billigte. In einer Situation, wo die revisionistische Linie schon fest in der Partei etabliert war, war es unmöglich, eine korrekte marxistisch-leninistische Linie in Strategie und Taktik zu haben. Die Festlegung der Hauptlinien der Strategie und Taktik der Partei begann mit einer Zweigleisigkeit zwischen „friedlichem Weg" und „Weg der bewaffneten Revolution", wobei schließlich der „friedliche Weg" die Oberhand gewann...

Um zu beweisen, daß der verfolgte Weg nicht der opportunistische „friedliche Weg" war, sprach die Parteiführung stets von zwei Möglichkeiten, nämlich der Möglichkeit eines „friedlichen Weges" und der Möglichkeit eines nicht-friedlichen Weges und daß, je besser die Partei sich darauf vorbereitete, einer nicht-friedlichen Entwicklung zu begegnen, umso größer die Möglichkeit eines „friedlichen Weges" sein würde. Tatsächlich zeigt das die Zweigleisigkeit, die von der Parteiführung über den einzuschlagenden Weg betrieben wurde. Auf diese Weise wurde die Hoffnung auf einen „friedlichen Weg", die in Wahrheit nicht existierte, stetig in die Köpfe der Parteimitglieder, der Arbeiterklasse und der Massen des werktätigen Volkes hineingetragen.

Praktisch bereitete die Parteiführung nicht die gesamten Reihen der Partei, die Arbeiterklasse und die Volksmassen darauf vor, der Möglichkeit eines nicht-friedlichen Weges zu begegnen. Der schlagendste Beweis ist die ernste Tragödie nach dem Ausbruch und Scheitern der „30. September-Bewegung" (d.h. die Verfolgungswelle nach dem faschistischen Militärputsch 1965 – Anm. AK). Innerhalb einer kurzen Zeit schaffte es die Konterrevolution, Hunderttausende von Kommunisten und nicht-kommunistischen Revolutionären zu massakrieren und zu verhaften, die sich selbst in einer passiven Position befanden, wodurch die Organisationen der PKI und die revolutionären Massenorganisationen paralysiert wurden.

Solch eine Situation wäre sicher nicht eingetreten, wenn die Parteiführung nicht vom revolutionären Weg abgewichen wäre...

Ausgehend von dem irrigen Standpunkt, daß die „Streitkräfte der Republik Indonesien keine reaktionären Streitkräfte sind", wurde das Problem der „Arbeit in den feindlichen Streitkräften" interpretiert als „Integration des wichtigen Organ des Staates mit dem Volk" oder „Stärkung der Einheit zwischen Volk und Armee". Das bedeutet, das Instrument der Gewalt der unterdrückenden Klassen mit den unterdrückten Klassen zu integrieren. Solch ein Irrtum konnte unterlaufen, weil die Parteiführung von der marxistisch-leninistischen Lehre über den Staat abgewichen war, und weil sie die Indonesische Republik nicht als bürgerlichen Staat und die Streitkräfte der Republik Indonesien nicht als ein Instrument des bürgerlichen Staates ansah. Die Parteiführung vergaß die Wahrheit, daß seit dem Scheitern der August-Revolution und dem völligen Übergang der Staatsmacht in die Hände der reaktionären Bourgeoisie, die Streitkräfte der Republik Indonesiens – obwohl durch die August-Revolution entstanden – als Ganzes automatisch ein Herrschaftsorgan der Klassen geworden waren, die den Staat beherrschten. Hinsichtlich ihrer Klassenherkunft als Söhne der Arbeiter und Bauern mögen die Unteroffiziere und Soldaten der Streitkräfte gewiß Elemente sein, die auf die Seite des Volkes übergehen könnten. Das kann aber nicht die Position der Streitkräfte als Ganzes, als Organ des Staates, das den Interessen der herrschenden Klasse dient, ändern.

Die Frage der Staatsmacht

Die von der Parteiführung verfolgte Linie des Rechtsopportunismus widerspiegelte sich auch in ihrem Verhalten zum Staat, besonders zum Staat der Republik Indonesien. Der Marxismus-Leninismus lehrt uns, daß „der Staat ein Organ der Klassenherrschaft ist, ein Organ zur Unterdrückung einer Klasse durch eine andere", daß „die Formen bürgerlicher Staaten stark verschieden sind, aber ihr Wesen gleich ist... die Diktatur der Bourgeoisie", und daß „die Ersetzung des bürgerlichen Staates durch den proletarischen Staat" (in Indonesien durch den volksdemokratischen Staat) „unmöglich ist ohne gewaltsame Revolution"...

Der Gipfel der Abweichung von der marxistisch-leninistischen Lehre über den Staat, den die Parteiführung beging, war die Formulierung der „Theorie von den zwei Aspekten in der Staatsmacht der Republik Indonesien". Seit der Geburt der „Zwei Aspekte-Theorie" wurden die marxistisch-leninistischen Prinzipien nur noch lose aufrechterhalten, soweit der Staat in allgemeinen Begriffen diskutiert wurde. Jedoch bei Diskussionen über den Staat in konkretem Sinn, d.h. über den Staat der Republik Indonesien, wurden die marxistisch-leninistischen Prinzipien völlig aufgegeben.

Die „Zwei Aspekte-Theorie" sah den Staat und die Staatsmacht in folgender Weise:

„Die ökonomische Struktur (Basis) der gegenwärtigen indonesischen Gesellschaft ist immer noch kolonial und halbfeudal. Jedoch, zur selben Zeit gibt es den Kampf des Volkes gegen dies ökonomische System, den Kampf für eine nationale und demokratische Wirtschaft... Die Realitäten der Basis widerspiegeln sich auch im Überbau, einschließlich der Staatsmacht, und speziell im Kabinett. In der Staatsmacht widerspiegeln sich sowohl die Kräfte, die gegen das koloniale und feudale ökonomische System sind, wie auch die Kräfte, die den Imperialismus, die Reste des Feudalismus, den bürokratischen Kapitalismus und die Kompradoren verteidigen (d.h. jener Teil der Bourgeoisie, der unmittelbarer Schmarotzer und Nutznießer der Ausbeutung des Landes durch den Imperialismus ist – Anm. AK).

Die Staatsmacht der Republik Indonesien, als Widerspruch betrachtet, ist ein Widerspruch zwischen zwei gegenseitig streitenden Aspekten. Der erste Aspekt repräsentiert die Interessen des Volkes (vertreten durch den progressiven Standpunkt und die Politik des Präsidenten Sukarno, die von der PKI und anderen Gruppen des Volkes unterstützt werden). Der zweite Aspekt repräsentiert die Feinde des Volkes (vertreten durch Standpunkt und Politik der rechten Kräfte und Reaktionäre). Der Volksaspekt ist zum Hauptaspekt geworden und nimmt die führende Rolle in der Staatsmacht der Republik Indonesien ein." (Zitate aus „Hebt hoch das Banner der Revolution" des nach dem faschistischen Putsch ermordeten Führers der PKI, Genossen Aidit - Anm. AK)

Die „Zwei Aspekte-Theorie" ist offensichtlich eine opportunistische oder revisionistische Abweichung, weil sie die marxistisch-leninistische Lehre leugnet, daß „der Staat das Herrschaftsorgan einer bestimmten Klasse ist, die mit ihrem Antipoden (der ihr entgegengesetzten Klasse) nicht versöhnt werden kann." Es ist undenkbar, daß die Republik Indonesien gemeinschaftlich vom Volk und den Feinden des Volkes beherrscht werden könnte...

Die Teilnahme der Parteiführer an der Regierung – sowohl in der zentralen wie in der regionalen Verwaltung – durfte nicht so interpretiert werden, daß sich die Qualität des Aspekts der nationalen Bourgeoisie in der Staatsmacht in einen Volksaspekt verwandelt hätte. Denn die vereinten Kräfte der nationalen Bourgeoisie und des Proletariats wurden nicht vom Proletariat, sondern von der nationalen Bourgeoisie geführt. Die Position der Parteiführer in der Regierung, die ihnen keine reale Macht gab, war eine politische Konzession der nationalen Bourgeoisie, die die Unterstützung des Volkes in ihrem Widerspruch zur Kompradoren Bourgeoisie benötigte und, in gewissem Maß, auch zu den Imperialisten.

Mit Unterstützung der von der PKI geführten Massen konnte die nationale Bourgeoisie in gewissem Maß die Position der Kompradoren-Bourgeoisie in der Staatsmacht untergraben. Die Situation zeigte sich in einer Reihe politischer Maßnahmen, die die Regierung der Republik Indonesien traf. (Hier folgen spezielle Beispiele, die wir der Kürze halber auslassen – Anm. AK) . . . Die Parteiführung, die in den Sumpf des Opportunismus gesackt war, überschätzte diese Entwicklungen und behauptete, daß der „Volksaspekt" zum Hauptaspekt geworden sei und die führende Rolle in der Staatsmacht der Republik Indonesien übernommen habe. Es war, als nähere sich das indonesische Volk der Geburt einer Volksmacht...

Die PKI-Führung erklärte, daß die „Zwei Aspekte-Theorie" völlig verschieden sei von der „Theorie der Struktur-Reformen" der revisionistischen Führung der italienischen KP. Jedoch, sowohl theoretisch wie auf der praktischen Ebene gibt es gar keinen Unterschied zwischen den beiden „Theorien". Beide haben als Ausgangspunkt den friedlichen Weg zum Sozialismus. Beide träumen von einer schrittweisen Veränderung im inneren Kräfteverhältnis und in der Staatsstruktur. Beide lehnen den Weg der Revolution ab, und beide sind revisionistisch.

Die anti-revolutionäre „Zwei Aspekte-Theorie" beweist sich krass in der Behauptung, daß „der Kampf der PKI hinsichtlich der Staatsmacht darum geht, den pro-Volk-Aspekt voranzutreiben, um ihn größer und vorherrschend zu machen und die anti-Volk-Kräfte aus der Staatsmacht vertreiben zu können".

Die Parteiführung nannte diesen anti-revolutionären Weg sogar den Weg der „Revolution von oben und unten". „Von oben" heißt, daß die PKI die Staatsmacht ermutigen müßte, revolutionäre Schritte zu unternehmen, die darauf gerichtet sein sollten, personale Veränderungen im Staatsapparat vorzunehmen. Dagegen bedeutet „von unten", daß die PKI das Volk mobilisieren und organisieren müßte, um dieselben Ziele zu erreichen. Das ist tatsächlich eine außerordentliche Phantasie! Die Parteiführung lernte nicht aus der Tatsache, daß das Konzept von Präsident Sukarno zur Bildung des Kooperations-Kabinetts (die Regierung der Nationalen Koalition alten Typs) acht Jahre nach seiner Ankündigung immer noch nicht verwirklicht worden war und es nicht einmal Anzeichen gab, daß es jemals verwirklicht werden würde, ungeachtet der ständigen Forderungen. Gar nicht zu reden von einer Veränderung in der Staatsmacht!

Es stimmt, daß Lenin einmal zeigte, daß die Möglichkeit der „Aktion von oben" bestand, d.h. als die Möglichkeit bestand, am Vorabend der Russischen Revolution von 1905 sich an der provisorischen revolutionären Regierung zu beteiligen. Das war damals eine Periode politischer Erhebungen, in der eine Revolution begonnen hatte. Falls keine Möglichkeit bestehen würde, von oben zu handeln, so müßte Lenin zufolge Druck von unten ausgeübt werden, und dazu müßte das Proletariat bewaffnet werden. (vgl. dazu Lenin, Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution, Anm. AK)

Es ist klar, wie groß der Unterschied war zwischen der Situation und den Bedingungen, wie sie Lenin bei der Möglichkeit der „Aktion von oben" wie auch „Aktion von unten" zugrunde legt, und den Bedingungen in Indonesien für eine „Revolution von oben und unten". Das erste wurde vorgebracht in einer revolutionären Situation, das letztere dagegen unter relativ friedlichen Bedingungen. Darüberhinaus wurde das letztere auf opportunistische Weise betrieben.

Die „Zwei Aspekte-Theorie" ähnelt der Entstellung Kautskys von der marxistischen Lehre über den Staat. Theoretisch leugnete Kautsky nicht, daß der Staat ein Organ der Klassenherrschaft ist. Was er übersah und beschönigte, war, daß „die Befreiung der unterdrückten Klasse unmöglich ist nicht nur ohne gewaltsame Revolution, sondern auch ohne Vernichtung des von der herrschenden Klasse geschaffenen Apparats der Staatsgewalt . . ." (Lenin, Staat und Revolution, Anm. AK)

Um sich vom Sumpf des Opportunismus zu säubern muß unsere Partei diese „Theorie der zwei Aspekte in der Staatsmacht" auf den Abfall werfen und die marxistisch-leninistische Lehre von Staat und Revolution wiederherstellen. ■



Herausgeber – Druck – Verlag J. Reents, Verlag ARBEITERKAMPF, 2 Hamburg 13, Rutschbahn 35, verantw. Redakteur: Kai Ehlers, Auflage: 15 000 Erscheinungsweise: dreiwöchentlich, Verkaufspreis: 50 Pfg., Verlagskonten: Dresdner Bank, Kto. Nr. 451 8378 J. Reents, und: Postscheckkonto Hamburg Nr. 240 595, J. Reents



Zur Außenpolitik der VR China

Chinas Außenpolitik wird mehr und mehr zum Rätsel für seine Freunde. Das gilt gerade auch für das Verhalten der VR China gegenüber den imperialistischen Ländern Westeuropas und speziell gegenüber dem BRD-Imperialismus.

Da erfreut z.B. Tschu En-lai den Krupp-Manager Beitz mit der Bemerkung, „daß er nur Königsberg kenne, kein Kaliningrad" (!), d.h. anscheinend eine Unterstützung der Forderung des deutschen Imperialismus und Revanchismus nach „Rückgabe der geraubten deutschen Ostgebiete". Und beim gleichen Anlaß vergißt Tschu En-lai nicht, seinem „alten Freund" Gerhard Schröder (CDU) durch Beitz Grüße ausrichten zu lassen (2).

Da wird auch ein reaktionärer Ideologe des Springer-Konzerns zum „weitsichtigen Freund", weil er gegen die Sowjetunion hetzt. Sogar eine „berühmte Persönlichkeit aus der westdeutschen Politik" (gemeint war offenbar F.J. Strauß) wird in der chinesischen Presse mit antisowjetischen Äußerungen zustimmend zitiert (3).

Umgekehrt sparen reaktionärste Vertreter des BRD-Imperialismus in demagogischer Manier nicht mit Lob für China. So freut sich z.B. Peter Boenisch von der „Bild am Sonntag": „Chinas Kommunisten kritisieren den Imperialismus und Sozialfaschismus der Sowjetunion. Und mindestens in diesem Punkt sind wir alle Chinesen." (4) Die faschistische „Nationalzeitung" triumphiert: „Die freie Welt sieht voller Hoffnungen nach Peking . . . Käme es früher oder später zu einer Dreier-Allianz China-Europa- Vereinigte Staaten, so bräuchte die Menschheit nicht mehr die Unterwerfung durch den Sowjetkolonialismus zu fürchten." (5) Und Kapitalvertreter wie Beitz äußern großen Appetit: Dort leben achthundert Millionen Konsumenten und mindestens fünfhundert Millionen Arbeitskräfte – mehr als Rußland, die USA und Westeuropa zusammen aufbieten können." (6)

Natürlich gibt es Genossen, für die Chinas Außenpolitik unbesehen immer „revolutionäre Außenpolitik" ist und bleiben wird, was auch passieren mag. Das ist nichts Neues: diesen Weg sind schon die revisionistischen Parteien gegenüber der Sowjetunion gegangen. Insgesamt ist es aber wohl so, daß Unsicherheit über die chinesische Außenpolitik besteht. Dieser Artikel soll einige Aspekte der Außenpolitik der VR China zu beleuchten versuchen. Zum selben Thema soll eine Broschüre mit ausführlicher Dokumentation vorbereitet werden.

Prinzipien sozialistischer Außenpolitik

Die KP Chinaß hat in der Polemik gegen den Revisionismus 1963 die Prinzipien sozialistischer Außenpolitik so dargestellt:

„Unserer Ansicht nach muß die Generallinie der Außenpolitik sozialistischer Staaten folgende Punkte zum Inhalt haben; In Übereinstimmung mit den Prinzipien des proletarischen Internationalismus, Beziehungen der Freundschaft, gegenseitigen Hilfe und Zusammenarbeit mit den Ländern des sozialistischen Lagers entwickeln; auf der Grundlage der fünf Prinzipien die friedliche Koexistenz mit Ländern unterschiedlicher Gesellschaftsordnung anstreben und die imperialistische Aggressions- und Kriegspolitik bekämpfen; alle unterdrückten Völker und Nationen in ihren revolutionären Kämpfen unterstützen. Diese drei Dinge sind miteinander untrennbar verbunden und kein einziges darf ausgelassen werden." (7)

Und speziell zum letzten Punkt noch folgende Sätze aus einer anderen Stellungnahme 1963:

„Während wir an der friedlichen Koexistenz mit Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung festhalten, erfüllen wir unerschütterlich unsere Pflichten des proletarischen Internationalismus. Wir unterstützen tatkräftig die nationale Befreiungsbewegung in den Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas, die Arbeiterbewegung in den Ländern Westeuropas, Nordamerikas und Ozeaniens, den revolutionären Kampf gegen die imperialistische Aggressions- und Kriegspolitik und um die Erhaltung des Weltfriedens." (8)

Die Prinzipien der sozialistischen Außenpolitik lassen sich demnach auf zwei Prinzipien zurückführen, nämlich solidarische Beziehungen (gegenüber dem Proletariat) und Beziehungen der friedlichen Koexistenz (gegenüber der Bourgeoisie).

Die Friedliche Koexistenz

Lenin sagte: **„Das Bündnis mit den Revolutionären der fortgeschrittenen Länder und mit allen unterdrückten Völkern gegen alle Imperialisten, welcher Art auch immer, das ist die Außenpolitik des Proletariats."** (9)

Das schrieb Lenin im Juni 1917, also noch vor der Errichtung der Sowjetmacht. Da sich indessen das Proletariat durchaus nicht gleichzeitig in den wichtigsten imperialistischen Ländern zur sozialistischen Revolution erhob, kam es zu einem zeitweisen mehr oder weniger „friedlichen" Nebeneinander des ersten Arbeiter- und Bauernstaates, der Sowjetunion, mit den imperialistischen Ländern. Auf dieser Grundlage entwickelte Lenin die Politik der Friedlichen Koexistenz zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung, einschließlich ökonomischer Beziehungen mit den imperialistischen Staaten.

Kurz vor der Gründung der VR China erklärte Mao Tse-tung in diesem Sinne:

„Wir sind bereit, mit jeder ausländischen Regierung auf der Grundlage der Prinzipien der Gleichberechtigung, des gegenseitigen Vorteils und der gegenseitigen Achtung der territorialen Integrität und der Souveränität Verhandlungen über die Herstellung von diplomatischen Beziehungen aufzunehmen, vorausgesetzt, daß die ausländischen Regierungen bereit sind, ihre Beziehungen zu den chinesischen Reaktionären abzubrechen, sich nicht länger mit ihnen verschwören oder ihnen nicht mehr helfen und Volkschina gegenüber eine wahre – nicht eine heuchlerische Haltung einnehmen. Das chinesische Volk will Beziehungen der Zusammenarbeit mit allen Völkern der Welt anknüpfen, den Außenhandel wiederherstellen und entwickeln, um zur Entwicklung der Produktion und zum Gedeihen der Wirtschaft beizutragen." (10)

1954 verkündete die chinesische Regierung die Fünf Prinzipien der Friedlichen Koexistenz, nämlich: „gegenseitige Achtung der territorialen Integrität und Souveränität, gegenseitiger Nichtangriff, gegenseitige Nichteinmischung in innere Angelegenheiten, Gleichberechtigung und gegenseitiger Vorteil, friedliche Koexistenz". (11)

Diese Prinzipien finden sich z.B. vielfach wieder in den verschiedenen Kommuniques über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen der VR China zu anderen Staaten, oder als global verbindliche Prinzipien im „Gemeinsamen Kommunique" vom 27. Februar 1972 anläßlich des Nixon-Besuchs in China. (12)

Abwandlungen sind möglich – so ist bei der Vereinbarung diplomatischer Beziehungen in vielen Fällen die ausdrückliche Festlegung des Prinzips „gegenseitiger Nichtangriff" offenbar für überflüssig gehalten worden. Dafür findet sich z.B. im Kommunique über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Republik Chile vom 15. Dezember 1970 zusätzlich eine Garantie für die „Nichteinmischung" auch in „a u s w ä r t i g e Angelegenheiten" (statt nur „innere"). (13)

Das Prinzip der „Nichteinmischung"

Die Beziehungen der Friedlichen Koexistenz sind Beziehungen zu nicht-proletarischen Klassen und ihren Regierungen, die zugleich im unversöhnlichen Widerspruch zu den Arbeitern und Bauern ihres Landes stehen.

Daher bildet das Prinzip der „Nichteinmischung in innere Angelegenheiten" einen Widerspruch zum anderen Prinzip sozialistischer Aussenpolitik, nämlich dem Proletarischen Internationalismus. Denn dieses Prinzip bedeutet ja seinem Wesen nach durchaus „Einmischung" in „innere Angelegenheiten" anderer Länder, nämlich kämpferische Solidarität mit den Volksmassen dieser Länder.

Es steht dann jeweils die Frage, welche Seite die H a u p t s e i t e dieses Widerspruchs bildet und in welchem Verhältnis die beiden Seiten zueinander stehen sollen – konkret: ob den „freundschaftlichen Beziehungen" zur regierenden Bourgeoisie Vorrang eingeräumt wird, oder der Solidarität mit dem Proletariat und den Volksmassen. Es ist also die Frage, wie das Prinzip der „Nichteinmischung" konkret angewendet wird.



Nixon bei Mao Tse-tung

Es ist offensichtlich, daß die VR China hier Unterschiede macht. Im Fall des Völkermords der pakistanischen Regierung an der Bevölkerung Ostbengalens („Bangla Desh") interpretierte die chinesische Regierung das Prinzip der „Nichteinmischung" als Verzicht auf jede wertende öffentliche Stellungnahme zum Verhalten der pakistanischen Regierung: *„An den fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz konsequent festhaltend, mischt sich die chinesische Regierung nie in die inneren Angelegenheiten anderer Länder ein . . . Wir hoffen, daß das pakistanische Volk seine Einheit stärken, mit gemeinsamen Bemühungen die Schwierigkeiten überwinden und seine eigenen Probleme selbst lösen wird . . . ".* (14)

Das entspricht jedoch nicht der kritischen Haltung, die die KP Chinas offen zum Völkermord in Biafra einnahm, dem 1967 von Nigeria losgetrennten und 1968 wieder unterworfenen Landesteil Nigerias. (15).

Weiterhin ist es auch keine „Nichteinmischung" im eigentlichen Sinn des Wortes, wenn einer Regierung militärische Hilfe zur Verfügung gestellt wird, mit der diese u.a. gegen die oppositionellen Kräfte im eigenen Land – vorzugsweise die Arbeiterbewegung und nationale Minderheiten – vorgeht. Das eben tat aber die chinesische Regierung z.B. im Falle des Sudan (16) wie auch gegenüber Pakistan.

Das widerlegt die bisweilen zu hörende naive Auffassung, als wäre die Friedliche Koexistenz – und speziell der Grundsatz der „Nichteinmischung" – ein absolut eindeutiges, unwandelbares Prinzip, an das man sich nur zu halten braucht, um immer richtig zu liegen. In Wahrheit wird dieses Prinzip selbstverständlich auch von der VR China d i f f e r e n z i e r t angewandt, entsprechend der Einschätzung der Widersprüche.

In diesem Zusammenhang ist folgende Äußerung aus einer bereits zitierten Erklärung von 1963 erwähnenswert:

„In den letzten vierzehn Jahren (d.h. seit Gründung der Volksrepublik – Anm. AK-Red.) *haben wir in internationalen Angelegenheiten gegenüber Staaten der verschiedenen Typen und gegenüber verschiedenen Verhältnissen in Staaten des gleichen Typs jeweils unterschiedliche Richtlinien verfolgt.*

Erstens: Wir machen einen Unterschied zwischen sozialistischen und kapitalistischen Staaten . . .

Zweitens: Wir machen einen Unterschied zwischen nationalistischen Staaten, die erst vor kurzem ihre politische Unabhängigkeit erlangt haben, und imperialistischen Staaten . . .

Drittens: Wir machen einen Unterschied zwischen den gewöhnlichen kapitalistischen Ländern und den imperialistischen Staaten. Auch ist unser Verhalten gegenüber den verschiedenen imperialistischen Staaten unterschiedlich." (17)

Die „vier großen Widersprüche"

„Weltpolitik und Weltwirtschaft in ihrer Gesamtheit und die konkreten Verhältnisse in der Welt, das heißt die grundlegenden Widersprüche in der heutigen Welt, vom Klassenstandpunkt aus konkret zu analysieren, bildet den Ausgangspunkt für die Bestimmung der Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung." (18)



Krupp-Manager Beitz bei Tschu En-Lai (1973)

In seinem Bericht auf dem IX. Parteitag der KP Chinas im April 1969 sprach Lin Biao davon, daß „in der Welt der gegenwärtigen Epoche vier große Widersprüche existieren". Gleichgültig ob Lin Biao hier seine eigene Meinung oder „gezwungenermaßen" die Meinung der Parteiführung insgesamt referiert (19) – jedenfalls ist diese Theorie (der „vier großen Widersprüche") älteren Datums.

Schon in dem Artikel „Mehr über die Differenzen zwischen Genossen Togliatti und uns", der 1963 erschien, ist von folgenden „Hauptwidersprüchen" (!) die Rede:

„Die Widersprüche zwischen dem sozialistischen und imperialistischen Lager, zwischen den imperialistischen Staaten, zwischen den imperialistischen Ländern und den unterjochten Nationen, zwischen der Bourgeoisie und dem Proletariat und den Werktätigen in jedem kapitalistischen Land, zwischen verschiedenen Monopolgruppen innerhalb der kapitalistischen Staaten sowie auch die Widersprüche zwischen der Monopolbourgeoisie einerseits und der mittleren und Kleinbourgeoisie andererseits in jedem kapitalistischen Land." (20)

In dem bekannten „Vorschlag zur Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung" (Juni 1963) ist dagegen von vier „grundlegenden Widersprüchen die Rede, nämlich:

„Die Widersprüche zwischen dem sozialistischen und dem imperialistischen Lager; die Widersprüche zwischen Proletariat und Bourgeoisie innerhalb der kapitalistischen Länder; die Widersprüche zwischen unterjochten Nationen und Imperialismus; die Widersprüche zwischen den verschiedenen imperialistischen Staaten und die Widersprüche zwischen den verschiedenen monopolkapitalistischen Gruppierungen." (21)

Die „vier großen Widersprüche" des Berichts an den IX. Parteitag schließlich sind folgende:

„Der Widerspruch zwischen den unterjochten Nationen einerseits und dem Imperialismus und Sozialimperialismus andererseits; der Widerspruch zwischen dem Proletariat und der Bourgeoisie in den kapitalistischen und revisionistischen Ländern; der Widerspruch zwischen den imperialistischen Staaten und dem sozialimperialistischen Staat sowie der Widerspruch unter den imperialistischen Staaten: der Widerspruch zwischen den sozialistischen Staaten einerseits und dem Imperialismus und Sozialimperialismus andererseits.' (22)

Die zitierten Systeme mehrerer „großer Widersprüche" oder gar „Hauptwidersprüche" (möglicherweise eine Übersetzungsschwäche?) lassen die Frage nach dem H a u p t w i d e r s p r u c h zunächst offen

In „Über den Widerspruch" schreibt Mao-Tse-Tung:

„Im Entwicklungsprozeß eines komplexen Dinges gibt es eine ganze Reihe von Widersprüchen, unter denen stets einer der Hauptwiderspruch ist; seine Existenz und seine Entwicklung bestimmen oder beeinflussen die Existenz und die Entwicklung der anderen Widersprüche ... Hieraus folgt:

Wenn ein Prozeß mehrere Widersprüche enthält, muß einer von ihnen der Hauptwiderspruch sein, der die führende Rolle spielt, während die übrigen nur eine sekundäre, untergeordnete Stellung einnehmen. Infolgedessen muß man sich beim Studium eines komplizierten Prozesses, der zwei oder noch mehr Widersprüche enthält, die größte Mühe geben, den Hauptwiderspruch herauszufinden." (23)

Faktisch wird also immer einer der



Forts. VR China

genannten „großen Widersprüche“ als primärer (Hauptwiderspruch) und die übrigen als sekundäre (Nebenwidersprüche) behandelt werden müssen.«

Ferner ist zu bestimmen, in welchem Verhältnis zum Hauptwiderspruch die einzelnen Nebenwidersprüche zu behandeln sind.

Auf dieser Basis wird man z.B. einen Hauptfeind festlegen, mögliche Verbündete bestimmen und zu gewinnen versuchen (wobei die Dauer und Festigkeit derartiger Bündnisse unterschiedlich ist) sowie möglicherweise zweitrangige Gegner zeitweise zu neutralisieren versuchen.

Vom „Hauptfeind US-Imperialismus“ zum „Hauptfeind Sozialimperialismus“

Ein historischer Rückblick etwa auf das letzte Jahrzehnt ermöglicht es, drei verschiedene Etappen der chinesischen Außenpolitik zu unterscheiden, nämlich: 1. die Etappe, wo der US-Imperialismus klar als Hauptfeind gilt; 2. die Etappe, wo die Theorie vom „Sozialimperialismus“ erstmals öffentlich vorgebracht wird und wo der „Sozialimperialismus“ schließlich gemeinsam mit dem US-Imperialismus als Hauptfeinde betrachtet werden („Supermächte“); 3. die Etappe, wo der „Sozialimperialismus“ als Hauptfeind betrachtet wird.

Auf der Moskauer Beratung der kommunistischen Parteien der Welt 1960 (die letzte derartige Beratung, an der die KPCh teilnahm) wurde übereinstimmend festgestellt:

„Der amerikanische Imperialismus ist zum größten internationalen Ausbeuter geworden.“

„Das Hauptbollwerk des modernen Kolonialismus sind die Vereinigten Staaten von Amerika.“

„Die Hauptkraft der Aggression und des Krieges ist der amerikanische Imperialismus.“ (24)

In den folgenden Jahren verschlechterte sich das Verhältnis zwischen KPCh und KPdSU sowie das zwischenstaatliche Verhältnis Sowjetunion-China rasch. In Fragen der politisch-ideologischen Auseinandersetzung verhielt sich die sowjetrevisionistische Führung arrogant, verbreitete innerhalb und außerhalb der Sowjetunion niederträchtige Entstellungen des Standpunkts der chinesischen Genossen wie etwa, China wolle die Weltrevolution durch einen Atomkrieg erreichen. Außerdem berief die Sowjetunion ihre Berater aus China ab, was die Entwicklung des Landes zunächst zurückwarf, sich aber längerfristig doch positiv auswirkte in einer stärkeren Orientierung auf die eigene Kraft. Andererseits betrieb der Sowjetrevisionismus gegenüber dem US-Imperialismus eine Politik der Annäherung und der Anbiederung.

Die KPCh hielt demgegenüber daran fest, den US-Imperialismus als Hauptfeind anzusehen. Das gilt bis über die Mitte der 60er Jahre hinaus. So sagte z.B. Tschu-En-Lai im Oktober 1967 in einer Rede:

„Der USA-Imperialismus ist der grausamste Feind der Volksmassen der Welt. Die Volksmassen der Welt haben die gemeinsame Aufgabe, der Aggression und Unterdrückung durch den USA-Imperialismus ein Ende zu machen.“ (25)

Und Li Hsiän-niän (Mitglied des Politbüros des ZK der KPCh) sagte noch im Juni 1970:

„Der US-Imperialismus ist der böseste Feind der Völker der ganzen Welt. Überall in der Welt unternimmt er Aggressionen und Expansionen... Die US-imperialistische Aggression hat die Einheit der Völker der Welt im Kampf gegen den gemeinsamen Feind gefördert.“(26)

Der Sowjetrevisionismus wurde demgegenüber lange Zeit nur als zweitrangiger „Komplize Nr. 1 des USA-Imperialismus“(27) angegriffen. Sehr deutlich kommt das in folgender Einschätzung zum Ausdruck:

„Die Gespräche von Kossygin und Johnson (gemeint ist das Treffen von Hollybush, USA, im Juni 1967, unmittelbar nach dem zionistischen „Blitzkrieg“ – Anm. AK) *markieren den Beginn einer neuen Periode in der amerikanisch-sowjetischen Zusammenarbeit, in welcher sich die sowjetische Revisionistenclique völlig zu Füßen der US-Imperialisten werfen und in der von dem US-Imperialismus dominierten konterrevolutionären „Heiligen Allianz“ die zweite Rolle spielen wird. Während Chruschtschow sich nach Kräften bemühte, dem Traum der sowjetischen Revisionistenclique entsprechend, „die Weltherrschaft durch sowjetisch-amerikanische Zusammenarbeit“ zu erreichen, einen dem US-Imperialismus gleichen Rang einzunehmen, begnügen sich seine Nachfolger heute damit, die Rolle eines fügsamen Komplizen und Lakaien des US-Imperialismus zu spielen. Sie sind ganz Gehorsam und Servilität Washington gegenüber.“* (28)



März 1969: Beim Angriff auf die chinesische Insel Dschenbao ist ein sowjetischer Panzer schrottreif geschossen worden.



Tribüne auf der Massenkundgebung in Peking zur Feier des 20. Jahrestags des Vaterländischen Befreiungskriegs Koreas und zur Anprangerung des USA-Imperialismus wegen seiner gewaltsamen Besetzung von Chinas Taiwan.

aus Peking Rundschau 27/70

...öffentlich vorgebracht wird | Während Chruschtschow sich nach | ten und hindern offenbar die Sow-

aus Peking Rundschau 27/70

Der „Sozialimperialismus“

Im August 1968 besetzten sowjetische und andere Warschauer-Pakt-Truppen die CSSR. Erstmals in diesem Zusammenhang wurde von der KPCh öffentlich der Vorwurf des „Sozialimperialismus“ gegen die Sowjetrevisionisten erhoben; und zwar war es Tschu-En-Lai, der zwei Tage nach der Okkupation während eines Empfanges anläßlich des rumänischen Nationalfeiertages sagte:

„Die sowjetrevisionistische Renegatenclique ist schon längst zum Sozialimperialismus und Sozialfaschismus degeneriert.“(29)

In der chinesischen Presse erschienen in der Folge eine Reihe von Artikeln, die näher zu Fragen des „Sozialimperialismus“ Stellung nahmen. Zusammengefaßt wurde die Theorie vom „Sozialimperialismus“ in dem Artikel „Leninismus oder Sozialimperialismus“, den die chinesische Presse („Renmin Ribao“, „Hongqi“ und „Jiefangjun Bao“) am 22. April 1970 veröffentlichte. (30)

Die Besetzung der CSSR wurde von China begründet als ernsthafte Warnung verstanden. Wenn die Sowjetrevisionisten die CSSR besetzen ließen, „um den Sozialismus zu retten“, – warum sollten sie dann nicht auch die VR China anzugreifen versuchen, die ja nach sowjetrevisionistischen Begriffen bekanntlich „unter einer militärbürokratischen Diktatur“ (31) etc. steht? Nicht prinzipielle Erwägungen, sondern nur das Kräfteverhältnis hinderten und hindern offenbar die Sowjetrevisionisten daran, der VR China in der Art der CSSR „brüderliche Hilfe“ zu erweisen, d.h. China zu überfallen.

Tschu-En-Lai wies in seiner Rede am 19. Jahrestag der Gründung der VR China (1. Okt. 1968) darauf hin:

„Der US-Imperialismus und Sowjetrevisionismus sind zu jeder Schandtat fähig. Wir müssen unsere Wachsamkeit erhöhen, unser Gefaßtsein auf einen Krieg intensivieren und zu jeder Zeit bereit sind, jedwede Invasion, die vom US-Imperialismus, vom Sowjetrevisionismus und ihren Lakaien einzeln oder zusammen unternommen wird, zu zerschlagen.“ (32)

Die chinesischen Befürchtungen wurden verstärkt, als die Sowjetunion Anfang März 1969 bewaffnete Grenzzwischenfälle provozieren ließ, von denen die Zusammenstöße auf und um die chinesische Insel Dschenbao im Wussuli/Ussuri am bekanntesten wurden. Die Grenze in diesem Bereich entstand im vorigen Jahrhundert, als das zaristische Rußland China mehrere Verträge aufzwang, durch die es weite chinesische Gebiete annektierte. Von den Sowjetrevisionisten wurde die Verleumdung verbreitet, die VR China fordere die Rückgabe dieser vom Zarismus geraubten Gebiete (33). Das ist eine Lüge. Tatsächlich erhob die VR China zwei Forderungen: die Sowjetunion soll die im vorigen Jahrhundert festgelegte Grenze respektieren, also nicht darüber hinaus auf chinesisches Gebiet vordringen, wie im Fall der Insel Dschenbao und weiterer Inseln im Grenzfluß Wussuli/Ussuri; und zum zweiten: die Sowjetunion soll die China vom Zarismus aufgezwungenen Verträge als „ungleiche Verträge“ anerkennen; tatsächlich ist der Sowjetrevisionismus nämlich dazu übergegangen, in übelster chauvinistischer, „großrussischer“ Weise die Eroberungspolitik des Zarismus zu glorifizieren, wozu sogar die aus den 20er, 30er und 40er Jahren stammenden historischen Werke umgeschrieben werden (34).

(Wird fortgesetzt)

Anmerkungen:

1.) laut „Bild“ vom 5. Juni 73 – Beitz sagte dazu, diese Bemerkung habe Tschu En-lai „wohl nicht zufällig, sondern mit voller Absicht gemacht. Tschou hatte etwas Ähnliches schon Schröder gesagt, damals aber darum gebeten, mit Rücksicht auf die bevorstehenden Wahlen in der Bundesrepublik seine Bemerkungen nicht zu veröffentlichen.“

2.) laut „Kölner Stadtanzeiger“ vom 29.5.73 – man könnte dazu sagen, daß die Kapitalisten natürlich daran interessiert sind, evtl. solche Äußerungen einfach zu erfinden bzw. sie falsch zu interpretieren. Offenbar wäre es jedoch erstaunlich, wenn ein Kapital-Agent wie Beitz, der doch mit China ins Geschäft kommen will, sich L ü g e n über den Inhalt z.B. seiner Gespräche mit Tschu En-lai erlauben könnte.

3.) Aus einem Artikel der „Renmin Ribao“ (Volkszeitung), der von chinesischen Journalisten geschrieben wurde, die zuvor die BRD bereist hatten und dabei u.a. von Strauß, Schröder, Flach und Wienand empfangen wurden. Übersetzung in „Frankfurter Rundschau“, 4.8.73. Ausdrücklich erwähnt wird u.a. „ein Freund von ‚Die Welt‘ “. Auf den Artikel wird an späterer Stelle noch ausführlicher eingegangen.

Artikel wird an späterer Stelle noch ausführlicher eingegangen.

4.) „Bild am Sonntag“ vom 20.2.72

5.) „Nationalzeitung“ vom 18.2.72

6.) laut „Stern“ vom 14.6.73. Dem „Stern“ gegenüber behauptete Beitz auch: „Den Chinesen sind die Aktivitäten der westdeutschen Maoisten überhaupt nicht lieb.“

7.) Antwort des ZK der KP Chinas auf den Brief des ZK der KPdSU vom 30. März 1963 (14. Juni 1963), in: Die Polemik über die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung, Peking 1965, S. 37

8.) Zwei völlig entgegengesetzte Arten der Politik der friedlichen Koexistenz, Artikel der „Renmin Ribao“ (Volkszeitung) und „Hongqi“ (Rote Fahne) vom 12. Dezember 1963, in: Polemik . . . S. 303

9.) Lenin, Die Außenpolitik der russischen Revolution, Werke Band 25

10.) Mao Tse-tung, Ansprache auf der Tagung des Vorbereitungsausschusses der neuen politischen Konsultativkonferenz, 15. Juni 1949, in: Ausgew. Werke, Bd. IV., Peking 1969, S. 434

11.) Hier zitiert nach dem Artikel: Zwei völlig entgegengesetzte Arten der Politik der friedlichen Koexistenz, Polemik . . ., S. 300

12.) Peking Rundschau (PR), 9/72, S.4-6

13.) PR 2/71, S. 6

14.) PR 46/71, S. 5 – aus einer Rede von Außenminister Dji Peng-fe anläßlich des China-Besuchs einer pakistanischen Delegation

15.) vgl. u.a. den Artikel „Neokolonialismus am Werk – Biafra verwüstet“, in PR 42/68, S. 37

16.) laut PR 52/71, S. 11 sprach der sudanesische Vizepräsident Abbas bei einem China-Besuch „mit Gefühlen der Bewunderung und des Stolzes“ von der „wirtschaftlichen und militärischen Unterstützung“ des Sudan durch die VR China. (Zu den Ereignissen im Sudan noch an anderer Stelle des Artikels.)

17.) Zwei völlig entgegengesetzte Arten . . ., in: Polemik . . ., S. 301 - 302

18.) Antwort des ZK der KPCh vom 14. Juni 1963, in: Polemik . . ., S. 7

19.) Auf dem X. Parteitag der KPCh (24. bis 28. August 73) sagte Tschu En-lai in seinem Bericht: „Wie wir alle wissen, wurde der politische Bericht an den IX. Parteitag unter der persönlichen Leitung des Vorsitzenden Mao ausgearbeitet.“ Lin Pioa habe zuerst einen eigenen Entwurf vorgelegt, dann aber „widerwillig“ den vom ZK der KPCh ausgearbeiteten Text verlesen müssen. (Nach dem Text der Rede Tschu En-lais in PR 35-36/73 S. 17)

20.) Mehr über die Differenzen . . ., Hongqi Nr. 3 - 4, 1963; in: Proletarier aller Länder, vereinigt euch gegen den gemeinsamen Feind!, S. 199 (Nachdruck durch Oberbaumverlag Westberlin 1970)

21.) Vorschlag . . . (=Antwort des ZK der KPCh . . vom 14. Juni 1963), in: Polemik ......, S. 7 - 8

22.) Lin Biao, Bericht auf dem IX. Parteitag der KPCh, Peking 1969, S. 92 - 93

23.) Mao Tse-tung, Über den Widerspruch, Ausgew. Werke, Bd. I, S. 388 u. 390

24.) zitiert nach: Antwort des ZK der KPCh . . vom 14. Juni 1963, in: Polemik . . ., S. 18

25.) PR 43/67, S. 10

26.) PR 27/70, S. 21

27.) z.B. PR 19/67

28.) Artikel der „Renmin Ribao“ vom 3. Juli 67 – laut PR 28/67, S. 27

29.) Tschu En-lai am 23. August 68, laut PR 34/68, S. 10

30.) Leninismus oder Sozialimperialismus? Peking 1970

31.) z.B. der Artikel „Kurs der Maoisten – die militär-bürokratische Diktatur“ der „Krasnaja Swesda“ vom 22. März 69

31.) z.B. der Artikel „Kurs der Maoisten – die militär-bürokratische Diktatur“ der „Krasnaja Swesda“ vom 22. März 69 (deutsch in „horizont“ 14/69). Es heißt dort u.a..: „Gegenwärtig wird im Lande der Prozeß der Zerstörung des politischen Überbaus der volksdemokratischen Ordnung abgeschlossen.“ „Die Verwandlung der chinesischen Armee . in ein Instrument der antisozialistischen, abenteuerlichen Politik der Pekinger Oberschicht, in ein Mittel zur gewaltsamen Unterdrückung des Volkes ist ein beispielloser Fakt in der Geschichte der Entwicklung des Sozialismus.“

32.) PR 40/68, S. 17

33.) vgl. etwa die Broschüre „Die territorialen Ansprüche Mao Tse-tungs“, Moskau 1971

34.) vgl. den Artikel „Wie die ‚neuen Zaren‘ den alten Zarismus rechtfertigen“, in UNSER WEG Nr. 19, sowie den Artikel „Ein schwarzer Faden zieht sich durch zwei Dynastien“ in PR 35 - 36/73

50 Jahre Hamburger Aufstand

Forts. von Seite 1

1923 und die Ursachen für den Hamburger Aufstand eingehen, zuerst noch einige Worte über den Stand und die Kampferfahrungen der Hamburger Arbeiterbewegung vor 1923. In unseren Geschichtsbüchern finden wir dazu nichts, denn die Bourgeoisie versucht der Arbeiterklasse schon immer ihre Geschichte und ihre revolutionäre Tradition abzustreiten. Auch dies ist eines ihrer Mittel, das die Bourgeoisie im ideologischen Kampf einsetzt, um ihre Herrschaft historisch und noch für weitere tausend Jahre zu „begründen".

Auf was kann aber die Hamburger Arbeiterklasse bereits 1923 zurückblicken?

Ende des 19. Jahrhunderts hatten sich Arbeiterklasse und Kapitalisten bereits mehrere große Schlachten geliefert: So feierte das erste Mal am 1. Mai 1890 trotz schärfstem Verbot und Aufmarsch von Militär- und Polizeimannschaften nahezu ein Drittel des Hamburger Proletariats den 1. Mai durch Arbeitsruhe. Als daraufhin die Kapitalisten 20 000 Arbeiter aussperrten, traten die Arbeiter aus fast allen Hamburger Betrieben in den Streik. Diese Demonstration ihres ungebrochenen Kampfwillens bewirkte, daß ein Jahr später bereits 100 000 Hamburger Arbeiter den 1. Mai durch Arbeitsruhe feierten!



Die Hauptkampfgebiete während des Hamburger Aufstandes

Die Hauptkampfgebiete während des Hamburger Aufstandes

Lehrreicher noch für die Hamburger Arbeiterbewegung war der große Hafenarbeiterstreik 1896/97, über den Rosa Luxemburg schrieb: „Bei dem Hamburger Hafenarbeiterstreik ging es nicht mehr um diese oder jene Arbeitsbedingung, nicht um den Lohn oder die Arbeitszeit oder ähnliches, sondern um die Existenzfrage der Arbeiterkoalition, mag auch eine andere Einzelfrage den Ausbruch des Streiks veranlaßt haben. Es ging um die Zertrümmerung der Arbeiterorganisationen." (R. Luxemburg, Ges. Werke, Bd. 1/1, S. 494 ff)

Zehn Wochen lang, von November bis Februar streikten die Arbeiter des Hamburger Hafens, trotz des Winters, trotz ungeheuerer Repressalien und trotz leerer Streikkassen. Der Streik endete mit einer Niederlage. Ohne daß die Unternehmer auch nur ein Zugeständnis machten, mußte die Arbeit wieder aufgenommen werden. Der Streik hatte aber klar die Klassenfronten aufgezeigt und er hatte das Vertrauen der Hamburger Arbeiter in ihre eigene Kampfkraft gestärkt.

Die Auswirkungen der Novemberrevolution von 1918

Die Hamburger Sozialdemokratie stand bereits lange vor dem 1. Weltkrieg auf dem rechten Flügel der Gesamtpartei und bei Kriegsausbruch befand sich fast die gesamte Führerschaft von SPD und Gewerkschaften im Lager des Sozialchauvinismus. Wie in den anderen Städten Deutschlands, so gelang es den rechten SPD-Führern auch in Hamburg, die Führung der Kämpfe, die im November 1918 entbrannten, an sich zu reißen. Nachdem die SPD die Arbeiter- und Soldatenräte unter ihre Kontrolle gebracht hatte, sorgte sie erfolgreich für deren Auflösung. Die SPD erwies sich in ihren Taten immer mehr als durch und durch bürgerliche Partei, die alles andere als Arbeiterpolitik machte. Aufgrund dessen verlor sie in Hamburg, schneller noch als im übrigen Reich, ihren Einfluß auf die Industriearbeiterschaft.

In Zahlen läßt sich das folgendermaßen ausdrücken: hatte die SPD in Hamburg 1919 noch 51,3% der Stimmen inne, so bekam sie 1924 nur noch 27,7% (!). Während der selben Zeit verlor sie 1/3 (=26.518) ihrer Mitglieder. Sowohl ihre Wähler- als auch ihre Mitgliederbasis veränderte sich zunehmend zu Gunsten des Mittelstandes, der sich von der Sozialdemokratie die Aufrechterhaltung von „Ruhe und Ordnung" erhoffte.

Die Gründung der KPD

Der Verrat der SPD-Führer, der spätestens seit der Bewilligung der Kriegskredite im August 1914 deutlich geworden war, hatte bereits 1917 zur Abspaltung eines Teils der Mitglieder geführt. Diese schlossen sich in der USPD (Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschland) zusammen, deren Führer allerdings keine Revolutionäre, sondern kleinmütige Sozialisten vom Format eines Karl Kautsky waren. Nur die revolutionäre Opposition der Sozialdemokratie unter Führung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg hatte von Anfang an die Burgfriedenspolitik scharf angeprangert. Diese zahlenmäßig sehr kleine Opposition wurde aufs schärfste verfolgt und eingekerkert. Erst nach der Novemberrevolution schlossen sich am 31.12.1918 die Vorkämpfer des deutschen Proletariats in der Kommunistischen Partei Deutschlands zusammen. In den erbitterten Kämpfen der Nachkriegsperiode standen die Kommunisten immer in der ersten Reihe und gegen sie ging die vereinigte Reaktion am brutalsten vor, um der Arbeiterklasse ihre Speerspitze zu rauben. Im Januar 1919 wurden Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht von Freikorpsoffizieren ermordet.

Die Kämpfe der revolutionären Nachkriegsperiode

In den Klassenkämpfen bis Ende 1923 versuchte die Bourgeoisie auch das kleinste Zugeständnis, das sie der Arbeiterklasse im November 1918 hatte machen müssen, ihr wieder abzuringen. Hier sind besonders die grausame Niederschlagung der Münchner Räterepublik, der Kapp-Putsch und damit einhergehend das systematische Aufpäppeln der Faschisten, der Angriff auf den acht-Stunden-Tag und die gezielte Inflationspolitik zu nennen. Als willige Handlanger der Bourgeoisie erwiesen sich wieder einmal die SPD- und Gewerkschaftsführer. Sie gingen die „Zentrale Arbeitsgemeinschaft" mit den Unternehmern ein, stimmten dem gesetzlich verankerten Abbau der erkämpften Errungenschaften, wie z.B. dem Betriebsrätegesetz 1920, zu und sie zögerten keine Sekunde, wenn es galt, Militär, Polizei und reaktionäre Freikorps gegen streikende Arbeiter einzusetzen.

Diese Entwicklung bewirkte in der Arbeiterklasse eine zunehmende Revolutionierung. Hinzu kam die wachsende Inflation, wovon die Monopolbourgeoisie ungeheuer profitierte und die die äußerste Verelendung der Massen zur Folge hatte. So betrug im Mai 1923 der durchschnittliche Dollarkurs 50.000, im August 4,6 Millionen, im Oktober 25,3 Milliarden und im November 4,2 Billionen Papiermark.

Man stelle sich das Elend der deutschen Bevölkerung auch angesichts der Tatsache vor, daß im Oktober 1923 ca. 70% der deutschen Arbeiter entweder arbeitslos waren oder in Kurzarbeit standen *(Quelle: E. Anderson, „Hammer oder Amboß, zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung", Nürnberg, 1948, S. 141).* Etwa 25% aller gewerkschaftlich organisierten Arbeiter waren arbeitslos, etwa 47% standen in Kurzarbeit. *(Vergleiche: W. Ruge, „Deutschland 1917 bis 1933", Berlin, 1966, S. 235 und Kuczynski, „Deutschland 1917/18 – 1932/33")*

Das Krisenjahr 1923

Am 11.1.1923 besetzten französische und belgische Truppen ein Drittel des Ruhrgebiets. Die Reichs-

zösische und belgische Truppen ein Drittel des Ruhrgebiets. Die Reichs-

regierung gab die Parole des „passiven Widerstandes" aus, d.h. daß die Bevölkerung den Anordnungen der Besatzungsmächte keine Folge leisten sollte. Für die Ruhrkapitalisten sah das dann so aus, daß sie die Förderung auf den Kohlenhalden nur unterbrechen ließen, wenn die Besatzer erschienen. D.h. ihre Hauptsorge war natürlich, daß es ihrem Profit nicht an den Kragen ging! Die Rechnung bezahlten wie immer die Arbeiter, von denen 145 000 aus dem Ruhrgebiet ausgewiesen wurden. Als Ende Mai 400 000 Bergarbeiter in den Streik traten, forderten die Ruhrkapitalisten erfolgreich die Unterstützung der französischen Besatzungsmächte an: mit deren Hilfe wurde der Streik blutig zerschlagen. Den Höhepunkt erreichte die Krise im August 1923, als die revolutionären Betriebsräte Berlins einen drei-tägigen Generalstreik ausriefen, dem fast die ganze Arbeiterschaft Deutschlands Folge leistete und der die reaktionäre Cuno-Regierung zum Rücktritt zwang.

Der Cuno-Streik war Höhepunkt und Wendepunkt zugleich. Die deutsche Arbeiterklasse hatte eindrucksvoll ihre Kampfkraft bewiesen, aber der Generalstreik war spontan entstanden und er war führerlos geblieben. Die KPD hatte zwar die Massenkämpfe unterstützt, sie hatte aber zu spät die revolutionäre Krise erkannt, auf die Deutschland seit der Ruhrbesetzung zusteuerte.

Die Partei faßte erst im Sommer 1923 einen bewaffneten Aufstand ins Auge, der sowohl politisch als auch praktisch nur sehr unzulänglich vorbereitet wurde.

Die KPD beging dabei den schwerwiegenden Fehler, die Aufstandsvorbereitungen hinter dem Rücken der Massen zu treffen. Aus der falschen Einschätzung, daß die ganze bürgerliche Diktatur in einem Ansturm hinweggefegt werden könne, wiegelte die KPD in einigen Bezirken, u.a. auch in Hamburg, die Kämpfe der Arbeiter ab. Clara Zetkin kritisierte dieses Vorgehen folgendermaßen: „Sie (die KPD) war von der Einstellung beherrscht, daß der „Endkampf" sofort, mit einem gewaltigen, entscheidenden Schlag einsetzen müsse. Anfang war ihr, was Höhepunkt einer Kette von Teilkämpfen ist, und für diesen glänzenden Anfang wollte sie . . . alle ihre Kräfte, alle revolutionären Massenkräfte aufsparen." (C. Zetkin auf dem 9. Parteitag der KPD, Protokoll, S. 86)

Dieser Fehler machte sich bitter bezahlt, genau wie die Hoffnung der rechten KPD-Führer Brandler und Thalheimer auf die linke Sozialdemokratie. (So hatte Brandler auf dem 8. KPD-Parteitag Anfang 1923 prophezeit, daß bald die „sozialdemokratischen Führer unter dem Druck der Massen so weit sind, daß sie vom linken Flügel der Bourgeoisie abwenden und zum rechten Flügel der Arbeiterbewegung werden (!)". – Protokoll des 8. Parteitages, S. 328.)

Anfang Oktober 1923 gingen die KPD und die linke SPD in Sachsen und Thüringen Regierungskoalitionen ein. Nach dem Plan der KPD sollte durch Ausnutzung der Regierungsposition die Bewaffnung der Arbeiter vorangetrieben werden, was die kommunistischen Minister allerdings versäumten. Die „Arbeiterregierungen" hielten knapp zwei Wochen, dann wurden sie von Reichswehrtruppen auseinandergejagt.

Die Lage in Hamburg

In den späteren Auseinandersetzungen innerhalb der KPD und der Kommunistischen Internationalen (KI) wurde Hamburg mit Recht als ruhmreicher Gegenpol zu Sachsen hervorgehoben, denn nur in Hamburg war es zu Kämpfen gekommen.

In Hamburg hatte sich 1923 eine ähnliche Entwicklung vollzogen wie im übrigen Reich. Über die Hälfte der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter war im Sommer bereits arbeitslos. Auf besondere Empörung stieß das Vorgehen des SPD-Senats nach dem Cuno-Streik. Dieser hatte über Hamburg den Ausnahmezustand verhängen lassen, in dessen Folge vier Hafenarbeiter von der Polizei ermordet und 14 weitere schwer verletzt wurden. Die KPD – ihr Vorsitzender war in Hamburg Ernst Thälmann – hatte ihren Einfluß vergrößern können: in den zwölf wichtigsten Industriezweigen stellte die KPD 1923 92 von 148 Betriebsräte, USPD und SPD hatten zusammen nur 53. Die von der KPD herausgegebene „Hamburger Volkszeitung" erreichte damals eine Auflagenhöhe von 35.000, d.h. sie übertraf die Auflagenhöhe der Berliner „Roten Fahne".

Am 15. Oktober waren alle Werft- und Transportarbeiter (!) sowie eine Reihe anderer Betriebe und Fabriken in den Streik getreten.

Ab 20. Oktober kam es in den Straßen Hamburgs zu zahlreichen Zusammenstößen zwischen Arbeitern und Polizei. Erwerbslose zogen hungernd und plündernd durch die Straßen. Angesichts dieser zugespitzten Lage wurde die hamburgische Ordnungspolizei in die höchste Alarmbereitschaft versetzt.

Gleichzeitig mit dem Betriebsrätekongreß in Chemnitz (dieser war für den 21.10. auf Initiative der KPD einberufen worden und sollte



Auf gegen den Faszistenputsch!

Arbeiter, Angestellte und Beamte!

In Bayern schlagen die Faszisten los!

Die Knillingregierung hat den Belagerungszustand erklärt, um die Konterrevolution zu organisieren. Die Faszisten machen mit dem Gelde des Schwerkapitals einen nationalistischen Putsch.

Die Arbeiter sollen niedergeschlagen werden, damit sich das Schwerkapital auf Kosten der deutschen Arbeiterklasse, auf Kosten der ganzen Nation mit den Franzosen verständigen kann.

Die nationalistische Verhetzung soll ausgenutzt werden, um den Arbeitern durch eine konterrevolutionäre Diktatur das Stinnesprogramm aufzuzwingen.

Zehnstundentag, Lohnsenkungen, Arbeiter- und Beamtenentlassungen sollen durchgeführt, die Gewerkschaften zerschlagen, die Betriebsräte beseitigt werden und Stinnes die Eisenbahnen und die Staatsbetriebe ausgeliefert werden.

Im besetzten Gebiet übt Stinnes seine Herrschaft unter dem Schutze der französischen Bajonette aus, im unbesetzten Gebiete mit den Faszisten.

Die bayerischen Faszisten wollen Süddeutschland vom Reiche trennen, einen monarchistischen Donaustaat schaffen und liefern damit den Süden den Franzosen aus.

Die Donauföderation mit König Rupprecht ist der französische Korridor nach dem Schwarzen Meer. Der nationalistische Putsch ist die Brandfackel des Krieges in Europa. Deutschland wird nicht nur Kriegsschauplatz, sondern zerstückelt zur Kolonie der Ententemachthaber.

Arbeiter, Angestellte, Beamte!
Tretet sofort in allen Betrieben zusammen!
Schlagt die Abenteurer nieder!
Eisenbahner, laßt keine Züge unkontrolliert! Werft die Banditen aus allen Zügen!
Betriebsräte, fordert nicht nur, sondern handelt auch! Säubert die Behörden von allen Konterrevolutionären!
Bildet Arbeiterwehren! Erzwingt die Arbeiterregierung zur Niederwerfung der landesverräterischen Faschisten!
Arbeiter, Angestellte, Beamte!
Schließt Euch zur einheitlichen Abwehrfront zusammen! Denkt an das italienische Beispiel. Schlagt Ihr nicht die Putschisten nieder, so schlagen sie Euch nieder!

Leipzig, den 28. Januar 1923.

Die Zentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands.

Vor Hitlers Putsch.

Es steht jetzt fest: Die Verhängung des Belagerungszustandes in Bayern wegen des Parteitages der Nationalsozialisten war ein tückischer Trick. Der Belagerungszustand wurde verhängt über die Arbeiterklasse zugunsten der Faszisten.

Der Sachverhalt ist kurz dieser: Der Belagerungszustand wurde angeblich verhängt, weil Hitler auf seine provokatorischen Demonstrationen nicht verzichten wollte. Hitlers Veranstaltungen wurden verboten. Verboten wurden aber auch die Versammlungen der Kommunisten, der Sozialdemokraten und der Gewerkschaften. Dieses Verbot bleibt bestehen. Ebenso das Verbot der kommunistischen Presse.

Hitler aber hat freie Hand. Zunächst wurden ihm von den 12 geplanten Versammlungen 6 zugestanden. Die Faszisten aber halten alle zwölf Versammlungen ab. Ebenso wird die Fahnenweihe mit den bewaffneten Demonstrationen stattfinden.

Der „Völkische Beobachter" wurde beschlagnahmt, dann aber wieder freigegeben.

Von allen Seiten laufen Faszistentrupps in München ein. Von dort wird gemeldet, daß Hitler bereits über 12 000 bis 14 000 Mann Bewaffneter verfügen kann. Im ganzen Reiche gärt es. Werbungen finden statt. Mobilisierte Faszisten fahren auf Lastwagen nach dem Westen sowohl, als nach Bayern. Die Faszisten glauben, München und Bayern überrumpeln zu können, um dann nach dem Norden, nach Sachsen und Thüringen vorzustoßen.

Die bayerische Regierung „denkt" über die Lage.

Die Arbeiter aber müssen sich rüsten zur Abwehr und zum Gegenstoß. Die Stunde des Kampfes schlägt.

Seid bereit!

Rüstet gegen den Angriff der Faszisten!

Die KPD. Sachsens hat an die Regierung folgendes Schreiben gesandt:

Landesvorstand Sachsen der KPD.
Leipzig, 27. Januar 1923.

An
die sozialdemokratische Regierung Sachsens,
Dresden.

Wir haben erneut zuverlässige Nachrichten über den Putsch der Nationalsozialisten in Bayern erhalten. Nach diesen Meldungen besteht bei der Leitung der Nationalsozialisten die feste Absicht, durch Sachsen und Thüringen einzubrechen. Die konterrevolutionären Verbände und Geheimbünde in Sachsen und Thüringen haben Befehl, den bayerischen Aufstand der Nationalsozialisten mit allen Mitteln zu unterstützen.

Die Arbeiterschaft Sachsens wird unmittelbar von der höchsten Gefahr bedroht. Sofortige Gegenmaßnahmen müssen ergriffen werden.

Der Landesvorstand Sachsen der KPD. fordert die sozialdemokratische Regierung auf, im Interesse der sächsischen Arbeiterschaft sofort folgende Maßnahmen durchzuführen:

1. Errichtung von Arbeiterwehren und Bewaffnung der organisierten Arbeiter.
2. Verbot aller monarchistischen, nationalsozialistischen, deutschvölkischen und konterrevolutionären Versammlungen, Unterdrückung aller nationalistischen, konterrevolutionären Druckschriften und Vereinigungen.
3. Verhaftung aller konterrevolutionären Führer und Leiter der Geheimbünde.
4. Bei allen Behörden sind Kontrollausschüsse aus Angehörigen der Arbeiterorganisationen zuzulassen, die mit der Kontrolle der Durchführung obenstehender Forderungen betraut werden.

Mit kommunistischem Gruß
Landesvorstand Sachsen der KPD.

Generalstreik in München?

München, 27. Januar (7 Uhr abends).

Die Lage in München ist unverändert. [illegible] strömen große Menschenmassen nach den Versammlungslokalen. Die Regierung hat heute nachmittag wieder über die Lage beraten. Ebenso haben die Gewerkschaften, sowohl die freien, wie die christlichen Gewerkschaften, eingehende Besprechungen abgehalten, die abends noch andauern. Wie es heißt, planen die Gewerkschaften einen sofortigen Generalstreik ins Werk zu setzen, der auch die lebenswichtigen Betriebe umfassen soll.

Ueberwa[illegible]ng des E[illegible]senbahnve[illegible] in Leipzig.

Leipzig, 27. Januar.

Die Leipziger [illegible] hat heute auf dem Leipziger Hauptbahnhof eine Poliz[illegible] Verstärkung zur Ueberwachung des Verkehrs nach München eingesetzt. Die am Sonnabend über Leipzig nach München verkehrenden Züge wurden eingehend kontrolliert.

Belagerungszustand in Gera.

WTB. Gera, 27. Januar.

Ueber Gera Stadt- und Landkreis ist der Ausnahmezustand verhängt worden. Der in Gera angehaltene Trupp Roßbachleute war ein geschlossener Transport von 243 jüngeren Männern mit 46 Offizieren. Eine Anzahl dieser Leute war mit Revolvern und anderen Waffen ausgerüstet. Auf Anordnung des Reichskommissars für öffentliche Ordnung werden sie sich einer eingehenden Vernehmung zu unterziehen haben.

„Die Rote Fahne" vom 28. Januar 1923

Forts. Hamburger Aufstand

nach dem Plan der KPD das Signal für einen allgemeinen Generalstreik und den bewaffneten Aufstand geben) tagte in Hamburg eine interparteiliche Werftarbeiterkonferenz, die den Generalstreik beschloß und eine Delegation nach Chemnitz schickte, um die Direktive zum Losschlagen zu holen.

Die Hamburger Kämpfe

Auf der Chemnitzer Betriebsrätekonferenz wurde der Aufstand nicht beschlossen, worauf die Zentrale der KPD auch von ihrem Aufstandsplan Abstand nahm. Nur in Hamburg gingen die kommunistischen Arbeiter auf die Barrikaden, als der Einmarsch der Reichswehr in Sachsen und Thüringen bekannt wurde.

Am frühen Morgen des 23. Oktober überfielen kommunistische Arbeiter, die in Stoßtrupps a 25 Mann eingeteilt waren, 26 Hamburger Polizeiwachen, um Waffen und Munition zu holen. In 17 Fällen gelang den Kämpfern die Überrumpelung, die Polizisten wurden entwaffnet und nach Hause geschickt.

Für die Besatzungen der Polizeiwachen kam der Angriff nach Angaben der Polizeioffiziere Danner und Hartenstein überraschend und unvorbereitet, weshalb sich die meisten Einheiten kampflos ergaben.

Die Kommunisten hatten bei der Überwältigung der Polizeiwachen insgesamt 130 Gewehre und Revolver und drei leichte Maschinengewehre erbeutet und sich danach wieder zurückgezogen.

In den frühen Vormittagsstunden ging die Ordnungspolizei zum Gegenangriff über. Dabei wurde sie vom Reichswehrministerium mit Truppen, Waffen und Munition unterstützt. Eine besonders üble Rolle spielten bei der Niederwerfung des Aufstandes die sozialdemokratische „Vereinigung Republik" (eine Art Bürgerwehr), aus deren Reihen sich 800 Freiwillige zur Ordnungspolizei meldeten. Am Vormittag des 24.10. bestanden in Hamburg nur noch zwei Kampfgebiete: Barmbek und Schiffbek (das heutige Billstedt).

Barmbek

Barmbek war das Zentrum des Widerstandes während des Hamburger Aufstands. Hier tagte die Kampfleitung unter der politischen Führung von Ernst Thälmann, sein wichtigster militärischer Berater war Hans Kippenberger. Allerdings war bereits in den frühen Vormittagsstunden des 23.10. jede Verbindung zu den übrigen Teilen der Parteiorganisation abgebrochen, da die Polizeitruppen Barmbek umzingelt hielten.

In Barmbek hatten sich die bewaffneten Arbeiter auf die Dächer, Balkone, in Wohnungen und in die Keller zurückgezogen, so daß die Ordnungspolizei von allen Seiten unter Beschuß genommen wurde.

In ganz Barmbek entstanden Barrikaden, bei deren Bau die Barmbeker Bevölkerung kräftig mithalf. Polizeimajor Hartenstein gibt dazu an, daß zwischen 8 und 10 Uhr vormittags allein südlich des Osterbekkanals 58 Barrikaden gezählt wurden. (Hartenstein, „Der Kampfeinsatz der Schutzpolizei bei inneren Unruhen", Charlottenburg, 1926, S. 53)

Ein Polizeispitzel beobachtete von seinem Fenster aus, wie vor seinem Haus innerhalb von neun Minuten eine Barrikade entstand. „Während dieser Zeit waren zwei Bäume gefällt, das Straßenpflaster ausgehoben und ein Erdaufwurf für knieende Schützen gebaut." (Hartenstein, S. 53)

Ernst Tählmann berichtet über die Kämpfe in Barmbek:

„Hunderte von Arbeitern, Arbeiterfrauen, Sympathisierende bauten in den Straßen Barrikaden. Unsterblich bleibt der Ruhm des roten Barmbek. Die Polizeitruppen marschierten in ganzen Kompanien und Bataillonen ab, aber sie mußten immer wieder unverrichteter Sache umkehren, da ihre Verluste bei jedem Sturmangriff größer wurden. Die Barmbeker Arbeiter hatten Bäume gefällt, das Straßenpflaster aufgerissen, mit Baumstämmen, Steinen und Sand die Straßenzüge verbarrikadiert. Hinter dieser Schutzwehr kämpften sie wie Tiger." (HVZ vom 23.10.25)

Die Kämpfe dauerten bis zum Einbruch der Dunkelheit. Aufgrund des Befehls der Parteileitung, die Kämpfe einzustellen, verließen die Dachschützen und Barrikadenkämpfer während der Nacht ihre Stellungen und durchbrachen einzeln die Polizeiketten. Als die Ordnungspolizei am nächsten Morgen mit einem Aufgebot von mehreren tausend Polizisten und Soldaten zum Sturmangriff antrat, waren die kommunistischen Arbeiter bereits nicht mehr in ihren Stellungen.

Schiffbeck

Die Kämpfe in Schiffbeck zeichneten sich dadurch aus, daß nur dort der Versuch unternommen wurde, eine sozialistische Räteregierung zu errichten. Die kommunistischen Arbeiter unter Führung von Fiete Schulz hatten nicht nur die beiden Polizeiwachen überfallen, sondern auch den Magistrat abgesetzt und über die Ortszeitung eine Vorzensur verhängt. Ein provisorischer Vollzugsausschuß wurde eingesetzt, der in einem Aufruf an die Schiffbeker Bevölkerung bekannt gab, daß alle Waffen abzuliefern seien, daß Plünderungen mit der Todesstrafe geahndet werden und daß alle wehrfähigen Arbeiter aufgefordert sind, sich für den proletarischen Selbstschutz zu melden.

Zwar mußten auch die Schiffbeker Arbeiter am Abend des 24.10. der übermächtigen Polizeimacht weichen, doch bleibt die Bedeutung ihres Versuchs, konsequent und entschlossen die Errichtung einer sozialistischen Republik in Angriff genommen zu haben.

Das Wüten des bürgerlichen Staatsapparates ....

Die Hamburger Barrikadenkämpfer waren isoliert geblieben. Zweifelsohne sympathisierten die streikenden Hafenarbeiter und die Bevölkerung in den Aufstandsgebieten mit den Kommunisten, doch gelang es diesen nicht, sie in die bewaffneten Kämpfe mit einzubeziehen. Deshalb und weil der Kampf isoliert in Deutschland blieb, wurde er von der Hamburger Parteileitung bereits am 23.10. abgebrochen. **Die Hamburger Barrikadenkämpfer brachen den Kampf aus freien Stücken ab, sie wurden nicht von der Übermacht der Polizeitruppen geschlagen!** Die Kommunisten brachen den Kampf diszipliniert ab, aber wie grausam wüteten die Polizeitruppen gegen jeden, den sie zu fassen bekamen. In den Straßen Barmbeks wurde auf Frauen und Kinder das Feuer eröffnet, mindestens 61 Tote und 267 Verwundete waren in der Zivilbevölkerung zu beklagen! (Angabe Hartensteins, S. 79. Er räumt ein, daß die Opfer unter der Zivilbevölkerung wahrscheinlich noch erheblich mehr waren.)

Die Polizei nahm allein am 23. und 24.10. 983 Menschen fest. Nach dem Abbruch des Aufstandes heftete sich der bürgerliche Justizapparat an die Fersen der Aufständischen gegen 1 434 Personen wurden Strafverfahren eröffnet, 530 kamen davon zur Verhandlung. 319 Menschen wurden insgesamt 413 Jahre in Zuchthäuser und Gefängnisse gesperrt.

Der Hauptprozeß im Hamburger Aufstand gegen acht kommunistische Funktionäre, unter ihnen der Leiter des Bezirks Wasserkante, Hugo Urbahns, wurde allerdings zur politischen Niederlage für die Justiz der Bourgeoisie. Am Ende des Prozesses konnte Hugo Urbahns richtig feststellen: „Über die wahren Vorgänge sind Polizei und Staatsanwaltschaft heute noch nicht unterrichtet." Denn trotz des Wütens von Polizei und Justiz hatten die Hamburger Arbeiter die Kämpfer nicht verraten, sie hatten sich sogar vielfach schützend vor sie gestellt und waren lieber unschuldig ins Gefängnis gegangen, als die Genossen zu verraten.

Leserbrief aus „Hamburger Volkszeitung" vom 26.10.1926

– Ein Augenzeugenbericht –

Proletarier erschlagen, wer fragt danach?

Dem Andenken des im Oktober 1923 erschlagenen Genossen Lewin gewidmet.

Vor dem niedrigen altersschwachen Bauernhaus eine Horde von 15 bis 20 mit Stahlhelm und Handgranaten bespickten Ordnungshütern.

„Du Schweinehund!" – „Du Satan!" Noch ein Fußtritt, und er liegt vor der Tür. Liegt im Blut und Schmutz, und unbarmherzige Kolbenstöße befördern ihn weiter. Kein Wort, kein Laut ringt sich über die aschfahlen Lippen des Greises.

Das Haus, wo er die meisten Jahre seines Lebens gewohnt hat, hat er gehegt und gepflegt, als wäre es sein leiblich Kind, die Möbel, fast alle noch von seinen Eltern oder Großeltern ererbt, alles, alles hat man in Stücke geschlagen, nichts war jenen Barbaren heilig, und deshalb mögen sie auch ihn erschlagen.

Handgranaten, Waffen und Munition hat man bei ihm gesucht und da nichts gefunden, alles zerschlagen, das moosbedeckte Strohdach heruntergerissen und das klare Brunnenwasser verdreckt.

Das graue Lastauto hält knatternd und ratternd auf der Landstraße. Drei, vier der grünen Ordnungshüter fassen den 73-jährigen Grew und werfen ihn wie ein Stück Holz auf das Auto.

Ein halbtoter Greis, 22 schwerbewaffnete Begleiter, um ihn, den „gemeingefährlichen Verbrecher", zu bewachen. Vor dem Vergnügungslokal der Schwerverdiener an der Grenze der Stadt wird haltgemacht. Neue Ordnungshüter kommen und betrachten die Jagdbeute. Unter ihren „Liebkosungen" erwacht der Greis aus seiner Ohnmacht. Vor dem Offizier:

„Bestie, wo sind die Waffen? Wo sind deine Genossen?" Kein Wort kommt über die Lippen unseres alten Genossen. „Was, du Satan willst schweigen? Ich will ...." Er schlägt ihm mit der Reitpeitsche ins Gesicht. Neues Blut rinnt über das alte, festgetrocknete.

„Wo sind die Banditen geblieben, die unsere Kameraden erschossen haben? Wo ist das Maschinengewehr?"

„Ich kenne keine Banditen, nur Genossen, und die verrate ich nicht!"

Ein Wutschrei entringt sich dem Offizier, und wie wahnsinnig bearbeitet er den „Gefangenen" mit Reitpeitsche und Stiefelabsätzen. In einer Blutlache läßt er ihn liegen.

„Ins Polizeigefängnis mit der Kanaille!" Man zieht ihn an Haar und Bart aufs Auto und gibt ihm noch das „Nötige" mit dem Polizeistiefel.

Auf dem dunklen Kellerflur liegt ein weicher, unförmiger Körper. Neue Transporte kommen, stoßen mit Füßen dagegen und schreiten darüber hinweg.

Nach zwei Tagen schafft man ihn wieder nach seinem Heimatort B. Tote Gefangene, die man nicht mehr halten und quälen kann, werden abgeschoben.

Polizeiarzt und Privatarzt konstatieren übereinstimmend Herzschlag. Sie sehen die faustgroße klaffende Wunde an der Schläfe nicht. Sie sehen nicht den total aufgeschwollenen Körper, die blauen Flecke an Bauch, Brust und Lenden. Sie sehen nur das Gesicht des Staates, sie wissen, wozu die bürgerliche Ordnung sie braucht.

„Herzschlag, verursacht durch Altersschwäche." Keine Zeitung bringt ein Wort, kein Bürger erhebt Protest.

„Proletarier erschlagen, wer fragt danach?"

Doch mächtig dröhnt es unter der Oberfläche, wie ein gigantischer Sturm peitscht es die Wellen:

Proletarier erschlagen?
W i r fragen danach!

.... und die Schande der SPD

Und wie hetzte die bürgerliche Presse gegen die kämpfenden Arbeiter! Am unrühmlichsten tat sich wieder einmal das sozialdemokratische „Hamburg Echo" hervor, in dem am 23. Oktober unter den Schlagzeilen „Kommunistischer Putschversuch in Hamburg" und „Ein Verbrechen an der Arbeiterschaft" zu lesen stand: *„Der kommunistische Putsch hat sich nicht gegen die wirklich Schuldigen an der herrschenden Hungersnot, nicht gegen die wahren Unterdrücker der Arbeiterschaft gerichtet, sondern gegen die Arbeiterorganisationen, gegen die unter sozialdemokratischer Leitung stehende Polizei (!), gegen die genossenschaftliche Unternehmen des Proletariats. Es war ein Verbrechen an unserem Volk, an unserer Arbeiterklasse. (!!) Das Blut, das durch ihn vergossen wurde, klebt als untilgbares Schuldmal an den Händen derer, die den Hunger selbst nicht fühlen (!!), sondern die Verzweiflung der Massen ausbeuten, damit sich das Chaos in Deutschland vollende."* („Hamburger Echo" vom 23.10.1923)

Außer den Lügen und Fälschungen sticht hierin der offene Haß auf das kämpfende Proletariat hervor.

Die Lehren des Hamburger Aufstands

Mit dem Hamburger Aufstand endete die revolutionäre Nachkriegsperiode nach der Novemberrevolution 1918. Die nun einsetzende „relative Stabilisierung" brachte der Arbeiterklasse den Verlust des 8-Stunden-Tages und eine bis zum Ende der Weimarer Republik gleichbleibend sehr hohe Arbeitslosenquote. Somit war das deutsche Großkapital aus der revolutionären Nachkriegskrise als der unbestrittene Sieger hervorgegangen.

Aber auch die Kommunistische Partei verstand es, die Lehren aus den Oktoberkämpfen zu ziehen. Die rechte KPD-Führung, die den kampflosen Rückzug der Partei veranlaßt hatte, wurde abgewählt. Nur der politischen Unreife der jungen KPD ist es zuzuschreiben, daß es im Gefolge des Kritikprozesses einer sektiererischen Gruppe, deren „Politik" aus „linken" Phrasen bestand, gelang, die Führung der KPD über ein Jahr zu besetzen. Doch hatte gerade der Hamburger Aufstand in den klassenbewußten Arbeitern als wichtigste Erkenntnis reifen lassen, daß nur eine in den Betrieben fest verankerte kommunistische Partei die Führung in den Kämpfen des Proletariats inne haben kann. In diesem Sinn wurde unter Leitung Ernst Thälmanns ab 1926 die KPD auf der Grundlage von Betriebszellen, als die Basis der Organisation, neu aufgebaut.



Ernst Thälmann

Das dadurch angestrebte Ziel der Kommunisten war – und ist – die Gewinnung der Mehrheit des Proletariats zum Sturz der bürgerlichen Herrschaft und die Errichtung einer klassenlosen Gesellschaft:

„Zur Erfüllung dieser Aufgaben brauchen wir vor allem die geduldige, mühselige, hartnäckige Tagesarbeit. Bedeutet das, die Politik des Hamburger Aufstandes zu verlassen? Nein! Wenn wir sie verlieren, sind wir verloren. Durch den Übergang zur Politik der Massengewinnung und der Massenführung schmieden wir die Klassenbasis für einen anderen Hamburger Aufstand von ungleich größerem Ausmaß, von viel weiterer Tragweite, von noch tieferer historischer Bedeutung, als es der erste war.

Mehr denn je muß in dieser Periode jeder deutsche Kommunist, jedes Parteimitglied, jedes Mitglied des Kommunistischen Jugendverbandes, jeder revolutionäre Arbeiter stets und unverrückbar das Bild des Hamburger Oktoberkämpfers vor Augen haben: Kaltblütigkeit, todesverachtend der Sache der Arbeiterklasse grenzenlos ergeben, das Gewehr in der Hand, vor sich die Barrikade, zum Empfang des Feindes bereit und den Blick auf ein einziges Ziel gerichtet, auf das größte, stolzeste Ziel, das es für einen Kommunisten gibt: die Diktatur des Proletariats!"

(Ernst Thälmann: Die Lehren des Hamburger Aufstands. In „Hamburger Volkszeitung" vom 23.10.1925) ■

Redaktion der „Solidarität" (Zeitung des Sozialistischen Studentenbundes, Hamburg)

TARIFRUNDE TEXACO

Für die ca. 8 000 Arbeiter und Angestellten der Deutschen Texaco wurden im September die neuen Tarifverträge abgeschlossen. Sie sehen vor: – Eine prozentuale Lohn- und Gehaltserhöhung von 12,5% auf die zum geringem Teil verbesserte Lohn- und Gehaltsgruppeneinteilung – Die manteltariflich abgesicherte Erhöhung des Urlaubsgeldes um 300-350 DM (bei den Lehrlingen sogar um 400 DM!) auf einheitlich 800 DM vor und 850 DM nach Vollendung des 34. Lebensjahres; einschließlich einer Nachzahlung von 300 DM an jeden für dieses Jahr – Erhöhung der Ausbildungsvergütung um 60 DM für alle Lehrlinge und für die Angestellten die Erreichung des Endgehaltes schon nach acht statt bisher zehn Jahren Tarifgruppenzugehörigkeit. Damit liegt dieser Tarifabschluß, wie kurz davor die Abschlüsse bei den anderen großen Mineralölgesellschaften Esso, Shell und BP, die ähnlich lauten, deutlich über den Tarifabschlüssen der IG Chemie für die Chem. Industrie im Frühjahr (9,9%), der IG Druck (10,8% nach zahlreichen Streiks) oder gar der IGM zu Anfang des Jahres mit nur 8,5%.

Dennoch besteht für die Arbeiter und Angestellten bei Texaco kein Grund zum Jubeln. Zwar können sie der Verteuerung ihrer Lebenslage etwas besser begegnen als die meisten ihrer Kollegen anderer Branchen, ohne daß deswegen schon von einer realen Einkommensverbesserung angesichts der enormen Preissteigerungen die Rede sein kann. Andererseits ist es in der Tarifrunde noch nicht gelungen, fortschrittliche Forderungen, die langfristig eine Stärkung der Texaco-Arbeiter und Angestellten mit sich gebracht hätten, umzusetzen. So wurden die linearen 300 DM-Forderungen der Vertrauensleute der Werke Grasbrook und Hauptverwaltung, die ein guter Ausdruck gewerkschaftlicher Solidarität mit den geringer verdienenden Kollegen sind, von der Gewerkschaftsführung mit dem Argument: „Lineare Forderungen kommen nur von Kommunisten und nutzen der Geschäftsleitung (!)", hinweggefegt.

Die Versuche kommunistischer und linker Kollegen, den Einfluß der Vertrauensleute und Mitglieder auf die Tarifpolitik zu stärken, z.B. durch die selbständige Information der Kollegen über Flugblätter ihrer Vertrauensleute, die Kontrolle der gewählten Tarifkommissionsmitglieder oder durch bessere Verbindung der Kollegen der einzelnen Betriebsteile untereinander, konnten noch nicht soweit durchgesetzt werden, daß den sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern das Heft aus der Hand glitt. Allerdings hat die Gewerkschaftsführung mit ihrer antikommunistischen Hetze gegen fortschrittliche Kollegen und Vertrauensleute unbeabsichtigt eher das Gegenteil erreicht:

Sehr viele Kollegen, die bisher abseits standen, wurden auf die politische Bedeutung der Tarifauseinandersetzung aufmerksam. Gerade wegen der Lügen, Verdrehungen und Verleumdungen der IG Chemie-Führer wurde z.B. der CHEMIEARBEITER, die KB-Branchen- und Betriebszeitung für die Kollegen der Texaco, aufmerksam gelesen und diskutiert.

Während Kapitalisten und Gewerkschaftsführer so keine Mühe scheuten, die Ansätze, die eine langfristige Stärkung der Position der Arbeiterklasse zur Folge haben, zu bekämpfen, fanden sie sich andererseits in der Höhe der Prozente zu einem Kompromiß zusammen, der dazu dienen soll, im Betrieb wieder Ruhe herzustellen, ohne die Folgen, die z.B. der Metallabschluß gezeigt hat. Außerdem wollen die Gewerkschaftsführer ihr angekratztes Image wieder etwas übertünchen. Bei Texaco wird ihnen das zumindestens in den Teilen des Betriebes, in denen die Position der Linken und Kommunisten stark ist, schwer fallen. In anderen Branchen allerdings besteht die Gefahr, daß die Gewerkschaftsführer die Mineralölabschlüsse als Erfolg ihres Konzeptes der „Betriebsnahen Tarifpolitik" verkaufen.

Einige Texaco-Bosse:



Mr. Maurice F. Granville

Chief Executive Manager der Texaco Inc. New York



Dr. Hans-Helmut Kuhnke

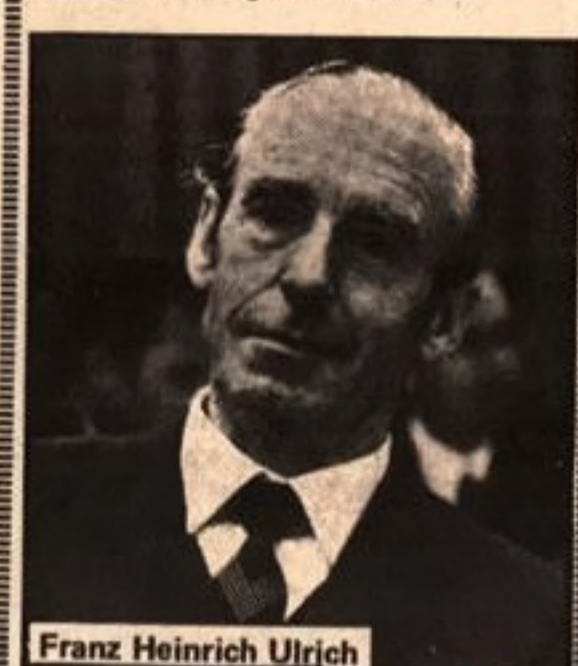
Vorstandsvorsitzender der Ruhrkohle AG und Mitglied des Aufsichtsrates der Deutschen Texaco



Walther Leisler-Kiep

Präsidiumsmitglied der CDU

Präsidiumsmitglied der CDU



Franz Heinrich Ulrich

Vorstandsmitglied der Deutschen Bank und Aufsichtsratsvorsitzender der Deutschen Texaco

Monopolprofite mit Erdöl

Bei den Ölkapitalisten spielen die Löhne nicht eine so große Rolle wie in den anderen Branchen. Die Gründe dafür sind die Kapitalintensität (nur etwa 4% der Gesamtkosten entfallen auf Löhne und Gehälter), die Monopolstellung und -profite. Denn die Produktion und Verarbeitung des Erdöls liegt völlig in der Hand einiger weniger imperialistischer Monopole. (Standard Oil New Jersey/Esso, Standard Oil California, Gulf Oil, Texaco, Mobil Oil, BP, Shell, Com.Franc. Petr.)

Diese Monopole haben die Förderung und den Markt in der kapitalistischen Welt unter sich aufgeteilt. Wie gering die Produktionskosten für Erdöl sind, zeigt eine DDR-Analyse: Die Produktion von einem Liter Öl, das sich fast 100%ig in Benzin, Diesel und Schweröl verarbeiten läßt, kostet die Ölbosse z.B. in den USA 1,15 Cent, also knapp drei Pfennig, in Venezuela nur ein Pf. und am Persischen Golf sogar nur 0,1-0,17 Pf.! (IPW-Bericht 5/72)

Preis- und Marktabsprachen ermöglichen die enormen Monopolprofite. So drosselten die Ölkonzerne z.B. Anfang des Jahres vorübergehend das Warenangebot. „Schlechte Versorgungslage" hieß es plötzlich, während die Läger in aller Welt aus den Nähten platzten und in den USA prallvolle Tanker auf dem Mississippi ihre Runden drehten, anstatt an Land zu gehen. Horrende Preissteigerungen bei Benzin und Ölen (bei Heizöl bis zu 100%!) wurden durchgesetzt.

Da die Bedeutung des Erdöls gegenüber anderen Energieträgern, z.B. der Kohle, ständig wächst, konnten die Ölkonzerne in den letzten Jahren diese Monopolprofite beträchtlich steigern. Der Umsatz der Texaco Inc., der US-Mutter der Deutschen Texaco, stieg z.B. von 1970 bis 1971 um 18,5% auf über 18 Mrd. DM, während sich die Anzahl der Arbeiter und Angestellten nur um 1,5% erhöhte. Damit schob sich die Texaco Inc. in der Rangliste der größten Konzerne der Welt von Platz zehn vor den Superkonzern ITT auf Platz neun. Allein die Erdölförderung dieses Konzerns würde dazu ausreichen, die gesamte BRD 150%ig mit Erdöl zu versorgen.

Noch schärfer zeigt sich bei der Deutschen Texaco diese Entwicklung. Der durchschnittliche Umsatz pro Beschäftigten stieg im gleichen Zeitraum von 321 000 auf 392 000 DM (!) pro Jahr, also 22%.

Rationalisierungen und größere Arbeitshetze sind die Mittel, die anfallende Mehrarbeit bei gleichem Beschäftigungsstand leisten zu lassen. So wurde die Kapazität der Texaco-Raffinerie in Heide um über 60% ausgebaut, zusätzliche Arbeiter und Angestellte jedoch kaum eingestellt. Das Geschäft läuft auf so vollen Touren, daß seit Januar dieses Jahres im Versandbetrieb 80 bis 100 Überstunden im Monat keine Seltenheit sind.

Die ausgezeichnete Profitsituation des Konzerns hinderte seine Besitzer und Manager natürlich nicht, ständig „die schlechte wirtschaftliche Lage" zu bejammern. So weist die Deutsche Texaco in ihren Bilanzen für 1972 dann auch einen „Verlust" von 19 Mill. DM aus, der angeblich „noch viel größer gewesen wäre, wenn die Muttergesellschaft Texaco Inc. ihr nicht eine halbe Raffinerie geschenkt hätte."

Daß der Weltkonzern seiner Tochtergesellschaft nicht eine halbe Raffinerie „schenkt" und darüber hinaus das Investitionsvolumen erheblich ausweitet, obwohl diese ihm „Verluste" beschert, liegt auf der Hand. Der Texaco-Konzern berichtete dann auch in diesem Jahr, daß die Gewinnsteigerung in den ersten sechs Monaten 28,1% gegenüber dem gleichen Zeitraum 1972 beträgt. Diese Profite werden im wesentlichen auf die Aktivitäten in Europa zurückgeführt.

„Immer noch", erklärte trotzdem Mr. Granvilles, der Chief Executive Manager der Texaco Inc, „haben wir keine zufriedenstellende Rendite . . ."

Tatsächlich jedoch sagen die in Bilanzen ausgewiesenen „Gewinne" nie etwas über die wirklichen Profite aus, sie dienen im Gegenteil dazu, diese zu verschleiern. Erst recht geben Bilanzen und Geschäftsberichte international verflochtener Konzerne keinerlei Einblick in die Geschäfte: konzerninterne Waren- und Geldflüsse mit künstlichen Preisen lassen Bilanzverluste oder -gewinne gerade dort entstehen, wo sie gebraucht werden.

Die Texaco-Bosse schlagen so gleichzeitig zwei Fliegen mit einer Klappe:

- In Tarifrunden verweisen sie regelmäßig auf „die schlechte wirtschaftliche Lage".
- Bilanzverluste tragen dafür Sorge, daß in der BRD trotz riesiger Profite kein Pfennig Steuern für Gewinne gezahlt werden braucht. (Die Gewinne tauchen immer nur bei den Konzernteilen auf, die ihren Sitz in Steueroasen wie Bahamas, Liechtenstein etc. haben!)

Die politische Absicherung der Energieversorgung

In der kapitalistischen Wirtschaft kommt Erdölmonopolen eine besondere Bedeutung zu. Ein Stillstand ihrer Produktion, etwa durch einen branchenweiten Streik, würde große Teile der gesamten Industrie wegen Ausfalls der Energieversorgung lahmlegen.

Schon frühzeitig haben sich daher die Kapitalisten gegen Kämpfe der Arbeiter und Angestellten in der Mineralölindustrie abzusichern versucht.

Abtrennung der Mineralöltarifverträge

Die Tarifverhandlungen für die Mineralölindustrie werden daher seit Jahren zeitlich weit von denen der übrigen Industrie getrennt. (In den letzten Jahren in der Tarifpause nach den Abschlüssen der IG Chemie für die chemische Industrie und IG Bergbau für den Kohlenbergbau und vor dem Metallabschluß.) Die Gefahr eines Übergreifens von Wirtschaftskämpfen, auf die Mineralölindustrie soll so verhindert werden.

Um die Arbeiter und Angestellten in der Mineralölindustrie ruhig zu halten, wurden die tariflichen Löhne und Gehälter gegenüber anderen Branchen geringfügig erhöht. So liegen die Löhne in der chemischen Industrie bei fünf Lohngruppen und zwei „Leicht"-Lohngruppen zwischen 5,78 DM und 7,63 DM, bei Texaco dagegen z.B. in neun Lohngruppen zwischen 7,76 DM und 10,80 DM, wobei man allerdings berücksichtigen muß, daß bei Texaco keine weiteren betrieblichen Zulagen gezahlt werden. Ebenso bei den Gehältern, die z.B. um ca. 200–400 DM über den Tarifgehältern in der chemischen Industrie liegen, und den Lehrlingen die 90–120 DM mehr im Monat bekommen.

Gewerkschaftliche Zersplitterung

Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer haben an dieser Abspaltung kräftig mitgewirkt. Statt alle Mineralölarbeiter und -angestellten in einer der DGB-Gewerkschaften zu organisieren, etwa des Charakters der Arbeit wegen in der IG Chemie, gibt es deren in der Ölindustrie drei (!). Bei Texaco z.B. sind die Arbeiter und Angestellten der Raffinerie in Heide und der Produktionsstätten in der Lüneburger Heide (bei Hohne und Wietze) zumeist in der IG Bergbau und Energie (IG BE), die der Raffinerie in Hamburg/Grasbrook, des Zentrallabors Hamburg/Wilhelmsburg und der Hamburger Hauptverwaltung (HV) in der IG Chemie organisiert. Außerdem sind einige Beschäftigte der Außenlager und des Handels in der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) organisiert. Eine gemeinsame Vertrauensleutearbeit soll dadurch verhindert werden, nur auf Spitzenebene „koordinieren" die Gewerkschaftsführer. Selbst der gemeinsame Kampf der Belegschaft eines Konzerns oder auch nur die Kontrolle der Gewerkschaftsführer im Dickicht dreier Gewerkschaften mit jeweils unterschiedlichen Satzungen, Richtlinien etc. wird dadurch ungeheuer erschwert. Den Sekretären kommt das bei arbeiterfeindlichen Maßnahmen natürlich nur zupaß: Sie können dann jeweils den anderen Gewerkschaften bzw. den in den anderen Gewerkschaften organisierten Kollegen die Schuld in die Schuhe schieben. So wurden im Texaco-Streik 1971 durch die Sekretäre die Kollegen der einen gegen die der anderen Gewerkschaft ausgespielt, als es diesen Leuten darum ging, den geschlossenen und einheitlichen Kampf mit einem schlechten Kompromiß zu beenden: Mit der für die Kollegen nicht nachprüfbaren falschen Behauptung: „die von der IG Bergbau . . ., die von der IG Chemie . . ., die von der HBV . . . machen nicht weiter mit", wurde der Streik abgewiegelt.

An einer tatsächlichen gewerkschaftlichen Einheit in der Mineralölindustrie sind die SPD-Gewerkschaftsführer deswegen nicht interessiert, weil sie so eine Begründung für die tarifliche Isolierung der Arbeiter und Angestellten in dieser Branche zur Hand haben, obwohl sie diese Einheit ohne weiteres durchsetzen könnten. Das sind die gleichen Leute, die ansonsten mit großen Worten lauthals „das Prinzip der Einheitsgewerkschaft" beschwören und demagogisch Kommunisten der Spaltung der Gewerkschaften bezichtigen.

Betriebsnahe Tarifpolitik . . .

Mit der Einführung der „Betriebsnahen Tarifpolitik" in den großen Konzernen der Mineralölindustrie setzten die Ölbosse und Sozialdemokraten in der Gewerkschaftsführung ihrer Spalterpolitik die Krone auf. Denn über die tarifliche Abspaltung und gewerkschaftliche Zersplitterung hinaus gingen Kapitalisten und Gewerkschaftsführer zu Konzerntarifen über.

Daß die „Betriebsnahe Tarifpolitik" in der Mineralölindustrie nur der politischen Sicherung der Energieversorgung dient, zeigt ihre Entstehungsgeschichte. In dem Maße, wie die Bedeutung der Konzerne für die Energieversorgung wuchs, nämlich mit dem Beginn der sogenannten Kohlenkrise Ende der 50er Jahre, wurden die Konzerntarife bei den großen Monopolen eingeführt, zunächst bei Esso, Shell und BP. Texaco gewann erst später an Bedeutung, nämlich nach 1966 nach der Übernahme der DEA durch Texaco Inc. Während hier vorher Löhne und Gehälter nach dem niedrigeren Tarif des „Wirtschaftsverbandes Erdöl-Gewinnung" (WEG) – in der Höhe in etwa mit dem Chemie-Tarif vergleichbar – gezahlt wurden, bereiteten Gewerkschaftsführung und Kapitalisten seit 1964, als sich die spätere Bedeutung der DEA/Texaco abzeichnete, gezielt den Haustarif vor. Er wurde 1968 dann erstmals durchgesetzt. Damit war das Konzept der „Betriebsnahen Tarifpolitik" in allen großen Erdölmonopolen durchgesetzt.

Falls es so wirklich zu Kämpfen kommen sollte, steht immer nur ein kleines Häufchen Arbeiter den untereinander durch Hilfslieferabkommen und Produktionsabsprachen gegen ihre Arbeiter und Angestellten verbundenen Ölbossen gegenüber. Dem Streik wird damit seine Schärfe geraubt, da die Bildung einer gemeinsamen Kampffront durch die unterschiedlichen Abschlüsse und durch das Herausbrechen einzelner Konzerne bei höheren Zugeständnissen erschwert wird.

. . . und als Folge die Schwächung der Arbeiterbewegung

Daß die „Betriebsnahe Tarifpolitik" keineswegs, wie einige Gewerkschaftsführer (die sog. „Lin-

Forts. Texaco

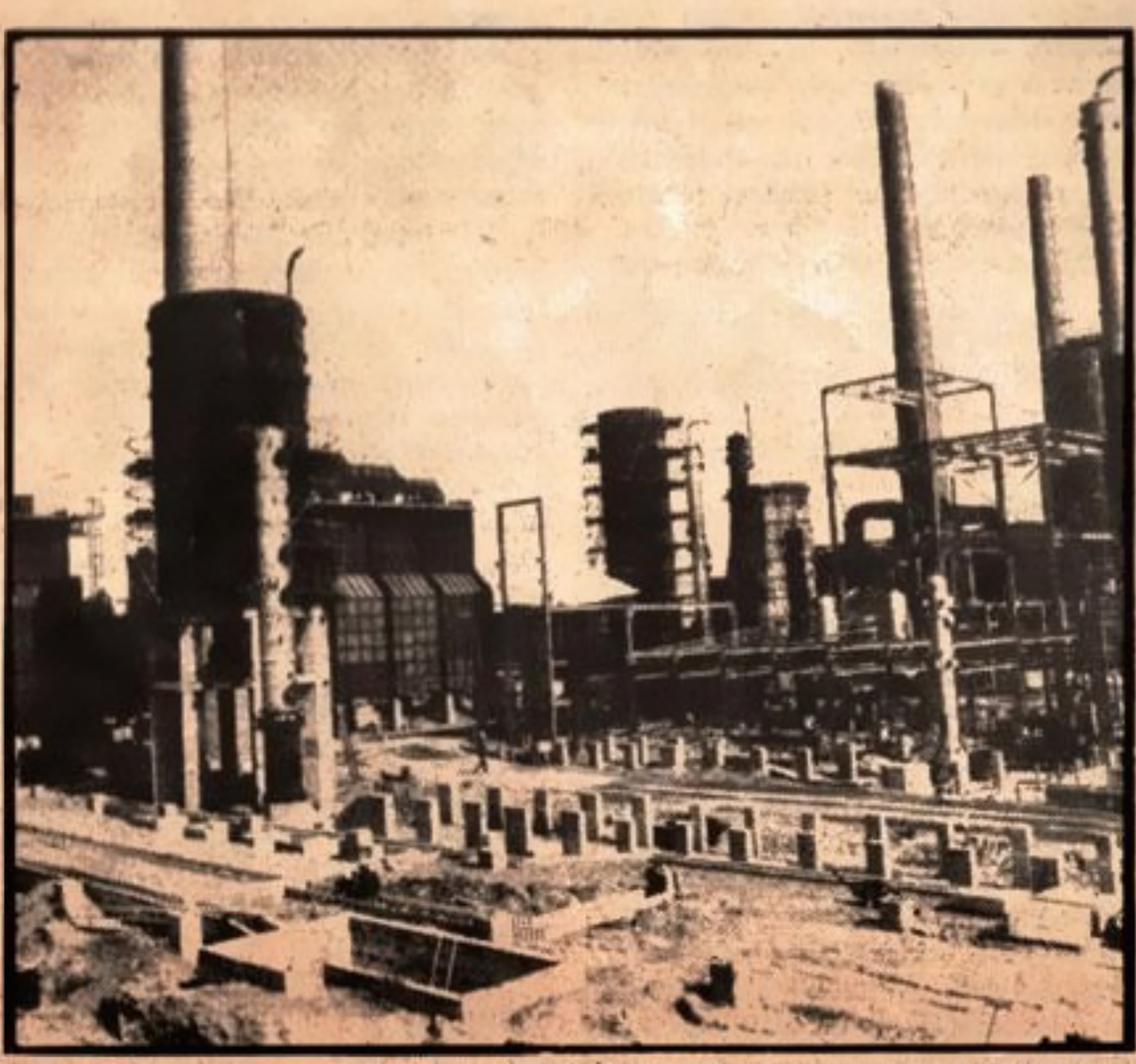
ken" wie Vitt z.B. von der IG Chemie-Spitze) und linke Sozialdemokraten (z.B. vom Sozial. Büro Offenbach) behaupten, eine stärkere Verankerung der Tarifpolitik im Betrieb durch mehr Einflußnahme der Kollegen bedeutet, beweist gerade die Praxis in der Mineralölindustrie seit langem:

Für die Kollegen wird der Einblick in das Treiben der Gewerkschaftsführer noch schwieriger, als er ohnehin schon ist. Verbindungen von Arbeitern und Angestellten verschiedener Betriebe, wie sie in größeren Tarifkämpfen durch zentrale Vertrauensleute- und andere Funktionärskonferenzen örtlich oder bezirklich zustande kommen könnten, sind durch „Betriebsnahe Tarifpolitik" unmöglich. Stattdessen beherrschen die Sekretäre das Feld und können gezielt Fehlinformationen verbreiten.

Größere Lohn- und Gehaltsunterschiede bei gleicher Arbeit zwischen den einzelnen Konzernen sind die Regel. Dies begründen die Strategen der „Betriebsnahen Tarifpolitik" getreu ihrer sozialdemokratischen Ideologie der Partnerschaft mit dem Unternehmer dann auch noch mit der Rücksichtnahme auf die unterschiedliche wirtschaftliche Situation der einzelnen Konzerne, um so die Belegschaften zur Rücksicht auf das Konzernwohl zu verpflichten.



Ausbau der Raffinerie in Heide 1972: . . .



... 60% Kapazitätserweiterung ohne zusätzliche Arbeiter

... 60% Kapazitätserweiterung ohne zusätzliche Arbeiter

Bei der Texaco hat das zu Lohn- und Gehaltsdifferenzen von ca. 8–10% weniger zum Durchschnittslohn der Kollegen der übrigen Konzerne geführt, worauf es 1971 unter der Parole „Lohnausgleich" zum Streik kam. In diesem Streik wurden die Folgen der „Betriebsnahen Tarifpolitik" für die Belegschaft offensichtlich: Trotz der Isolierung verbreiterten die Kollegen den mit großer Zuversichtlichkeit aufgenommenen Kampf über den ersten Schwerpunkt Hamburg hinaus auf Heide und die Lager aus.

Als der Gewerkschaftsführung die Geschlossenheit des Streiks, den sie Anfangs unterstützt hatte, für einen schlechten Kompromiß mit den Texaco-Bossen im Wege stand, verhinderte sie die Verbreitung der Kampffront auf Shell, wo der Tarifabschluß noch bevorstand. Bei Shell erzählten die Sekretäre, „denen bei Texaco geht die Puste aus", nachdem sie gerade vorher bei Texaco hatten verlauten lassen, „die von Shell wollen mit unserem Streik nichts zu tun haben."

Ohne Hoffnung auf Unterstützung mußte bei Texaco der Kompromiß angenommen werden, ohne daß die Lohn- und Gehaltsangleichung erreicht wurde.

1972 war die Resignation bei Texaco noch so groß, daß die Kollegen völlig aus ihrer Tarifrunde herausgehalten werden konnten. Die Gewerkschaftsführung verbreitete, die anderen Mineralölgesellschaften hätten mit 6,5% abgeschlossen. Schnell schlossen sie mit 7,4% für Texaco ab und feierten dies auch noch als Sieg!



Umfunktioniert: Werbetafel vor dem Hamburger Texaco-Werk im Streik 1971

Hinterher mußten die Kollegen feststellen, daß es in den anderen Betrieben sogar höhere Abschlüsse als bei Texaco gegeben hatte. Andererseits konnte bei Shell, wo sich die Situation zuspitzte, darauf hingewiesen werden, „Texaco fällt schon ab". Als einige Tage später die Arbeiter der Hamburger BP-Tochtergesellschaft Schindler streikten, konnten die Sekretäre ihnen vorhalten: „Das hat keinen Zweck, Texaco und Shell sind schon fertig". Da bei Schindler für die Angestellten außerdem noch ein anderer Tarifvertrag lief und sie noch der Friedenspflicht unterlagen, somit den gewerblichen Kollegen nicht beistehen konnten, brachen diese ihren Streik ab und wurden – zwar mit einigen Prozenten mehr als bei Texaco, aber immer noch „stabilitätsgerecht" – schnell abgespeist.

Die Praxis der Tarifkämpfe in der Mineralölindustrie hat völlig bewiesen, daß die „ ‚Betriebsnahe Tarifpolitik' nichts weiter ist als ein Versuch der Kapitalisten, die Arbeiterklasse ‚klein' zu halten und breite Lohnkämpfe zu verhindern. Die Gewerkschaftsführung läßt sich wieder einmal vor ihren Karren spannen." (Aus AK Nr. 26/März73: Zur Strategie der „Betriebsnahen Tarifpolitik"). Gerade jetzt, wo Kapitalisten und Gewerkschaftsführer die „Betriebsnahe Tarifpolitik" auf weitere Bereiche, z.B. in der IGM auf die Großbetriebe mit kampfstarken Belegschaften, auszudehnen planen, um dort der Arbeiter und Angestellten wieder Herr zu werden, müssen diese Erfahrungen den schönen Versprechungen der Gewerkschaftsführer entgegengestellt werden.

Dieses Herausbrechen einzelner Betriebe aus der gemeinsamen Kampffront würde zwar kurzfristig für diese Arbeiter zu etwas angehobeneren Löhnen gegenüber der Mehrheit ihrer Kollegen der Branche führen, um ihrer Kampfkraft Rechnung zu tragen und die Spitze zu nehmen. Längerfristig brächte die Zersplitterung und Isolierung der kampfstarken Betriebe eine derartige Schwächung im Tarifkampf mit sich, daß für die Kapitalisten insgesamt die Lohnsummen herunter gingen. Die Preisgabe der gemeinsamen Solidarität im Tarifkampf muß von der Arbeiterklasse teuer bezahlt werden.

Immer die langfristige Stärkung der Arbeiterklasse im Auge haben

Durch die mit dem KB sympathisierende Arbeiter- und Angestelltengruppe und die Betriebs- und Branchenausgaben des „Chemiearbeiters" waren in dieser Tarifrunde erstmals die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer bei Texaco mit den Forderungen und Aufgaben gewerkschaftlicher Politik im Interesse der Arbeiterklasse konfrontiert. Den Kommunisten kam es nicht – wie die Gewerkschaftsführer es immer wieder hinzustellen versuchen – darauf an, „die Lohnforderungen in die Höhe zu treiben, um bei niedrigerem, 'realistischem' Abschluß Verrat schreien zu können", sondern vielmehr Diskussionen und Forderungen um die langfristige Stärkung der Arbeiterklasse im gewerkschaftlichen Kampf zu initiieren und zu unterstützen.

Im Vordergrund standen dabei Auseinandersetzungen um die Konzeption der „Betriebsnahen Tarifpolitik", die gewerkschaftliche und betriebliche Zersplitterung der Belegschaft, den politischen und wirtschaftlichen Hintergrund der Tarifrunde, sowie insbesondere den Kampf für mehr Demokratie und mehr Einblick der Kollegen und ihrer Vertrauensleute in die Politik ihrer Gewerkschaft.

Im wichtigsten Arbeiterbereich der Hamburger Texaco-Betriebe, in Grasbrook, kam es in der Vorbereitung der Tarifrunde zu einer guten Mitgliederversammlung der IG-Chemie. Nach ausführlicher breiter Diskussion wurde mehrheitlich eine ausreichend hohe lineare Forderung befürwortet. Nachdem schon im Frühjahr in den Auseinandersetzungen um die Wahl der Tarifkommissionsmitglieder (TK-Mitglieder) die Vertrauensleute ein stärkeres Interesse am Verlauf der Tarifrunde bekundet hatten, wagte Ph. von Kodolitsch als zuständiger Sekretär es nicht, allzu stark gegen den Beschluß der Mitgliederversammlung vorzugehen: Der Vertrauensleutekörper Grasbrook faßte die Beschlüsse der Mitglieder in der Forderung „300 DM für alle" zusammen.



„Betriebsnah" verschaukelt

In der Hauptverwaltung Texaco beschloß der Vertrauensleutekörper, dessen linker Flügel verhältnismäßig stark ist und maßgeblichen Einfluß auf die gewerkschaftliche Politik im Betrieb hat, nach Möglichkeit die Gewerkschaftsmitglieder der verschiedenen Abteilungen zu versammeln, um nach ausführlicher Information und Diskussion über den wirtschaftlichen und politischen Hintergrund der Tarifrunde zur Aufstellung von Forderungen zu kommen. Gefordert wurden schließlich 18 % – und in Anlehnung an Grasbrook – mindestens 300 DM linear für alle.

Aus gewerkschaftlicher Solidarität war so in Grasbrook und der Hauptverwaltung eine lineare und gemeinsame Forderung verabschiedet worden. *„Solidarität besonders mit den Kollegen und Kolleginnen, die durch Preissteigerungen, Mietwucher, Steuererhöhungen usw. am härtesten betroffen sind. Durch eine lineare Forderung soll ein weiteres Auseinanderklaffen der verschiedenen Lohngruppen verhindert werden."* (Chemiearbeiter, Betriebsausgabe Texaco v. 29.8.73)

Tarifkampf der IG-Chemie-Führer: Kampf gegen links

Dieser Entwicklung stellte sich die Gewerkschaftsführung zunächst in Wilhelmsburg entgegen. Ph. von Kodolitsch begann linke Vertrauensleute, die er für schwankend und beeinflußbar hielt, „vertraulich" zu bearbeiten. Dabei gelang es ihm, die Linken untereinander zu spalten, indem er der Jugendsprecherin und einem Vertrauensmann (gleichzeitig Betriebsratsmitglied für Wilhelmsburg) eine gewerkschaftliche Karriere versprach: Der einen wurde ein dreijähriges Studium auf DGB-Kosten (Hans-Böckler-Stiftung) an der Hamburger „Hochschule für Wirtschaft und Politik" in Aussicht gestellt, dem anderen dasselbe fest zugesagt, wodurch beide anschließend als Gewerkschaftssekretäre „aus der Maloche raus" wären. Diese „gekauften" Leute machten ihrer zukünftigen Aufgabe dann auch von Anfang an Ehre, indem sie sich zu den eifrigsten Gegnern ihrer ehemaligen Verbündeten entwickelten und im Auftrag der Gewerkschaftsführung fleissig auf die Linken eindroschen.

Bald darauf leitete Ph. von Kodolitsch den zweiten Vorstoß gegen die fortschrittliche Gewerkschaftspolitik in Wilhelmsburg ein. Mit der demagogischen Beteuerung, die gewerkschaftliche Politik verbessern zu wollen, umschmeichelte er die Vertrauensleute mit dem Angebot, sie sollten für den Wilhelmsburger Betrieb unbedingt einen eigenen Betriebsrat einrichten. Dies hörte sich zunächst einleuchtend an: Die Zahl der Betriebsratsmitglieder würde sich dadurch für die Wilhelmsburger Kollegen vergrößern, damit auch mehr Vertrauensleute als Betriebsräte erweiterten Kündigungsschutz genießen, die im bisher gemeinsamen Betriebsrat mit der Hauptverwaltung nötige Rücksichtnahme auf die DAG entfiele usw.

Tatsächlich jedoch entpuppte sich Kodolitsch' „Verbesserungsvorschlag" als übles Manöver, die gewerkschaftliche Arbeit weiter aufzuspalten und gleichzeitig die fortschrittlichen Vertrauensleute in Wilhelmsburg zu isolieren und zu schwächen. Denn durch den gemeinsamen Betriebsrat für Wilhelmsburg und die Hauptverwaltung besteht zwischen beiden Betrieben eine starke Verbindung in der gewerkschaftlichen Politik, die diese natürlich nur stärken kann und zur gemeinsamen Diskussion durch gegenseitige Besuche auf Vertrauensleute- und Mitgliederversammlungen entscheidend beiträgt. Hinzu kommt, daß fortschrittliche Gewerkschaftspolitik bisher vom gemeinsamen Betriebsrat unterstützt werden konnte (– wenn es um betriebsratsinterne Angelegenheiten geht, sogar von einigen ehrlichen und anständigen DAG-Betriebsräten; während man sich für die rechten IG-Chemieler, den Anhang der Gewerkschaftsführer im Betriebsrat, eher schämen muß). Dieses wurde im Betriebsrat erkannt und der von den Rechten vorgetragene Antrag abgewiesen. (Damit ist die Sache natürlich nicht vom Tisch. Spätestens in einem Jahr, wenn es um die nächsten Betriebsratswahlen geht, wird dies oder ein ähnliches Spaltungsmanöver wiederholt werden).

Allerdings gelang es den Sekretären durch diese Auseinandersetzung, die nötige Vorbereitung der Tarifrunde in Wilhelmsburg zu hintertreiben. Ein „Fragebogen" wurde zur „Ermittlung" der Forderung anstelle breiter Information und Diskussion benutzt. Die „Fragen" waren so geschickt aufgebaut und manipuliert, daß die Sekretäre endlich wenigstens aus Wilhelmsburg eine Forderung ganz nach ihrem Geschmack präsentieren und zum „Korrigieren" der übrigen Forderungen benutzen konnten: 15 %, d.h. genau die spalterische Prozentforderung, die Engelmohr, der Bezirksvorsitzende der IG-Chemie und Verhandlungsführer der Tarifkommission Texaco, später in der Tarifkommission als endgültige Forderung für Texaco durchsetzte.

IG-Chemie-Bezirksvorsitzender E. Engelmohr: „Linear fordern nur Kommunisten"!

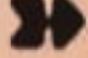
Schon vorher hatten die Sekretäre gezeigt, daß sie eine lineare Forderung mit allen Mitteln hintertreiben würden. So hielt Ph. von Kodolitsch es auf einer Mitgliederversammlung in Wilhelmsburg im Juni nur für Recht, daß die Kollegen und Kolleginnen mit geringerem Lohn oder Gehalt durch spalterische Prozentforderungen noch weniger abbekommen, da „sie in der Regel schlechter organisiert sind. Lassen wir sie doch in ihrem eigenen Saft schmoren!" (v. Kodolitsch wörtlich. Da auf dieser Versammlung so „interessante" Aussagen mehrfach fielen, veröffentlichen wir ein Auszugsprotokoll im Kasten).

Engelmohr behauptete weiter: „Lineare Forderungen kommen nur von Kommunisten. Sie dienen dazu, die qualifizierten Angestellten und Facharbeiter zu betrügen und nutzen dem Unternehmer, da sie ihm Lohnkosten ersparen (!)."

Das ist natürlich barer Unsinn: Die Kapitalisten planen bei Tarifverhandlungen eine bestimmte Erhöhung der gesamten Lohn- und Gehaltssumme ein. Würde dieses Mehr an Geld bei den „stabilitätsgerechten" Abschlüssen gleichmäßig auf alle Arbeiter und Angestellten verteilt, so wäre bei den etwas mehr verdienenden Facharbeitern und Betriebshandwerkern zu offensichtlich, daß durch die Preissteigerungen in Wirklichkeit Lohnabbau stattfindet.

Es bestünde die „Gefahr", daß dieser aufgrund der Ausbildung und betrieblichen Stellung zumeist kampfstärkste Teil der Belegschaft dagegen anginge und alle Kollegen zum Kampf gegen solche Abschlüsse aufriefe.

Daraus ziehen die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer nun nicht etwa den Schluß, ausreichend hohe lineare Forderungen zu unterstützen, so daß die Kapitalisten über den Lohnleitlinienrahmen hinaus in ihre Taschen greifen müßten. Stattdessen vertreten sie die kapitalistischen Leistungstheorien vom guten und wertvollen und schlech-



Forts. Texaco

ten und wertlosen Arbeiter und geben die Solidarität der Arbeiter untereinander völlig preis.

Gerade die spalterischen Prozentforderungen, die gerade in der Höhe abgesteckt werden, daß die Facharbeiter und Handwerker den Kampf weder aufnehmen noch führen sollen, lassen die gesamte Lohnsumme für den Kapitalisten im geplanten Rahmen verbleiben. Besonders deutlich wurde dieses Spaltungsgeschäft bei dem noch niedrigeren Abschluß von 9,9% in der Chemieindustrie: Da Kapitalisten und Gewerkschaftsführer bei solch einem Abschluß noch starke Unruhe in den Betrieben fürchteten, führten sie für den kampfstärksten Teil, die Handwerker und Facharbeiter, die zusätzliche 5. Lohngruppe mit einer Vorweganhebung von 43 Pfg. pro Stunde und darauf dann weitere 9,9% ein.
Insgesamt also fast 16 % mehr für Facharbeiter und Betriebshandwerker.

Druck von Vertrauensleute-Information verhindert

Alle Versuche der fortschrittlichen Gewerkschafter, über eigene gewerkschaftliche Vertrauensleute-Flugblätter ihre Kollegen über die Diskussionen und Forderungen zur Tarifrunde breiter zu informieren, scheiterten an der Sabotage der Gewerkschaftssekretäre.

Zunächst wurden „organisatorische" Gründe angegeben, die ein in Wilhelmsburg geplantes und ausformuliertes Flugblatt herauszögerten: Ph. von Kodolitsch gab an, die Gewerkschaftsdruckerei sei noch nicht frei, die Schreibkraft könne noch nicht etc. (Siehe auch das Protokoll im Kasten). Als diese Begründungen bei den Vertrauensleuten nach einigen Wochen nicht mehr verfingen, behauptete Engelmohr, daß für das Nichterscheinen die Vertrauensleute der Hauptverwaltung verantwortlich seien. Sie hätten ebenfalls einen Flugblattentwurf vorgelegt, in dem „allein schon der Begriff 'Tarifkampf' anstelle von 'Tarifrunde' eine Provokation ist" und damit das Flugblatt „im 'Chemiearbeiter'-Stil geschrieben" sei. Er habe daher einschreiten und alle Flugblätter von Vertrauensleuten verbieten müssen, um für die Zukunft klar zu stellen, daß er allein berechtigt sei, Veröffentlichungen der IG-Chemie herauszugeben.

Tatsächlich hatten die Vertrauensleute aus der Hauptverwaltung in ihrem Flugblattentwurf jedoch nur einige wirtschaftliche Daten (z.B. Preissteigerungsrate, Steuerprogression und wirtschaftliche Lage der Texaco) zusammengestellt, die ihre Kollegen für die Diskussion über die Forderung benötigten. Im Anschluß an ihre Ausführungen über die wirtschaftliche Lage der Texaco stellten sie allerdings klar, daß sie das Konzept der „betriebsnahen Tarifpolitik" ablehnen:

„Auch wenn wir diese betrieblichen Ausführungen machen, schließen wir uns keineswegs einer betriebsnahen Tarifpolitik an. Diese würde im Zweifel dazu führen, daß Verluste, die durch unternehmerische Fehlentscheidungen entstehen, zu Lasten der Kollegen gehen. Ganz zu schweigen von den Manipulationsmöglichkeiten in den Jahresabschlüssen und der Zerrissenheit im Takampf." (Übrigens ist dies in dem zweiseitigen Flugblatt das einzige Mal, wo es statt 'Tarifrunde' so schändlich 'Tarifkampf' heißt.)

Mit dieser – recht zurückhaltend formulierten – Kritik hatten die Sekretäre den Vorwand gefunden, jede eigenständige Informationspolitik aller Vertrauensleutekörper zu unterbinden. Gleichzeitig hatte Engelmohr dann auch noch die Frechheit, vor den Wilhelmsburger Mitgliedern den Kollegen der Hauptverwaltung den Schwarzen Peter in die Schuhe zu schieben. Daß es den Sekretären darauf ankam, jede Informationstätigkeit zu verhindern, ohne Rücksicht darauf, ob sie Kritik an der Gewerkschaftsführung (den sogenannten „Chemiearbeiter"-Stil) enthielt oder nicht, wurde spätestens einige Wochen darauf in Grasbrook deutlich:

Unter dem Druck der Vertrauensleute mußte Ph. von Kodolitsch zunächst dem Nachdruck einer Presseerklärung der Texaco-Bosse zustimmen, in der diese über ihre Gewinnexplosion 1973 berichteten. Dieses Dokument sollte allen Kollegen zur Diskussion zur Verfügung gestellt werden. Allerdings bleib es bei Kodolitsch' Zustimmung. Nachgedruckt und verteilt wurde kein einziges Exemplar!

Gestern Reichhold, morgen Texaco?

Die Sabotage jeder breiten Informationspolitik der Texaco-Vertrauensleute durch die Gewerkschaftsführer zeigt Parallelen zu den Vorgängen bei der Reichhold-Chemie in Hamburg. Auch dort waren zwei gewerkschaftliche Vertrauensleute-Flugblätter von der IG-Chemie-Führung immer wieder verhindert worden.

Eins setzte sich mit „aktiv" auseinander, einem Propaganda-Organ der Kapitalisten für „ihre" Arbeiter, das bei Reichhold jedem „kostenlos" ins Haus geschickt wird, das andere unterstützte die Forderungen der Kocher auf Angleichung ihrer Löhne an die der Handwerker und übrigen Facharbeiter.

Als sich die Reichhold-Vertrauensleute durch Scheinargumente wie „Stilistisch muß noch einiges verbessert werden ...", „Wir haben nicht soviel Geld für Druckkosten ...", „Noch sind die technischen Anlagen nicht frei ..." usw. usf. nicht von ihrem Vorhaben abbringen ließen und schließlich energisch endlich die Herausgabe der Flugblattentwürfe forderten, löste die IG-Chemie-Führung kurzerhand den gesamten Vertrauensleutekörper wegen „kommunistischer Unterwanderung" auf.

An dem Vorgehen der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer wird deutlich, wie sehr diese Leute eine stärkere Verankerung der Vertrauensleute im Betrieb fürchten müssen. Für fortschrittliche und kommunistische Gewerkschafter kann das nur heißen, daß sie ihre Anstrengungen auf Verbreiterung der gewerkschaftlichen Politik im Betrieb verdoppeln, z.B. bei der Initiierung eigenständiger Vertrauensleute-Flugblätter nicht vor der ständigen Sabotage durch die Sekretäre zurückweichen, sondern immer wieder energisch auf die Behandlung betrieblicher und gewerkschaftlicher Fragen vor allen Kollegen drängen. Solange die Vertrauensleutekörper isoliert und abgehoben von der übrigen Belegschaft ihre Politik zu machen versuchen, kann das der Gewerkschaftsführung nur recht sein, denn es führt zu nichts und sorgt dafür, daß sich fortschrittliche und kommunistische Kollegen „austoben". Erst wenn es den Vertrauensleuten gelingt, ihre Arbeit auf die gesamte Belegschaft auszurichten, die Diskussion breit in den Betrieb zu tragen und so das gewerkschaftliche Bewußtsein ihrer Kollegen zu stärken und Vertrauen zu gewinnen, kann sich die Vertrauensleutearbeit als ein Hebel zur Stärkung der Arbeiterklasse entwickeln. Dann wird es eher möglich, die Sabotageakte der sozialdemokratischen Sekretäre zu verhindern bzw. zu durchkreuzen.

Tarifkommissionen-Bevollmächtigte der Arbeiter und Angestellten?

Besonders schwer fiel den Linken der Versuch, mehr Einfluß der Vertrauensleute auf (bzw. auch nur mehr Einblick in) die Vorgänge in der Tarifkommission durchzusetzen. Denn die Wahl der Tarifkommissionsmitglieder, wie sie die IG Chemiesatzung vorschreibt, bedeutet keinesfalls eine demokratische Kontrolle der Arbeit der Tarifkommissionen durch die gewerkschaftlich Organisierten. (Siehe hierzu den Artikel: „Tarifkommissionen der IG-Chemie – Trugbild einer Arbeiter-Vertretung") So manipulierte die IG-Chemie-Verwaltungsstelle den Verteiler-Schlüssel der TK-Mitglieder solange, bis sie eine ihr genehme „Truppe" zusammenhatte, die allein durch ihre Zusammensetzung gewährleistete, daß auch in der TK der Wille der Gewerkschaftsführung zum Tragen kam.

Die Vertrauensleute in Grasbrook und der Hauptverwaltung faßten bei der Aufstellung ihrer Forderungen (Grasbrook: 300 DM für alle, Hauptverwaltung: 18 %, mindestens 300 DM) den Beschluß, daß die von ihnen gewählten TK-Mitglieder „den aufgestellten Forderungen konsequent Rechnung zu tragen" hätten. Dies wurde von den Gewerkschaftsführern ohne große Gegenargumentation hingenommen, da sie sich in der Großen Tarifkommission einer stabilen Mehrheit von rechten Sozialdemokraten sicher waren: Wegen der gewerkschaftlichen Zersplitterung setzt sich die TK-Texaco aus Engelmohr als Verhandlungsführer und je sieben TK-Mitgliedern der IG-Chemie, der IG-Bergbau und der Gewerkschaft HBV zusammen. Da es bei der IG-BE und der HBV noch nicht einmal Vertrauensleute gibt, ist dort das Verfahren der Bestimmung der TK-Mitglieder noch nicht einmal mit einem Schein von Demokratie umgeben: Es sind jedesmal die gleichen TK-Mitglieder, z.B. der IG-BE Sekretär Hugo Reuter, ehemals SPD-Bürgermeister in einem niedersächsischen Dorf, und altgediente SPD-Betriebsräte.

In einer derartig manipulierten und für die Texaco-Arbeiter und Angestellten unkontrollierbaren Tarifkommission hatte die Gewerkschaftsführung ein leichtes Spiel, ihre Vorstellungen durchzusetzen. Vom Hauptvorstand der IG-Chemie „analysierte" Beck die wirtschaftliche Lage, wie es ein Vertreter der Geschäftsleitung nicht besser hätte tun können:

Kein Wort über die Lage der Arbeiter, die steigenden Lebenshaltungskosten oder die Tarifniederlagen der letzten Zeit, die einen realen Lohnabbau zur Folge hatten, statt dessen das übliche Kapitalisten-Gejammer: Die Deutsche Texaco habe in den letzten Jahren – wie die Bilanzen bewiesen – „große Verluste gemacht, die aufgeholt werden müssen". Das sagt ein von den Gewerkschaftsbeiträgen bezahlter IG-Chemie-„Wirtschaftsexperte", der natürlich die Möglichkeiten der Bilanzmanipulation usw. völlig kennt. So habe, nach Beck, „die Chemische Industrie gegenüber der Mineralölindustrie bessere Gewinne gemacht", während die Löhne „in der Mineralölindustrie zu den höchsten Stundenverdiensten gehören und daher von einem „Nachholbedarf" nicht die Rede sein kann."

Auf dieser Grundlage fiel es Engelmohr nicht schwer, seine spalterische 15 %-Forderung als „realistisch" zu begründen, nachdem er vorher entsprechend den Tarifrichtlinien der IG-Chemie die TK-Mitglieder daran „erinnerte", daß sie ihren Wählern gegenüber keine Verantwortung tragen und sich an Beschlüsse der Vertrauensleute nicht zu halten haben. Es stimmte dann auch nur ein TK-Mitglied der IG-Chemie nicht für Engelmohrs 15 %.

Hinterher rechtfertigte der Sekretär Ph. von Kodolitsch sein Verhalten als TK-Mitglied vor seinen Wählern mit der nötigen Einsicht in eine „realistische Tarifpolitik", da für die Durchsetzung der 300 DM-Forderung der Vertrauensleute jegliche Kampfbereitschaft der Belegschaft fehle. Das sagen Gewerkschaftsführer, die vorher durch die gewerkschaftliche Zersplitterung, die Verhinderung jeglicher Information und breiten Diskussion der Kollegen alles getan haben, um diese Kampfbereitschaft zu lähmen. ■

Sympathisantengruppe Texaco,
KB-Gruppe Hamburg

Tarifkommissionen der IG-Chemie – Trugbild einer Arbeiter-Vertretung

Die IG-Chemie-Sekretäre stellen immer wieder gern „ihre" Gewerkschaft als besonders „links" und „fortschrittlich" hin und verweisen dann auf die Wählbarkeit der Mitglieder der Tarifkommissionen (TK) durch die Vertrauensleute, die auf dem letzten IG-Chemie-Gewerkschaftstag abgesichert worden sei. Damit sei der Durchbruch der Basis zur Gestaltung der Tarifpolitik gewährleistet.

Schon bei der genauen Betrachtung der angeblich so fortschrittlichen Satzung wird allerdings sichtbar, daß die Wählbarkeit der TK-Mitglieder durch Einschränkungen und Richtlinien so eingrenzbar ist, daß der Einfluß der Gewerkschaftsführer in jedem Fall dominiert. So wurden auf dem Gewerkschaftstag die Anträge, die eine grundsätzliche uneingeschränkte Wahl der TK-Mitglieder durch Vertrauensleute-Vollversammlungen und Mitentscheidungsrechte der Vertrauensleute bei Urabstimmungen, Beginn und Ende von Streiks und Annahme von Verhandlungsergebnissen forderten, in Bausch und Bogen abgelehnt. (Siehe zum IG-Chemie-Gewerkschaftstag AK 24 vom Dez. 72) Angenommen wurde stattdessen ein Antrag, der die Wahl der TK-Mitglieder durch die Vertrauensleute und ihre anschließende Bestätigung durch den Verwaltungsstellenvorstand verlangt.

Auch diesen Antrag hatte der Hauptvorstand auf dem IG-Chemie-Gewerkschaftstag zunächst den Delegierten abzulehnen vorgeschlagen. Nicht etwa, weil er befürchten mußte, daß bei der Annahme des Antrages einzelne Tarifkommissionen linke Mehrheiten aufweisen könnten und gegen seinen Willen Entscheidungen treffen könnten: Die Verwaltungsstellenvorstände konnten ja auch in Zukunft rechte Mehrheiten absichern, indem sie – jeweils in der benötigten Anzahl – linken TK-Mitgliedern keine Bestätigung erteilten.

Die Ablehnung der Gewerkschaftsführer begründete sich viel mehr darin, daß ihnen zur Sicherung ihrer Politik in den Tarifkommissionen die Satzung nur ein einziges Mittel an die Hand gab, das zudem bei seiner Anwendung zu starken Auseinandersetzungen in den Vertrauensleutekörpern führen mußte. Eine zu häufige Ablehnung unliebsamer, also linker TK-Mitglieder, die vorher aus Wahlen der Vertrauensleutekörper hervorgegangen waren, würde die Herrschaft der SPD-Gewerkschaftsführer über die Mitglieder zu offensichtlich machen.

Gleich nach der Annahme dieses Antrages gingen die Gewerkschaftsführer dann auch daran, ihre Einflußnahme auf die Zusammensetzung der Tarifkommissionen auszubauen. Hauptvorstand und Beirat der IG-Chemie erließen schon wenige Wochen nach dem Gewerkschaftstag die „Richtlinien für die Tarifarbeit" als sogenannte „Ausführungsbestimmungen" der Satzung. Die Manipulationsmöglichkeiten der Gewerkschaftsführer bei der Wahl der TK-Mitglieder werden darin derartig erweitert, daß die Verweigerung der Bestätigung gewählter TK-Mitglieder nur als „Notbremse" bei außergewöhnlich starken linken Kräften überhaupt noch nötig ist.

Nach diesen Richtlinien haben die Verwaltungsstellenvorstände es z.B. völlig in der Hand, nach welchem Schlüssel die Tarifkommissionsmitglieder auf die einzelnen Betriebe oder Werke verteilt werden. Vertrauensleutekörper mit starken linken Flügeln schneiden dann bei der Zuteilung von TK-Mitgliedern immer schlechter ab: Mal wird als Begründung das Organisationsverhältnis genannt, dann die Organisationsstruktur, dann wieder die Bedeutung des Betriebes oder der Angestellten, Frauen oder Jugendlichen usw. Eine passende Begründung ist immer leicht zu finden, um gerade dort mehr TK-Mitglieder wählen zu lassen, wo die Sekretäre unangefochten herrschen. Bei Texaco sah das dann so aus, daß zunächst ein TK-Mitgliederschlüssel aufgestellt wurde, nach dem in der Hauptverwaltung zwei, in Wilhelmsburg einer und in Grasbrook vier zu wählen waren. Allerdings wurde den Vertrauensleuten der Hauptverwaltung auferlegt, daß eines ihrer TK-Mitglieder der Sekretär Ph. von Kodolitsch sein müsse, der sich ohne Gegenkandidat zur Wahl stellte. Als dieser sich zudem noch „zur Wahl" stellte, ohne selbst anwesend zu sein, lehnten die Vertrauensleute dies „demokratische" Scheingefecht ab und wählten Ph. von Kodolitsch nicht. Flugs darauf änderte der Verwaltungsstellenvorstand der IG-Chemie den Verteilerschlüssel: Die Kollegen der Hauptverwaltung erhielten nur noch ein TK-Mitglied, Grasbrook dagegen fünf: Ph. von Kodolitsch hängte sich nun dort sein demokratisches Mäntelchen um. (Ähnlich war es bei den Wahlen zur Tarifkommission der Chem. Industrie zugegangen: Bei Beiersdorf, Colgate und der Norddeutschen Affinerie ließen sich jeweils Sekretäre ohne Gegenkandidaten absegnen.)

Neben der Manipulierung der Zusammensetzung der Tarifkommission dienen die Tarifrichtlinien weiterhin dazu, die gewählten TK-Mitglieder von ihren Wählern zu lösen und auf die Politik der Gewerkschaftsführung zu verpflichten.

So heißt es schon im Abschnitt I unter „Zentrale Koordination zur Einleitung einer Tarifrunde:

„Hält der Hauptvorstand oder ein tarifbeteiligter Bezirk eine Koordinierung für notwendig, so findet ein Koordinierungsgespräch der Verhandlungsführer mit dem Hauptvorstand bzw. mit der Tarifabteilung des Hauptvorstandes statt, in dem die Strategie für die jeweilige Tarifrunde festgelegt wird. Der Hauptvorstand kann aus der Sicht der Gesamtsituation Empfehlungen an die Tarifkommissionen richten." (Hervorhebungen von uns.)

Das bedeutet nichts anderes, als die Fortschreibung der Konzertierten Aktion von Regierung, Kapitalistenverbänden und Gewerkschaftsspitze in die konkreten Ausführungsbestimmungen der gewerkschaftlich Organisierten. Die „Empfehlungen" aus der „Sicht der Gesamtsituation" könnte man unverhüllt besser Lohnleitlinien nennen, auf die die TK-Mitglieder „koordiniert" werden sollen. Ausdrücklich weisen die Richtlinien dann auch darauf hin, daß die TK-Mitglieder sich keinesfalls an Beschlüsse bzw. Forderungen ihrer Wähler zu halten haben. Wenn es dann doch einmal passieren sollte, daß sich eine Mehrheit in einer TK gegen die Linie der Gewerkschaftsführung ausspricht, z.B. eine höhere Forderung aufstellt oder einem schlechten Verhandlungsergebnis nicht zuzustimmen bereit ist, dann ist nach § VIII. Abs. 14 der Richtlinien der jeweilige Verhandlungsführer, also immer ein vom Hauptvorstand angestellter Sekretär, *„berechtigt, Beschlüsse der Tarifkommissionen auszusetzen und den Hauptvorstand anzurufen, insbesondere dann, wenn er der Meinung ist, daß gegen bindende Beschlüsse gewerkschaftlicher Gremien verstoßen wird."*

Damit es zu keiner Mobilisierung der Mitglieder gegen diese Politik kommen soll, kann der Verhandlungsführer in dieser (oder auch anderer) brenzligen Situation alle TK-Mitglieder zum Stillschweigen verpflichten. (§ VIII. Abs. 15)

Damit kann überhaupt keine Rede davon sein, die Wahl der Tarifkommissions-Mitglieder als demokratisch zu bezeichnen oder auch diese als Bevollmächtigte der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Angestellten anzusehen. Ein Bevollmächtigter darf nur von den Arbeitern und Angestellten gewählt werden, ohne Bestätigung durch andere. Er muß auch sofort abgesetzt werden können, sobald seine Wähler ihm ihr Mißtrauen aussprechen. Wenn diese es verlangen, muß er jedesmal vor ihrer Versammlung Rechenschaft ablegen.

Doch proletarische Demokratie muß den SPD-Gewerkschaftsführern großen Schrecken einflößen. Einer dieser Herren, der West-Berliner Bezirksleiter der IG Chemie, Eduard Kolitsch warnte beschwörend in der Diskussion auf dem Gewerkschaftstag: *„Wir sollten uns davor hüten ..., Vertrauensleuten in ihren Gremien Entscheidungsbefugnisse zu geben, bzw. sie unter Beschneidung der Entscheidungsbefugnisse übergeordneter Gremien auszuweiten ..."* (AK 24, S. 10)

Protokollnotizen eines Teilnehmers der IG-Chemie Mitgliederversammlung Texaco Wilhelmsburg am 28. Juni 1973

Wir geben hier die Protokoll-Notizen eines Texaco-Kollegen wieder, der an der gewerkschaftlichen Mitglieder-Versammlung des Texaco-Werkes in Hamburg-Wilhelmsburg teilnahm. Zur Debatte stand die nahende Tarifrunde sowie Probleme in diesem Zusammenhang. Die Protokoll-Notizen halten in der Form der „indirekten Rede“ die wichtigsten Passagen der Auseinandersetzung zwischen den Texaco-Kollegen und den hauptamtlichen Sekretären der Hamburger IG-Chemie fest. Sie zeigen überaus anschaulich „Argumentations“-Weise und -Stil der Herren Sekretäre (SPD), wie diese Herrschaften kaltschnäuzig lügen und betrügen, wie sie mal „gerissen“, mal brutal fortschrittliche Gewerkschafter mittels antikommunistischer Hetze einzuschüchtern versuchen, wie sie offen drohen, manipulieren usw. usf. ..... alles um des einen Ziels wegen: zu verhindern, daß die Kollegen ihre Interessen in die eigenen Hände nehmen, ihre berechtigten Forderungen beim Kapitalisten anmelden, sich auf den kommenden Tarifkampf in der notwendigen Weise vorbereiten. Diese Herren „Führer des Reformismus“ erweisen sich hier einmal mehr als waschechte Arbeiterverräter, als Agenten der Kapitalisten in den Reihen der Arbeiterklasse. Die Auseinandersetzungen auf dieser Mitglieder-Versammlung sind – was Gehalt und Schärfe angeht – durchaus keine Ausnahme, sondern kennzeichnen die sich allgemein und überall verschärfenden Widersprüche innerhalb der DGB-Gewerkschaften:

„Thema: TARIFRUNDE TEXACO 1973

Anwesende:
- Mitglieder der IG-Chemie Texaco Wilhelmsburg (ca. 20)
- acht Vertrauensleute der Texaco-Betriebe Grasbrook und Hauptverwaltung
- Edgar Engelmohr, Bezirksleiter der IG-Chemie Nordmark und Verhandlungsführer der Großen Tarifkommission Texaco; Philipp von Kodolitsch, zuständiger IG-Chemie-Sekretär

Edgar Engelmohr zur wirtschaftlichen Lage

Engelmohr erläutert die gesamtwirtschaftliche Situation und die Lage bei Texaco.

Man könne den wirtschaftlichen Daten entsprechend allerhand fordern. Den von der Hauptverwaltung vorgelegten 17,4 % könne man sogar noch einiges hinzurechnen.

(Engelmohr bezieht sich hier auf einen Flugblattentwurf der Vertrauensleute der Hauptverwaltung Texaco, der zu dem Ergebnis kam, daß bei einer Bruttolohnerhöhung um 17,4 % erst die Preissteigerungsrate und der Produktivitätszuwachs ausgeglichen werde. Das Erscheinen dieses Flugblattes wurde von Engelmohr verboten, siehe auch Texaco-Hauptartikel, die Red.)

Engelmohr gab dann zu bedenken:

1. *Das sind alles Fakten von heute. Keiner weiß genau, wie es im September aussieht.*
2. *In der Großen Tarifkommission wird die Forderung aufgestellt. Dort sitzen je sieben Mitglieder der IG Bergbau und Energie und der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV), acht Mitgliedern der IG Chemie gegenüber. Die beiden anderen Gewerkschaften seien somit sehr stark und könnten im Zweifel die acht „fortschrittlichen Mitglieder“ der IG Chemie überstimmen.*

Edgar Engelmohr zur Spaltung der Texaco-Belegschaft in drei DGB-Gewerkschaften

Edgar Engelmohr zur Spaltung der Texaco-Belegschaft in drei DGB-Gewerkschaften

Die IG Bergbau habe ihr Gewicht durch die Raffinerie in Heide/Holstein. Dort seien alle in der IG Bergbau organisiert, obwohl sie mit dieser Gewerkschaft nichts zu tun hätten.

Trotzdem sei es noch nicht gelungen, diese Arbeitnehmer „auf die IG Chemie hinüberzubringen“. Die IG Bergbau „lege sich im DGB quer“.

Also müsse man versuchen, an der Basis etwas zu erreichen. Das ginge am besten über den Vorsitzenden im Gesamtbetriebsrat, Otto Arendt, der gleichzeitig Betriebsratsvorsitzender in Heide sei und zur IG Bergbau gehöre.

Diese Versuche seien jedoch zum Scheitern verurteilt, weil sich die Gesamtbetriebsratsmitglieder der Hauptverwaltung (früher der Betriebsratsvorsitzende H. Kynast, dann R. Trampert, beides IG Chemie-Betriebsräte vom fortschrittlichen Flügel, die Red.) „in diesem Gremium unmöglich benähmen“ und dadurch Otto Arendt abschreckten.

Die Vertrauensleute der Hauptverwaltung dagegen:

Man solle nicht die Zerrissenheit im DGB auf dem Rücken der Kollegen auszutragen versuchen.

Philipp von Kodolitsch:

Die Vertrauensleute der Hauptverwaltung seien doch stolz darauf, „Männer der Basis“ zu sein. Nun sollten sie sich auch nicht bei der Spitzenorganisation beklagen, sondern die Sache weiterhin allein in die Hand nehmen.

Die Vertrauensleute der Hauptverwaltung erläuterten die Auseinandersetzungen im Gesamtbetriebsrat und das angeblich „unmögliche Benehmen“ ihres Vertreters:

Hauptsächlich würden sie dort angegriffen, weil sie sich entschieden gegen die geplante Verknüpfung der sog. Mitarbeiterbeurteilung mit „Leistungsprämien“ ausgesprochen hätten, die Konkurrenzdenken in der Belegschaft und weitere Spaltung mit sich brächten, während die übrigen Mitglieder im Gesamtbetriebsrat dies befürwortet hätten.

Engelmohr:

Wir lebten nun einmal in einer Leistungsgesellschaft. Überall müsse etwas geleistet werden. Die Leistung müsse man anerkennen. Die IG Chemie habe gegen Leistungsprämien nichts einzuwenden.

Engelmohr anschließend wieder zur Tarifrunde und wirtschaftlichen Lage

Die Tatsache, daß andere Gewerkschaften eine so große Rolle spielten, solle trotzdem die IG Chemie nicht bremsen. Vor allen Dingen nicht die Initiative der Vertrauensleute. (Man beachte, was Engelmohr zu den tatsächlichen Initiativen später sagen wird, die Red.) In allen Vertrauensleutekörpern müsse eine selbständige Meinungsbildung erfolgen.

3. *Der Jahresabschluß liege noch nicht vor und müsse anschließend durchgearbeitet werden.*

Einwand der Vertrauensleute Hauptverwaltung:

Jahresabschlüsse hätten für die Tarifauseinandersetzungen fast keine, bei multinationalen Konzernen wegen der noch stärkeren Bilanzmanipulationsmöglichkeiten überhaupt keine Bedeutung.

Engelmohr geht darauf nicht ein und fährt fort:

4. *Es gäbe noch sonstige Forderungen, die mit eingebaut werden müßten. Darunter falle die Neuaufteilung der Gehaltsgruppen, die allein schon „einige Prozente“ ausmache, der Urlaub, das Urlaubsgeld und anderes mehr.*

Vertrauensleute der Hauptverwaltung:

Zusätzlicher Urlaub dürfe die Forderung keineswegs mindern. Er würde in der Praxis sowieso auf dem Rücken der Kollegen ausgetragen, die die Mehrarbeit verrichten müßten. Anschließend sei außerdem ein willkommener Grund gefunden, die Planstellen sogar noch weiter zu reduzieren.

Wilhelmsburger Mitglieder:

Eine Neuaufteilung der Gehaltsgruppen brächte ihnen keine Vorteile.

Engelmohr weiter:

5. *Eine Kampfbereitschaft bei der Mehrheit der anderen Gewerkschaftsmitglieder sei ohnehin nicht vorhanden. Da brauche man nur an Heide 1971 denken. (Engelmohr spielt auf den Streik 1971 bei der Texaco an, wo sich die Streikfront auf Heide durchaus schnell ausgebreitet hatte, Engelmohr aber in Hamburg das Gegenteil behauptete, die Red.) Er wisse, daß er sich auf Wilhelmsburg und Grasbrook verlassen könne. Aber die IG Chemie würde diese Kollegen nicht noch einmal streiken lassen, da die anderen nicht mitmachten.*

Insbesondere die Vertrauensleute der Hauptverwaltung fielen den Grasbrookern und Wilhelmsburgern in den Rücken. Sie hätten sich selbst einer Aufnahmesperre neuer Mitglieder unterzogen, da sie sich nur noch mit sich selbst zu beschäftigen pflegten. Allenfalls gäben sie Informationen an den CHEMIEARBEITER oder den ARBEITERKAMPF.

Philipp von Kodolitsch bezeichnet die anwesenden Vertrauensleute der Hauptverwaltung wörtlich mit „Arschlöcher“.

Vertrauensleute der Hauptverwaltung:

Die Aufnahme neuer Mitglieder werde nicht durch ihre Vertrauensleutepolitik erschwert, sondern durch Tatsachen wie den Abschluß 1972. Ein klarer Widerspruch sei es, wenn man ihnen jetzt eine „Aufnahmesperre“ vorwerfe, und an anderer Stelle, nämlich vor zwei Monaten auf der Vertrauensleute-Vollversammlung der Chemischen Industrie zur Chemietarifrunde, Philipp von Kodolitsch vor dort anwesenden Vertrauensleuten aus der Chemischen Industrie genau das Gegenteil behauptete. Als diese Kollegen dort fortschrittliche Forderungen für ihre Tarifrunde stellten, hätte Kodolitsch behauptet: „Macht es erst einmal wie die Kollegen von der Texaco-Hauptverwaltung. Die fordern nicht nur, sondern arbeiten auch. Das wird unter anderem durch ständige Neuaufnahmen und überdurchschnittliche Beiträge bewiesen.“ Heute käme man den Vertrauensleuten der Hauptverwaltung mit dem gleichen Argument, weil sie jetzt fortschrittliche Forderungen stellten.

Engelmohr zum Abschluß seines Einleitungsreferats:

Ingesamt müsse trotz der fünf zu bedenkenden Punkte jedoch ein guter Abschluß gemacht werden, sonst hätten wir die gleichen Unruhen wie die Metaller. Allerdings könne man die jüngsten Unruhen bei Klöckner Bremen damit nicht vergleichen, da dort Studenten bzw. Sektierer am Werk gewesen seien.

Philipp von Kodolitsch:
Die Forderung dürfe nicht zu hoch sein, da man sonst die öffentliche Meinung gegen sich habe. Dies beweise ein Umfrage-Ergebnis der „Bild-Zeitung“. nach dem 69 % der Be-

Philipp von Kodolitsch:

Die Forderung dürfe nicht zu hoch sein, da man sonst die öffentliche Meinung gegen sich habe. Dies beweise ein Umfrage-Ergebnis der „Bild-Zeitung“, nach dem 69 % der Befragten der Meinung gewesen wären, daß die Gewerkschaften mit ihren Forderungen nicht zur Stabilität beitrügen.

Engelmohr stellt zur Diskussion, wie die Forderung auszusehen hätte.

Vorschlag Vertrauensleute Hauptverwaltung:

Für alle einen gleichen Betrag als lineare Forderung. Begründung: Bei Prozentforderungen würde der schlechter Verdienende immer weiter benachteiligt und die DM-Differenz zwischen niedrigen und höheren Löhnen/Gehältern vergrößere sich. Dabei seien die kleinen Einkommen besonders hart von den Preissteigerungen betroffen.

Antwort Engelmohr:

Damit würde man die gut ausgebildeten, qualifizierten Facharbeiter und Angestellten betrügen. Außerdem erhielte doch schließlich jeder prozentual das Gleiche. Lineare Forderungen kämen nur von Kommunisten. Sie nützten dem Unternehmer, da sie ihm bei Facharbeitern und qualifizierten Angestellten Lohnkosten erspare.

Philipp von Kodolitsch zusätzlich:

Arbeitnehmer mit niedrigen Löhnen oder Gehältern seien in der Regel schlechter organisiert. Wir sollten sie doch mal in ihrem eigenen Saft schmoren lassen.

Vertrauensleute Hauptverwaltung:

Engelmohrs Antwort beinhalte eine Geringschätzung der Wenigerverdienenden. Es sei weit gefehlt zu behaupten, daß die Arbeiter, die aus bestimmten Gründen keine Ausbildung hätten, für die Produktion weniger leisteten.

Zum Abschluß der Tagesordnung: „Verschiedenes“

Kodolitsch über einen Flugblattentwurf der Vertrauensleute der Hauptverwaltung:

Die Vertrauensleute der Hauptverwaltung hätten versucht, ein Flugblatt in Umlauf zu bringen, das von wirtschaftlichen Kenntnissen unbeleckt sei und die Kollegen, insbesondere Angestellte, erschrecken und abstoßen würde.

Wilhelmsburger Mitglieder beantragen daraufhin, das Flugblatt zu verlesen. Versuche von Engelmohr und Philipp von Kodolitsch, dies zu verhindern, bleiben erfolglos. Das Flugblatt wird verlesen. (In diesem Flugblatt wird anhand wirtschaftlicher Daten ausgeführt, daß erst bei einer Bruttolohnerhöhung von 17,4 % die Produktivitätssteigerung im letzten Jahr und die gestiegenen Preise eingeholt werden, die Red.)

Kodolitsch:

Ökonomisch wäre wohl doch alles in Ordnung, aber trotzdem könne man es den Kollegen nicht zeigen. Sie dächten nachher, die IG Chemie hole die Forderung für sie raus. Wenn es dann – wie zu erwarten – nicht zu diesem Abschluß käme, würden die Vertrauensleute der Hauptverwaltung die IG Chemie-Hauptamtlichen (Sekretäre) als Versager hinstellen.

Ein Wilhelmsburger:

Philipp von Kodolitsch mache einen ‚schönen' Rückzieher. Erst behaupte er, das Flugblatt sei von wirtschaftlichen Kenntnissen unbeleckt, dann müsse er zugeben, ökonomisch sei alles in Ordnung. Die Sekretäre sollten mal ins Werk kommen. Dort würden sie von den Kollegen noch ganz andere Dinge hören, als im Flugblatt stünden.

Engelmohr:

Durch dieses Flugblatt der Hauptverwaltungs-Vertrauensleute hätte auch die geplante Veröffentlichung der Wilhelmsburger nicht herausgegeben werden können. Allein er sei zuständig, Mitteilungen an Mitglieder im Namen der IG Chemie herauszugeben.

Dieser Schritt hätte getan werden müssen, um für alle Zeiten Flugblätter im Namen der IG Chemie zu verhindern, die im CHEMIEARBEITER-Stil geschrieben seien. Allein schon der Begriff „Tarifkampf“ an Stelle von „Tarifrunde“ im Flugblatt der Hauptverwaltungs-Vertrauensleute sei eine Provokation. (Dieser „schändliche“ Begriff tauchte dort einmal auf, die Red.)

Vertrauensleute Hauptverwaltung:

Ihr Flugblatt hätte das aus Wilhelmsburg schon deswegen nicht bremsen können, da letzteres im ersten Entwurf schon seit drei Wochen den Sekretären vorgelegen hätte. Auf Anrufe der Wilhelmsburger hätten Kodolitsch und Engelmohr jeweils geantwortet:

- *Die technischen Einrichtungen seien noch nicht frei.*
- *Sie hätten noch keine Schreibkraft.*
- *Die Daten müßten noch auf ihre Richtigkeit hin überprüft werden.*

Dies bestätigten die Wilhelmsburger Vertrauensleute als richtig. Selbst die Absage der Verwaltungsstelle zu ihrem letzten Entwurf (von drei insgesamt) sei zeitlich früher erfolgt, bevor überhaupt aus der Hauptverwaltung ein Entwurf vorlag.

Kodolitsch wies darauf hin, daß er selbst schon vorher über das Flugblatt der Vertrauensleute der Hauptverwaltung informiert worden sei. Von wem, wollte er auf Befragen nicht sagen. Er müsse das nicht nennen.

Vertrauensleute der Hauptverwaltung:

Sie seien der Meinung, daß man als Gewerkschafter durchaus die Verpflichtung habe, den Kollegen die Wahrheit zu sagen. Die wirtschaftlichen Fakten und Daten seien für die Kollegen nötige Informationen. Dabei sei es bei den 17,4 % noch gar nicht um die Aufstellung einer Forderung gegangen. Selbst der Sekretär H. Schmoldt, der bei der Erörterung ihres Flugblattes anwesend gewesen sei, hätte auf Befragen sich nicht vorstellen können, daß es gegen die Information von Seiten der übrigen Sekretäre Einwände geben würde.

Engelmohr:

Im übrigen hätten die Vertrauensleute der Hauptverwaltung Texaco die Zusammenarbeit mit der IG Chemie-Verwaltungsstelle abgelehnt. Unter anderem hätten sie z.B. verweigert, Sitzungsprotokolle und Namenslisten der Anwesenden ständig den Sekretären vorzulegen und damit gegen die Satzung der IG Chemie verstoßen. (Engelmohr spielt auf die Auseinandersetzung um die Anwesenheitsliste einer Vertrauensleute-Versammlung der Hauptverwaltung an, die im Frühjahr anläßlich der Auflösung des IG Chemie-Vertrauensleutekörpers bei der Reichholdt-Chemie wegen angeblicher Unterwanderung durch „Linksradikale“ stattfand. Auf dieser Sitzung hatten die Vertrauensleute der Hauptverwaltung ohne Gegenstimme das Vorgehen der IG Chemie-Führer verurteilt und sich mit den Kollegen bei Reichholdt solidarisiert. Anschließend verlangte Engelmohr die Herausgabe der Anwesenheitsliste, um gegen die Teilnehmer der Sitzung vorzugehen. Dies verweigerte der Vertrauensleutekörper. Zu Reichhold siehe auch ARBEITERKAMPF Nr. 27 vom April 1973, die Red.)

Vertrauensleute der Hauptverwaltung:
Namenslisten hätten nichts mit sachlichen Beschlüssen zu tun. Auch bei Anwesenheit eines Sekretärs bei Sitzungen würden Protokolle nur auszugsweise übergeben. Die Sekretäre ließen

Vertrauensleute der Hauptverwaltung:

Namenslisten hätten nichts mit sachlichen Beschlüssen zu tun. Auch bei Anwesenheit eines Sekretärs bei Sitzungen würden Protokolle nur auszugsweise übergeben. Die Sekretäre ließen sich allerdings im Vertrauensleutekörper der Hauptverwaltung schon lange nicht mehr sehen.

Der Vorwurf von Kodolitsch, man hätte in einem Schreiben kategorisch die Vorlage von Protokollen abgelehnt, treffe nicht zu, da gerade hierüber ein Gespräch angeboten worden sei.

Engelmohr:

Die Trennung von der IG Chemie-Verwaltungsstelle habe der Vertrauensleutekörper der Hauptverwaltung bereits mit seiner unsachlichen Reaktion zum Reichhold-Beschluß der Verwaltungsstelle vollzogen. Allerdings seien dies auch nur einige Sektierer, die im Vertrauensleutekörper diese Beschlüsse veranlaßten. Die Sekretäre dagegen setzten sich für Arbeitnehmer ein und lassen sich ihre Arbeit nicht zerstören..... Sie lehnten alles ab, was links von der DKP stehe. Das seien alles Leute, die die Sekretäre als Kommunistenjäger bezeichneten und die Einheit spalteten.

Wenn über die heutige Versammlung berichtet würde, so kenne er die Informanten. Außerdem habe sich das Flugblatt der Vertrauensleute der Hauptverwaltung gegen die „betriebsnahe Tarifpolitik“ ausgesprochen. Der IG Chemie-Vorstand habe aber ausdrücklich diese Tarifpolitik zum Ziel erklärt. Damit sei gegen die Richtlinien verstoßen worden.

Vertrauensleute der Hauptverwaltung:

Auf ihren Sitzungen würden Beschlüsse nur mit Mehrheit gefaßt, bei Anwesenheit von mindestens 50 % der Vertrauensleute. Es seien somit keine Sektierer-Beschlüsse gefallen, sondern die herrschende Meinung des gesamten Vertrauensleutekörpers. Z.B. sei der Flugblattentwurf ohne Gegenstimme beschlossen und verabschiedet worden.

Der Hinweis auf angebliche Informaten des CHEMIEARBEITERS, die „man kenne“, diene bei den hier anwesenden Kollegen einzig der Einschüchterung.

Wilhelmsburger Mitglieder:

Sie verstünden die Ausführungen Engelmohrs und Kodolitsch' nicht. Es seien hier Kollegen anwesend, die sich für Arbeitnehmer einsetzten, und nicht – wie behauptet – ihre eigene politische Suppe kochen wollten.

Engelmohrs Schlußwort:

Allein die genannten Tatsachen würden ausreichen, um den Vertrauensleuten der Hauptverwaltung gewerkschaftsschädigendes Verhalten nachzuweisen. Er könne daher den Vertrauensleutekörper ohne weiteres auflösen.

Die Verwaltungsstelle der IG Chemie reiche ein letztes Mal die Hand zur Zusammenarbeit. Falls sich der Kurs nicht ändere, seien Konsequenzen unausweichlich. Einzelnen empfehle er, von sich aus vorher die Gewerkschaft zu verlassen.“ ■

3 Jahre kommunistische Betriebsarbeit bei der 'Reichhold Albert Chemie AG'

1.Teil: Aufbau des VLK und der Streik '71

Die Firma Reichhold Albert Chemie AG ist ein mittelgroßer Hamburger Chemiebetrieb, der 1933 unter dem Namen „Beckacite Kunstharzfabrik" gegründet wurde. 1971 hatte Reichhold insgesamt rund 780 Beschäftigte, davon rund 430 Angestellte und 350 Arbeiter. Reichhold gehört zu den größten Kunstharzherstellern Europas. Produziert werden Phenolharze, Epoxid-, Alkyd-, Kolophonium-, Lackharze usw. Hauptabnehmer ist die Druck- und Farbenindustrie, aber auch die Autoindustrie. So ist der Hauptabnehmer der Epoxidharzproduktion z.B. das Volkswagenwerk.

1967 erfolgte die Eingliederung in den Hoechst-Konzern, die seit etwa zwei Jahren auch produktionstechnisch und organisatorisch vorangetrieben wird. Diese Eingliederung ist für die Belegschaft mit erheblichen Rationalisierungen, Steigerung der Arbeitshetze und größerem Druck von oben verbunden. Bestimmte Abteilungen wurden aufgelöst, so wurde z.B. der Verkauf nach Frankfurt verlegt, neuerdings steht die Auflösung einiger Forschungslabors auf der Tagesordnung. Auch in der Produktion wurde rationalisiert, die Belegschaften der Schichten verkleinert, bei steigender Arbeitsleistung. Ein wichtiger politischer Schritt zur Unterordnung der Reichhold-Belegschaft unter den Hoechst-Konzern war der Abschluß der „Hoechster Arbeitsordnung" Mitte des Jahres. Diese ist wesentlich schärfer gefaßt als die bisherige Reichhold-Arbeitsordnung (wir gehen auf diese Arbeitsordnung in einem späteren Teil des Artikels ein).

Nachdem die Verwaltungsstelle der IG Chemie Hamburg im April dieses Jahres den gewerkschaftlichen Vertrauensleutekörper (VLK) mit der „Begründung" aufgelöst hat, er sei „von Roten unterwandert" (siehe dazu frühere Artikel im ARBEITERKAMPF), machen jetzt die Konzern-Herren den zweiten Schritt zur Knebelung der Arbeiterbewegung bei Reichhold durch die Einführung „betrieblicher Vertrauensleute" (vgl. AK 33:„Von den Nazis abgeguckt")

Der gegenwärtig amtierende Betriebsrat unter dem Vorsitzenden Volkmann – ein rechter Sozialdemokrat – ist nicht gewillt, den Plänen der Geschäftsleitung entgegen zu treten. Im Gegenteil. BR-Vorsitzender Volkmann, der sich in den letzten Monaten durch antikommunistische Hetze besonders hervorgetan hat und der – als politischer Kopf der Anfang des Jahres gegründeten SPD-Betriebsgruppe – wohl auch bei der Auflösung des VLK seine Hände mit im Spiel gehabt hat, machte sich sofort daran, eigene „positive" Vorschläge zur konkreten Durchführung einer Wahl des „betrieblichen VLK" zu erarbeiten! Für die Geschäftsleitung ist der Zeitpunkt, an dem die Hoechster Arbeitsordnung endgültig durchgesetzt wird, eine Frage der Taktik und der Einschätzung der Stimmung der Arbeiter. Es ist in letzter Zeit erneut eine wachsende Unzufriedenheit hauptsächlich der Arbeiter der Reichhold mit ihrer wirtschaftlichen Situation deutlich geworden. Verschiedene Forderungen sind laut geworden, die Arbeiter sammelten mehrere Male Unterschriften und schickten Beschwerden an den BR. Den stärksten Ausdruck fand diese Unzufriedenheit und Unruhe in der Versammlung der Kocher, die die Kollegen ohne Gewerkschaftsführung oder BR selbständig organisierten, und auf der sie ihre Forderungen an die Geschäftsleitung diskutierten und formulierten. Die Entwicklung, daß die Arbeiter bei Reichhold ihre Interessen in die eigenen Hände nehmen, praktisch eine Alternative zum aufgelösten VLK entwickeln und sich zunehmend von der Bevormundung durch die sozialdemokratischen Betriebsräte um Volkmann befreien, ist den Kapitalisten ein Dorn im Auge.

Es ist unserer Ansicht nach aus drei Gründen wichtig, daß wir hier im ARBEITERKAMPF die Geschichte der Arbeiterbewegung bei Reichhold seit
nehmend von der Bevormundung durch die sozialdemokratischen Betriebsräte um Volkmann befreien, ist den Kapitalisten ein Dorn im Auge.
Es ist unserer Ansicht nach aus drei Gründen wichtig, daß wir hier im ARBEITERKAMPF die Geschichte der Arbeiterbewegung bei Reichhold seit
70 so ausführlich darstellen:

1. Reichhold gehört zu den Betrieben, in denen der KOMMUNISTISCHE BUND (KB), bzw. das ehemalige „Sozialistische Arbeiter- und Lehrlingszentrum" (SALZ) bereits wenige Monate nach seiner Gründung eine kontinuierliche kommunistische Betriebsarbeit aufnahm. Im Herbst 73 werden es drei Jahre sein. Es sind wichtige Erfahrungen gemacht worden, die der kommunistischen Bewegung zur Verfügung gestellt werden müssen.
2. Am Beispiel Reichhold wird exemplarisch deutlich, wie die Kapitalisten im Zuge der Rationalisierung das Korsett, in dem die Arbeiter und Angestellten im Betrieb stecken, immer enger schnüren. In den letzten Jahren sind die politischen Rechte der Belegschaft Zug um Zug abgebaut und die Ausbeutung verschärft worden. Deutlich wird auch hier, in welche Richtung der Zug fährt, d.h. wohin die gesellschaftliche Entwicklung geht.
3. Weiterhin läßt sich die Rolle der Gewerkschaftsführung als Agentur der Kapitalistenklasse in der Arbeiterklasse an der Politik der Verwaltungsstelle der IG Chemie Hamburg beweisen: Von Anfang an war für die Verwaltungsstelle klar, daß sie es bei Reichhold ab Herbst 70 mit Kommunisten zu tun hatte und deshalb die Gefahr bestand, daß sich ein Teil der linken Reichhold-Kollegen von dem Einfluß der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer lösen könnten. Anfänglich unterstützten sie aus taktischen Gründen die Kommunisten bei dem Aufbau eines VLK sowie sie auch deren Politik gegen den alten BR Teschner, einen SPD(!)-Mann, der jedoch die Gewerkschaft aus dem Betrieb zu drängen versuchte, unterstützten. Sie setzten aber gleichzeitig alles daran, eine Politik im Interesse der Kollegen zu verhindern. Dies versuchten sie zuerst auf die „sanfte Tour": Versprechungen, Intrigen, radikale Sprüche und Beschwichtigung. Als das nicht mehr verfing, ging man unter Führung von Sekretär v. Kodolitsch auf Kollisionskurs: Lügen, Demagogie, Denunzierung von Kollegen als „KB-Mitglieder" an die Geschäftsleitung, Auflösung des VLK.

Dieser erste Teil des Artikels über die Arbeit des KB bei Reichhold seit 70 umfaßt folgende Themenkomplexe: Aufbau von VLK's in der Chemischen Industrie vor dem Hintergrund der Warnstreiks in den Chemiebetrieben 70, Wahl des VLK bei Reichhold, der Streik bei Reichhold und anderen Hamburger Chemiebetrieben 71 und die Politik des SALZ (jetzt im KB) in der Tarifrunde 71. Diesem ersten Teil sollen noch zwei oder drei weitere folgen, die sich mit folgenden Themen beschäftigen:

- ▷ Die Betriebsratswahl 72 bei Reichhold und der Sieg der IG Chemie-Liste,
- ▷ Die Entwicklung der „linken" IG Chemie Fraktion im BR zum Hort des Sozialdemokratismus, der Mauschelpolitik und des Antikommunismus,
- ▷ Die VLK-Politik und die Angriffe seitens Kapitalisten und Gewerkschaftsführung,
- ▷ Die Herausbildung der SPD-Betriebsgruppe und deren Politik seit Anfang 73.
- ▷ Die Hoechster Konzern-Politik mit Arbeitsordnung und „betrieblichen Vertrauensleuten".
- ▷ Das Eingreifen der Reichhold Betriebszelle des KB/Gruppe Hamburg.

Diese Artikel-Folge wird insofern auch den Charakter einer politischen Rechenschaftslegung der Betriebszelle haben. Der Grund dafür, daß wir vor fast drei Jahren gerade bei Reichhold mit organisierter Betriebsarbeit begannen, lag in dem Umstand, daß eine Reihe von Mitgliedern und Sympathisanten unserer Organisation z.T. schon viele Jahre in diesem Betrieb arbeiten.

Die Auswirkungen der Septemberstreiks in der Metallindustrie auf die Chemiebranche

1969 war das Jahr der Septemberstreiks in der Metallindustrie. Rund 150 000 Metallarbeiter traten spontan – also ohne vorher die Gewerkschaftsführung zu fragen – in den Streik, bevor die gesetzlich verordnete „Friedenspflicht" abgelaufen war. Der Grund dafür war die große Empörung unter den Arbeitern über die unverschämten Pro-


Stellvertretender Vorsitzender des BR RAC Günther Hollop

fite der Metallkapitalisten im Hochkonjunkturjahr 69. In den Septemberstreiks war der Gewerkschaftsführung erstmals wieder in größerem Ausmaß die Bewegung unter den Arbeitern aus den Händen geglitten.

Die Chemiearbeiterschaft war bislang weniger gut gewerkschaftlich organisiert und auch weniger kämpferisch: Bis 71 hatte seit über 50 Jahren kein Branchenstreik in der Chemie stattgefunden – während der äußerst hartnäckig geführte Metallerstreik von 63 in Baden-Württemberg „nur" 6 Jahre zurücklag.
der äußerst hartnäckig geführte Metallerstreik von 63 in Baden-Württemberg „nur" 6 Jahre zurücklag.

Die ersten Ansätze einer größeren Bewegung in der Chemiearbeiterschaft zeigten sich ein Jahr nach den Septemberstreiks: 1970 fanden während der Tarifrunde mehrere Warnstreiks statt. In Hamburg bei Beiersdorf und der Norddeutschen Affinerie. Trotz der Kampfbereitschaft schloß die Gewerkschaftsführung mit einem völlig unzureichenden Ergebnis ab.

Die Empörung der Arbeiter über diesen Verrat legte die Grundlage für die Kampfbereitschaft der Chemiearbeiterschaft, die 71 im Streik zum Ausdruck kam.

Auch bei Reichhold bestand bereits 1970 eine starke Streikbereitschaft – vor allem unter den Schichtarbeitern. Allerdings schaffte es die Geschäftsleitung, die die Situation offensichtlich so einschätzte, daß es zum Streik kommen würde, den Kollegen mit einem Bestechungsgeld ihren Kampfgeist abzukaufen: Sie ließ alle Kollegen ins Personalbüro kommen und gab dort jedem aus einem Pappkarton 200 DM bar auf die Hand! (Die äußeren Umstände dieser Zahlung lassen darauf schließen, daß es sich um eine ziemlich kurzfristig beschlossene Aktion der Geschäftsleitung handelte.)

Angesichts dieser mit der Entwicklung in der Metallindustrie durchaus vergleichbaren, gestiegenen Unruhe unter der Chemiearbeiterschaft leitete die Führung der IG Chemie nach dem Muster der IG Metall in vielen Chemiebetrieben die Schaffung bzw. Reaktivierung von Vertrauensleutekörpern (VLK) ein.

Einerseits kam sie damit dem starken Bedürfnis der Arbeiter nach größerer Demokratie und Mitspracherecht entgegen und schaffte damit den Arbeitern ein Organ, das für die Organisierung betrieblicher Kämpfe und überbetrieblicher Auseinandersetzungen mit den Kapitalisten und für die breite gewerkschaftliche und politische Diskussion unter den Kollegen ungeheuer wichtig ist.

Andererseits aber sollten die VLK den hauptamtlichen Gewerkschaftsfunktionären einen besseren „Kontakt zur Basis" ermöglichen. In den spontanen Streiks der Metallindustrie hatte sich nämlich gezeigt, daß die Gewerkschaftsführung die Bewegung unter den Arbeitern offensichtlich falsch eingeschätzt hatte, und ihre Versuche, den Arbeitern das Kämpfen auszureden, nichts fruchteten.

Der „bessere Kontakt" zur Basis sollte die Gewerkschaftsführung mit Informationen versorgen über die jeweilig aktuelle „Stimmung" unter der Mitgliedschaft, über ihre Kritik an der Führung usw. Diese „Informationen" braucht die Gewerkschaftsführung, um die jeweils für die aktuelle Situation beste Taktik herauszuarbeiten, mit der dann der Mitgliedschaft die Politik der Gewerkschaftsführung verkauft wird.

Aber auch zur politisch-ideologischen Einflußnahme der Sekretäre, die ja in der Regel auch SPD-Funktionäre sind, auf die Mitgliedschaft sollten die VLK dienen.

Wahl des VLK bei Reichhold

Vor diesem Hintergrund ist es verständlich, warum die Verwaltungsstelle der IG Chemie Hamburg noch im Jahr 70 bei Reichhold die Neubildung eines VLK forcierte. In den 60er Jahren hatte es bereits einen VLK bei Reichhold gegeben, der allerdings wieder eingeschlafen war. Die Gewerkschaftsführung beauftragte damit bewußt Kollegen, von denen sie positiv wußte, daß sie Kommunisten waren und mit dem damaligen SALZ (das später mit anderen Organisationen den heutigen KB gründete) zusammenarbeiteten.

Eine Äußerung des ehemaligen IG Chemie-Sekretärs für Reichhold, Harry Herrling, die er damals gegenüber Vertrauensleuten des Betriebs
IG Chemie-Sekretärs für Reichhold, Harry Herrling, die er damals gegenüber Vertrauensleuten des Betriebs
Colgate machte, erhellt schlagartig die Strategie der Gewerkschaftsführung: „Kommunisten sind gut für den Aufbau, später übernehmen wir den Laden dann." (etwa wörtlich) (Diese Strategie hat letztendlich nicht „funktioniert". – Obwohl die IG Chemie-Verwaltungsstelle den geschicktesten Sekretär, was das Herauskehren von „linken" Positionen angeht (nämlich von Kodolitsch) später „an die Front" geschickt hat, war sie nicht in der Lage „den Laden zu übernehmen" – d.h. ihn in die Hände von Sozialdemokraten zu legen, sondern war gezwungen, den VLK aufzulösen. Dazu später noch ausführlicher.)

Daß die Schaffung des VLK sogar für die Kapitalisten bei Reichhold in gewissem Ausmaß wünschenswert war, zeigt folgende Tatsache: Der Personalchef von Reichhold, Schwartz, der damals noch Mitglied der IG Chemie war (!), ließ die Wahl zum VLK im Frühjahr 71 auf dem Betriebsgelände durchführen, wozu er an sich nicht verpflichtet ist. In der Regel finden VLK-Wahlen im Gewerkschaftshaus statt.

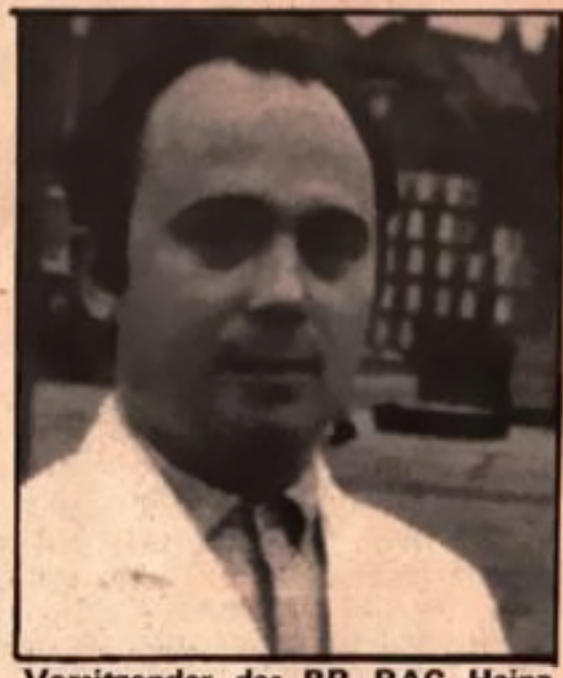
Im November 70 fand die erste Vorbesprechung mit der Verwaltungsstelle statt. Sie hatte sieben Kollegen eingeladen. Sie gehörten zu den gewerkschaftlich aktivsten und beliebtesten Kollegen. Darunter die Kollegen Volkmann (Angestellter, später BR-Vorsitzender), Grassi (Kocher), Gentzsch (Angestellter), Möller (Arbeiter im Tagesbetrieb, später BR), Bock (Angestellter, Laborant, später BR).

Auf diesen ersten Diskussionen wurde beschlossen, die Wahl zum VLK noch vor der Tarifrunde durchzuführen, um mit diesem VLK um so besser gerüstet in die Auseinandersetzung mit den Unternehmern zu gehen. Das lag durchaus in dem Interesse der Gewerkschaftsführung an mehr Kontrolle und Einflußmöglichkeit auf die Mitglieder während der Tarifrunde, und so wurden die Wahlen im April 71 durchgeführt.

Die meisten Stimmen bekam Heinz Volkmann, er wurde dann auch zum Vorsitzenden gewählt. Stellvertretender Vorsitzender wurde Udo Gentzsch.

Bereits auf der ersten Sitzung wurde die Auseinandersetzung mit dem amtierenden rechts-sozialdemokratischen Betriebsrat (BR) eröffnet.

Dieser bestand ausschließlich aus IG Chemie-Mitgliedern, machte aber – geführt vom rechten Sozialdemokraten Teschner („Der Dicke") – seit Jahren eine arbeiterfeindliche Mauschelpolitik mit der Geschäftsleitung. Die Vertrauensleu-


Vorsitzender des BR RAC Heinz Volkmann

te beschlossen nach einer gründlichen Diskussion und einer scharfen Kritik an der BR-Politik, daß es zu ihren gewerkschaftlichen Pflichten gehört, auf die Politik des BR im Interesse der Kollegen Einfluß zu nehmen und sie zu überprüfen.

Von vornherein war den linken Vertrauensleuten klar, daß sie auf eine Ablösung des alten BR bei den Wahlen im Frühjahr 72 hinarbeiten mußten.

Chemietarifrunde 71 : Vollstreiks in Hamburg

Chemietarifrunde 71 : Vollstreiks in Hamburg

Kapitalisten und Gewerkschaftsführung hatten für die Tarifrunde 71 Kämpfe der Arbeiter eingeplant. Die Kollegen sollten die Möglichkeit haben, „Dampf abzulassen" und ihrer Empörung über den miesen Abschluß im Vorjahr und über ihre sich verschlechternde materielle Lage Luft zu machen.

Ein Abschluß auf den Lohnleitlinien sollte bei den Arbeitern dann das Gefühl erwecken, daß „das ja doch keinen Zweck hat", „wir sind zu schwach" usw. und für lang andauernde Resignation sorgen.

Die Gewerkschaftsführung versuchte durch kämpferisches Auftreten und radikale Reden, ihr im Vorjahr angeschlagenes Image wieder aufzupolieren und das Vertrauen der Arbeiter wiederzugewinnen. Diese Strategie wurde im ganzen Bundesgebiet verfolgt.

Bei Reichhold startete die Geschäftsleitung absichtlich Provokationen, mit dem Zweck, die Arbeiter herauszulocken: Sie strich den Handwerkern während der Tarifrunde einfach 50 Pfennig von ihrer Schmutzzulage. Statt wie bisher 1,50 DM bekamen sie von einem Tag auf den anderen nur noch 1 DM!

Das Frechste allerdings war, daß sie den gewählten Vertrauensmann Gerd Grassi mitten in den Streikvorbereitungen fristlos feuerte. Die „Begründung": er habe einem Kollegen Gewalt angedroht. Die Tatsachen: Während einer Diskussion über den Streik im Betrieb hatte ein Provokateur zu Grassi gesagt, am liebsten würde er Streikposten, die ihn an der Arbeit hindern würden, mit einer Knarre umlegen! Darauf hatte Grassi geantwortet, dann würde er ihm eins mit der Schaufel über den Schädel ziehen! „Grund" genug, den aktiven Vertrauensmann zu feuern, während man den Provokateur natürlich ungeschoren ließ.

Diese Angriffe taten ein Übriges, um die Streik-Stimmung unter den Kollegen anzuheizen.

Der junge VLK ging mit Feuer-



Forts. Reichhold Albert

eifer an die Streikvorbereitungen. Neue Mitglieder für die Gewerkschaft wurden geworben, die Lohn-Forderungen und die Notwendigkeit, diese mit Streik durchzusetzen, wurden mit den Kollegen diskutiert, Gewerkschaftsflugblätter verteilt usw. Die Kommunisten gehörten selbstverständlich zu den aktivsten Vertrauensleuten und eroberten sich schnell das Vertrauen der Kollegen.

Allerdings waren sowohl die Arbeit der einzelnen Genossen, als auch die damals erscheinenden ersten Nummern der SALZ-Branchenzeitung CHEMIEARBEITER notwendigerweise gekennzeichnet von Spontaneismus und Ökonomismus. Wir gehen auf diesen Punkt weiter unten ein.

In der letzten Juniwoche 71 begann der Hamburger Chemiearbeiterstreik mit einem Warnstreik der Adretta-Kollegen. Dann folgten Beiersdorf und Colgate mit Warnstreiks, in den folgenden Tagen traten die Belegschaften von Beiersdorf, Colgate, Norddeutsche Affinerie, Elida, Reichhold, Columbia-Carbon, Kupferhütte Ertel Bieber, Leonar und anderen Betrieben in Streik. Bei Reichhold waren es die Kocher aus dem Schichtbetrieb, die – übrigens ohne ihren Sekretär Herrling erst zu fragen – mit dem Streik begannen und von da an die wesentlichen Träger des Streiks waren.

Die Kommunisten schätzten richtig ein, daß die Gewerkschaftsführung versuchen würde, einen Vollstreik in den Hamburger Betrieben zu verhindern. Stattdessen sollten eine Reihe von Warnstreiks, kurzen Abteilungsstreiks, usw. (sog. „Nadelstichtaktik", Punktstreiks) den Kollegen Gelegenheit geben, Luft abzulassen. Diese Kurzstreiks sollten mit den Geschäftsleitungen abgesprochen werden (wie dies auch beim Druckerstreik 73 der Fall war!), um den Produktionsablauf nicht oder nur unerheblich zu beeinträchtigen.

Auch wurde richtig eingeschätzt, daß die wenigen Kampferfahrungen und der z.T. niedrige Organisationsgrad der Hamburger Chemiearbeiter einer spontanen Ausweitung solcher Warnstreiks entgegenstehen würden. Vielmehr würden diese in sich zusammenbrechen und eine negative Streikerfahrung insbesondere bei den aktivsten Kollegen hinterlassen. (Diese Einschätzung wurde später durch den Verlauf der Warnstreiks bei Beiersdorf bestätigt, wo von Mal zu Mal die Streikbeteiligung zurückging, und das allgemeine Interesse der Kollegen an ihrem Lohnkampf nachließ und einer breiten Resignation noch während der Tarifrunde Platz machte. Die Gewerkschaftslinke bei Beiersdorf stand 71 noch unter dem Einfluß von linken Sozialdemokraten und DKP-Mitgliedern, während das SALZ dort keinen Einfluß hatte – im Gegensatz zu Reichhold, Colgate und der Norddeutschen Affinerie.)

Ein wichtiges Verdienst unserer Genossen und später auch unserer Branchenzeitung CHEMIEARBEITER zu dieser Zeit war es, die „Nadelstichtaktik" der Gewerkschaftsführung als untauglich zu entlarven und die Notwendigkeit von Vollstreiks zu propagieren ... eine Position, auf die die Gewerkschaftslinke in wichtigen Hamburger Chemiebetrieben zu dieser Zeit vereinheitlicht werden konnte. Diese Vereinheitlichung einbezog auch die Tatsache, daß ein Vollstreik – gewissermaßen fix und fertig – der Gewerkschaftsführung vor die Nase gesetzt werden mußte, um ihr dann Gelegenheit zu geben, ihn „abzusegnen". Die Illusion, daß solche Vollstreiks gegebenenfalls von der Gewerkschaftsführung organisiert werden würden, wurde in vielen Diskussionen mit den Kollegen energisch bekämpft. Die Durchführung von Vollstreiks erforderte von den linken Vertrauensleuten auch erhebliches organisatorisches Geschick, da sie das Überraschungsmoment auf ihrer Seite haben mußten.

Bei Reichhold wurde so vorgegangen, daß der „harte Kern" im Betrieb – ein Teil der Kocher und die Vertrauensleute – sich unmerklich in ständiger Alarmbereitschaft hielten, jederzeit gefaßt, daß das Zeichen zum plötzlichen Losschlagen (nicht von der Gewerkschaftsführung!) kommen würde.

Ein Teil der Vertrauensleute blieb Tag und Nacht in (z.T. telefonischer) Verbindung untereinander, um den günstigsten Moment für den Streikbeginn abzuwarten. Dieser kam in der Nacht (vier Uhr früh) vom Montag auf Dienstag wenige Stunden vor Schichtwechsel. Die Kocher der Nachtschicht stoppten die Produktion und organisierten mit den schnell zusammengetrommelten Vertrauensleuten die ersten Streikposten, die dann die zur Frühschicht kommenden Kollegen miteinzubeziehen versuchten.

Erst nachdem die Streikposten fest standen, wurde der Gewerkschaftssekretär benachrichtigt, der zu dieser Zeit noch seelenruhig schlief!

Von den insgesamt rund 350 Arbeitern bei Reichhold (Kocher, Handwerker, Filtreure, Harzkolonne usw.), von denen etwa 200 gewerkschaftlich organisiert sind, waren nur etwa 150 aktiv am Streik beteiligt. Da sich aber die Kocher geschlossen am Streik beteiligten, war es für die Geschäftsleitung unmöglich, die Produktion aufrechtzuerhalten, obwohl sich verschiedene Angestellte und Hallenassistenten vergebens mit den Kesseln abmühten und sogar über Nacht im Betrieb blieben! (Aus der Tatsache, daß nur 150 Kocher die gesamte Produktion lahmlegen konnten, hat die Geschäftsleitung die Konsequenz gezogen und gleich im Anschluß an den Streik angeordnet, daß die Hallenassistenten sich direkt in der Produktion qualifizieren und es lernen, selbständig die Kochungen zu fahren. Würde heute ein Streik bei Reichhold durchgeführt, müßten entweder die Anlagen von den Arbeitern besetzt werden oder durch lückenlose Streikpostenketten dafür gesorgt werden, daß keine Maus in den Betrieb hineinkommt, was aber angesichts zu erwartender Polizei-Einsätze gegen die Streikposten kaum möglich wäre. Die Bedingungen für einen erfolgreichen Kampf sind also von den Kapitalisten inzwischen wesentlicher erschwert worden.)

Von den Angestellten beteiligten sich nur eine Handvoll, die Lehrlinge zeigten große Sympathie für den Streik, streikten selbst aber nicht mit.

Die Streikorganisation klappte nach anfänglichen Erfolgen (vor allem zu Beginn des Streiks) nicht besonders gut. Die Mehrzahl der Kollegen und auch der Vertrauensleute, die den Streik organisierten, hatte noch keine Streikerfahrung. Das zeigte sich zum Beispiel darin, daß nur zu kurzen Zeiten überhaupt Streikposten vorm Werk standen. Es hatten sich nur wenige Kollegen für diese Aufgabe gemeldet. Die Streikleitung verstand es nicht, möglichst viele Kollegen in diese Aufgaben mit einzubeziehen. Auch waren kaum Schilder oder Transparente hergestellt worden, die die nicht streikenden Angestellten und die Passanten hätten informieren können.

Viele Kollegen nutzten die freien Tage, um ein bißchen Urlaub zu machen, statt sich aktiv an den Diskussionen vorm Betrieb und im Streiklokal zu beteiligen und sich um die Ausweitung des Streiks auf den Angestelltenbereich zu kümmern.

Diese Mängel sind nicht in erster Linie auf Fehler in der Organisation – also in technischen Fragen – zu suchen. Sie sind in erster Linie Ausdruck des relativ niedrigen politischen Niveaus, auf dem der Streik bei Reichhold und insgesamt die Streiks in der Chemie in der Tarifrunde 71 stattfanden. Kein Wunder bei derartig geringer Streikerfahrung, insgesamt niedrigem Niveau der Klassenkämpfe in der BRD und der Schwäche der kommunistischen Bewegung.

Der alte Betriebsrat (BR) um Teschner wagte es zwar nicht, offen gegen den Streik vorzugehen, boykottierte ihn aber durch Nichterscheinen. Vor allem für die Schichtarbeiter wurde damit erneut die Notwendigkeit eines BR, der in ihrem Interesse handelt, deutlich.

Der „7,8%-Verrat" der Gewerkschaftsführung wurde mit großer Empörung aufgenommen. Bei Reichhold gab es viele – zum Teil gerade die aktivsten – Kollegen, die am liebsten ihr Gewerkschaftsbuch hingeschmissen hätten.

In mehreren Hamburger Chemiebetrieben wurden Unterschriften für einen Mißtrauensantrag gegen den Hauptvorstand der IG Chemie gesammelt. Bei Reichhold unterschrieben vor allem die Kocher.

Die Hamburger Gewerkschaftsführung sah sich aufgrund der starken Kritik der Mitglieder an ihrer kapitalistischen Tarifpolitik gezwungen, etwas zu unternehmen, um nicht einen weiteren Vertrauensschwund zu riskieren. Die Hamburger Tarifkommission lehnte das Verhandlungsergebnis ab und trat zurück. Ein Hamburger Gewerkschaftssekretär sagte sogar vor Chemiearbeitern: „Ich schäme mich für unseren Hauptvorstand." (!)

Dieses Verhalten kennzeichnet das Dilemma, in dem sich lokale Gewerkschafts-Sekretäre immer befinden, wenn sie einer kritischer werdenden Mitgliedschaft die Politik des Hauptvorstandes erklären bzw. schmackhaft machen müssen.

Der Rücktritt der Hamburger Tarifkommission hat natürlich nichts am 7,8%-Ergebnis geändert. Taktisch hat er allerdings eine Verschiebung der Empörung vieler Kollegen von der nahen Verwaltungsstelle auf den fernen Hauptvorstand gebracht. Diese Vorstellung von den „ehrlichen Verwaltungsstellensekretären" und dem „gekauften Hauptvorstand", deren Grundlage die Unkenntnis der grundsätzlichen Funktion der Gewerkschaftsführung im Kapitalismus ist, war auch im Chemiebereich des damaligen SALZ zu finden und fand auch ihren Ausdruck in den Ausgaben des CHEMIEARBEITER im Sommer 71.



Von den Kollegen selbstgemachtes Streikplakat

„Linke" und rechte Fehler des SALZ in der Chemie-Tarifrunde 1971

Die Politik des SALZ hatte in dieser Tarifrunde in Hamburg nicht nur außergewöhnlich großen Einfluß bei den streikenden Kollegen, sondern war auch gekennzeichnet von einer Reihe „linker" und rechter – aus unserer heutigen Sicht z. T. sehr schwerwiegender – Fehler. Insgesamt überwog eine Politik des Spontaneismus und Ökonomismus, wie sie auch heute noch bestimmte linke Organisationen kennzeichnet (vor allem KBW).

Zur Kennzeichnung unserer „linken" Fehler (Spontaneismus, Kraftmeierei), ein paar Zitate aus den damaligen Ausgaben unserer Branchenzeitung DER CHEMIEARBEITER (CA):

Immer mehr Kollegen „haben ihre Illusionen und Vorurteile über Bord geworfen" – Die gemeinsamen Erfahrungen am Arbeitsplatz haben „ ... die ewigen Reformversprechungen und Zukunftsillusionen (der SPD und Gewerkschaftsführung) zerstört". Und noch dicker: „Es gilt in diesem Lohnkampf von der Abwehr zum Angriff überzugehen" (oho!!) – „Die Arbeiterbewegung ist im Begriff wieder aufzustehen!" (aus CA 5) – Dann noch wilder: Die Arbeiter „schlagen los", lehren die Kapitalisten das Fürchten: „Die Kapitalisten sind schon jetzt durcheinandergewürfelt und kopflos". „ ... mit all ihren verzweifelten (!) und lächerlichen (!) Aktionen helfen sie nur, die Streikfront zu verbreitern ..." (aus CA 6) – „Die Kapitalisten sind vollkommen aus dem Häuschen". „Im Arbeitskampf sind wir – die Arbeiter und Angestellten – stärker als die Kapitalisten". „ ... Diese Maßnahmen der Kapitalisten sind jedoch nur Ausdruck ihrer Hilflosigkeit (!) und Verzweiflung (!)". (aus CA 7) – „Die NA-Geschäftsleitung ist durch die unerschütterliche Streikfront in die Enge getrieben (!) worden und versucht sich mit unverschämten Angriffen zu wehren (!)". (aus CA 8)

In der Tat, man meint hier die Publikationen der Heidelberger NRF-Assoziation (KBW) zu lesen. Das war also die eine Seite unserer damaligen Politik, nämlich die „linke". Durch sie wird wesentlich die totale Fehleinschätzung des Kräfteverhältnisses zwischen den Klassen und der Kampfbedingungen der Arbeiter deutlich. Unsere damalige, noch junge kommunistische Organisation war noch nicht in der Lage, auf Grundlage wissenschaftlicher Untersuchungen eine in etwa richtige Einschätzung des Kräfteverhältnisses und der Kampfbedingungen vorzunehmen.

Eine andere Ursache für unsere damaligen „linken" Fehler lag in einer erheblichen Überschätzung unserer eigenen Kräfte, unseres Einflusses in den Betrieben. Hierzu sind wir durch die außerordentliche Stellung unserer Zeitung (CA) während des Streiks (die wohl in der BRD einmalig gewesen sein dürfte) gewissermaßen „verführt" worden: Ganze Vertrauensmänner-Körper wichtiger Betriebe verteilten öffentlich (sogar in Anwesenheit hoher Gewerkschaftsfunktionäre!) den CA vorm und im Betrieb an die Kollegen; uns völlig fremde Vertrauensleute holten den CA packenweise im „Arbeiterbuch" (einer linken Buchhandlung) und anderswo ab, um ihn in ihren Betrieben zu verteilen; überall gaben Streikposten, Vertrauensleute etc. unseren CA-„Reportern" bereitwillig Interviews, Erklärungen zu den nächst geplanten Aktionen usw. – Von dieser „hervorragenden" Stimmung und der im Streik plötzlich sichtbar gewordenen (und zunächst natürlich unterschätzten!) Kraft der Arbeiter ließen auch wir uns „anstecken" und einfach mitreißen.

Natürlich ist es immer so, daß die Kollegen während eines Streiks sich zunächst einmal unheimlich stark fühlen, die Gefahren (einer Niederlage) noch nicht sehen usw. Viele Genossen von uns sind auf dieser Stimmung einfach „mitgeschwommen", was auch in unserer schriftlichen Agitation deutlich zum Ausdruck kam, statt den Kampf um mehr Klarheit (z. B. über die Taktik der Kapitalisten, der Gewerkschaftsführung, verschiedener Betriebsräte, dem Kräfteverhältnis, dem in der Lohnrunde zu erwartenden Ergebnis und den Gründen dafür usw.) zu führen.

Es schien uns damals unsere Hauptaufgabe zu sein, den Streik irgendwie zustande zu bringen, und, nachdem die Streikfront in Hamburg einigermaßen stand, diese so lange wie möglich zu halten. Auf der Grundlage unseres damaligen Niveaus brachte diese Aufgaben-Bestimmung mit sich, daß wir uns – besonders im CHEMIEARBEITER darauf konzentrierten, „Erfolgsmeldungen" um jeden Preis zu verbreiten, die allgemeine Streik„stimmung" weiter „anzuheizen", die Kapitalisten „lächerlich" zu machen, dieselben „angstschlotternd" und „kopflos" darzustellen – und (das ist nur die rechte Kehrseite dieser Fehler) die Gegensätze zur Gewerkschaftsführung zu vertuschen.

Damit sind wir bei der anderen Seite unserer Politik zu dieser Zeit, nämlich den rechten Fehlern (Opportunismus, Versöhnlertum). Auch hier ein paar Zitate aus den damaligen Ausgaben des CA:

Bereits im CA 2 wird der Gewerkschaftsführung kumpelhaft auf die Schulter geklopft: „Die Forderungen, mit denen die Gewerkschaft für uns (!) in die Verhandlung geht, sind klar ... Für die Durchsetzung dieser Forderungen gehört der Gewerkschaft die volle Unterstützung." – Das hätte in der Tat auch die DKP nicht besser „formulieren" können. Und weiter: „ ... wo unsere Mängel und Schwächen liegen: ... 1. zu wenig Kollegen waren gewerkschaftlich organisiert. 2. Unentschlossene (? ? !) Kollegen hemmten die vertrauensvolle Zusammenarbeit (ein ganz dikker Hund !!) und Aktivität zwischen Belegschaft und Gewerkschaft ..." Kollegen-Schelte, statt Kritik an der Politik der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführung ... wie bei den Rechtsopportunisten um das „Sozialistische Büro" (SB, Offenbach).

Und weiter im CA 3: „ ... die Gewerkschaft ist wie ein Haus. Wenn ein Haus lange nicht benutzt wird, wird es staubig und muffig ... Um den Staub zu wischen (? !), darf man nicht außen vor stehen, sondern muß hineingehen und mit Hand anlegen..."

Warum ist aber das „Haus" schmutzig? Vor allem doch wohl, weil der Hausverwalter (die Gewerkschaftsführung) den Dreck kübelweise hineinträgt! Statt dessen wird im CA die famose „Theorie" der Gruppe „Arbeiterpolitik" (Arpo) übernommen, wonach die eigentlichen Bewohner des Hauses (die Arbeiter) sich zu wenig um die Sauberkeit kümmern, und gerade deswegen (!) auch der Hausverwalter beim Sauberhalten „lasch" geworden ist. – Im CA 6 kommt es dann noch dikker: Die Gewerkschafts-Sekretäre Herrling und Holst „stellten fest, daß für Streikunterstützung und Krankenversicherung gesorgt sei. Unsere Gewerkschaftsbeiträge sind also (!!) wirklich für uns da.." Als weiterer Beweis wird extra noch das „große Eisbein" erwähnt, das die Gewerkschaftsführer den Kollegen auf deren Kosten spendieren liessen.

In die Rubrik der rechten Fehler gehört auch die Tatsache, daß wir uns – trotz vorheriger Klarheit – erst in CA 7 entschlossen, öffentlich die „Nadelstich-Taktik" der Gewerkschaftsführung zu kritisieren. Zu sehr wurde zuvor offenbar Widerspruch zur offiziellen Gewerkschaftspolitik gefürchtet. Aber auch diese Kritik (an der „Nadelstich-Taktik") blieb halbherzig und falsch. So wurde den Gewerkschaftsführern zugestanden, mit dieser Taktik „eigentlich" das beste bezwecken zu wollen: Diese Taktik sei „eigentlich sehr gut", bloß für Hamburg tauge sie noch (!) nicht (zu wenig Kampferfahrungen bei den Kollegen, um mit einer solch komplizierten Taktik zurande zu kommen). Auch dieser opportunistische Fehler wird nicht geringer durch die Tatsache, daß unsere Genossen im Betrieb und Streiklokal diese Taktik wesentlich richtiger und schärfer kritisierten und auch kritisieren sollten.

Ein besonders schlimmer Fehler war auch unsere rechte (!) Kritik an einem Flugblatt der DKP während der Tarifrunde. Die DKP hatte zwar wenig mit diesem Tarifkampf zu tun (ihr Einfluß in den Hamburger Chemiebetrieben ist nach wie vor kaum erwähnenswert: 1971 verfügte sie nur über einen einflußreichen Betriebsansatz bei Beiersdorf, heute kaum einmal mehr das). sie verteilte aber zu diestreikten Betrieben, das für die gerade von ihr initiierte „Rotpunkt-Aktion" (gegen Fahrpreis-Erhöhungen) die Trommel rührte.

Unter dem Titel: „Alle Kräfte auf das Hauptziel konzentrieren!", rieten wir den streikenden Kollegen, diese „Rotpunkt-Aktion" praktisch zu ignorieren, denn: „Wir können nicht alles gleichzeitig tun" – „Dieser Tarifkampf ist für uns derzeit das Wichtigste (!!!)" –. Die arbeiterfeindlichen Maßnahmen des Staatsapparates und seiner derzeitigen SPD-Regierung (Fahrpreis-Erhöhung) waren also nicht wichtig, ein Kampf dagegen würde den gerade laufenden Tarifkampf nur

Für »Ruhe im Betrieb« sorgen

Treffen der norddeutschen Tarifkommissionen

Am 27.9. fand ein Treffen der norddeutschen Tarifkommission (TK) der IG-Chemie statt. (Tarifkommission Hamburg, Schleswig-Holstein und Westberlin). Einziger Tagesordnungspunkt: „Die Situation in den Betrieben" (Einladungsschreiben an die TK-Mitglieder).

Dieses Treffen sollte die Gewerkschaftsführer über die Lage in den Betrieben informieren. Außerdem war es für den Auftritt des IG-Chemie-Vorsitzenden Karl Hauenschild am 4.10. in Hamburg günstig, ein solches „Stimmungsbarometer" zu haben, damit dieser seine Rede entsprechend dosieren konnte. Gleichzeitig sollten durch die TK-Mitglieder die Vertrauensleute in den Betrieben auf die aktuelle Politik der Gewerkschaftsführer vereinheitlicht werden.

Was lag den Gewerkschaftsführern am Herzen? Sie befürchteten Ansätze aufkeimender „Unruhe im Betrieb" und wollten deswegen den Einfluß der Gewerkschaft für die „Wahrung des Tariffriedens" (mit den Kapitalisten!) einsetzen.

Auch diese Sitzung zeigte wieder, daß die Wahl der TK-Mitglieder durch die gewerkschaftlichen Vertrauensleute im Betrieb – nicht zuletzt dank der z.T. massiven Wahlmanipulationen der Gewerkschaftsführer – keine nennenswerte Kräfteverschiebung zugunsten der Arbeiterinteressen gebracht hat:

Die Mehrheit der anwesenden TK-Mitglieder (hauptsächlich Betriebsrats-Vorsitzende u.ä.) brüstete sich

terinteressen gebracht hat:

Die Mehrheit der anwesenden TK-Mitglieder (hauptsächlich Betriebsrats-Vorsitzende u.ä.) brüstete sich

– ganz im Sinne der Gewerkschaftsführer – mit ihren „Fähigkeiten", Forderungen der Kollegen zu unterdrücken, zu manipulieren – zur Aufrechterhaltung von „Ruhe und Ordnung" im Betrieb (die „Ruhe" der Ausbeutung!).

Die wenigen linken Kollegen waren von Anfang an so eingeschüchtert worden, daß sie sich kaum zu mucksen wagten. Erst recht gelang es nicht, die Versuche einer arbeiterfeindlichen Ausrichtung der TK-Mitglieder (unter allen Bedingungen „Ruhe im Betrieb" wahren!) durch die Gewerkschaftsführung zu durchkreuzen.

Die Gewerkschaftsführer versprachen, „Schein"-Verhandlungen mit den Kapitalisten aufzunehmen. Diese Verhandlungen (in denen es erklärtermaßen um keine konkreten Forderungen an die Kapitalisten gehen sollte) sollen aber in den Betrieben von den Vertrauensleuten als Argument dafür benutzt werden, die Kollegen vom Aufstellen eigenständiger Forderungen (Teuerungszulagen usw.) abzuhalten.

Reichhold-Betriebsrat hetzt gegen Kocher

Aus den Berichten der TK-Mitglieder ging hervor, daß in den Betrieben im norddeutschen und Westberliner Raum die spontane Bewegung für Teuerungszuschläge u.ä. noch sehr schwach entwickelt ist. Die Kapitalisten erfüllten bei den ersten Anzeichen von „Unruhe" häufig schnell einen Teil der Forderungen der aktivsten Gruppen von Kollegen und verhinderten so bisher mit Erfolg die Solidarisierung größerer Teile der Belegschaft. Bei dieser „Befriedungstaktik" waren ihnen sozialdemokratische Betriebsfunktionäre gern behilflich. So jedenfalls die meisten Mitglieder der Tarifkommission, die über ihre „Verdienste" auf diesem Gebiet mit größter Selbstverständlichkeit berichteten.

Der einzige Hamburger Betrieb, der den sozialdemokratischen Funktionären offenbar größere „Sorge" macht, war Reichhold. Der Betriebsratsvorsitzende Volkmann berichtete von „erheblicher Unruhe" bei den Arbeitern.

Bei Reichhold setzten sich insbesondere die Kocher seit Monaten für eine lange versprochene Leistungszulage sowie eine einheitliche Eingruppierung in die neu geschaffene Lohngruppe fünf ein.

Dadurch, daß die Gewerkschaftsführung den gewerkschaftlichen Vertrauenskörper vor einigen Monaten wegen „linker Unterwanderung", die eine „sinnvolle Arbeit unmöglich" mache, auflöste, haben die Reichhold-Kollegen keinerlei Instrument mehr, ihre Interessen wirksam zu vertreten. In dieser Situation bildete sich eine „Gruppe gewerkschaftli-

hold-Kollegen keinerlei Instrument mehr, ihre Interessen wirksam zu vertreten. In dieser Situation bildete sich eine „Gruppe gewerkschaftli-

cher Kollegen", die sich bis zur Neuwahl eines Vertrauenskörpers bemüht, die Probleme der Kollegen in betriebsinternen Flugblättern anzusprechen. Diese Gruppe hat natürlich nicht den „Segen" der Gewerkschaftsführung und kann daher nicht ohne weiteres offen auftreten. Diese Tatsache nutzte Betriebsratsvorsitzender Volkmann, um sie als eine „anonyme Gruppe" zu diffamieren, von der er genau wisse, wer dahinter steckt, nämlich die „Chaoten" vom "Chemiearbeiter" (einer Branchenzeitung des KB). Ebenso hetzte Volkmann gegen einen „anonymen (?) Sprecherausschuß" der Kocher. Dieser „anonyme Sprecherausschuß" hätte den Betriebsrat zu einer Abteilungsversammlung der Kocher am selben Tag eingeladen. Volkmann jedoch lehnte es ab, dort zu erscheinen, weil er sich „von solchen Leuten" nicht unter Druck setzen lassen wolle.

Daß Volkmann seine antikommunistische Platte auflegte, war gewiß nichts neues. Es wurde allerdings diesmal besonders deutlich, wie eng seine Kommunistenhetze mit seiner Arbeiterfeindlichkeit verzahnt ist. Er bekämpft die Forderungen der Kocher mit dem Vorwand einer Beteiligung von Kommunisten.

Keine Solidarität mit den streikenden Kollegen von Schering Westberlin

Während der Sitzung der Tarifkommissionen streikten in Westberlin im Werk Schering-Charlottenburg etwa 400 Kollegen für eine einmalige Teuerungszulage von 370 DM sowie eine regelmäßige Erhöhung des Stundenlohns um 17 Pfg. und der Gehälter um 30 DM ab Oktober. Die Tarifkommissionsmitglieder von Schering gaben einen ausführlichen Lagebericht und betonten, daß sie mit dem Auftrag der Kollegen hier seien, die IG-Chemie aufzufordern, in Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband über eine Nachschlagszahlung einzutreten. Die Kollegen von Schering seien an einer gesamtgewerkschaftlichen Lösung selbstverständlich mehr interessiert als an Einzelaktionen jedes Betriebes.

Doch die Delegierten von Schering hatten keinerlei Echo in der Tarifkommission. Dieser Streik paßte nicht in den geplanten Ablauf der Sitzung und wurde daher kommentarlos übergangen, wie ein „peinlicher Betriebsunfall". Eine Solidaritätsadresse an die streikenden Kollegen lag bei dieser Tarifkommission nicht drin.

Der Bewegung die Spitze abbrechen

Der Bewegung die Spitze abbrechen

Edgar Engelmohr, Bezirksleiter der IG-Chemie, äußerte zu Beginn der Sitzung, es gelte, „sich an die Spitze der Bewegung zu stellen." Doch was er und die Mehrheit der TK-Mitglieder darunter verstanden, wurde immer deutlicher. Mit Begründungen wie: betriebliche Nachschlagszahlungen seien eine Belastung für kommende Tarifverhandlungen, der "Dampf" sei dann raus, wurde jegliche Aktivität gewerkschaftlicher Funktionäre zur Unterstützung solcher Forderungen als „schädlich" abgelehnt. Die TK-Mitglieder wurden aufgefordert, in dieser Richtung auch auf die Vertrauensleute einzuwirken. Es wurde mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß die IG-Chemie an die laufenden Tarifverträge und die damit verbundene „Friedenspflicht" gebunden sei. Die Kapitalisten halten sich natürlich nicht an diese „Friedenspflicht". Sie erhöhen die Preise, steigern die Arbeitshetze, senken die Löhne während der laufenden Tarifverträge. Wenn jedoch die Kollegen aufgrund dieser veränderten Bedingungen eine Lohnkorrektur verlangen, dann ist das „ungesetzlich", verstößt gegen die „Friedenspflicht".

Überlegungen, wie diese für die Arbeiter und Angestellten offensichtlich nachteilige „Friedenspflicht" eventuell zu unterlaufen sei, wurden in keiner Weise angestellt. Im Gegenteil, die Gewerkschaftsführer identifizieren sich vollständig mit dieser kapitalistischen „Friedenspflicht" und setzen ihre ganze Autorität als Führer der gewerkschaftlichen Organisation ein, um ihr Geltung zu verschaffen.

Wenn es die „Friedenspflicht" nicht gäbe – diese Gewerkschaftsführer würden sie erfinden ...

Ein Kollege versuchte, in die Richtung eines „Unterlaufens" solcher arbeiterfeindlichen Bestimmungen zu argumentieren, indem er vorschlug, daß die Vertrauensleute wenigstens die „Wunschvorstellungen" der Kollegen zusammenfassen sollten und an die IG-Chemie weiterleiten, um so Druck auf den Arbeitgeberverband auszuüben. Doch auch er wurde abgeblitzt mit der Bemerkung, daß es nicht die Aufgabe der TK-Mitglieder sei, solche „Wunschvorstellungen" aufzunehmen. Die TK-Mitglieder sowie die Vertrauensleute sollten vielmehr zur „Willensbildung" im Sinne der Gewerkschaftsführung beitragen.

Die Tarifkommission beschloß, mit dem Arbeitgeberverband Kontakt aufzunehmen, allerdings nicht, um irgendwelche Forderungen zu stellen (was ja nicht zulässig sei), sondern um den Kollegen sagen zu können, daß ja zentral verhandelt werde.

stellen (was ja nicht zulässig sei), sondern um den Kollegen sagen zu können, daß ja zentral verhandelt werde.

Im Brief der Bezirksleitung an den Hamburger Arbeitgeberverband heißt es denn auch, es gelte „gemeinsam (mit den Kapitalisten!) Wege zu finden, wie der Friede in den Betrieben gehalten werden kann."

Eine Kollegin, die dieses offensichtliche Hintergehen der Kollegen auf der Funktionärsversammlung (der Hamburger Vertrauensleute, Betriebsräte usw.) mit Karl Hauenschild am 4.10. – also etwa eine Woche nach der Versammlung der Tarifkommissionen – zur Sprache brachte, wurde vom IG-Chemie-Sekretär Schmoldt als „Lügnerin" bezeichnet. Den TK-Mitgliedern seien solche Verhaltensregeln nicht gegeben worden, es sei lediglich auf die „Schwierigkeiten" hingewiesen worden, die durch die Bindung der Gewerkschaft an die „Friedenspflicht" entstehen. Natürlich paßte es Schmoldt nicht, vor den anwesenden Vertrauensleuten als der „Sündenbock" dazustehen, denn diese Rolle des „Sündenbocks" und Bremsers war ja eigentlich den TK-Mitgliedern zugedacht. Die Gewerkschaftsführer selbst wollen sich die Hände in Unschuld waschen, d.h. gegenüber der Basis weiterhin manövrierfähig bleiben.

Keine Solidarität mit dem kämpfenden Volk in Chile

Ein Mitglied der Tarifkommission bat die TK-Mitglieder zum Schluß der Sitzung, den Terror der Militärjunta, der sich besonders gegen die Arbeiter und Bauern in Chile richtet, zu verurteilen. Bezirksleiter Engelmohr wimmelte auch diese Initiative ab. Die Tarifkommission sei kein politisches Gremium und habe keine politischen Erklärungen abzugeben. Es reiche, wenn der DGB das mache, dann sei das ja schon stellvertretend für 16 Millionen Gewerkschaftsmitglieder.

Von mehr Demokratie keine Spur

Insgesamt hat sich gezeigt, daß trotz der besseren Ausgangsbasis für die Wahl der Tarifkommission (Wahl durch Vertrauensleute) keine automatische Kräfteverschiebung zugunsten der Interessen der Arbeiter und Angestellten stattgefunden hat. Die Möglichkeit der Wahl der Tarifkommissionsmitglieder durch die Vertrauensleute wurde vor einiger Zeit vom linkssozialdemokratischen „Sozialistisches Büro" (Offenbach) über Gebühr bejubelt und als „großer Schritt" zur Verbesserung der „Basis-Interessen" angepriesen. Die Pra-

zialistisches Büro" (Offenbach) über Gebühr bejubelt und als „großer Schritt" zur Verbesserung der „Basis-Interessen" angepriesen. Die Pra-

xis zeigt, daß allein organisatorische Veränderungen keine wesentlichen Verbesserungen bringen, da der Gewerkschaftsführung immer noch trotz einiger formaldemokratischer Verbesserungen genug Möglichkeiten bleiben, sich um ihre echte Verwirklichung zu drücken (z.B. Manipulationen des Wahlschlüssels, vergleiche dazu Artikel in dieser Ausgabe: „Tarifkommissionen der IG-Chemie – Trugbild einer Arbeiter-Vertretung").

Vor allem ein umfassenderes Bewußtsein der Kollegen, vor allem die politische Klarsicht über Ziele und Absichten der Gewerkschaftsführung kann hier eine entscheidende Veränderung bewirken. (Die Überbetonung organisatorischer Probleme bei gleichzeitiger Unterschätzung politisch-ideologischer Fragen ist ein typisch reformistisch -sozialdemokratisches (SB) Kennzeichen.

Merke: Es ist nicht die Aufgabe der Gewerkschafter, für „Ruhe im Betrieb" zu sorgen, sondern sie müssen im Gegenteil für „Unruhe" sorgen und die „Ruhe der Ausbeuter" brechen. ■

Gewerkschaftskommission des Chemie-Bereiches, KB/Gruppe Hamburg

---

Forts. Reichhold Albert

„stören". Diese offen ökonomistische (auf „nur-Gewerkschaftlerei" orientierte) Denkweise stand jedenfalls damals hinter unserer Argumentation gegen die DKP. Es ist dies letztlich dieselbe Argumentation einschlägig bekannter Ökonomisten, die ihr „Hauptziel" ökonomischer Kampf durch Politik (z. B. der Kommunisten) nur „gestört" sehen.

Was waren nun die Ursachen für unsere rechten Fehler?

Entscheidend auch hier war natürlich unser noch geringes politisches Niveau. Die wichtigsten rechten Fehler, d. h. unser Opportunismus gegenüber der Gewerkschaftsführung hat aber auch spezifisch historische Ursachen: Noch bei Gründung des SALZ war unsere Einstellung zur Gewerkschafts-Frage scharf „links"sektiererisch (eine Haltung also, die seinerzeit praktisch noch Hauptströmung innerhalb der jungen kommunistischen und Lehrlings-Bewegung war). Zu dieser Zeit war eine gleichzeitige Mitgliedschaft im SALZ und innerhalb einer DGB-Gewerkschaft noch undenkbar! In Auseinandersetzung mit diesem historischen „Vermächtnis" und noch in der Bewegung existierenden, weit schärferen Sektierer-Positionen („KPD-ML") trat bei uns – wie so oft – der sogenannte „Pendelschlag" ein, d. h. ein Hinüberkippen der Positionen nach rechts.

Wir haben zwar seinerzeit richtig erkannt, daß es auch innerhalb des Apparates der DGB-Gewerkschaften politische Widersprüche gab. Wir glaubten seinerzeit aber zugleich daran, daß wir (!) diese Widersprüche im Sinne einer Verschärfung für die Interessen der Kollegen ausnutzen könnten – eine handfeste Illusion also und eine wenig bescheidene Selbstüberschätzung. In diesem Sinn versuchten wir, die Gewerkschafts-Sekretäre mal ein wenig zu loben, mal etwas zu tadeln, den einen mehr, den anderen weniger, alles in der illusorischen Hoffnung, diese Herren Reformisten gegeneinander ausspielen zu können, sie vorwärtszutreiben usw. Daß bei dieser „oberschlauen" Taktik die Klarheit über die grundsätzliche Funktion der Gewerkschaftsführung in einem imperialistischen Land wie der BRD auf der Strecke bleibt, war uns nicht klar. Aber genau in einer weitgehenden Klärung der Funktion der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführung hätte eine wesentliche Aufgabe kommunistischer Agitation und Propaganda in der Arbeiterklasse bestanden. Dieser Aufgabe sind wir im wesentlichen erst nach Abschluß der Tarifrunde nachgekommen (als der „Verrat" durch die Gewerkschaftsführung offenbar wurde und die „Stimmung" in den Betrieben in fast totale Resignation umkippte!).

Letztlich sind wir auf diesen opportunistischen Positionen während der Streikkämpfe auch deswegen gelandet, weil sich einige gewiefte Demagogen der IG-Chemie taktisch geschickt an unsere Genossen „rangemacht" haben, sie öffentlich gelobt haben als „gute Kämpfer" (wohl wissend, daß es sich dabei um Mitglieder des SALZ handelte!) usw. Dies verstärkte bei uns natürlich die Illusionen und trug zur Entwicklung der oben genannten opportunistischen Positionen bei. (Wir hatten keine Ahnung damals, daß die Gewerkschafts-Sekretäre gerade aus dem Bereich der linken, engagierten jungen Gewerkschafter ihren Nachwuchs zu rekrutieren sich bemühen...zuletzt erfolgreich gerade bei Texaco – vergl. Artikel zur Texaco-Tarifrunde in dieser Ausgabe).

Wenn man alle diese Fehler heute sieht, so ist eben dennoch prinzipiell klar, daß man „Schwimmen durch Schwimmen lernen" (Mao) muß, und dabei kann es auch mal passieren, daß man einmal sehr viel Wasser schluckt.

Es muß gesehen werden, unter welchen äußeren Bedingungen der CA damals von unseren Genossen hergestellt wurde: In der entscheidenden Zeit, erschien der CA fast täglich, z. T. alle zwei Tage. Die Genossen, die sich deswegen jeden Abend zusammensetzten, hatten teilweise mehrere Nächte hintereinander nicht geschlafen, standen Streikposten, organisierten dies und das, die meisten waren gewerkschaftliche Vertrauensleute mit einem Haufen Aufgaben gerade während des Streiks und bei seiner Vorbereitung. Diese Bedingungen förderten natürlich eine Haltung, die Artikel „frisch von der Leber weg" zu schreiben, sich ganz der allgemeinen Stimmung in den bestreikten Betrieben hinzugeben und sich weniger Zeit und Muße zu nehmen, wichtige politische Fragen in der notwendigen Tiefe und Ausführlichkeit zu diskutieren usw. – Aber anders als durch die Praxis – mit allen Windungen und Wendungen – kann sich eine im wesentlichen korrekte kommunistische Politik nicht entwickeln.

Betriebszelle Reichhold (Chemie-Bereich) KB-Gruppe Hamburg und AK-Redaktion ●

Hamburger Hafen:

SPD–Betriebsorganisation als 5. Kolonne des Hafenkapitals

Kennzeichnend für die besonders brutale Ausbeutung der westdeutschen Hafenarbeiter sind u.a. die Bestimmungen des Rahmentarifes für die Arbeiter der Seehafenbetriebe. Die Regelung der Lohnfortzahlung, der Urlaubsdauer, des Urlaubsgeldes, der wöchentlichen Arbeitszeit und vieles andere mehr zeigen eine deutliche Schlechterstellung im Vergleich zu den Tarifen z.B. der Metallindustrie. Die gegenwärtig noch vorherrschende Schwäche der Arbeiterbewegung auch in den Häfen ermöglichen es den Hafenkapitalisten darüberhinaus, selbst die bestehenden tariflichen Rechte seit Jahren zu brechen, ohne auf nennenswerten Widerstand seitens der Arbeiter zu stoßen. Ein treffendes Beispiel dafür ist im Hamburger Hafen die Nicht-Bezahlung der sogenannten Ausschau- oder „Meldezeit", d.h. der Zeit, die die Hafenarbeiter sich vor Beginn der Arbeit zur Einteilung an ihrem Arbeitsplatz zur Verfügung stellen müssen. Die Hafenkapitalisten betrügen hier die die Arbeiter z.T. bis zu über 2 800 DM im Jahr.

Die im Hafen arbeitenden Mitglieder des KB haben darauf seit über zwei Jahren in ihrer Zeitung DER HAFENARBEITER hingewiesen. In vielen Betriebsversammlungen und in der gewerkschaftlichen Funktionärsversammlung wurde von Kommunisten und fortschrittlichen Kollegen der Betrug der Hafenkapitalisten angeprangert und die Forderung nach voller Einhaltung unserer wenigen Rechte erhoben. Immer wieder stießen die Kollegen damit bei ihren sozialdemokratischen Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionären auf taube Ohren.

Seit einiger Zeit begnügen sich diese „Arbeitervertreter" nicht mehr damit, unsere Forderung nur vom Tisch zu wischen. Der Betriebsrat der Fa. Buss unter Vorsitz des SPD-Kollegen Backhaus z.B. stellte beim Arbeitsgericht Antrag auf Ausschluß des fortschrittlichen BR-Kollegen Retzlaff aus dem Betriebsrat mit der Begründung, er störe die „vertrauensvolle Zusammenarbeit". Der Kollege Retzlaff hatte auf einer Betriebsversammlung zur Frage der Bezahlung der Meldezeit erklärt, daß er nicht bereit sei, zugunsten der „Konkurrenzfähigkeit des Betriebes" auf die Einhaltung tariflicher Rechte zu verzichten. Der Kollege Retzlaff konnte seinen Prozeß gewinnen, aber die mit Backhaus stehenden Kräfte verstärken nur ihre Angriffe auf die Interessen der Kollegen. Das wird deutlich an der Reaktion der SPD-Betriebsorganisation auf ein Flugblatt der Jusos vom Juli 73.

Juso-Flugblatt „Beschiss im Hafen"

Die Jungsozialisten des Distrikt Innenstadt griffen im Juni des Jahres das Problem der Nichtbezahlung der Meldezeit in einem Flugblatt auf unter der Überschrift: „Be-
auf unter der Überschrift: „Beschiss im Hafen".

Sie beschrieben den „Beschiss" und kamen zu der richtigen Schlußfolgerung, daß dieser *„insgesamt gerechnet einige Millionen DM für die Arbeitgeber im Jahr"* einbringt. Im weiteren zitieren die Jusos aus einem Artikel des ARBEITERKAMPF, in dem die Auseinandersetzung in der Fa. Buss – das Auftreten des Kollegen Retzlaff und die Aktion des SPD-BR gegen ihn – geschildert und eingeschätzt wird.

Dann berichten die Jusos über die Reaktion des Sozialdemokraten Fiete Koch, verantwortlicher Sekretär der ÖTV-Hamburg, Abteilung Seehäfen, auf ihre Fragen und Vorschläge betreffs Meldezeit:

„Eine Information der Schauerleute und die Aufforderung zu Arbeitsgerichtsklagen wurde abgelehnt."

Eine von den Jusos angeregte *„Klage der Gewerkschaft gegen den Tarifvertragspartner Arbeitgeberverband"* wurde *„abgelehnt – aus ‚pädagogischen Gründen'. Denn man wolle ja die Arbeitnehmer zur Selbständigkeit bringen, und das würde durch eine Klage von Seiten der Gewerkschaft nicht gefördert werden."*

„Weitere Kontakte (zwischen ÖTV und Jusos – Anm. AK) *wurden später vom Kollegen Koch abgelehnt, da der Arbeitskreis Hafen der Jusos eine außergewerkschaftliche Organisation sei und keine Legitimation habe."*

Diesem „Argument" schloß sich – laut Juso-Flugblatt – auch der SPD-Kreisvorsitzender, MdBü (Mitglied der Bürgerschaft) Gelberg an, der gleichzeitig Leiter der ÖTV-Rechtsabteilung ist.

Juso - Politik: immer halb und halb

Beides, das Vorgehen von Backhaus gegen den Kollegen Retzlaff und die Reaktion von Koch & Co. auf die Initiative der Jusos, sind nur zwei Beispiele aus einer langen Kette von Erfahrungen mit den rechtssozialdemokratischen Hafen-Funktionären, zu denen jeder Hafenarbeiter mühelos eine Reihe weiterer hinzufügen könnte.

Die Jusos scheuen aber ganz offenbar davor zurück, aus diesen von ihnen selbst dargestellten konkreten Beispielen die richtigen Schlußfolgerungen zu ziehen und die Rolle, die ihre Partei-„Genossen" vom Schlage Koch & Co. tatsächlich und prinzipiell in der Arbeiterbewegung spielen, beim Namen zu nennen. Gerade weil wir selbst früher in unserer politischen Arbeit teilweise diesen Fehler gemacht haben, können wir jene Juso-Genossen, die es mit der Sache der Arbeiterklasse ernst meinen, vor einer solchen Politik nur warnen. Eine solche Politik der Halbherzigkeiten kann nur Illusionen wecken und ist für die Arbeiter keine Hilfe, sich von diesem Pack zu befreien.

Was soll man z.B. von folgendem Eiertanz halten, den die Jusos in ihrem Flugblatt veranstalten: *„Inwieweit die Nichtbezahlung der Meldezeit auch zusammenhängt mit der Auswahl der Besetzung der Arbeitnehmervertreter in den Organen der Firmen und weiter mit ‚übergeordneten wirtschaftspolitischen Interessen' wie der Förderung der Wirtschaftskraft des Hamburger Hafens* (auf Kosten der Arbeitnehmer?) *bleibt noch zu klären."*

Und weiter unten:

„Trotz der Erfahrungen mit einigen ÖTV-Funktionären bleibt die Gewerkschaft die einzige Organisation, die direkt die Interessen der Schauerleute vertreten kann." (Unterstreichungen AK)

Hier wird sich doch um die Klärung wichtiger Fragen herumgedrückt: ob Koch ein Arbeiterverräter ist oder nicht, „bleibt noch zu klären". Jedenfalls sollten – sagen die Jusos – die Arbeiter aus den Erfahrungen „mit einigen" (?) ÖTV-Funktionären keine weiterreichenden Schlußfolgerungen hinsichtlich gewerkschaftlicher Politik a l l g e m e i n ziehen.

Für die Jusos ist derartige vorsichtige „Kritik" an einzelnen Funktionären (die zugleich ihrer Partei angehören) gewiß schon recht „mutig", vom Standpunkt der Arbeiterbewegung jedoch ist eine solche gewundene „Kritik" unzureichend und irreführend, weil sie Personen in den Vordergrund rückt (Funktionär X taugt nichts, was aber auch noch „zu klären bleibt") und von den politischen Grundfragen ablenkt, die dahinter stehen.

Wir sind sicher nicht gewillt, jede halbherzige Initiative der Jusos gleich als ein besonders abgefeimtes Betrugsmanöver an der Arbeiterklasse zu interpretieren; objektiv jedoch ist diese Politik der Eiertänze (die durch die Bindung an die SPD natürlich immer wieder e r z w u n g e n wird) u.E. in jedem Fall schädlich, weil sie geeignet ist, gerade einen Teil der fortschrittlichen Arbeiter zurückzuzerren.

Eine bedenkliche Einstellung zur Sache der Arbeiterklasse verrät eine Bemerkung des Juso-Flugblatts zum „Erfolg" einer von ihnen durchgeführten Veranstaltung für Schauerleute:

„Die Veranstaltung der Jusos war mit Flugblättern und Plakaten im Hafen bekannt gemacht worden – der personelle Erfolg war entgegen den Erwartungen der Jusos sehr schlecht. Nur etwas über 20 Kollegen waren gekommen. Zumeist Betriebsratsmitgleider. Die Jusos hatten mehr erwartet, denn wenn nicht einmal bie einer materiell für den einzelnen sofort spürbaren Sache größeres Interesse vorhanden ist – wann dann?"

Das zeigt eben doch die Einstellung des „Hoppla, jetzt kommen wir!" – Man greift eine „schöne Schweinerei" auf, zeigt einige Dinge richtig auf (aber nicht zu sehr, denn sonst gibts Krach mit der Partei), um sich mal ein bißchen als agile junge Linke in der SPD zu profilieren; und wenn dann die Arbeiter nicht gleich jubelnd die Arme hochreißen und freudig in Scharen zusammenströmen, ist man schockiert bzw. beleidigt und fragt: Lohnt sich das überhaupt, daß wir für die Arbeiter kämpfen, wenn die so lahm sind? Etwas weniger Selbstherrlichkeit und etwas mehr Geduld braucht man schon, wenn man nicht kurzlebige „linke" Partei-Politik, sondern langfristige Politik für die Arbeiterklasse machen will.

Die „Argumente" der SPD-Betriebsorganisation

Trotz aller Halbherzigkeit, trotz des politischen und des ideologischen Mangels war aber der kleine Schritt der Jusos für die Herren sozialdemokratischen Funktionäre schon ein Schritt zuviel.

In den SPD-„Arbeitnehmerbriefen" vom September 73 finden wir eine Stellungnahme des auch im Juso-Flugbaltt angeführten Heinz Gelberg, der „zwecks sachlicher Information" folgendes ausführt:

- Die Gewerkschaft ÖTV wird Verstöße gegen die tariflichen Bestimmungen niemals hinnehmen.
- Die Ausführungen im ARBEITERKAMPF stimmen nicht, es war also falsch von den Jusos, aus diesem „kommunistischen Blatt" zu zitieren. Der Kollege Retzlaff hat nämlich „seinen Prozeß mit gewerkschaftlicher Hilfe gewonnen".
- In den weiteren Ausführungen wird bewußt versucht, den Eindruck zu erwecken, als würde die Frage der Bezahlung der Meldezeit erstens nur sehr wenige Schauerleute betreffen und zweitens durch besondere Regelung der Vermittlung praktisch gar nicht existieren (Vermittlung am Vortage; telefonische Vermittlung). Falls dennoch der Fall einer Übertretung der Tarifbestimmung vorkommen sollte, empfiehlt Gelberg:
- *„Das bestgeeignete Mittel sind hier Einzelklagen."*
- Eine Verbandsklage *„käme nur bei massiven Verstößen gegen tarifvertragliche Bestimmungen in Betracht. In der hier zur Diskussion stehenden Angelegenheit sind aber nicht einmal Einzelfälle an die Gewerkschaft herangetragen worden, so daß kein Grund zu einer Verbandsklage besteht."*
- *„Die Vertretung der Interessen der Hafenarbeiter ist bei der Gewerkschaft ÖTV voll gewährleistet und in guten Händen."*

Vielen Dank für die Offenheit

Vielen Dank für deine Ausführungen, „Kollege" Gelberg. Sie offenbaren, bei wem deiner Meinung nach unsere Interessen in guten Händen liegen sollen!

Zumal als einer von drei Redaktionsmitgliedern, ein Erich Rumpel, für die „Arbeitnehmerbriefe" verantwortlich zeichnet – von der ÖTV festgelegter Nachfolger für Fiete Koch, „unser" für die Abteilung Seehäfen verantwortlicher Gewerkschaftssekretär, der im Mai 74 aus seinem Amt ausscheidet. Erich Rumpel hat vom Hafen bisher von Tuten und Blasen keine Ahnung. Er „arbeitet sich gerade ein". Kein Hafenkollege ist zur Frage der Besetzung der Sekretärsfunktion gefragt worden: aber bei Erich werden unsere Interessen in besten Händen liegen!

Den Lügenschleier runter!

Wir haben festzustellen:
Der Kollege Gelberg kennt die Situation im Hafen nicht oder stellt sie bewußt falsch dar.

Daß grobe Verstöße gegen die tariflichen Bestimmungen betreffs Bezahlung der Meldezeit vorliegen

– beweisen die seit Jahren diesbezüglich von den Kollegen auf fast jeder Betriebsversammlung und ebenfalls auf Funktionärsversammlungen erhobenen Forderungen;

– beweist ebenfalls die Bezahlung von DM 54o,– durch die Firma Tiedemann (oder glaubt der Kollege Gelberg an ein Geschenk der Unternehmer?);

– beweist das Vorgehen der Fa. Buss: nachdem die „Überzeugung" der Kollegen, zugunsten des Unternehmerwohls auf tarifliche Rechte zu verzichten, nicht recht gelang, fahren jetzt die Buss-Barkassen später ab!

Daß sich die Gewerkschaft ÖTV als „ahnungslos" darstellt, ist aufgrund der Häufigkeit und Intensität, mit der das Problem unter Anwesenheit Fiete Kochs und ihm selbst gegenüber von Kollegen diskutiert worden ist, eine bodenlose Frech-
genüber von Kollegen diskutiert worden ist, eine bodenlose Frech-heit.

Der Kollege Retzlaff hat seinen Arbeitsgerichtsprozess allerdings mit „gewerkschaftlicher Hilfe" gewonnen. Mit Hilfe der Rechtsabteilung des DGB Hamburg. Die ÖTV-Rechtsabteilung beauftragte gleichzeitig einen Rechtsanwalt mit der Vertretung der BR-Mitglieder um Backhaus gegen Retzlaff und Fiete Koch persönlich tat alles, um den Kollegen Retzlaff vor dem Arbeitsgericht in die Pfanne zu hauen! (s. ARBEITERKAMPF 29/73 und HAFENARBEITER 2/73.)

Sozialdemokratismus: arbeiterfeindlich im Großen und Kleinen

In dem Hinweis an die Jusos, das Zitieren aus einem „kommunistischen Blatt" lieber zu unterlassen, deutet sich schon die Drohung des Parteiausschlusses wegen „Aktionseinheit mit Kommunisten" an, wenn alle vorherigen Einschüchterungsversuche nichts fruchten sollten.

Eines wird aus den Ausführungen Gelbergs besonders deutlich:

– Die Forderungen der 300.000 SPD-Werktätigen nach betrieblichen Verbesserungen liegen selbst in ihrer Beschränkung auf Reformen bei den sozialdemokratischen Führern in Partei und Gewerkschaft in den denkbar schlechtesten Händen. Der soziale Mantel wird nur angezogen, um entweder eigenständiges Handeln der Arbeiter gar nicht erst aufkommen zu lassen oder aber, um in der Bewegung schnell an die Spitze sprinten zu können und mit schnellem „Erfüllen einer konkreten Forderung" dem Kampf die Spitze abzubrechen und das Vertrauen in die alten Führer wieder herzustellen. ■

Bereichsleitung Hafen, KB-Gruppe Hamburg

SPD: Ausbau der Betriebsorganisation

Im Oktober will sich die bisher nur örtlich bestehende „Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen" (AfA) in der SPD auf Bundesebene organisieren.

Grundsätzlich wäre sicher nichts dagegen zu sagen, wenn Fragen des Arbeiterlebens innerhalb der „Sozialdemokratischen Partei" mehr in den Mittelpunkt der Diskussion rückten, und somit der Widerspruch zwischen Arbeiterinteressen und der Politik der sozialdemokratischen Führung auch in dieser Partei offener zutage treten würde. Aufgrund einschlägiger Erfahrungen steht aber fest, daß die Initiatoren der Arbeitsgemeinschaft bei der Gründung der AfA weniger die Vertretung der Arbeiterinteressen als vielmehr das Parteiinteresse im Auge hatten: die 300.000 SPD-Werktätigen bei der Stange zu halten, sie in der Konzentration auf Reformen im betrieblichen Alltag in der Illusion zu bestärken, die SPD sei die Partei der Arbeiter.

So schreibt der „Spiegel" zu den 39o Anträgen zum 1. AfA-Bundeskongreß: *„In diesen Papieren haben die Genossen kaum Forderungen nach Klassenkampf und Systemüberwindung, wohl aber deutliche Wünsche nach Verbesserungen in ihrem beruflichen Alltag formuliert – bis hin zu Randproblemen."* Und weiter: *„Anträge, die allzusehr nach Systemveränderung und Konfliktstrategie rochen, sonderte die Antragskommission gleich bei ihrer ersten Sitzung aus". Sie fielen der „Vorzensur zum Opfer."* (Spiegel, 24. Sept. 73).

Ebenfalls fällt die Gründung der AfA zusammen mit der Verstärkung der politischen Arbeit in den SPD-Betriebsorganisationen (BO) und ist sicher deren organisatorischer Ausdruck.

Vor allem seit die Arbeiter beginnen, den sich verschärfenden Angriffen der Kapitalisten mit spontanen Abwehrkämpfen entgegenzutreten, fürchten sozialdemokratische Gewerkschafts- und Betriebsfunktionäre zunehmend um ihre Positionen. Der festere Zusammenschluß der Parteimitglieder in den Betriebsgruppen der BO soll vor allem dazu dienen, den langsam wachsenden Einfluß kommunistischer Positionen in der Arbeiterklasse zurückzudrängen bzw. ihrem Fußfassen vorzubeugen. Alle fortschrittlichen Kollegen, auch aus den Reihen der SPD selbst, die versuchen, in die spontanen Kämpfe der Arbeiter politische Klarheit und organisatorische Geschlossenheit hineinzutragen, müssen mit dem entschiedenen Widerstand der führenden Sozialdemokraten in der BO und AfA rechnen.

Das zeigt z.B. auch die Auseinandersetzung zwischen Jusos in Hamburg und sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführern (ÖTV), die im „Hamburger Arbeitnehmerbrief" der SPD-BO gegen die Jusos und den ARBEITERKAMPF des KB Stellung beziehen. (s.o.)

Reservistenverband der Bundeswehr – Kampf an der `Heimatfront´

Obwohl zu den erklärten Kriegszielen der Anti-Hitler-Koalition die Zerschlagung des deutschen Militarismus für alle Zeiten gehörte, konnten sich in Westdeutschland sehr schnell nach dem zweiten Weltkrieg wieder militaristische und faschistische Soldatenverbände bilden. Diese machten es sich zur Aufgabe, besonders mit Gründung der Bundeswehr, den Militarismus und Antikommunismus – erst in der Armee und darüber hinaus in der Bevölkerung – zu verbreiten. Eine der wichtigsten militaristischen Organisationen ist der Verband der Reservisten der Bundeswehr.

„Der Militarismus sucht den militärischen Geist zunächst und in erster Linie im aktiven Heer selbst, sodann in denjenigen Kreisen, die für die Ergänzung des Heeres im Mobilmachungsfalle als Reserve und Landwehr in Betracht kommen und schließlich in allen übrigen Kreisen der Bevölkerung, die als Milieu und Nährboden für die militaristisch zu verwendenden Bevölkerungskreise von Bedeutung sind, zu erzeugen und zu fördern." (Liebknecht, „Militarismus und Antimilitarismus, Seite 120).

In diesem Sinn ist auch die Aufgabe des Reservistenverbandes der Bundeswehr zu definieren, oder mit den Worten eines ihrer Vertreter: „Der Reservistenverband versteht sich unter anderem als Mittler zwischen Bundeswehr und Öffentlichkeit und wird im Rahmen seiner wehrpolitischen Arbeit intensiv die Notwendigkeit und den Auftrag der Bundeswehr immer wieder vertreten." (Zitiert nach Jürgensen, Generalsekretär des RV in „Loyal" 7/71, dem Verbandsorgan).

Hierfür strebt der Verband immer mehr staatliche Unterstützung und Einfluß auf die „Massenmedien" (Fernsehen, Rundfunk, Presse) an: „Voraussetzung ist aber, daß dem Verband die Möglichkeit gegeben wird, sich in der Öffentlichkeit sichtbar zu machen. Der Verband muß, wie gesagt, seinen Apparat jetzt mit geeigneten Mitteln aus-

„Voraussetzung ist aber, daß dem Verband die Möglichkeit gegeben wird, sich in der Öffentlichkeit sichtbar zu machen. Der Verband muß, wie gesagt, seinen Apparat jetzt mit geeigneten Mitteln aus-

bauen. Entsprechende Mittel sind bewilligt. Er muß seine Öffentlichkeitsarbeit in die aktive Truppe hinein intensivieren." (Nach „Loyal" 7/71).

Es fällt dem Reservistenverband sicher nicht schwer, „sich in der Öffentlichkeit sichtbar zu machen." Ihr Chef z. B., Oberstleutnant der Reserve Rudolf Woller, ist gleichzeitig im ZDF Chefredakteur für Politik. Er gehört seit 1946 der CDU/CSU an und ist durch seinen Posten „...vom Lokalreporter beim „Schwarzwälder Boten" über die CDU/CSU-nahen Zeitungen wie „Rheinischer Merkur" und „Quick" zum wichtigsten Mann im ZDF aufgestiegen." (Aus ARBEITERKAMPF Nr. 17/1971).

Oberstleutnant der Reserve Rudolf Woller, Chef der politischen Redaktion im ZDF

Rudolf Woller, der über sich selbst sagt, „Ich liebe mein Land und fühle mich diesem Volk in seinem Schicksal zugehörig" (Aus „Loyal 72), war deshalb auch schon in der faschistischen Wehrmacht als Offizier der Luftwaffe kräftig mit dabei. Über seine Arbeit im Reservistenverband hinaus hat er „...lange in der europäischen Bewegung an führender Stelle mitgearbeitet." („Loyal", 72).

Woller war über zehn Jahre, neben seinem Amtsbruder Volland – dem Präsidenten des Deutschen Bundeswehrverbandes – und seinem „Chef" Franz Josef Strauß, Mitglied der reaktionären „Europa-Union", einem Sammelbecken führender Ideologen der Bourgeoisie.

SPD und Reservistenverband: – Zwei in einem Boot –

Auf einer alljährlich stattfindenden Informationstagung des Reservistenverbandes definierte der Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium, Willi Berkhan (SPD), den politischen Hintergrund und die Funktionen und Aufgaben des Reservistenverbandes für die westdeutsche Bourgeoisie:

„Das strategische Konzept der „Flexiblen Reaktion" hat den Auftrag der Bundeswehr verändert. Früher lag der Schwerpunkt auf einer stark nuklearen Komponente. Heute ist die konventionelle Komponente der Streitkräfte mehr in den Vordergrund gerückt, damit wurde gleichzeitig die Rolle des Reservistenverbandes aufgewertet. Die Bundeswehr muß, um die volle Einsatzfähigkeit ihrer Streitkräfte herzustellen, im erheblichen Umfang auf Reservisten zurückgreifen – ganz zu schweigen von der für den Verteidigungsfall vorgesehenen Aufstellung der Einheiten des Territorialheeres. – Deshalb sind der Ausbildungsstand und der Verteidigungswille der Reservisten besonders wichtig."



H. Schmidt bei Kontaktpflege zum Reservistenverband (1972)

Dazu auch das Weißbuch 71/72 des „Verteidigungsministeriums": *„Die Bundeswehr braucht Reservisten, damit ihre Verbände im Verteidigungsfall und im Spannungsfall volle Präsenz haben...Gegenwärtig gibt es mehr als 1,7 Mill. gediente Reservisten. Die Zahl wird durch die Verkürzung der Grundwehrdienstdauer auf 15 Monate noch schneller wachsen als bisher."* (Aus Weißbuch 71/72, Seite 50, Abschnitt 51).

Die westdeutsche Bourgeoisie hat sich für die zukünftigen militärischen Auseinandersetzungen nach außen und nach innen neben der Bundeswehr eine Reservearmee geschaffen. Damit diese Reservearmee allerdings einen Schutz der kapitalistischen Ausbeuterordnung darstellen kann, muß sie mit dem „richtigen militärischen Geist" durchdrungen sein, muß das sich entwickelnde Klassenbewußtsein in dieser Reservearmee bis aufs Messer bekämpft werden.

In diesem Zusammenhang steht die Arbeit des Reservistenverbandes: *„Der Bundesminister der Verteidigung legte im April dieses Jahres dem Verteidigungsausschuß des Deutschen Bundestages einen Bericht über die Reservistenarbeit mit einem Vorschlag für die Unterstützung ihres Verbandes vor. Als Folge dieses Berichts wurden die Zuwendungen des Bundes an ihren Verband in diesem Jahr von einer Mill. DM auf 1,7 Mill. DM erhöht. Die Planung sieht vor, daß sich diese Beträge bis zum Jahre 1973 stufenweise bis zu etwa fünf Mill. DM steigern, aber das ist Planung und kein Dogma! Der Bericht selber führt unter anderem aus: Es ist die Aufgabe der Teilstreitkräfte und der Inspektion des Sanitätswesens, die jeweils für ihren Bereich mobbeorderten Reservisten in Wehrübungen einsatzfähig zu halten.* (Mobbeordert = für den Mobilmachungsfall vorgesehen, d. Red.).

Im Rahmen der Gesamtverteidigung sowie aus wehrpolitischen und psychologischen Gründen liegt es darüber hinaus im Auftrag der Bundeswehr, alle Angehörigen der Reserve, die sich freiwillig zur Mitarbeit außerhalb von Pflichtübungen zur Verfügung stellen, zu erfassen, zu betreuen und militärisch zu fördern und für Verteidigungsaufgaben zu nutzen." (Willi Berkhan auf einer Informationstagung des Verbandes der Reservisten der Bundeswehr).

Ziel des bürgerlichen Staates ist es, den Reservistenverband stärker in die „Gesamtverteidigung" zu integrieren, insbesondere ihm direkte militärische Funktionen zuzuweisen. (Die Gesamtverteidigung reicht vom stehenden Heer der Kapitalisten, der Bundeswehr, über paramilitärische Verbände, wie BGS, Polizei, dem technischen Hilfswerk, dem Zivilenluftschutzhilfsdienst u. a. bis hin zum Verband der Reservisten der Bundeswehr).

Der Zug ist angefahren ... Reservistenverband soll Fabriken vor Arbeitern schützen!

Mit einigen Verbänden beteiligt sich der Reservistenverband innerhalb der Heimatschutztruppen der Bundeswehr an militärischen Übungen: *„Der Aufruf unseres Verbandes an seine Heeres-Reservisten zum freiwilligen Engagement in Jägeraufklärungszügen VKK hat bereits nach kurzer Anlaufzeit ein so starkes Echo gefunden, daß dem Führungsstab des Heeres... Freiwilligenmeldungen für insgesamt 27 Züge angeboten werden konnten."* (Aus „Loyal" 72). (VKK sind Verteidigungskreiskommandos der Bundeswehr; ein Zug der Bundeswehr hat 100 Soldaten, d. Red.).

„Zunächst soll jetzt in vier Verteidigungskreisen mit den ersten Truppenversuchen als Modell begonnen werden, damit das Heer erste Erfahrungen für die Aufstellung weiterer Züge sammeln kann."

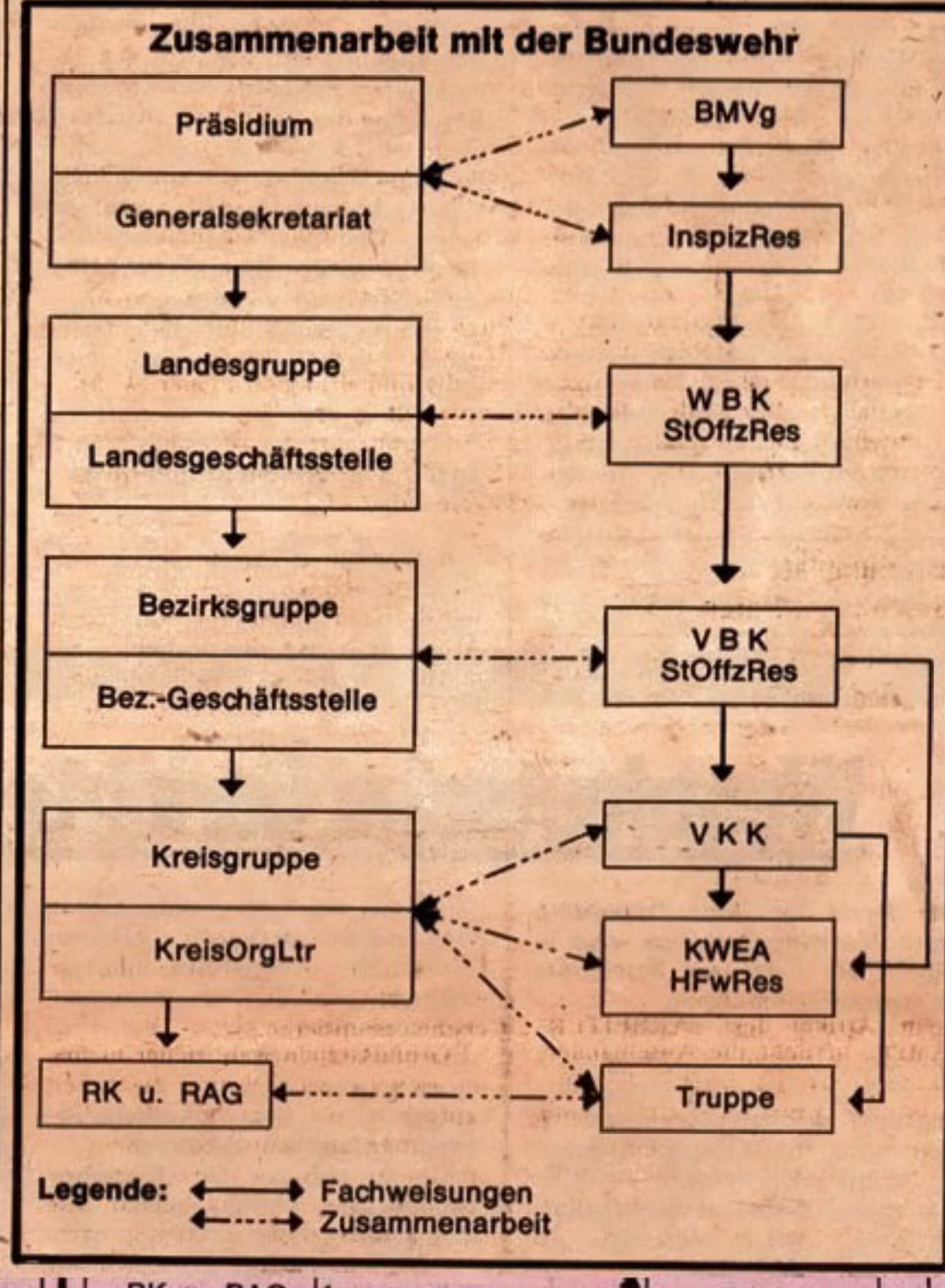
Und weiter berichtet der Verband in seinem Organ „Loyal" stolz: *„Der Führungsstab der Marine hat das Angebot des Verbandes der Reservisten der Bundeswehr angenommen, gemeinsame Maßnahmen für die Nutzung des freiwilligen Engagements und den Einsatz der Verbandsmitglieder zu untersuchen."*

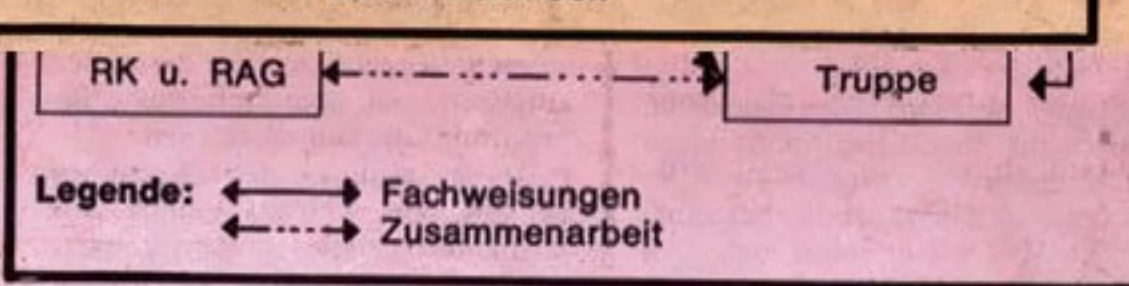
„Die Marine hofft nun auf eine verstärkte Bereitschaft der Reservisten für den Einsatz im Objektschutz. **Hafenanlagen, Brücken und Schleusenanlagen, Fernmeldestellen und Depots müssen gegen Kommandounternehmen, Luftangriffe, aber auch gegen Sabotage gesichert werden. Die aktive Marine ist dazu mit den verfügbaren Kräften nicht in der Lage und appelliert an die Reservisten, hierfür Freiwillige zur Verfügung zu stellen.** Als Organisationsmodelle sind zunächst Objektschutzzüge, Sicherungszüge und gegebenenfalls Fliegerabwehr-Züge mit dem entsprechenden Luftraumbeobachtungsdienst ins Auge zu fassen." (Aus „Loyal" 72). (Hervorhebung von d. Red.).

So wird vorbereitet, daß der Verband der Reservisten der Bundeswehr als „Objektschützer" gegen Arbeiter eingesetzt wird, die eine Fabrik bestreiken oder besetzt halten.

Die Notstandsgesetze haben dafür die Grundlage geschaffen. Der Staatssekretär Willi Berkhan (SPD) äußerte vor dem Reservistenverband dazu offen: *„...Hier ergibt sich ein weites Feld für die Reservistenarbeit auf freiwilliger Basis. Den Bemühungen der Bundeswehr, das Angebot der Freiwilligkeit zum Schliessen der Aufklärungslücken bei der Raum- und Objektschutzsicherung zu nutzen, stimme ich zu."*

Entsprechend den Aufgaben des Verbandes hat sich dieser neu organisiert: *„Die Arbeit dieses Verbandes sollte in echter Verbindung mit der Truppe selbst stehen. Um aber mit den Kommandeuren zu dieser echten Partnerschaft zu kommen, müßte ein echter Befehlsstrang bei der Truppe selbst geschaffen werden."* (Aus „Loyal" 7/71).




RK u. RAG
Truppe
Legende: Fachweisungen
Zusammenarbeit

Analog zur Befehlshierarchie der Bundeswehr hat sich auch der Reservistenverband organisiert:

Abkürzungen:

InspizRes:	Inspizient der Reserve der Bundeswehr
WBK:	Wehrbereichskommando
VBK:	Verteidigungsbereichskommandos der Bundeswehr
VKK:	Verteidungskreiskommandos
KWEA:	Kreiswehrersatzämter
RK:	Reservistenkameradschaften
RAG:	Reservistenarbeitsgemeinschaften

Dieser „Befehlsstrang"ist Teil des neuen Konzepts des Reservistenverbandes. Dieses Konzept *„...verzichtet einmal bewußt, eine Massenorganisation im großen Stil zu werden. Es strebt vielmehr die Rolle des freiwilligen Kaders für die nach unserer Auffassung fällig werdenden Heimatschutzorganisationen an, die nach Art von Miliz tätig werden sollen."* (Aus „Loyal" 7/71). (Siehe Tafel).

Entsprechend den militärischen Aufgaben des Verbandes im „Objektschutz" ist auch seine Bewaffnung: Seine Mitglieder können sich mit der „zivilen" Version des in der Bundeswehr üblichen Sturmgewehrs „G-3" ausrüsten, das „ ... um seinem Besitzer öfter Übungsmöglichkeiten zu geben, ein Kleinkaliber-Einsteckgerät besitzt." (Aus „Loyal" 7/71).

SPD und CDU – Streit um Details, aber Einigkeit im Wesentlichen

Wir können feststellen, daß zwischen dem Reservistenverband und der SPD grundsätzlich Einigkeit über die militärpolitische Zusammenarbeit zwischen Bundeswehr und Verband besteht. Allerdings bestehen über das Maß der Zusammenarbeit zwischen dem Verband und der

➡

Forts. Reservistenverband . .

SPD Meinungsverschiedenheiten. Der Reservistenverband ist bestrebt, möglichst viel politischen Einfluß in den Reserveeinheiten des Territorialheeres (Heimatschutz) zu bekommen. Diese sollen später in Milizen umgewandelt werden; dabei will sich der Verband in der Führung dieser Einheiten als „unabhängige" militärische Organisation eine führende Position sichern.

Demgegenüber will das „Verteidigungsministerium" zwar die Mitarbeit des Verbandes, aber bei strenger Unterordnung unter die militärische Führung der Bundeswehr.

Diese Differenzen wurden bekannt durch einen Streit im Reservistenverband. Demnach wollte der SPD-Abgeordnete Helmuth Möring, Mitglied des „Verteidigungsausschusses" für Reservistenfragen und Mitglied des Reservistenverbandes, für das Präsidium des Verbandes kandidieren. Diese Kandidatur soll mit allen Mitteln vom Chef des Reservistenverbandes, Rudolf Woller (CDU), verhindert worden sein. In einer Meldung der Frankfurter Rundschau heißt es (FR vom 16.1.73): *„Gegenüber der Frankfurter Rundschau unterstrich Möhring..., daß mit Woller ein exponierter CDU-Mann an der Spitze des aus Mitteln des Verteidigungshaushaltes finanzierten Verbands steht. Sozialdemokraten seien in der Verbandsspitze nicht vertreten. Ferner setzte sich Möring mit der Forderung auseinander, bei einer neuen Wehrstruktur eine Miliz aufzustellen und dabei unter anderem den „Einsatz von Reservisten zur Bekämpfung subversiver Elemente" vorzunehmen. Dazu Möring: ‚Die Bundeswehr wird auf solche Aufgaben konkret vorbereitet, damit jeder Einsatz außerhalb der Legalitätunterbunden wird. Die Mitwirkung eines eingetragenen Vereins, wie des Reservisten-Verbandes, bei einer solchen subtilen Aufgabe erscheint mir mit der Verfassung unvereinbar und deshalb vom Denkansatz her gefährlich. Die Regierung und das Parlament müssen Vorstellungen, die sich in solche Richtung bewegen, von vornherein abwehren.' "*

Tatsächlich aber hat doch die SPD-Führung diese Bestrebungen („Denkansätze", wie Herr Möhring sagte), gefördert und tatsächlich den Reservistenverband schon seit einiger Zeit in die konkrete militärische Arbeit mit einbezogen, zudem den Verband mit erheblichen Steuermitteln finanziert.

Dieser Verband unterscheidet sich zudem nicht sehr von den reaktionären Freikorps der Weimarer Republik, die unter den Fittichen einer SPD-Regierung schon mehrfach ihre Waffen gegen die deutsche Arbeiterklasse in Anschlag gebracht haben. Und da Verband und SPD beide einen gemeinsamen Brötchengeber haben, die westdeutsche Bourgeoisie, werden sie auch die momentanen Auseinandersetzungen überwinden!

Internationale Organisierung

Als konsequenter Vertreter des Imperialismus und Militarismus der BRD ist der Verband der Reservisten der Bundeswehr auch seit zehn Jahren Mitglied der „Confédération Interalliée des Officiers de Réserve", kurz CIOR genannt. Es handelt sich hierbei um einen Zusammenschluß von Reservistenverbänden auf westeuropäischer Ebene: *„Ihr Ziel ist es, die Verteidigungsanstrengungen der Nato-Länder zu unterstützen, die Kontakte der Reserveoffiziere dieser Länder enger zu knüpfen, in beratender Stellung die nationalen Verteidigungsministerien zu unterstützen und die Rechtsstellung der Reserveoffiziere zu verbessern und der aktiven Offiziere anzugleichen."* (Aus „Loyal" 9/70).

Für den diesjährigen Kongreß hatte die Nato die Einladungen ausgesprochen, der ca. 12.000 Reserveoffiziere aus den verschiedenen Nato-Ländern folgten. Die Länder Portugal, Island und die Türkei sind auf Grund des Fehlens von entsprechenden Reserveoffiziersvereinigungen noch nicht vertreten." (Ebenda).

Darüber hinaus waren auf diesem Kongreß als geladene Gäste Nato-Generalsekretär Manlio Brosio und vom westdeutschen Kriegsministerium der Inspizient für Reservisten Oberst Karbe und General Münch als Vertreter des Generalinspekteurs der Bundeswehr erschienen.

Analog der CIOR entstand die „Association Européenne des Sous-Officiers de Réserve", kurz AESOR genannt, ein westeuropäischer Zusammenschluß von Unteroffizieren der Reserve.

„An dem AESOR-Kongreß, der im Mai in Verdun stattfand, haben auch mehrere deutsche Reserve-Unteroffiziere, sowie VdRBw-Vizepräsident Stein als Vertreter des Präsidiums teilgenommen." (Aus „Loyal"). (VdRBw = Verband der Reservisten der Bundeswehr, die Red.).



Treffen des CIOR, hier im Bild nach einem „freundschaftlichen Wettschießen"

Der „damalige" Verteidigungsminister Helmut Schmidt schickte zu diesem Kongreß der Militaristen folgendes Telegramm:

„Auf Initiative der französischen Reserveunteroffiziere, die ihren nationalen Kongreß im Anschluß an das internationale Treffen durchführten, wurde die Vereinigung europäischer Reserveunteroffiziere gegründet. Es spricht für den Geist der Verständigung und nationalen und internationalen Zusammenarbeit, daß Verdun als Ort der beiden Kongresse auserwählt wurde und daß die ausländischen Abordnungen gebeten wurden, an beiden Veranstaltungen teilzunehmen. Anläßlich des diesjährigen Kongresses der Vereinigung europäischer Reserveunteroffiziere darf ich Ihnen versichern, daß ich Ihre Arbeit mit Interesse und Aufmerksamkeit verfolge. Ich erhoffe von Ihrem Verband eine weitere erfolgreiche Arbeit zum Wohl unseres gemeinsamen Anliegens."

Wir können feststellen, daß die Reservistenverbände dazu übergegangen sind, die Militarisierung in den einzelnen nationalen Staaten im europäischen Rahmen zu sehen.

Allerdings muß offen gelassen werden, inwieweit diese Verbände schon über ihre Kongresse hinaus zusammenarbeiten. ■

Militarismus-Kommission der KB/Gruppe Hamburg und AK-Redaktion

Westdeutsche Gerichte stellen sich hinter Nazi Verbrechen

Zur Strafe für seine Opposition gegen den Hitlerfaschismus muß in Lübeck ein Lette am Rande des Existenzminimums leben.

1943 sollte er als 20-jähriger im besetzten Lettland für die aggressiven Ziele der deutschen Bourgeoisie eingesetzt werden: Die Faschisten wollten ihn zum Kriegsdienst gegen die Sowjetunion zwingen. Da R.M. (der richtige Name ist uns bekannt) den Krieg – wie er selbst sagt – als völkerrechtswidrig ansah, desertierte er im Mai 1943 und kehrte zum väterlichen Bauernhof zurück, wo er dringend benötigt wurde. Wenige Tage später wurde er von der GeStaPo aufgespürt.

Nach den üblichen „Verhören", bei denen der „Wahrheitsfindung" durch Schläge nachgeholfen wurde, kam er als „Politischer" ins Rigaer Zentralgefängnis. Wie alle Gegner des Faschismus wurde auch er menschenunwürdigsten Haftbedingungen ausgesetzt.

Nach etwa 13-monatiger Haft wurde R.M. zu Zwangsarbeit in einer Holzarbeiter-Kolonne verurteilt. Schwerste Arbeit und völlig unzureichende Nahrung führten bei ihm schließlich zu Magen- und Darmbeschwerden, die er zuvor nicht kannte. Später – im Juni 1944 nach Westdeutschland zwangsdeportiert – mußte er oft auf nacktem Erdboden schlafen, meist bei großer Kälte. Seine Leiden verschlimmerten sich.

Seit Kriegsende lebte R.M. in Lübeck, wo ihm nach mehreren Krankenhausaufenthalten ärztlich attestiert wurden: Magenschleimhaut-Entzündung, Übersäuerung des Magens und Blasenentzündung. Sein Arzt führte dies auf die vorangegangenen Haft- und Zwangsarbeitsbedingungen zurück.

Ein 1946 beendeter Maurer-Kursus war vergeblich, da er diesen Beruf wegen zunehmender Verschlechterung seiner Gesundheit nicht ausüben konnte. In der Zeit von 1948 bis 1956 arbeitete er daher mehrere Jahre als Automechaniker, später als Wachmann bei den englischen Besatzungstruppen in Bielefeld. Seine Krankheit verschlimmerte sich jedoch zunehmend; Dickdarmentzündung, Magenblutungen und Darmsenkung kamen noch hinzu, so daß er die notwendige Diät in der Kaserne unmöglich einhalten konnte. Schon in dieser Zeit hatte er manchmal grausame Schmerzen beim Gehen und Motorradfahren gehabt.

Er war somit gezwungen, sich in verschiedenen Betrieben als Hilfsarbeiter oder Angelernter durchzuschlagen. Sein Verdienst wurde immer geringer, er konnte nur eben damit leben. Immer wieder mußte er zwischenzeitlich ganz die Arbeit aufgeben, um sich in ärztliche Behandlung begeben zu können.

Da es sich um eine Krankheit handelt, die schlecht heilbar und medizinisch nicht eindeutig nachweisbar ist, lautet die erschreckende Bilanz aller Behandlungen: zwölf verschiedene Krankenhausaufenthalte, Untersuchungen und Behandlungen bei 37 (!!) Ärzten, insgesamt ca. 90 unterschiedliche Medikamente wurden ihm verabreicht. Die Behandlung mit Elektroschocks gegen sein „psychisches Fehlverhalten" in der Lübecker Nervenklinik durfte auch nicht fehlen.

Zu den derzeit gültigen Gesetzgebungen gehört auch, daß R.M. 1957 sieben Monate ohne finanzielle Unterstützung durch die AOK bzw. Fürsorgestelle auskommen mußte, da er nicht krankgeschrieben worden war, andererseits nicht arbeiten konnte.

Der Gesundheitszustand hat sich dennoch bis heute nicht wesentlich verbessert, so daß R.M. bis 1970 nur noch die Hälfte des Durchschnittslohnes gesunder Arbeiter, seitdem nur noch ein Drittel dessen verdient, da er in Heimarbeit Schmuck herstellt.

Rentenanträge werden abgelehnt

Wegen der ihm vorerst ausweglos erscheinenden Lage versuchte R.M. seit 1960 bei verschiedenen bundesrepublikanischen Gerichten zu erreichen, daß er für den gesundheitlichen und beruflichen Schaden entschädigt wird, der durch die Haftbedingungen und die Zwangsarbeit unter dem Nazi-Faschismus entstanden ist.

▲ Nacheinander lehnten die Sozialgerichte Lübeck und Schleswig einen Antrag auf B e r u f s u n f ä h i g k e i t s r e n t e ab. Eine Revisionsklage gegen das Schleswiger Urteil beim Bundessozialgericht wurde erst gar nicht zugelassen. Die gerichtsmedizinischen Gutachter waren aufgrund entsprechender Vorschriften „gezwungen", dem Letten eine vollständige Berufsunfähigkeit abzusprechen, weil er als Goldschmied weiterarbeiten könne, auch wenn er nur die „halbe Arbeitskraft" eines gesunden Arbeiters wert sei! Das Landessozialgericht Schleswig sah als Krankheitsursache nur eine „seelische Fehlhaltung" an und empfahl deshalb „Arbeitstherapie"! Die Frechheit dieser Empfehlung wird klar, bedenkt man, daß R.M. gerade wegen der Zwangsarbeitsbedingungen seine Leiden bekommen hat.

▲ Von 1961 bis 1965 lehnten die gleichen Gerichte einen Antrag auf V e r s o r g u n g s r e n t e ab, wobei bewußt ignoriert wurde, welches schreckliche Ausmaß die Leiden zuweilen hatten und auch der Zeitpunkt des Ausbrechens – unter dem Faschismus – ignoriert wurde.

Nazi-Verfolgte werden erneut bestraft

Ein 1961 von R.M. gestellter Antrag auf W i e d e r g u t m a c h u n g für Nazi-Verbrechen offenbarte, was westdeutsche Richter von der Rechtssprechung des 3. Reiches halten. Man sollte annehmen, daß dem Letten eine vorgeschriebene Wiedergutmachung zusteht, denn:

„Anspruch auf Entschädigung hat, wer in der Zeit vom 30. Januar 1933 bis zum 8. Mai 1945 (Verfolgungszeit) wegen seiner gegen den Nationalsozialismus gerichteten politischen Überzeugung, aus Gründen der Rasse, des Glaubens oder der Weltanschauung (Verfolgungsgründe) durch nationalsozialistische Gewaltmaßnahmen verfolgt worden ist und hierdurch Schaden an Leben, Körper, Gesundheit, Freiheit, Eigentum, Vermögen oder in seinem beruflichen und wirtschaftlichen Fortkommen erlitten hat (Verfolgter)".

In der ihm nach über fünf (!) Jahren mitgeteilten Begründung der Ablehnung des Antrages wurde bestritten, daß R.M. ein politisch Verfolgter gewesen sei. Es habe sich „lediglich" um die übliche Bestrafung von „Fahnenflüchtigen" gehandelt!! Daher habe er keinen Anspruch auf Wiedergutmachung.

Auch das Landgericht Köln gab in seinem Urteil vom 27.7.1967 unmißverständlich zu verstehen, daß nach den Maßstäben der heutigen Justiz die Bestrafung R.M.s durch die Faschisten als gerechtfertigt (!) anzusehen sei, da er nicht aus Gründen der Nationalität oder der politischen Überzeugung bestraft worden sei, sondern als „Fahnenflüchtiger".

Damit stellte sich ein westdeutsches Gericht hinter den aggressiven Raubkrieg der deutschen Faschisten gegen die Sowjetunion. Wer sich damals gegen diesen Krieg stellte und seine aktive Teilnahme daran verweigerte, wird nicht etwa verteidigt gegen die Nazi-Verbrechen, sondern nachträglich als zu Recht bestrafter „Krimineller" angesehen.

Im Sommer 1972 wurde ähnlich von einem Hamburger Gericht argumentiert, als es darum ging, ob der Faschistenführer Frey (Herausgeber der „Nationalzeitung") den 1935 verurteilten und hingerichteten Hamburger Kommunisten Fiete Schulze als „Mörder" beschimpfen darf. Dazu hatte ein NS-Staatsanwalt am 11. März 1935 in seinem Plädoyer geäußert:

„Meine Herren Richter! Es gibt kein objektives Recht! ...Strafrecht ist heute Kampfrecht! ...Fiete Schulze ist Todfeind unseres Staates .....Seine Zunge ist gefährlicher ... als Kugeln..... Die Anklagekonstruktion wird gleichgültig sein, da in jedem Fall ein Antrag auf Todesstrafe gestellt werden kann".

Diese Auffassung eines NS-Gerichts fand auch ein Hamburger Gericht im Jahre 1 9 7 2 durchaus noch einleuchtend und gerechtfertigt: Dem Faschisten Frey wurde ausdrücklich zugebilligt, den ermordeten Kommunisten Fiete Schulze einen Mörder zu nennen, da dieser schließlich „rechtskräftig verurteilt" sei.

„Im Namen des deutschen Volkes" in den Fußstapfen des Nazismus

Daß das „Dritte Reich" auf Unrecht und Gewalt gründete, wird schwerlich ein westdeutscher Richter öffentlich zu bezweifeln wagen. Man ist ja – zumindest seit 1945 – „Demokrat". Das hindert die westdeutsche Justiz jedoch offenbar keineswegs, sich in bestimmten Fällen die NS-„Rechtsgrundsätze" und „Rechtssprechung" zu eigen zu machen. – Ein NS-Gericht hat Fiete Schulze als „Mörder" zum Tode verurteilt – bitte sehr, das Urteil ist auch heute noch gültig.

Ebenso im Fall des Letten R.M. Das Gericht fragt nicht danach, ob der faschistische Krieg gegen die Sowjetunion ein Angriffskrieg war, wie ihn sogar die Verfassung der BRD ausdrücklich verurteilt. Es fragt auch nicht danach, ob völkerrechtlich eine Grundlage bestand, den l e t t i s c h e n Bürger R.M. zum Dienst in der d e u t s c h e n „Wehrmacht" des Faschismus zu pressen. Für das Gericht ist nur interessant, daß nach den d a m a l i g e n – d.h. faschistischen „Rechtsgrundsätzen" – die Handlung von R.M. „Fahnenflucht" war, R.M. daher „zu Recht" bestraft wurde und für die bleibende Ruinierung seiner Gesundheit keinen finanziellen Ausgleich zu erwarten hat.

Wo käme denn die Bourgeoisie hin, wenn jeder Arbeiter oder Bauer sich einfach weigern darf, in einem imperialistischen Angriffskrieg zu dienen? Krieg ist Krieg und Recht ist Recht!

Im Falle des Letten R.M. haben wir ein anschauliches Beispiel dafür, wie sich die Bourgeoisie auf ihre Büttel verlassen kann: Obwohl es keineswegs gefährlich wäre, R.M. als Nazi-Verfolgten anzuerkennen, haben die Richter dennoch „instinktiv" richtig gehandelt: „Fahnenflucht" ist ein „Verbrechen", das prinzipiell im Imperialismus verfolgt wird.

Jedoch gibt es auch Richter und andere Beamte, die den Anspruch haben, tatsächlich Mitgliedern der Arbeiterklasse zu helfen, soweit sie dies im Rahmen ihrer Tätigkeit können. Ebenso wie die Bourgeoisie bemüht ist, diese durch Disziplinierungsmaßnahmen, moralische Erpressung usw. auf Linie zu bringen, müssen die Kommunisten bemüht sein, diese Menschen in ihrer Haltung zu bestärken und sie noch näher an die Arbeiterklasse heranbringen.

Diejenigen jedoch, die als Mitglieder des bürgerlichen Staates auf der Linie ihrer Herren marschieren, müssen schonungslos bekämpft und entlarvt werden.

Der Lette R.M. hat am eigenen Leibe gespürt, was das Geschäft dieser Herren ist. Wie in seinem Falle ist es unsere Pflicht, alle Mitglieder des Staates bloßzustellen, die sich weigern, der Arbeiterklasse in der Tat zu helfen, und die sich in den Zielen der Bourgeoisie verschrieben haben.

KB – Lübeck ■

Bei Grenzschutz und Polizei

Weitere Bürgerkriegsvorbereitungen

Mit neuen Maßnahmen hat die Bourgeoisie Vorbereitungen und Übungsfälle für den Bürgerkrieg intensivert:

- der Bundesgrenzschutz stellte seine Spezialtruppe „Grenzschutzgruppe 9" (GSG 9 oder auch „Anti-Terror-Polizei" genannt) vor
- die Polizei wird zusätzlich mit chemischen Kampfstoffen ausgerüstet
- in Baden-Württemberg hat das Innenministerium einen Erlaß zur Bespitzelung streikender Arbeiter herausgegeben, der in den vergangenen Streiks schon praktiziert wurde.

Offizielles Ziel dieser Maßnahmen ist die Erhöhung der „Inneren Sicherheit" und der Kampf gegen den „Terror jeder Art".

Der „Vater" des Mordkommandos GSE 9 Bundesinnenminister Genscher stellt seine Schützlinge vor.

cherheit" und der Kampf gegen den Terror jeder Art"

Dazu meldete BILD am Sonntag am 23.9.: „Die Sicherheitsbehörden erwarten 'spektakuläre Terrorakte' ultralinker deutscher Untergrundgruppen und arabischer Terroristen. Dafür gibt es zahlreiche Hinweise. München sowie zwei große Fabrikationszentren (?) gelten als 'Hauptangriffsziele'."

15 Millionen Mark hat beispielsweise bisher die Ausrüstung der GSG 9 gekostet – begründet wurde das mit der Gefahr besonders gefährlicher Gewaltverbrecher und Terroristen, die in den letzten Monaten und Jahren intensiv und ausführlich der Bevölkerung vor Augen geführt wurde:

- durch die Hetzkampagne gegen die „RAF" (Baader-Meinhof),
- durch spektakuläre Tatsachen – Gangsterfilme im Fernsehen, wie z.B. Bankraub mit Geiselnahme in München und Köln,
- durch die blutig niedergeschlagene Geiselnahme israelischer Sportler durch Araber usw.

wird versucht, der Bevölkerung das Gefühl der Bedrohung der eigenen

wird versucht, der Bevölkerung das Gefühl der Bedrohung der eigenen Sicherheit zu geben, wird an ein ganz natürliches Schutzbedürfnis appelliert. In diesem Klima werden Maßnahmen durchgeführt, die nicht nur die Duldung der Bevölkerung finden sollen, sondern geradezu gefördert werden („für die Sicherheit ist uns nichts zu teuer".) Im Schutze solcher Stimmungsmache gelingt es der Bourgeoisie sogar, viele fortschrittliche Menschen über ihre eigentlichen Ziele zu täuschen und ungehindert die Faschisierung weiterzutreiben.

Wer sind die Terroristen?

„Terroristen sind keine gewöhnlichen Kriminellen, sie sind Leute, die eine gewisse Basis haben". So Hamburgs ehemaliger Innensenator Ruhnau am 25.9. im zweiten Deutschen Fernsehen.

Tatsächlich bezeichnet die Bourgeoisie alle „Feinde der staatlichen Ordnung" als Terroristen. Je größer die Basis dieser Feinde, desto gefährlicher für die Bourgeoisie. Wird auf der einen Seite der Terrorist als der schwerbewaffnete, skrupellose Gangster dargestellt, wird andererseits dieser Begriff vor allem auf die politischen Gegner dieser Ordnung ausgeweitet: Linksradikale, Araber usw. Mehr noch: streikende Fluglotsen („eine Minderheit terrorisiert die Fluggäste"), kommunistische Studenten („linksradikaler Terror an den Universitäten") und streikende Arbeiter („Türken-Terror bei Ford", „Terror in den Fabriken").

Art und Umfang der Aufrüstung der staatlichen Schutzorgane zeigen denn auch eindeutig, daß es nicht um die Bekämpfung einzelner Krimineller und einzelner Terroristen geht, sondern daß hier eine umfassende militärische Vorbereitung auf Massenkämpfe stattfindet.

Neben der allgemeinen Aufrüstung von Polizei und Bundesgrenzschutz greift die Bourgeoisie dabei immer mehr zum Aufbau von Sondereinheiten, den Killertruppen.

In der Bundeswehr sind es die „green berets", beim Grenzschutz die GSG 9, in der Polizei die MEKs, Mobile Einsatzkommandos.

Hauptfähigkeit: skrupelloses Killen und blinder Gehorsam

Für diese Killertruppen werden nur Freiwillige herangezogen. Schon bei Bildung der GSG 9 stand in der „Bild am Sonntag" vom 17.9.72 zu lesen: „Die Spezialbeamten des Bundes müßten einen schwerbewaffneten, feuerbereiten Gegner mit der Einstellung gegenübertreten, im Notfall zu töten – ohne Überlegung und mit dem ersten Schuß!"

Neben der harten militärischen Ausbildung, die alle möglichen Spezialfähigkeiten vermittelt (siehe unten), wird die Ausbildung mit einer Erziehung zur Menschenverachtung verbunden.

Als Mittel hierzu dienen die körperliche Erniedrigung mit brutalen Mitteln. Neben einem abstumpfenden Drill gehören dazu solche Methoden, wie sie der Vorsitzende der Polizei-Gewerkschaft Kuhlmann kürzlich enthüllte: „In der Mülltonne sitzen und singen", „ein Offizier wurde nachts ausgezogen und mit dem Geschlechtsteil an einen Baum gebunden", Folterungen usw.

Darüberhinaus gehört ein intensiver psychologischer Unterricht zur Ausbildung, dessen Ziel es ist, das Feindbild klar zu umreißen.

Im ZDF-Magazin vom 25.9. wurde ein Schulungsraum so einer Spezialeinheit gezeigt, wo auf einer Tafel das Verhältnis Staat (Polizei) – Gegner (Gesetzesbrecher) als das Verhältnis „Kammerjäger – Schädling" gezeichnet wurde. Ein Schüler erklärte hierzu: „Es ist, als wenn man die Umwelt von einem Schädling erlöst."

Mit einem Training zu skrupellosem Killertum und blindem Gehorsam schafft sich die Bourgeoisie Mordkommandos, die für alle ihre Ziele einsetzbar sind.

Das ist deshalb notwendig, da ihre normalen Truppen in Bundeswehr (und sehr bedingt auch die Polizei) diese 100-prozentige Verwendungsfähigkeit nicht haben. Aufgrund ihrer Zusammensetzung (sie rekrutieren sich aus dem Volk) widerspiegeln sich auch in ihnen die unterschiedlichen Klasseninteressen und machen sie deshalb immer für „Zersetzung" durch antimilitaristische Propaganda und mögliche Unterwanderung anfällig.

Mordkommando GSG 9

Die „Grenzschutzgruppe" 9 besteht zur Zeit aus 115 Freiwilligen und soll auf 170 Mann aufgestockt werden.

Eine Einheit von 32 Mann ist rund um die Uhr in Bereitschaft und kann jederzeit innerhalb von 15 Minuten über Funk abgerufen werden. Von ihrem Stationierungsort Hangelar bei Bonn kann die Truppe jeden Ort in der Bundesrepublik innerhalb von höchstens 45 Minuten erreichen.

Ausgerüstet sind sie mit Hubschraubern, die auch auf Häuserdächern landen können.

Ein Fuhrpark von Mercedes 280 SE, einige sind kugelsicher gepanzert, mit verschiedenen Nummernschildern (darunter auch ausländische) steht jederzeit zur Verfügung.

Mauser - Schnellfeuergewehre sind mit Infrarot-Zielgeräten ausgestattet, die auch bei Nacht und Nebel auf mehrere hundert Meter Treffsicherheit garantieren. In der GSG 9 soll es 60 Präzisionsschützen geben, die ein fünf-Mark-Stück auf eine Entfernung von 300 Metern durchschießen. Schießen ist Tages-Training. Handfeuerwaffen können ebenfalls mit Zielfernrohr, Nachtsichtgerät und Schalldämpfern versehen werden. Jeder muß alle Waffenmodelle bedienen können.

Neben der Funkausrüstung haben die Männer „Sprachverschleierungsgeräte", die ein Abhören oder Stören ihrer Funkverbindungen unmöglich machen.

Mit einer „Lichtgiraffe" können sie den Standort eines Verdächtigen taghell ausleuchten.

Spezialkampfanzüge aus schlüpfrigem Leinen machen im Nahkampf ein Festhalten in der Kleidung unmöglich. Rangabzeichen werden nicht getragen, damit die Führungsoffiziere nicht sofort ausfindig gemacht werden können. Zur Standardausrüstung gehören außerdem: Panzerwesten, Tonbandgeräte, Kameras, Material für den Barrikadenbau u.a.

Die Ausbildung der Spezialeinheit besteht aus:

9 Wochen Basisunterricht,
13 Wochen Spezialtraining,
146 Stunden Rechtskunde,
50 Stunden Polizeidienst und Kriminalistik,
210 Stunden Waffenkunde und Schießtraining,
140 Stunden Karate.

Außerdem werden Seminare in Psychologie abgehalten. Neben dem täglichen Training werden Kurse wiederholt und vertieft.

Streikende = Kriminelle ?

Jetzt ist es amtlich! Nachdem bekannt geworden ist, daß die Polizei Baden-Württembergs unter anderem in Göppingen, Heidelberg und Karlsruhe bei vergleichsweise „harmlosen" Streiks gegen die Streikenden, speziell gegen „Rädelsführer" ermittelte, hat das zuständige Innenministerium dieses an die Öffentlichkeit gedrungene Vorgehen nachträglich durch einen Erlaß abgesegnet, der die Polizei verpflichtet, bei Streiks für die „öffentliche Sicher-

Streiks für die „öffentliche Sicher-



Polizei ermittelt gegen streikende Arbeiter (hier bei Ford in Köln).

heit und Ordnung" zu sorgen. Dieser Erlaß ist parallel zu den jetzt laufenden Tarifverhandlungen um den Lohnrahmentarifvertrag, der begleitet war von zahlreichen Warnstreiks, ausgegeben worden.

Nun ist es allerdings nichts Neues, daß die Polizei gegen Streikende eingesetzt wird, wie die jüngsten Schlägereinsätze bei den spontanen Streiks gezeigt haben. Neu ist allein der offene amtliche Erlaß.

Allein diese Tatsache veranlaßte den Stuttgarter IG Metall-Bezirksleiter Steinkühler zu einer Stellungnahme: „Dieser Erlaß stellt einen rechtswidrigen und mißbräuchlichen (!) Einsatz der Polizei dar, die – da sie ohnehin überlastet und unterbesetzt ist – für wichtigere Aufgaben eingesetzt werden sollte."

Angesichts der massiven Aufrüstung der Polizei und ihrer Vorbereitung auf solche Aufgaben wie „Einsatz bei ‚wilden' Streiks" klingt die halbherzige Pflichtübung Steinkühlers wie ein Hohn.

Stuttgarts Innenminister Schieß beruft sich bei diesem Erlaß nämlich auf bestehendes Recht! In der für das ganze Bundesgebiet geltenden „Vorschrift für den großen und und außergewöhnlichen Sicherheits-

und außergewöhnlichen Sicherheits-

und Ordnungsdienst" heißt es unter der Überschrift „Arbeitskämpfe": **„Durch frühzeitige Aufklärung und Erkundung sind Ausmaß und Charakter von Arbeitskämpfen sowie die örtlichen Verhältnisse festzustellen. Rechtzeitig eingeleitete Maßnahmen können vorübergehend Ausschreitungen und Gewaltanwendungen verhindern. Mit den Vertretern der Sozialpartner, insbesondere mit den örtlichen Betriebs- und Streikleitungen, ist Verbindung aufzunehmen. Die Polizei hat sich in die Auseinandersetzungen der Sozialpartner nicht einzumischen. Gegen gesetzwidriges Verhalten ist einzuschreiten. Notstandsarbeiter und Arbeitswillige sind zu schützen. Soweit erforderlich, ist die Sicherheit der An- und Abfahrt zum Arbeitsplatz zu gewähren."**

Steinkühler verbreitet in seiner Stellungnahme den Eindruck, als liege hier ein peinlicher Ausrutscher („mißbräuchlicher Einsatz") eines Innenministers vor, der zudem noch von der CDU ist.

Tatsache ist jedoch, daß in der ganzen Bundesrepublik die Polizei unter dem Deckmantel „Terror-Bekämpfung" für solche Einsätze gerüstet wird und die gesetzlichen

rüstet wird und die gesetzlichen

Grundlagen hierfür schon längst geschaffen sind.

Dies den Arbeitern offen zu sagen und hiergegen zu protestieren, das wäre die Aufgabe jedes ehrlichen Gewerkschafters – die Polizei allerdings auf ihre „wichtigeren Aufgaben" hinzuweisen, ist ein schlechter Witz!

In dieselbe Kerbe hauen übrigens die „Verfassungsschützer" von der DKP, die den Streik-Erlaß so kommentieren: „Sowohl der Streikerlaß der baden-württembergischen CDU-Regierung als auch die polizeilichen Ermittlungen verstoßen gegen die Verfassung" (UZ 8.10.73). ■

Metall-Komitee
KB-Gruppe Hamburg

Giftgas im Polizei-Einsatz

Das Waffenarsenal der Frankfurter Polizei ist um „Spray-Dosen" bereichert worden, mit denen der chemische Kampfstoff Chlor-Acetophenon gezielt gegen einzelne Personen eingesetzt werden kann. Dieser Kampfstoff wurde bereits im Ersten Weltkrieg von der deutschen Armee unter dem Namen „Weißkreuz" eingesetzt.

Von dem Kampfstoff genügt ein kurzer Spritzer aus der Spray-Dose (etwa eine halbe Sekunde), um Menschen vorübergehend „außer Gefecht zu setzen". „Das Spray brennt, juckt, schockt und erzeugt Apathie", beschreibt Polizeidirektor Vogel, und hat die Funktion, „bestimmte Arten von Widerstand in eleganter (!) Form zu brechen" (Zitate aus „Frankfurter Rundschau" vom 11.8.73). Schon seit März wird „versuchsweise" Chlor-Acetophenon auch dem Inhalt der Wasserwerfer beigemischt. Von den „Spray-Dosen" sind vorerst hundert Stück bestellt worden.

Die Polizei behauptet, daß der neue Kampfstoff völlig ungefährlich sei und keinerlei gesundheitliche Schädigungen hervorrufen würde. Die Wirkung des „Sprays" würde „im Regelfall nicht länger als 15 Minuten" dauern (FR vom 11.8.73). Dies muß schon allein bezweifelt werden, wenn man die Wirkungsweise von Chlor-Acetophenon betrachtet. So wurde Mitte Juli 73 bei der äußerst brutalen Auflösung eines Straßenfestes in der Bergstraße, das ausländische Familien veranstalteten, die in den Mietstreik getreten waren, u.a. der Kampfstoff mit Wasserwerfern versprüht. Die Folge davon war, daß die Angegriffenen noch tagelang Kopfschmerzen, Brechreiz und Augenschmerzen hatten. Einige Personen mußten sich mit einer Hornhautentzündung der Augen in ärztliche Behandlung begeben.

Die „Spray-Dose" gibt überdies den Polizisten die Möglichkeit, die eingesetzte Menge von Giftgas beliebig zu dosieren. Im „Normalfall" soll ein kurzer Ausstoß von kaum einer halben Sekunde „ausreichend" sein. Die „Spray-Dosen" enthalten jeweils 140 derartige „Portionen". Was hindert die Polizisten jedoch, den Daumen mal etwas länger auf dem Knopf der „Spray-Dose" zu halten, um es einem Demonstranten „mal so richtig zu geben"? Auf die Frage, was passiert, wenn statt einer halben Sekunde mal etwas länger „gesprüht" wird, meinte Polizeidirektor Vogel trokken, dann „juckt und brennt es etwas mehr" (FR vom 11.8.73).

In einem Gutachten der Universitätsaugenklinik Hamburg wird Chlor-Acetophenon allerdings als „aggressives Kampfmittel" bezeichnet. Es soll bleibende Schädigungen „in direktem Kontakt mit dem Gewebe in flüssiger oder fester Form" verursachen sowie bei hoher Konzentration Hornhauttrübungen und -defekte herbeiführen (FR 24.8.73).

Daraufhin behauptete die Polizeiführung, sie verwende gar nicht Chlor-Acetophenon, sondern einen anderen Stoff auf Acetophenon-Basis. Im Gegensatz zur oben zitierten Aussage von Polizeidirektor Vogel erklärte nun plötzlich der technische Referent der Polizeiabteilung im hessischen Innenministerium, Hans Sturm, „von Apathie nach einer Dusche aus der Dose könne keine Rede sein" (FR vom 16.8.73). In einem Gutachten für den Unterbezirksvorstand der Frankfurter SPD wies dagegen der Diplomchemiker Gerhard Giebenhain daraufhin, daß es sich bei dem verwendeten Kampfstoff in der Tat um Chlor-Acetophenon handelt.

Die „Wunderwaffe" wird vorgestellt.

Darüber hinaus kam er zu der Schlußfolgerung: **„Zehn Liter des eingesetzten Wassers enthalten bereits die Dosis, die unter ungünstigen Umständen in geschlossenen Räumen zum Tode führen kann. Wird also eine Gruppe von Demonstranten von imprägniertem Wasser durchnäßt, für längere Zeit z.B. in einen geschlossenen Transportwagen oder eine enge Arrestzelle gebracht, so treten beträchtliche Risiken auf."** (Nach FR vom 29. 8.73).

Offenbar ist hier eine neue Stufe bei der Eskalation der Gewaltmittel des Staates erreicht, um die werktätige Bevölkerung vom Kampf für die Durchsetzung ihrer Interessen abzuschrecken und um die Gegner der bestehenden Ausbeuterordnung mit noch brutaleren Mitteln bekämpfen zu können. Allerdings handelt es sich bei der neuerlichen Eskalation um eine „elegante Form", was nichts anderes heißt, als daß der werktätigen Bevölkerung einige Sympathie entgegengebracht wird und die sich in zunehmendem Maße auch aktiv an diesen Kämpfen beteiligt (siehe AK 28 und 31).

Aufgrund der neuen Gutachten, die in der Bevölkerung bekannt geworden sind, und durch Kritik der Jusos ist auf Initiative der SPD-Fraktion die **Anwendung** des chemischen Kampfstoffes vorläufig zurückgestellt worden. Es soll alles „geprüft" werden!



Die Polizei wird in Zukunft chemische Kampfstoffe gegen Demonstranten einsetzen, die aus Wasserwerfern geschleudert werden.

auch ohne Brachialgewalt die Gegner des Kapitalismus äußerst brutal bekämpft werden können, was dann für außenstehende Personen schwerer durchschaubar ist.

Die „Spray-Dose" ist „elegant" und „sauber" – kein Blut, keine blauen Flecke. Sie entspricht so recht dem internationalen Trend zur Vervollkommnung und „Modernisierung" des Unterdrückungsapparats.

„Die Polizisten in Frankreich, den USA und Mexiko sorgen bereits seit mehreren Jahren auf diese Weise für Sicherheit und Ordnung." (FR vom 11.8.73)

Dabei ist es sicher kein Zufall, daß ausgerechnet die Frankfurter Polizei als erste in der BRD mit dem neuen Kampfstoff ausgerüstet wurde (es folgten München und Stuttgart). Schließlich gibt es gerade hier relativ entwickelte Kämpfe gegen Mietwucher und Spekulation, denen von

Daß diese „Überprüfung" zu einem endgültigen Verbot führt, ist sehr unwahrscheinlich, da von CDU, SPD, Gewerkschaft der Polizei und auch der ÖTV (!) die Anwendung von Chlor-Acetophenon befürwortet wird. Die Gewerkschaftsführer der ÖTV scheint es wenig zu stören, daß die Möglichkeit besteht, daß bei Arbeitskämpfen der chemische Kampfstoff gegen die eigenen Mitglieder eingesetzt wird.

Inzwischen ist überdies klar geworden, daß die Chlor-Acetophenon „Sprays" spätestens dann endgültig zum Einsatz freigegeben werden, wenn am 1. Januar 74 die Frankfurter Polizei „verstaatlicht" (dem Bundesland Hessen unterstellt) wird. Die hessische Landesregierung ist ohnehin der Ansicht, die Angelegenheit sei „in Frankfurt hochgespielt worden". ■

Schülergruppe des KB/Gruppe Frankfurt

'Spray-Dosen' auch in Hamburg

Laut Meldung der ,Welt am Sonntag vom 7.10. soll auch die Hamburger Polizei mit den Chloracetophenon-„Spray-Dosen" ausgerüstet werden.

Daneben sind drei Tränengas-Wurfkörper (TW) im Einsatz:

- TW 70/1 mit 2,4 Gramm Chloracetophenon (CN) für geschlossene Räume.
- TW 70/2 mit 24 Gramm CN für den Gebrauch im Freien. Er hat die Hüpfwirkung eines Knallfroschs, damit er nicht zurückgeworfen werden kann.
- TW 70/3 mit 24 Gramm CN, der verwendbar ist für Maschinenpistolen, Signalpistolen und Schnellfeuergewehre. Reichweite: 120 Meter.

Außerdem werden in Zukunft den Wasserwerfern der Hamburger Polizei CN-Dosierungen beigemischt. ■

Metall-Komitee, KB-Gruppe Hamburg

— Inquisition '73 —

Verschärfte Anwendung des 'Radikalenerlasses'

Umschrieben mit beschönigenden Worten wie „Präzisierung" und „Vereinheitlichung" wird gegenwärtig von der SPD/FDP-Regierung, im Verein mit den Regierungen der Bundesländer, die verschärfte Anwendung des „Radikalen-Erlasses" vom 28.1. 1972 betreiben.

In diesem von den Ministerpräsidenten der Bundesländer festgelegten Erlaß heißt es:

„Ein Bewerber, der verfassungsfeindliche Aktivitäten entwickelt, wird nicht in den öffentlichen Dienst eingestellt. Gehört ein Bewerber einer Organisation an, die verfassungsfeindliche Ziele verfolgt, so begründet diese Mitgliedschaft Zweifel daran, ob er jederzeit für die freiheitlich-demokratische Grundordnung eintreten wird. Diese Zweifel rechtfertigen in der Regel eine Ablehnung des Einstellungsbescheids."

Der „Radikalen-Erlaß" erneuert inhaltlich nur den „Adenauer-Erlaß" von 1950. Dieser war seinerseits nur eine Neuauflage des faschistischen „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums" vom 7. April 1933, in dem es u.a. heißt:

„...§ 4) Beamte, die nach ihrer bisherigen politischen Betätigung nicht die Gewähr dafür bieten, daß sie jederzeit rückhaltlos für den nationalen Staat eintreten, können aus dem Dienst entlassen werden."

Es ist offensichtlich und auch nicht zufällig, daß die Begriffe des „Radikalen-Erlasses" der subjektiven Auslegung viel Raum lassen. Wo z.B. die „freiheitlich-demokratische Grundordnung" genau aufhört und die „Verfassungsfeinde" anfangen, darüber sind sich weder die SPD und die CDU/CSU noch die Gerichte einig. Die CDU/CSU rechnet z.B. ohne weiteres größere Teile der SPD den „Verfassungsfeinden" zu; und die SPD selbst bezweifelt die „Verfassungstreue" ihrer ehemaligen Studenten-Organisation SHB (laut „FR" vom 9.10.73).

Dafür, daß jemand, wie es auch in den neueren Verlautbarungen wieder heißt, „jederzeit (!!) für die freiheitlich-demokratische Grundordnung (was immer man darunter verstehen mag) eintritt", gibt es selbstverständlich sowieso keine „Gewähr", wie im Erlaß verlangt wird. Um dies zu beurteilen, müßten die Behörden und Richter nicht nur mit Röntgenaugen in die Köpfe der Bewerber blicken können, sondern gleichzeitig auch noch Hellseher sein. Denn schließlich „wird ein echter Extremist nie bekennen, daß er's ist. Er unterwandert den Staat kaderweise und schweigend." (R. Stobbe, ein Befürworter des „Radikalen-Erlasses", in der „Hamburger Morgenpost" vom 21.9.73). „Radikale" lügen sowieso, und wer behauptet, daß er kein Radikaler ist, der ist womöglich erst recht einer.

Mit der scheinheiligen Parole einer „Präzisierung" des „Radikalen-Erlasses" soll der staatliche Spielraum erweitert werden, um ihn einerseits noch differenzierter zu handhaben, und andererseits die a l l g e m e i n e Bespitzelung auszubauen. Der Staat kann auf der einen Seite vielleicht das Mitglied einer „radikalen" Organisation „durchschlüpfen" lassen und andererseits einen Unorganisierten abweisen etc. Die Bourgeoisie ist natürlich nicht daran interessiert, durch die Bank alle Mitglieder „radikaler" Organisationen vom öffentlichen Dienst auszuschließen. Das würde angesichts der großen Zahl von „radikalen" jungen Intellektuellen z.B. den Personalmangel an den Schulen erheblich vergrößern und „unnötig" viele Jugendliche zu dauerhaften Gegnern der Bourgeoisie machen. Die Bourgeoisie rechnet vielmehr darauf, einen großen Teil dieser Jugendlichen doch noch einsacken zu können, „wenn erst der jugendliche Überschwang vorbei ist" und die Anpassung an die bürgerliche Gesellschaft sich auszuwirken beginnt. Vom Standpunkt der Bourgeoisie wäre es daher sehr schädlich, pauschal eine große Zahl „radikaler" junger Intellektueller zu treffen. Die Bourgeoisie und ihr Staat handeln vielmehr nach dem System: „Einen oder zwei hart treffen, und dadurch zehn oder zwanzig einschüchtern."

Am 20.9.73 beschlossen der Bundeskanzler und die Ministerpräsidenten der Länder eine „Präzisierung" des Berufsverbots gegen Demokraten und Kommunisten im öffentlichen Dienst. („Extremistenbeschluß")

Wichtigstes Ergebnis der Konferenz: Der ursprüngliche Beschluß dieses Gremiums zur „Nichteinstellung politischer Extremisten" in den



Forts. „Radikalen-Erlaß"

öffentlichen Dienst soll durch eine Änderung des Beamtenrechts ersetzt werden. In der Konsequenz heißt das, daß sich jeder Angestellte oder Bewerber für den öffentlichen Dienst die Überwachung seiner politischen Gesinnung und Handlungen gefallen lassen muß.

Demonstrativ zum selben Zeitpunkt verweigerte der NRW-Justizminister dem DKP-Mitglied Volker Götz die Ernennung zum Richter, untersagte die niedersächsische Regierung dem Lehrer Ulrich Müller die Einstellung in den Schuldienst, suspendierte der Hamburger Schulsenator zwei Referendare und verhängte sogar ein Ausbildungsverbot gegen sie.

Schon Ende April 1972 hatten sich die Länderinnenminister auf eine „Konkretisierung" des Ministerpräsidentenerlasses geeinigt. Vorgesehen war, daß die staatlichen Behörden bei j e d e m Bewerber in j e d e m Fall Erkundigungen über seine politische „Tauglichkeit" vom Innenministerium einholen. Solche Erkundigungen sollten Aufschluß über das politische Verhalten des Bewerbers während der letzten fünf Jahre (!) geben. Mehrere Bundesländer haben sich in der Zwischenzeit diese Linie zu eigen gemacht.

Willy Brandts „überraschender Vorstoß" auf der Ministerpräsidentenkonferenz vom 20.9.73 hatte zum Inhalt, genau diese Praxis durch eine Änderung des Beamtenrechts gesetzlich zu verankern. Eine Änderung des Beamtenrechtsrahmengesetzes ist eben nicht nur eine formale, juristische Sache. Sie bedeutet, daß die Anwendung der Berufsverbotsbestimmungen auf a l l e Beamte oder Angestellte des Staates obligatorisch wird.

Schien der „Extremistenbeschluß" vom Januar 72 vordergründig ein Berufsverbot gegen Mitglieder linker Organisationen zu sein, so ist jetzt o f f e n s i c h t l i c h, daß es um die Überwachung, Disziplinierung und Säuberung aller Angehörigen des öffentlichen Dienstes geht.

Das bedeutet einen eindeutigen Auftrag an den Verfassungsschutz zur totalen Überwachung der Ange-
Auftrag an den Verfassungsschutz zur totalen Überwachung der Ange-
hörigen des öffentlichen Dienstes. Es ist bereits praktiziert worden, daß die Unterzeichnung eines Aufrufs für eine antifaschistische Kundgebung (Hamburg), die Teilnahme an einer Demonstration gegen die US-Aggression in Indochina (Augsburg), das Verfassen eines gewerkschaftsinternen Rundschreibens (Heidelberg) als „Beweis" dienten, um ein Berufsverbot auszusprechen.

Damit nicht genug: Selbst solche „Indizien" wie etwa: der Bewerber war früher mal mit „Linken" befreundet, er hat mal eine rote Fahne vor seinem Haus aufgestellt, er war als Studienanfänger mal in einer „roten" Basis-Gruppe usw. scheinen den Behörden mitunter akzeptabel. Nicht in jedem Fall, wohlgemerkt!

Die Bourgeoisie und ihr Staat sind durchaus genötigt und bereit, der Mehrheit der Intellektuellen mögliche „Jugendsünden" zu vergeben; in Einzelfällen jedoch führen sie auch eine exemplarische „Bestrafung" (Berufsverbot) vor, um zu zeigen, daß „linke Jugendsünden" auf jeden Fall nicht ohne Risiko sind.

Zur Ausweitung des Klimas der gegenseitigen Bespitzelung und Denunziation gehört es auch:

> Wenn die Hamburger Schulbehörde Referendar-Ausbilder auffordert, die Arbeiten der jungen Referendare (auszubildende Referendare) noch stärker unter politischen Gesichtspunkten zu bewerten und Äußerungen der Referendare in Seminar-Diskussionen an die Schulbehörde weiterzuleiten, um „justiziables" (= gerichtlich verwertbares) Material gegen „Radikale" zu sammeln.

Zwei falsche Linien in der Frage der Berufsverbote

a) die „KPD/ML"

Die „KPD/ML" („Roter Morgen") fährt in dieser Frage einen extrem blöden und provokatorischen Kurs, indem sie den Kampf „gegen" die Berufsverbote vornehmlich als Kampf gegen die DKP führt.

T a t s a c h e ist, daß von den Berufsverboten im öffentlichen Dienst gerade DKP- und MSB-Mitglieder zahlenmäßig immer noch am stärksten betroffen sind. Für die „KPD/ML" darf das jedoch nicht wahr sein. Sie behauptet unverfroren, daß die DKP vom Berufsverbot gar nicht betroffen sei, sondern daß der bürgerliche Staat im Gegenteil ganz versessen darauf ist, DKP-Mitglieder in den öffentlichen Dienst zu holen, um mit ihrer Hilfe den eigentlichen Hauptfeind, die „KPD/ML", zu bekämpfen.

Zum „Fall Götz" z.B. erschien im „Roten Morgen" (28.7.73) ein Artikel unter der Überschrift „D'K'P – ein Ordnungsfaktor in diesem Staat". Die DKP sei eine **„Partei des Kapitals"** und ein **„Unterdrücker des Volkes"**.

„...immer mehr sieht sich die Bourgeoisie genötigt, die „D'K'P" als eine staatstragende Kraft aufzupolieren, um sie im Bedarfsfalle für ihre Zwecke, zur Verwaltung und Erhaltung ihrer Macht einsetzen zu können."

„DKP-Götz kommt der Bourgeoisie gerade recht. Will sie doch mit ihm ihre Klassenjustiz tarnen. ...Es wäre nicht verwunderlich, wenn dieser staatserhaltende Salonkommunist Götz schon bald Urteile gegen Marxisten-Leninisten verhängen würde, um seinen bürgerlichen Herren zu beweisen, wie treu er auf ihrer Seite steht."

Ein Richter Götz wäre der „KPD/ML" zweifellos „gerade recht" gekommen, um ihr vorgeblich „antirevisionistisches", in Wahrheit aber für jeden Kommunisten beschämendes Gekeife gegen die Opfer des Berufsverbots fortzusetzen. Nachdem es dann mit Götz doch nichts geworden ist (zweifellos ein weiteres „Komplott" von DKP und Bourgeoisie gegen die „KPD/ML"!), fällt dem „Roten Morgen" vom 29.9. dazu nur ein, daß Götz ein „Revisionist durch und durch" ist, und daß sich die Berufsverbote doch nicht gegen die DKP, sondern „gegen das Volk" richten.

Der Kampf gegen die Berufsverbote im öffentlichen Dienst ist Teil des demokratischen Kampfes. Wenn Mitglieder der DKP von diesen Maßnahmen betroffen werden, so gerade deshalb, weil sie – trotz ihres Revisionismus – dem bürgerlichen Staat als zu fortschrittlich verdächtig sind. Mit ihnen sind wir als Demokraten solidarisch, und zwar auch dann, wenn die DKP ihrerseits jede Solidarität mit vom Berufsverbot betroffenen „Ultra-Linken" demagogisch ablehnt und sich selbst zu einer Märtyrerpose hochspielt. Denn es geht uns ja nicht um die DKP-Führung, sondern um die langfristige Herstellung von Gemeinsamkeiten im demokratischen und antikapitalistischen Kampf auch mit DKP-Mitgliedern. Wir wollen diese nicht durch idiotische Beschimpfungen noch weiter dem Revisionismus in die Arme treiben, sondern sie nach Möglichkeit für den gemeinsamen Kampf gewinnen.

b) Der KBW (am Beispiel der SSG Hamburg)

Wie in AK 33 berichtet, hat die Hamburger Schulbehörde am 20.9. zwei Referendare von ihrer weiteren Ausbildung am Studienseminar ausgesperrt; beide gehören der SSG an.

Wie aber führte die SSG den „Kampf" gegen diese neuerliche Anwendung des Berufsverbots? Nachdem sich mit der von der SSG unter der wahnwitzigen Parole „Die Junta hat ihr Ziel nicht erreicht" geführten Chile-Kampagne nichts mehr anfangen ließ, stürzte sich die SSG mit Volldampf in die Referendar-Kampagne (u.a. ein vierseitiges Massenflugblatt mit einer Auflage von ca. 60 000), als wäre das jetzt das wichtigste Problem auf der Welt.

In Gesprächen mit anderen Organisationen lehnte die SSG es ab, die Frage der politischen Entlassungen in den B e t r i e b e n mit in die Agitation und in eine mögliche Demonstration mit einzubeziehen. Das entspricht ihrer lange geübten Praxis, den Kampf der Arbeiterklasse vom Kampf der fortschrittlichen Intelligenz zu trennen. Überdies führte die SSG in dem von ihr verbreiteten Wust an Papier (insgesamt mindestens 8 Seiten mit einer Gesamtauflage von 115 000!) nicht einmal einen Kampf gegen das Berufsverbot, sondern beschränkte sich im wesentlichen auf einen bornierten „Kampf" um die Wiederzulassung „ihrer" Referendare zur Ausbildung.

Die beiden „Kampfparolen" der SSG waren: „Sofortige Aufhebung der Suspendierung!" („ihrer" Referendare) sowie „Für eine Schule im Dienste des Volkes!"

Zu letzterer Parole wurde jedoch keineswegs ihre wirkliche Bedeutung erklärt, daß eine solche Schule nur innerhalb einer sozialistischen Gesellschaftsordnung möglich ist. Vielmehr wurde die Parole auf den platten Begriff gebracht: „In den Schulen muß die Wahrheit gesagt werden können!", wobei treuherzig versichert wurde, daß immer mehr Referendare und Lehrer den Wunsch verspüren, in der Schule „die Wahrheit" zu sagen. Welche „Wahrheit"? Versteht nicht z.B. ein liberaler oder sozialdemokratischer Lehrer, der im Rahmen seines Verständnisses gegen reaktionäre Lehrinhalte ist, unter „Wahrheit" etwas ganz anderes als ein Kommunist? Die Basis der Parole von der „Wahrheit" ist der kleinbürgerliche Idealismus.

Die Unernsthaftigkeit der SSG (KBW)-Politik zeigte sich auch mal wieder in ihrer speziellen „Auslegung" von Aktionseinheits-Politik. In ihrem Aufruf-Flugblatt zur Demonstration (Titel: „Warum ist die breiteste (!) Aktionseinheit der Massen (!!) nötig? "), diffamieren diese Herrschaften ein eigentlich notwendiges Zusammengehen mit anderen linken Gruppen und Organisationen („Komplott (!!) von Organisationen"). Dagegen wird demagogisch die „breiteste Aktionseinheit der Massen" ausgespielt, die angeblich die SSG-Politik und -Mobilisierung bringen wird.

Wie nicht anders zu erwarten, brachte die SSG (KBW-Ortsgruppe Hamburg) nur ihre üblichen ca. 300 Demonstranten auf die Beine.

Trotzdem durften natürlich die üblichen wahnwitzigen Fehleinschät-
üblichen wahnwitzigen Fehleinschät-
zungen der Stimmung der Massen nicht fehlen. So heißt es etwa in einem Flugblatt: **„Breite Kreise der Hamburger Eltern, Schüler und Lehrer, große Teile des Volkes sind empört über diese Willkürmaßnahme."** (die Suspendierung der beiden Referendare.) Und gar von der „spontan (!) empfundenen Solidarität aller (!!!) Lehrer, Eltern und Schüler...im Kampf gegen das herrschende Schulchaos" war da die Rede.

Warum auch nicht: Wer nach der Ermordung tausender chilenischer Arbeiter und der Herrschaft des faschistischen Terrors in Chile schrieb: „Die Junta hat ihr Ziel nicht err[illegible]cht", dem ist auch jede andere Ve[illegible]ktheit zuzutrauen. ■

Bündnis[illegible]nission des KB/Gruppe Hamburg und ARBEITERKAMPF-Redaktion

---

Schreckliche Fragebogen in Griechenland

Bewerber für den öffentlichen Dienst in Griechenland müssen Angaben über ihre politische Haltung machen. Zwei Kardinalfragen sind dabei, ob die Bewerber kommunistischen Organisationen angehören und ausländischen Interessen, die die Sicherheit Griechenlands bedrohen, verhaftet sind.

Diese Befragung hat ungeheure Aufregung in der bundesdeutschen Presse hervorgerufen, weil sie unserer Meinungsindustrie mit demokratischen Prinzipien „nicht vereinbar" erscheint.

Ganz anders ist die Lage natürlich in der Bundesrepublik, wo es durchaus nicht tangiert, dem Sowjetimperialismus Steigbügel zu halten. Hier werden vielmehr die „wahren Feinde" vom öffentlichen Dienst ferngehalten — z. B. jene, die das Grundgesetz des eigenen Staates noch ernst nehmen.

Faschistischer Zynismus (aus „Nationalzeitung" vom 18.2.72)



WEG MIT DEM BERUFSVERBOT! (Demonstration in Hamburg)

Hamburg:

Semester–Aberkennung für 555 Sozialpädagogikstudenten

Zur Situation an der Fachhochschule Hamburg, Fachbereich Sozialpädagogik

Der letzte AK berichtete über die Miseren und Ursachen der Fürsorgeerziehung. In Anknüpfung an diesen Artikel wollen wir über die Situation der Sozialarbeiter und -pädagogen (SA/SP) Studenten berichten, die die Fachhochschule (FHS) besuchen. Außerdem sollen hier die Kämpfe gegen die Verschärfung der Ausbildungssituation dargestellt werden.

Die FHS ist eine Institution des zweiten Bildungsweges. Voraussetzung zur Aufnahme ist die Fachhochschulreife. Diese wird in der Regel durch Mittlere Reife, abgeschlossene Berufsausbildung und einjährige Fachoberschule erreicht. Für einen Volksschüler, für den eigentlich der zweite Bildungsweg geschaffen wurde, ist es ein Weg mit vielen Opfern und Hindernissen. Denn welcher Proletarier ist schon in der Lage, eine Weiterbildung seiner Kinder zu finanzieren, bei einem Stipendium, dessen Höchstsatz unter dem vom Sozialamt festgelegten Lebenshaltungskosten liegt.

Selbst wenn dieses Ziel erreicht ist, verhindert der Numerus Clausus (NC) in den meisten Fällen ein Studium an der FHS (von ca. 1000 Bewerbern können im nächsten Jahr höchstens 250 aufgenommen werden!). Nur wer sich dem Leistungsdruck anpaßt, denn nur so bekommt man die guten Noten, schafft den „Sprung", Student zu werden. Hier entlarvt sich wieder einmal die bürgerliche Ideologie der Chancengleichheit.

In alten Büroräumen, die die Deutsche Angestellten Gewerkschaft (DAG) der Hochschulbehörde gegen eine Jahresmiete von 600 000 DM „freundlicherweise" zur Verfügung gestellt hat, sollen die SA/SP Studenten dazu ausgebildet werden, den Wunden des Kapitalismus kleine Pflästerchen aufzukleben. Mittlerweile ist uns aber von der DAG gekündigt worden, denn ihr paßten „kommunistische Schriften" (Flugblätter), „beschmieren der Wände" (Wandzeitungen) und „ruhestörender Lärm" (Vollversammlungen) nicht.

Ein starker Leistungsdruck soll die Studenten daran hindern, sich mit den Lehrinhalten kritisch auseinanderzusetzen. Diese bewegen sich auf einer abstrakten, bürgerlich-wissenschaftlichen Ebene, mit denen der spätere SA/SP in seiner Praxis nichts anfangen kann. Weiterhin wird hier so schon von vornherein verhindert, daß der SA/SP die Ursachen der Verelendung des Proletariats erkennt, um sich mit den „Gestrauchelten" zu solidarisieren. „Straucheln" aber kann man nur über die unmenschlichen Bedingungen innerhalb und außerhalb des kapitalistischen Produktionsprozesses. (siehe auch AK 33)

Ein kleiner Teil der Studenten hat erkannt, daß diese Ursachen nur im Kapitalismus zu finden sind, und es darum heißt, ihn konsequent zu bekämpfen. Dieser Teil versucht unter den anderen Studenten eine Agitation und Propaganda zu treiben, über die Bedingungen des Kapitalismus und über die Kämpfe der Arbeiterklasse und der Kommunisten.

Die sich verschärfende Ausbeutung der Arbeiterklasse hat zur Folge, daß sich die Klassenkämpfe in der BRD verstärken werden. Auf diese Klassenkämpfe bereitet sich die Bourgeoisie mit einem Fächer von staatlichen Unterdrückungsmaßnahmen vor. Zum verstärkten Kampf gegen das Proletariat braucht die Bourgeoisie die Intelligenz als Instrument zur Niederhaltung der Arbeiterklasse. So braucht sie auch SA/SP, die die Knechtung der Arbeiterjugend durch z.B. Fürsorgeerziehung bedingungslos ausführt. Sie bekämpft diejenigen, die sich mit der Arbeiterklasse verbünden wollen.

Deshalb ist es ihr Ziel, durch Gesetze und behördliche Maßnahmen

►

Gleichberechtigung der Frau nur auf dem Papier ??

Am Sonnabend, den 15.9.1973, war in der „Morgenpost" folgende Überschrift zu lesen: *„Ein Mädchen wollte gern Feinmechanikerin werden. Das aber geht nicht, denn: In der AEG-Lehrwerkstatt gibt es keine einzige Damentoilette.*
Im Arbeitsamt hieß es: Männliche Berufe sind nichts für die Hamburger Frau."

Hier die Suche einer jungen Kollegin nach einer Ausbildungsstelle in der Industrie auf die nicht vorhandenen Damentoiletten zu reduzieren, ist halbherzig und zeigt den Kern, nämlich die politisch-ideologische und ökonomische Stellung der Frau in der heutigen kapitalistischen Gesellschaft, mit keinem Wort auf. Eigentlich hätte die Journalistin Gertie Schönfeld, als Frau in dieser Gesellschaft aufgrund eigener Erfahrungen hier politisch sinnvollere Aussagen machen können.

Die Antwort vom Arbeitsamt: „Es ist in Hamburg nicht möglich, auch nicht zulässig, daß diese Berufe, die nur männlichen Facharbeitern zustehen, von Frauen gelernt werden", drückt hingegen den politischen Kern aus, es ist eben „nicht zulässig".

Nach dem Artikel 3 des Grundgesetzes sind Mann und Frau gleichberechtigt.

„Niemand darf wegen seines Geschlechts benachteiligt oder bevorzugt werden".

Dieser Artikel ist heute nicht verwirklicht, denn die Wirklichkeit sieht, wie dieses kleine Beispiel zeigt, anders aus. Das Recht auf Berufstätigkeit steht für die Frauen noch nicht einmal auf dem Papier, denn laut § 1356 BGB Abs. 1 ist die Frau nur berechtigt, „....erwerbstätig zu sein, soweit es mit ihren Pflichten in Ehe und Familie vereinbar ist".

Dieses Gesetz spricht der tatsächlichen Lage der Frauen Hohn, die die materielle Not des Kapitalismus zwingt, ihre Arbeitskraft zu verkaufen und die somit in immer größerem Maß in die Fabriken gezwungen werden.

Obwohl die Erwerbstätigkeit der Frau ein fester Bestandteil der kapitalistischen Wirtschaft ist, obwohl 37 % aller Arbeitskräfte Frauen sind und von allen Frauen schon 1970 64,5 % erwerbstätig waren, ist die Lage der Arbeiterin im Kapitalismus noch weitaus schlechter als die Lage ihrer männlichen Kollegen.

- Das Durchschnittseinkommen der Frau beträgt nur etwa 60 % des Durchschnittseinkommens des Mannes.
  So besagt eine Untersuchung des „Statistischen Bundesamtes" von 1972, daß die in der Konfektionsindustrie arbeitenden Männer und Frauen unterschiedlich für gleiche Arbeit bezahlt bekommen. Der Kollege verdient 6,24 DM, die Kollegin 4,94 DM Brutto.

Mit diesem bißchen Lohn, den die Arbeiterin bekommt, kann sie kaum sich selbst ernähren, geschweige denn ihre Kinder.

- 53 % der Industriearbeiterinnen (einschließlich Teilzeitbeschäftigte) verdienten 1970 weniger als 500,– DM, nur 8 % hatten über 800,– DM in der Lohntüte.
- 43 % aller berufstätigen Frauen haben keinerlei Ausbildung und nur 6 % aller Industriearbeiterinnen haben eine abgeschlossene Lehre.
- Nach wie vor sind die erwerbstätigen Frauen auch im Alter noch ungesicherter als die Männer. Denn bisher hat die Frau keine vom Ehemann unabhängige Rentenversicherung: die Zeiten, in denen sie durch Kindererziehung im Beruf ausfällt, werden auf die Rente nicht angerechnet.

Aus dieser ökonomisch schlechten Situation wollen viele junge Mädchen heraus, indem sie so schnell wie möglich heiraten, und erhoffen sich davon die Erlösung aus ihrem elenden Arbeiterleben. So wollen nur 29 % der Frauen ausdrücklich nach der Heirat noch im Beruf bleiben, 20 % bis zum ersten Kind.

Wie trügerisch diese Hoffnung ist, zeigt die ständig steigende Zahl der verheirateten Frauen, die gezwungen werden „mit"zuarbeiten, damit die Familie ernährt werden kann, damit sie sich diesen oder jenen Luxus leisten können. Bei einer Umfrage der „Arbeitsgemeinschaft Sozialwissenschaftlicher Institute" gaben 94 % der arbeitenden Frauen an, sie seien aus ökonomischen Gründen aufs Mitverdienen angewiesen.

Nicht nur ökonomisch, wie oben aufgezeigt, wird die Frau mehr ausgebeutet als die männlichen Kollegen, sondern auch politisch ist die Frau in dieser Gesellschaft entrechteter als der Mann.

- Nach wie vor wird zu alledem den Frauen durch den § 218 das Recht verwehrt, eigenständig zu entscheiden, wann und ob sie Kinder haben wollen.

Nicht nur, daß die Frauen politisch und ökonomisch von der Bourgeoisie entrechteter sind als die Männer, sondern auch die eigenen Männer lassen ihre eigene tagtägliche Unterdrückung die Frauen spüren.

Für die Arbeiterfrauen trifft Karl Marx' Aussage über die Lage der Arbeiterklasse im Kapitalismus im Besonderen zu: **„....(sie) haben nichts in ihr zu verlieren, als ihre Ketten, sie haben eine Welt zu gewinnen."**

Auch heute noch steht hinter dieser offensichtlichen Benachteiligung der Frauen die reaktionäre Ideologie, die Frauen seien „von Natur aus weniger intelligent als der Mann", so „Bild"-Schlagzeile: „Die Frau hat weniger im Kopf"!!!!

Im ARBEITERKAMPF Nr. 18 vom Mai '72 schrieben wir: „Die Bourgeoisie hat genug ‚Wissenschaftler', die sich dazu hergeben, das zu bestätigen. Sie werden dafür gut bezahlt, so z.B. die Arbeitgeberexpertin für „industrielle Frauenarbeit", Helga Lange, die behauptet: „Arbeiterinnen mit geringer geistiger Beweglichkeit genügen die einförmigen, unterteilten und sich stets wiederholenden Handgriffe meist voll auf", denn „die Frau neigt mehr zu Passivität, zum Mit-Sich-geschehen lassen".

Zu noch größeren Frechheiten versteigen sich Hoffmann und Kersten in ihrem Buch „Frauen zwischen Familie und Fabrik". „Die Frau als Hüterin des Lebens weiß, wie sehr der Mensch eine Bindung braucht. Sie steht auch Gott näher, weil sie von Natur einen besonderen Spürsinn für das Übernatürliche ..... erhalten hat".

Den Ursprung finden wir in der faschistischen Ideologie. „Es ist die größte Idee des Nationalsozialismus, daß die Frauen zurück geführt werden sollen zu Heim und Herd, wo sie den Mann durch ihre Liebe und Sorglichkeit die Basis zum Schaffen bereitet." (Nationalsozialistischer Wirtschaftsaufbau und seine Grundlagen / Magda Goebbels)

In seinem Buch „Signale" schreibt der NS-Propagandist Goebbels: „Die Frauen sollen ihrem Land und Volk Kinder schenken, Kinder, die Geschlechterfolgen fortsetzen und die Unsterblichkeit der Nation verbürgen".

Mit „dem Volke Kinder schenken" wollten die Faschisten nicht nur die Frauen aus den ihnen noch verbliebenen Arbeitsplätzen vertreiben, um Arbeitsplätze für die arbeitslosen Männer zu schaffen, sondern hierhinter verbirgt sich übelster Rassismus und Menschenhetze.

Diese reaktionäre Ideologie, in all ihren verschiedenen Erschei - scheinungsformen und Schattierungen wird den Frauen – und auch den Männern – von Kindheit an vermittelt.

Es ist kein Wunder, wenn wir oft das Argument hören „meine Eltern wollen nicht, daß ich was lerne. Ein Mädchen braucht keine Lehre, sie heiratet ja doch später". – Während der Lehrzeit verdient man so wenig!" Das Ergebnis dieser Anschauung:

- Über 2/3 der weiblichen „Berufsschüler" befinden sich in Hamburg in den „ungelernten Klassen".

Die Auswirkung dieser reaktionären Ideologie spiegelt sich auch im politischen Bewußtsein der Arbeiterinnen wieder:

- Die Wahlbeteiligung der Frauen ist durchschnittlich 10 % niedriger als die der Männer und großen Schwankungen unterworfen. Aufgrund ihrer sozialen Abhängigkeit neigen Frauen stärker zum Konservatismus, d.h. zur Erhaltung des Bestehenden.

Die bürgerliche Wahlpropaganda empfiehlt den Frauen, mehr auf das „Altbekannte" und damit „Bewährte" zu vertrauen und mehr auf ihre Emotionen zu bauen, als auf ihren Verstand. Sie werden dabei mehr als die Männer auf bestimmte Persönlichkeiten fixiert. So treffer Frauen oft unpolitischer eine Wahlentscheidung.

- Die gewerkschaftliche und politische Organisierung der Frauen ist weitaus geringer als die der Männer:
  nur 16 % der arbeitenden Frauen sind gewerkschaftlich organisiert. Ca. 20 % der Mitglieder von bürgerlichen Parteien sind Frauen. Auch in den kommunistischen Organisationen dürfte dieser Prozentsatz auch nicht wesentlich höher liegen.

Unwissenheit nennt Marx eine der Formen der Verelendung und wirklich, man kann nur von einer furchtbaren Verelendung sprechen, denn anders kann man es nicht begreifen, daß keine politische Partei solchen Zulauf von Frauen fand wie die NSDAP, und keine politische Partei hatte den Frauen den Kampf so angesagt, wie diese NS-Partei.

Die Bourgeoisie macht sich die Tradition früherer Gesellschaftsordnungen zunutze, um die Frauen in ihrem politischen Bewußtsein zurückzuzerren und damit die Arbeiterklasse zu spalten.

Oft ist diese Spaltertaktik der Kapitalisten erfolgreich.

Bei Streiks, vor allem bei „wilden" Streiks, werden von den Kapitalisten Briefe mit reaktionärem Inhalt an die Frauen der streikenden Männer geschickt, oder gar „Informationsbesuche" gemacht. Mit „Flugblättern", die an das „weiblich kluge Bewußtsein" der Frauen appellieren und mit Lautsprecherwagenwerbung, versuchen die Kapitalisten nicht nur einen Familienkrach zu erzeugen, sondern auch die Frauen gegen die streikenden Männer aufzuhetzen, vor allem wenn die Streiks von den Gewerkschaftsführern als „illegal und gewerkschaftsschädigend" diffamiert werden. Der Hintergrund, auf dem es den Kapitalisten teilweise immer noch mit Erfolg gelingt, die Arbeiterfrauen als demoralisierende Streikbrecher einzusetzen, ist in der sozialen Abhängigkeit der Frau vom Mann zu suchen.

Diese ökonomische Gebundenheit an den Mann macht die Frau erhöht sicherheitsbedürftig.

– Was wird sein, wenn der Mann entlassen wird, schlimmstenfalls kann das ja passieren.
– Oder was wird sein, wenn er lange im Streik steht, und die Gewerkschaft zahlt nicht, weil es ein „wilder" Streik ist?

Dann wird das Geld knapp und zwar – jedenfalls aus der Sicht der Frau – auf ihre Knochen. Soweit die Frau nicht selbst arbeiten kann, bleibt sie auf den Mann als „Ernährer der Familie" angewiesen und ist natürlich ängstlich darauf bedacht, daß dieser „in Arbeit und Brot" bleibt und keine „dummen Sachen" macht, die ihn die Stelle kosten können.

In den jüngsten spontanen Streiks der Arbeiterbewegung haben wir aber auch Beispiele gefunden, daß Arbeiterinnen sich nicht von der reaktionären Ideologie beeinflussen ließen, sondern in der vordersten Reihe solcher Streiks standen. Wir finden auch zunehmend Beispiele, wo nicht selbst berufstätige Frauen von Arbeitern diese im Streikkampf solidarisch und zum Teil auch aktiv (Beteiligung an Demonstrationen etc.) unterstützen.

Diese Frauen haben auch der bürgerlichen Ideologie praktisch widersprochen, die uns weismachen will, daß die Emanzipation der Frau nur im Kampf gegen die Männer durchgesetzt werden kann. „Die Frauen" als eigenständige Klasse gibt es nicht, da die Arbeiterfrau keine gemeinsamen Interessen mit der Bourgeois-Frau hat.

Die Unternehmer-Frau ist nur der „Parasit der Parasiten am Volkskörper" (Rosa Luxemburg) und „diese Mitverzehrer sind gewöhnlich noch rabiater und grausamer in der Verteidigung „ihrer" Rechte auf das Parasitendasein, als die unmittelbaren Träger der Klassenherrschaft und Ausbeutung." (Rosa Luxemburg)

Hingegen die Arbeiterfrauen haben objektiv dieselben Interessen wie die Arbeiter und benötigen zu ihrer Verfechtung dieselben Waffen.

Ihre Probleme und Forderungen wurzeln tief in diesem gesellschaftlichen Abgrund, der die Ausgebeuteten von der Klasse der Ausbeuter trennt, nicht im Gegensatz von Mann und Frau, sondern im Gegensatz von Arbeit und Kapital.

Solange die Bourgeoisie herrscht, wird sie immer versuchen, die Arbeiterklasse, die notwendige Einheit von Arbeiterfrauen und Arbeitern, zu spalten. Gleichberechtigung kann es darum im Kapitalismus nicht geben.

Aber selbst die sozialistische Gesellschaftsordnung wird eine sofor-Lösung des Problems nicht bringen.

Erniedrigung, Unterdrückung und Ausbeutung der Frauen und Mädchen haben eine jahrtausendalte Tradition, die nur sehr langsam überwunden werden kann.

Von daher hat die Befreiung der Frau in China eine zentrale Rolle in der Politik der Kommunistischen Partei Chinas gespielt. Mao sagt:

„Die Männer Chinas werden gewöhnlich von drei systematisch gegliederten Gewalten (politische Gewalt, Sippengewalt, religiöse Gewalt) beherrscht. Was die Frauen betrifft, so werden sie außer von diesen drei Gewaltsystemen auch noch von ihren Ehemännern beherrscht".

Das Ziel der Frau ist nicht nur, für alle gleichwertige Arbeit zu schaffen, damit sie ökonomisch unabhängig ist, sondern durch gesellschaftliches Denken und Handeln eine gleichberechtigte Stellung neben dem Mann sich zu erkämpfen. ■

Bezirksgruppe St. Georg
KB / Gruppe Hamburg

BILD-Kommentar

Das stärkere Geschlecht

Frauen, so heißt es, sind das schwache Geschlecht. Wirklich?
Da entdecken Frauen zum Beispiel, daß sie keinen Büstenhalter brauchen, und schon kommt eine Büstenhalterfabrik ins Schleudern. 80 Männer sind arbeitslos.
Oder sie boykottieren Fleischer, weil die Preise so hoch sind — und schon sinken merklich die Preise.
Wenn wir es genau nehmen, sind Frauen das stärkere Geschlecht.
Ein Trost, daß sie ab und zu schwach werden.

Ein besonders dummes, reaktionäres Schwein äußert sich zum Thema „Gleichberechtigung"

Forts. Semester Aberkennung

die fortschrittliche Studentenbewegung zu zerschlagen. Eine dieser Maßnahmen war im letzten Semester die Verlängerung der Studienzeit an der FHS Sozialpädagogik von 35 auf 38 Wochen im Jahr. Für die Studenten bedeutet das einerseits drei Wochen weniger Zeit zum Jobben (um das Studium überhaupt finanzieren zu können), andererseits eine Erhöhung des Leistungsdrucks, der schon jetzt bei bis zu über 30 Wochenstunden reinen Studienbetriebs liegt. Dazu kommen noch die Stunden, die man sich zu Hause und in den Ferien hinsetzen muß, um den Lehrstoff aufzuarbeiten.

Gegen diese Studienzeitverlängerung wehrten sich die Studenten mit einem dreiwöchigen Studienboykott.

Die Behörde reagierte darauf mit der Aberkennung des ganzen Semesters für 555 (von 752) Studenten, obwohl alle Scheine (benotete Leistungsnachweise) von den Studenten erbracht worden waren.

Als das bekannt war, wetterte der MSB über die „verfehlte Bildungspolitik der in der Bürgerschaft vertretenen Parteien" und dachte dabei wohl schon an den im nächsten Frühjahr stattfindenden Wahlkampf. Die SSG verbreitete Kampfstimmung mit den Worten: „Wer Wind sät, wird Sturm ernten!" Die Studenten beschlossen dann auch zu Semesterbeginn einen dreitägigen Warn- und Informationsstreik. Es wurde auf Agitation und Unterschriftensammlung in der Öffentlichkeit orientiert. Dies obwohl die politischen Hintergründe den Studenten nicht klar geworden sind und so der Streik auch nur eine knappe Mehrheit fand. Resignation und Verwirrung war das Resultat und so wird wohl letztlich den Juristen der „Kampf" gegen die Aberkennung überlassen bleiben.

Warum nun diese scharfe Reaktion der Behörde? Alle Fachbereiche der FHS sollen auf eine gemeinsame 38wöchige Studienzeit vereinheitlicht werden. Die langfristigen Pläne für die Gesamthochschule (GHS) sehen dann vor, die Universität auf das Niveau der FHS zu bringen. Diese Pläne dürfen natürlich nicht durch einen einzelnen Fachbereich in der FHS durcheinandergebracht werden.

Durch die GHS einerseits und durch Hochschulgesetze andererseits versucht der bürgerliche Staat, größeren Einfluß auf die Studenten zu bekommen, den Leistungsdruck zu erhöhen, Konkurrenzdenken zu fördern, um so die fortschrittliche Studentenbewegung zu zerschlagen, um ein Bündnis der Intelligenz mit der Arbeiterklasse zu verhindern.

Hier gilt es nicht, Illusionen zu verbreiten über die Kampfstärke der fortschrittlichen Studenten und über die bürgerlichen Gerichte. Hier ist es unsere Aufgabe, Klarheit über das Vorgehen der Bourgeoisie zu schaffen, um so auf die nächsten Maßnahmen der Behörde vorbereitet zu sein.

Es muß das Bewußtsein über die Notwendigkeit eines langfristigen Abwehrkampfes unter den Studenten vorhanden sein. Unsere Aufgabe ist es konkret, durch eine verstärkte mündliche Agitation und Propaganda in Form von Flugblättern, Zeitungen und langfristig arbeitenden Gruppen das Bewußtsein über einen organisierten Kampf zu bilden und in die stattfindenden Kämpfe aufgrund einer realistischen Analyse der Situation einzugreifen. ■

Grundeinheit (GE) FHS des SSB (Sozialistischer Stundentenbund) – Hamburg

Forts. Chile: Faschistischer Terror

dert Studenten der Technischen Universität von Santiago umgebracht. In Valparaiso wurden 100 Soldaten auf der Stelle erschossen, als sie gegen die Militärjunta rebellierten. Ein amerikanisches Ehepaar berichtete, daß es am Tage des Putsches Augenzeuge von 400-500 Exekutionen im Sportstadion von Santiago gewesen ist. Das lief nach ihren Aussagen folgendermaßen ab:

„Die Polizeibüttel stellten systematisch Gruppen von 20 bis 25 Menschen zusammen und führten diese auf das Stadionfeld. Fast immer erklang danach der Gesang der ‚Internationale', dann hörte man Schüsse, der Gesang wurde schwächer und schließlich verstummte er völlig."

In diesem Stadion werden nach eigenen Angaben der Militärjunta 6 000 Menschen gefangengehalten; nach anderen Quellen, denen man im Gegensatz zu den Folterknechten und Mördern eher Glauben kann, sind es weit mehr. Sie werden dort brutal gefoltert und viele liegen lange Zeit mit gebrochenen Rippen, Tag und Nacht, ohne Decken, eng zusammengepfercht auf dem kalten Boden der Umkleideräume, andere sogar völlig im Freien. Allenfalls erhalten sie pro Tag einen Teller dünne Suppe. Über die Erschießungen in diesem Stadion berichtete ein anderer Zeuge in einem Interview mit der venezolanischen Zeitung „Ultimas Noticias":

„Während der Nacht war es ein unaufhörliches Geschrei: Unzählige Menschen, vorwiegend Arbeiter, wurden auf den Treppen des Stadions erschossen. Am Frühmorgen wurde das Blut mit mächtigen Wasserwerfern abgespült. Die Leichen der Erschossenen wurden in blaue Säcke gesteckt und auf Lastwagen nach unbestimmten Orten abtransportiert."

Einer dieser Orte, wo andere Zeugen die Leichentransporte haben hinfahren sehen, sind die Öfen einer Ziegelfabrik im Stadtteil San Bernardo von Santiago.

Flugzeuge des US-Fabrikats „Hawker Hunter" bombardierten mehrere Betriebe, in denen die Arbeiter sich zum Widerstand verschanzt hatten, und die Poblaciones, die Elendsviertel an den Stadträndern. Im Stadtteil San Gregorio von Santiago setzte die Luftwaffe Gas gegen die Bevölkerung ein. Im Arbeiterviertel La Legua wurden der Sitz der Arbeitskammer und ein Büro der KP Chiles mitsamt 82 Menschen in die Luft gesprengt. Ebenso wurde der Redaktionssitz von „Punto Final", eine dem MIR nahestehende Zeitung, gestürmt und alle anwesenden 10 Genossen sofort umgebracht. Kein anderes Büro irgendeiner linken Organisation wurde von der Zerstörungswut der faschistischen Militärs verschont.

Nachdem schon vorher die kubanische Botschaft unter Feuer genommen wurde, folgte ein Sturm auf die mexikanische Botschaft, in der sich zu der Zeit rund 300 zumeist asylsuchende Menschen befanden, darunter auch 35 Kinder.

Als die Arbeiter der Kohlengruben Lota y Schwager zum Widerstand gegen den Militärterror ihre Arbeit einstellten, griff das Militär sofort an und deportierte 200 von ihnen auf die KZ-Insel Quiriquina. Auf andere KZ-Inseln werden ebenfalls Tausende von Menschen deportiert. Im Hafen von Valparaiso wurden 3 000 Menschen auf Kriegs- und Frachtschiffen eingekerkert. Es hieß, daß sie auch auf Inseln gebracht werden sollten. Ein Arbeiter, der Augenzeuge dieser Verladungen war, sagte dazu gegenüber einem Korrespondenten der Illustrierten „Stern":

„Abends, wenn es dunkel wurde, sahen wir immer eine Reihe von Omnibussen der staatlichen Busgesellschaft ETC an den Kai fahren, wo die ‚Maipú' lag. Wieviel Leute jeweils auf das Schiff gingen, konnte ich wegen der Entfernung nicht erkennen. Dann fuhr das Schiff raus. Morgens kam es vor Sonnenaufgang wieder. Leer. Die Zeit hätte nicht gereicht, um bei einer der Inseln vor der Küste gewesen zu sein."

Tag für Tag und Nacht für Nacht werden Großrazzien durchgeführt. Jede Straße, jeder Ortsteil wird systematisch von den Militärs durchkämmt. Nach Nazi-Vorbild wird alle sozialistische und antifaschistische Literatur zusammengekarrt und auf der Straße verbrannt. Triumphierend schrieb Springers „Welt" dazu in einer Schlagzeile am 25. September: „Mao, Marx und Lenin gehen in Flammen auf". Das würden diese Reaktionäre auch in unserem Land gern sehen.



Gefangene im Fußballstadion in Santiago

Tausende von „Verdächtigen" werden bei diesen Großrazzien in Gefängnisse und KZ's abtransportiert. Es wurde berichtet, daß das Militär alle Menschen auf Plätze zusammentreibt und diejenigen herausgreift und einem besonderen „Verhör" unterzieht, die Schwielen an den Händen haben: die Arbeiter.

Diejenigen Arbeiter, die am bewaffneten Kampf in den Cordones Industriales teilgenommen haben, werden größtenteils gleich auf der Stelle erschossen. Überall liegen Leichenhaufen: Leichen treiben im Wasser des Mapocho, sie wurden nachts von der Soldateska umgebracht und werden morgens von Feuerwehrmännern aus dem Fluß gefischt.

Über die Folterungen berichteten zwei Augenzeugen gegenüber der kubanischen Nachrichtenagentur „Pensa Latina":

„Die Offiziere des SIM (Militärspionagedienst) haben sich mit besonderer Grausamkeit gegen zehn Funktionäre der Personalwache von Allende gewandt, die gegen den Angriff auf La Moneda (Regierungssitz) Widerstand geleistet hatten. Fast acht Stunden lang wurden sie und zahlreiche Genossen der Unidad-Popular-Jugend ausgezogen, zu Boden geworfen und mit eiskaltem Wasser begossen (in Chile ist zu dieser Zeit Winter). Unter Waffengewalt wurden die Genossen der linken Organisationen dann gezwungen, sich in den Hof einer Kaserne zu legen: sie dienten den Soldaten, die rausgingen, um den Volkswiderstand zu brechen, als Teppich."

Andere berichteten über Folterungen, bei denen einem Gefangenen die Hoden bis zur Bewußtlosigkeit mit einem Schraubstock zusammengepreßt wurden. Ein anderer Gefangener wurde mit einem am Hodensack befestigten Band über den Hof einer Kaserne geschleift.

Auch Kinder und Jugendliche werden von den faschistischen Militärs grausam umgebracht. Ein kanadischer Priester erzählte, wie ein Offizier einen Jungen auf der Straße ermordete, weil er bei ihm bei der Durchsuchungsaktion ein Federmesser entdeckt hatte. Der „Spiegel" schrieb von einem Vorfall, wo ein Soldat einen kleinen Jungen erschoß, weil er beim Anstehen in einer Schlange vor einem Lebensmittelgeschäft laut zu weinen angefangen hatte.

Das Massaker in Chile ist von vornherein vom Militär beabsichtigt gewesen, weil es mit einem heftigen Widerstand der Arbeiterklasse und des Volkes rechnete. Bereits Ende Juli berichteten einige antifaschistische Marinesoldaten von der Existenz eines sogenannten „Djakarta-Plans" und wenige Tage vor dem Putsch war der Name „Djakarta" über Nacht an zahlreiche Hauswände geschmiert worden. Djakarta, das ist die Hauptstadt von Indonesien, wo 1965 eine Militärdiktatur errichtet wurde. Mehrere Hunderttausend Menschen wurden damals und in der Folgezeit bestialisch abgeschlachtet. Die „New York Times", eine bürgerliche Zeitung, der man wohl kaum Übertreibungen in solchen Dingen unterstellen kann, schrieb in ihrer Ausgabe vom 24. August 1966, daß die Zahl der Ermordeten des indonesischen Volkes seit 1965 zwischen einer halben und einer Million liegt!

Ein weiterer Beweis dafür, daß es sich in Chile um einen bewußt geplanten Massenmord handelt (und dies nicht etwa, wie die reaktionäre Presse vor allem des Springer-Konzerns behauptet, eine „Antwort" der Militärjunta auf „mehrere Heckenschützen" ist), findet sich im Ausspruch eines Faschistenführers von „Patria y Libertad", den der „Spiegel" erst kurz nach dem Putsch zitierte:

„Wenn dieses Land brennen muß, um gerettet zu werden, und wenn deshalb 20.000 Chilenen sterben müssen, wir tun es!"

Ist die Militärjunta auch ein Gegner der Bourgeoisie ?

Die chilenische Militärjunta hat sämtliche demokratischen Rechte des Volkes zerschlagen. Der Gewerkschaftsverband CUT mit über 1,5 Millionen Mitgliedern und alle Organisationen der Linken wurden sofort verboten. Später wurden auch das Parlament und die Parteien der Rechten, die den Putsch gutgeheißen und auch selbst mit vorbereitet haben, für aufgelöst erklärt. Ein Teil der „aufgeklärten" bürgerlichen Presse (wie z.B. die Illustrierte „Stern") hat daraus die These konstruiert, daß die Interessenvertreter der chilenischen Bourgeoisie „die Kontrolle über den Staatsstreich zumindest vorläufig verloren" hätten. Von Frei, einem der Führer der chilenischen Christdemokratie, von dem schon vermutet wurde, daß das Militär ihn bald als neuen Regierungschef einsetzen würde, behauptet der „Stern", daß er nun eine „mitleiderregende Rolle" spielt.

Das ist natürlich purer Unsinn. Es handelt sich dabei um die alte „Theorie" einiger kleinbürgerlicher und bürgerlicher Ideologen, wonach der Faschismus von der Bourgeoisie „unabhängig" sei, wonach die Bourgeoisie selbst vom Faschismus unterdrückt werde usw. Aber auch im deutschen Nazi-Faschismus wurden außerhalb der NSDAP alle Parteien, einschließlich der rechtsbürgerlichen, verboten. Stand deshalb der Nazi-Faschismus etwa im Widerspruch (oder sogar in Gegnerschaft) zur Herrschaft der Bourgeoisie? Natürlich nicht. Der Faschismus steht nur im Widerspruch zu einer bestimmten Form der Bourgeois-Herrschaft (nämlich der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie), weil er selbst nur eine andere Form dieser gleichen Herrschaft darstellt (nämlich die offene Terror-Diktatur). Das beinhaltet gewöhnlich (wie es auch in Deutschland der Fall gewesen ist) die Zerstörung aller demokratischen Rechte, die überhaupt im bürgerlichen Staat verbrieft sind, wozu auch das freie Koalitionsrecht der bürgerlichen Parteien zählt. In der faschistischen Diktatur werden auch einer Reihe bürgerlicher Ideologen und Interessenvertreter straffe Zügel umgelegt, denen nämlich, die sich nicht vollständig auf die faschistische Herrschaftsform gleichschalten lassen. Nichts anderes wird bewiesen, wenn die chilenische Militärjunta heute auch einige Politiker des „gemäßigten" Flügels der Christdemokratie verhaftet hat. Daraus folgt weder, daß die Bourgeoisie „die Kontrolle über den Staatsstreich verliert", wie der „Stern" glauben machen will, noch folgt daraus, daß die „gemäßigten" Christdemokraten oder gar die ganze suspendierte Christdemokratie plötzlich auf der Seite des Volkes gegen den Faschismus stünde, daß man die Christdemokratie für eine konsequent antifaschistische und antiimperialistische Kampffront gewinnen könnte, wie die Revisionisten und Reformisten es propagieren. Diese Leute sind und bleiben Verteidiger der Herrschaft der Bourgeoisie, von denen das Volk heute ebensowenig wie vormals etwas für seine Befreiung erwarten kann.

Dimitroff sagte 1935 auf dem VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale:

„Die Entwicklung des Faschismus und die faschistische Diktatur selbst nehmen in den verschiedenen Ländern verschiedene Formen an, je nach den historischen, sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen, je nach den nationalen Besonderheiten und der internationalen Stellung des betreffenden Landes. In gewissen Ländern, vor allem dort, wo der Faschismus keine breite Massenbasis besitzt und wo der Kampf zwischen den einzelnen Gruppierungen im Lager der faschistischen Bourgeoisie selbst ziemlich stark ist, entschließt er sich nicht sofort, das Parlament zu liquidieren, und beläßt den anderen bürgerlichen Parteien und auch der Sozialdemokratie eine gewisse Legalität. In anderen Ländern, wo die herrschende Bourgeoisie einen nahen Ausbruch der Revolution befürchtet, errichtet der Faschismus seine schrankenlose politische Monopolherrschaft entweder mit einem Schlag oder aber durch immer größere Steigerung des Terrors und der blutigen Auseinandersetzungen mit allen konkurrierenden Parteien und Gruppierungen. Das schließt jedoch nicht aus, daß der Faschismus in dem Augenblick einer besonderen Verschärfung seiner Lage Versuche macht, seine Basis zu erweitern, und, ohne sein Klassenwesen zu ändern, die offene terroristische Diktatur mit einer groben Verfälschung des Parlamentarismus zu vereinigen."

(Alle Hervorhebungen von Dimitroff.)

Was Chile betrifft, so plant die Militärjunta dort offenbar, nach Suspendierung der bürgerlichen Parteien zu einem späteren Zeitpunkt ein Stände-„Parlament" einzurichten. Dort sollen dann Vertreter vor allem der Armee und von „Berufsverbänden" sitzen, wobei diese „Berufsverbände" einheitliche Zwangsvereinigungen von Arbeitern gemeinsam mit den Kapitalisten sind – und die Kapitalisten natürlich auch die Führung dieser Verbände innehaben. Das ist absolut nichts Neues, sondern findet sein Vorbild in der von den Nazis errichteten „Deutschen Arbeits-Front" und in den faschistischen Konföderationen im „Ständestaat" unter Mussolini. ■

Der bewaffnete Widerstand in Chile lebt !

Trotz des bestialischen Terrors, den die Militärjunta gegen das chilenische Volk ausübt, geht der Widerstand bewaffneter Kräfte weiter. Besonders in den ersten Tagen nach dem Putsch ist dieser Widerstand relativ breit und heftig gewesen, vor allem in mehreren von den Arbeitern besetzten Betrieben. Dies war eine unmittelbare Reaktion auf den Militärputsch, wo große Teile des Volkes die von den Militärs errichtete faschistische Diktatur mit beispielhaftem Heldenmut verhindern wollte.

Der chilenische Widerstand richtete sich jetzt auf einen langwierigen revolutionären Kampf ein, und scheint gegenwärtig demgemäß das Schwergewicht auf die Reorganisierung der stark dezimierten revolutionären Kräfte zu legen. Das beinhaltet weiter eine Änderung der Kampfform: anstatt „frontaler Zusammenstöße", wo die Widerstandskräfte wegen ihrer schlechteren militärischen Ausrüstung große Verluste hinnehmen müssen, wird eine Guerilla aufgebaut und durchgeführt (siehe dazu auch das in diesem AK abgedruckte kurze Interview mit einem führenden Genossen der MIR). Aufgrund einer längeren politischen, ideologischen und praktischen Vorbereitung auf einen bewaffneten Kampf, scheint der Organisationsapparat der MIR heute auch noch relativ intakt zu sein. Die MIR sowie auch Teile des linken Flügels der Unidad Popular (vor allem der Sozialistischen Partei, PS, und der MAPU) waren bereits einige Tage vor dem 11. September in die Illegalität gegangen, als sich die Zeichen für einen bevorstehenden Militärumsturz häuften.

In der nächsten Ausgabe des ARBEITERKAMPF werden wir die Informationen, die uns mittlerweile über den chilenischen Widerstand vorliegen, genauer darstellen. An dieser Stelle weisen wir nochmals auf die Notwendigkeit hin, die solidarische Unterstützung für den Kampf des chilenischen Volkes zu verstärken. Es wurden mittlerweile Spendenkonten eingerichtet, deren Gelder direkt an die Widerstandskräfte in Chile gehen:

Kennwort „Chile Hilfe"
(c/o J.F. Füllgraf)
Deutsche Bank/ Hamburg-Grindel
Kto.-Nr.: 36/15 242

und:

Deutsche Bank, 8 München 40,
Kto.-Nr.: 35/53 062 Sonia Patric,
Kennwort: Aela-Chile ■

Chile:

US-Imperialismus mordet mit

Die USA-Regierung hat eine Beteiligung am Militärputsch in Chile heftig abgestritten. Aber es hat wohl auch kaum jemand geglaubt, daß die USA eine solche Beteiligung f r e i w i l l i g z u g e b e n würden. Dies haben sie natürlich noch nie getan, weder 1953 im Iran, noch 1954 in Guatemala, 1964 in Brasilien, 1967 in Griechenland usw. (siehe Artikel in AK 33: „Im Hintergrund immer der US-Imperialismus"). Dennoch ist dies mittlerweile in all diesen Fällen bewiesen. Auch über die d i r e k t e Beteiligung der USA an der Errichtung der faschistischen Militärdiktatur in Chile liegen inzwischen eine Reihe konkreter Hinweise vor.

Die USA haben von Anfang an auf einen Sturz der Allende-Regierung hingearbeitet, um weiterhin ihre imperialistische Herrschaft über dieses Land ausüben zu können. Der US-Konzern ITT hatte schon Ende 1970 mit Hilfe des US-Außenministeriums und des US-Geheimdienstes CIA versucht, den Amtsantritt Allendes nach dessen Wahl überhaupt zu verhindern. Das ist bereits vor längerer Zeit enthüllt und die Dokumente dafür sind vorgelegt worden (ein Buch mit den Dokumenten ist auch in deutscher Sprache erhältlich und kann über das ARBEITERBUCH, 2 Hamburg 13, Grindelhof 45, bestellt werden).

In einer internen Denkschrift von ITT zum Amtsantritt Allendes wurde die Absicht formuliert, einen *„schnellen Niedergang der* (chilenischen) *Wirtschaft herbeizuführen, der gewaltsame Auseinandersetzung auslöst und schließlich zum Militärputsch führt."*

In dieser Richtung ist denn auch die ganze Zeit von den US-Konzernen und der Nixon-Regierung gearbeitet worden. Das „wirtschaftliche Chaos", das man der „sozialistischen Politik" der Allende-Regierung anlastete, wurde vom US-Imperialismus und der einheimischen chilenischen Bourgeoisie erzeugt (siehe auch dazu den Artikel im AK 33: „Woher kam das ‚wirtschaftliche Chaos'?"). Eine erste Welle „gewaltsamer Auseinandersetzung" begann im Oktober 1972 mit dem Fuhrunternehmerstreik, eine zweite setzte jetzt im Spätsommer das Signal für den erfolgreichen Militärputsch. Die Finanzierung dieses Boykotts der Fuhrunternehmer (wie auch ein großer Teil der Finanzierung der bourgeoisen Parteien und faschistischer Terror-Banden) kam aus den USA und belief sich auf mehrere Millionen Dollar. Die Fuhrunternehmer hielten ihre Lastwagenfahrer an und zahlten ihnen für die Arbeitsniederlegung das Vierfache ihres normalen Lohnes aus US-Geldern.

Die Komplicenschaft der USA blieb aber nicht auf die Erzeugung des „wirtschaftlichen Chaos" und einzelner faschistischer Terroranschläge beschränkt, sondern sie erstreckte sich bis zur direkten Vorbereitung und auch Durchführung des Militärputsches. In der bürgerlichen Presse unseres Landes wurde lediglich die Nachricht verbreitet, daß die US-Regierung 24 Stunden vor dem Putsch eine entsprechende Meldung „zugespielt" bekommen hätte.

Ein Regierungssprecher der USA habe dazu erklärt, daß sie dem erstens keine Beachtung geschenkt hätten, weil die US-Regierung in letzter Zeit häufiger solche Meldungen erhalten habe, die sich dann jeweils als falsch herausgestellt hätten; und zweitens sei die US-Regierung auch nicht verpflichtet, die Regierungen anderer Länder zu warnen, wenn sie von Putschabsichten Kenntnis hätte. Ansonsten berichtete die bürgerliche Presse noch, daß sich die USA auffallend „zurückhalten" würden, um nach der Enthüllung der Putschpläne von ITT nicht wieder in den Verdacht einer Mittäterschaft oder gar Urheberschaft zu geraten.

Hier reiht sich eine Lüge an die andere. Tatsache ist, daß die US-Regierung eine Meldung über den bevorstehenden Putsch nicht nur einen Tag vorher „zugespielt" bekommen hat, sondern daß dieser Putsch schon lange von den USA direkt mit vorbereitet wurde. Der Generalsekretär der MIR, „Bewegung der revolutionären Linken" in Chile, Genosse Miguel Enriquez, hat kürzlich folgende Informationen dazu enthüllt:

Bereits am 24. März dieses Jahres hat an Bord des Kriegsschiffes „Pratt" in der Nähe der nordchilenischen Hafenstadt Arica ein geheimes Treffen zwischen drei hohen Offizieren der chilenischen Marine und einem hohen Beamten der US-Botschaft stattgefunden. (Auch bei den ersten Putschplänen von ITT lief der Draht u.a. über den damaligen US-Botschafter in Chile, Edward Korry. Der jetzige US-Botschafter Nathaniel Davis ist vier Tage vor dem Putsch zu einer Blitzreise nach Washington geflogen, um dort mit dem US-Außenminister und Sicherheitsberater Kissinger zu sprechen, und dann sofort, noch vor dem Putsch, wieder nach Santiago zurückzukehren.)

Ein halbes Jahr später, am 29. Juni, d.h. genau am Tag des gescheiterten Putschversuchs des Panzerregiments von Tacna, übergaben hohe Offiziere der US-Navy den Offizieren der chilenischen Marine präzise Pläne für einen Putsch. Diese Instruktionen legten verschiedene Einzelheiten des taktischen Vorgehens fest: so enthielten sie z.B. die konkrete Anweisung, den Industriegürtel von Valparaiso zu bombardieren, wenn die Arbeiter sich dem Staatsstreich widersetzten. Nicht nur Valparaiso, sondern auch verschiedene andere Städte sind inzwischen von Flugzeugen des US-Fabrikats „Hawker Hunter" und von Bord der Kriegsschiffe aus bombardiert und mit Kanonen beschossen worden.


Verhaftete werden ins Stadion eingeliefert

Die mexikanische Wochenzeitung „Por que?" berichtete, daß der CIA-Agent Ernest Siracusa der Hauptübermittler zwischen Washington und dem chilenischen Militär zur Vorbereitung des Putsches war. Siracusa ist mindestens am 26. Juni, wahrscheinlich aber auch häufiger in Santiago gewesen, drei Tage vor dem Probe-Putsch vom 29. Juni. Siracusa ist einer der erfahrensten Spitzenagenten des CIA: er war 1954 bei der Organisierung des Staatsstreichs von Guatemala mit von der Partie, war 1965 bei der Invasion von US-Truppen in die Dominikanische Republik zugegen und bereitete 1971 den Sturz der Regierung Torres in Bolivien mit vor. Jetzt im Juni hatte er nicht allzu viel Zeit, sich in Chile aufzuhalten. Einen Tag später, am 27. Juni hatte er in Uruguay zu tun: dort wurde gerade die offene Militärdiktatur errichtet, nachdem das Militär bereits im Februar dieses Jahres weitgehend hinter den Kulissen die Regierungsfäden in die Hand genommen hatte.

Kurze Zeit vor dem chilenischen Putsch vom 11. September errichtete die US-Luftwaffe eine Luftbrücke von den USA zur argentinischen Stadt Mendoza, in unmittelbarer Nähe der chilenischen Grenze. Dort wurden riesige Mengen Kriegsmaterial, Bomben und Raketen entladen und an einen „unbekannten Ort" wegtransportiert. Auch sogenannte „Experten" des US-Militärs wurden dorthin eingeflogen.

Schon im Juli, während eines gemeinsamen Manövers der nordamerikanischen und der chilenischen Marine im Pazifik, erhielten die putschistischen Generäle das nötige Benzin für bevorstehende „Militäroperationen". Die Militärhilfe haben die USA ja auch während der ganzen Zeit der Allende-Regierung (ganz im Gegensatz zur wirtschaftlichen Kredithilfe) nicht eingestellt. Hier züchteten sie das Pferd heran, auf das später gesetzt werden sollte; ebenso wie bei der Ausbildung chilenischer Offiziere und Soldaten an den Militärakademien in den USA und in den Anti-Guerilla-Lagern in der von den USA okkupierten Panama-Kanalzone.

Weiterhin ist bekannt geworden, daß drei nordamerikanische Kriegsschiffe unmittelbar vor dem Putsch auf die chilenische Küste zusteuerten, wo angeblich „Seemanöver" mit der chilenischen Marine geplant waren. Nach dem Putsch beeilte sich die US-Regierung zu erklären, daß ihre Kriegsschiffe den Kurs geändert hätten, um keinen Verdacht aufkommen zu lassen, sie könnten irgendetwas mit dem Putsch zu tun haben. Daß die US-Regierung in der Tat diesen „Verdacht" nicht aufkommen lassen will, ist richtig. Und dazu ist sie schon immer zu allerlei Lügen bereit gewesen. Wer sollte auch so schnell ihre Behauptung widerlegen können, daß die US-Kriegsschiffe den Kurs geändert hätten? In Chile herrscht eine grausame Militärdiktatur, die alle wahrheitsgetreuen Nachrichten, welche nicht in ihr Lügen- und Terrorkonzept passen, zu unterbinden versucht. Und selbst wenn eine Nachricht durch dieses Netz schlüpft, die nicht an die Weltöffentlichkeit sollte, so finden die Militärjunta und der US-Imperialismus beim Großteil der ausländischen Presse doch so viel verlegerischen und journalistischen „Anstand", derartige Informationen entweder ganz zu unterdrücken, oder zumindest sie mit dem Etikett eines „von Kommunisten in die Welt gesetzten Gerüchts" zu beheften, auf das spätestens anderntags ein „offizielles Dementi" irgendeiner mit der Militärjunta in Komplicenschaft stehenden amtlichen Stelle folgt.

Nun, was in der reaktionären Presse unseres Landes nicht zu lesen stand, ist dies: eine Gruppe kolumbianischer Studenten, die am 25. September nach der Flucht aus Chile in Bogota (Hauptstadt Kolumbiens) eintraf, erklärte, daß US-Kriegsschiffe im Hafen von Valparaiso festgemacht haben und US-Marinesoldaten am Massaker gegen das chilenische Volk beteiligt seien. Die nordamerikanischen Marinesoldaten sollen sich ihre Gesichter mit farbiger Creme eingeschmiert haben, um nicht so leicht erkannt zu werden. Außerdem seien brasilianische Polizisten und Agenten des US-Geheimdienstes CIA an den „Verhören" und Folterungen im Sportstadion von Santiago beteiligt gewesen. ■

Brief einer Genossin aus Italien

– Zur „Chile-Argumentation" der italienischen Revisionisten –

Aus Italien erhielten wir von einer Genossin Briefe, in denen sie über die Reaktion auf den chilenischen Militärputsch in ihrem Land berichtete; insbesondere über die Reaktion der revisionistischen PCI (Italienische Kommunistische Partei), die gleich den revisionistischen Parteien in den anderen Ländern eine Strategie des „friedlichen Übergangs" verfolgt. Nachstehend veröffentlichen wir einen Auszug aus diesen Briefen:

21.9.73

. . . Die italienischen Revisionisten ziehen aus der chilenischen Erfahrung eine unglaubliche Schlußfolgerung: den gesteigerten Aufruf zur . . . Zusammenarbeit mit der DC (Christdemokratischen Partei) und mit den „Katholischen Massen" – was in ihrer Sprache mit der christdemokratischen Spitze heißt. In der Unità (Zeitung der PCI) vom 16.9. schrieben Pajetta und Bufalini, daß es den Kommunisten immer bekannt war, daß die Bourgeoisie ständig bereit ist, die Legalität zu verletzen. Was schlagen sie aber vor, um das zu verhindern? Eine vorsichtigere Taktik. Chile soll die Notwendigkeit bestätigen, den Dialog mit der DC und mit den Mittelschichten weiterzuführen, die als „Bündnispartner" in einem „nationalen Programm" angenommen werden. Die Verantwortung für die Zuspitzung der Lage in Chile? Die Ungeduld und die Provokationen des linken PS-Flügels und des MIR! Jeder Kommentar erübrigt sich!

1. 10. 73

. . . Die PCI zeichnet sich aus mit ihren irrsinnigen Positionen und mit ihrer völligen Passivität. Keine einzige Initiative ging von den Revisionisten aus, wenn man von ein paar Aufforderungen an die Regierung gegen die Anerkennung der Militärjunta absieht. Im Gegensatz zum Verhalten der revisionistischen Spitzen steht die hohe Beteiligung der Basis an den Initiativen der außerparlamentarischen Linken. Wenn man die Verzeichnisse der Spenden und der Unterschriften durchliest, sieht man, daß der größte Teil der Beiträge von „einem PC-Genossen" oder von „einem Arbeiter" kommen (und dazwischen donnert die Unità gegen das „Sektierertum" einer Spendenkampagne für den bewaffneten Widerstand *). Die linken Organisationen versuchen auch, die Parole des Boykotts in den Betrieben zu geben, wo chilenisches Kupfer verarbeitet wird. „Lotta Continua" und „il manifesto" veröffentlichen auch jeden Tag Solidaritätsbriefe oder Erklärungen von Gruppen von Soldaten aus verschiedenen Kasernen: sie berichten von einer regen Diskussion über die von der chilenischen Entwicklung spezifisch an die Soldaten gestellten Fragen – Rolle der Armee, Kriegsdienst, usw. – und sind auch sehr aufschlußreich über die Reaktion der italienischen Militärhierarchien auf den Putsch. Die Offiziere machen aus ihrer Freude keinen Hehl; in den Kasernen wurde und wird auf den Sieg des chilenischen Militärs angestoßen.

Das Verhalten der Revisionisten ist einfach kriminell. Nichts steht ihnen weiter, als eine solidarische Diskussion über diese Themen zu eröffnen. Die Unità kennt keine andere Sprache als das unbegründete Schimpfen gegen die „Linksextremisten" (die geläufigsten Adjektive sind: gemein, Antikommunisten, Lügner, Verleumder, unwissend, Schurken, Idioten, Berufsprovokateure, im Dienst der italienischen und internationalen Rechten, usw.). Aber das gehört jetzt ja zur Folklore.

Was die theoretischen und politischen Schlußfolgerungen anbelangt, können sie in der Parole zusammengefaßt werden: „Ohne die DC kann man nicht regieren". In einem Artikel vom 30. 9. schrieb l' Unità, daß es in Chile „die Einigung unter den populären Kräften war, die es einigen großen Errungenschaften führte, und der frontale Zusammenstoß zwischen diesen Kräften, was zur Katastrophe geführt hat". Warum scheiterte diese Zusammenarbeit? Teilweise war die „rechte Führung" der DC daran schuldig; aber auch die Linke war „nicht immer fähig, das wirkliche Kräfteverhältnis einzuschätzen, und damit auch den Weg, der jeweils gemacht werden konnte". Die Schuld dieser Unfähigkeit lag vor allem an der „irrsinnigen ‚Links'kritik gegen Allende, die oft die Charakterzüge der demagogischen, sektoriellen und korporativen Agitation annahm . . ."

„Lotta Continua" hat ihre Spendenkampagne unter die Parole gestellt: „Waffen für die MIR". In ihrer Zeitung vom 21. September schreibt L.C., daß die Spenden am zweiten Tag der Sammlung bereits eine Höhe von umgerechnet fast 11.000 DM erreichten. ■

Interview mit einem Genossen der MIR

In ihrer Ausgabe vom 25. September veröffentlichte die linke italienische Zeitung „Lotta Continua" ein kurzes Interview mit einem führenden Genossen der chilenischen MIR (Bewegung der revolutionären Linken), der sich zur Zeit in Buenos Aires (Argentinien) aufhielt. Wir geben den Wortlaut dieses Interviews nachstehend wieder:

Frage: Geht der Widerstand weiter? Mit welchen Perspektiven?

Antwort: Man muß zwei Phasen unterscheiden. In den ersten Tagen haben wir eine Massenantwort militärischer Art in den Cordones (Industriegürtel) durchgeführt, um den Bauern im Süden die Zeit zu geben, sich zu organisieren. Wir rechneten auf einige Teile der Armee, aber der Plan ist uns nicht völlig gelungen. So haben wir eine Taktik der Guerilla und der Sabotagen in den Städten und auf dem Land eingeschlagen in der Perspektive, uns mit dem Kampf der Massen zu verbinden.

Frage: Welches Urteil gebt ihr über die Parole der Internationalen Brigaden? Was haltet ihr von unserer Kampagne „Waffen für die chilenische MIR"?

Antwort: Die konkrete Bildung von Brigaden ist fast unmöglich, weil es keine freien Gebiete gibt; vielleicht wird das in der Zukunft konkreter werden können. Bis jetzt ist eure Richtlinie die positivste: Wir haben alles dringend nötig, was zum Kampf dient. Der US-Imperialismus will das ganze Lateinamerika militarisieren, deshalb werden die Brigaden in der Zukunft eine objektive Notwendigkeit sein.

Frage: Seid ihr an der Patriotischen Widerstandsfront (F.P.R.) beteiligt?

Antwort: Ja, wir nehmen daran teil. Nicht nur das. Die chilenische KP wurde wegen unserer wirksamen Organisation und wegen des starken von ihrer Basis ausgeübten Druckes dazu gezwungen, auch daran teilzunehmen. Heute ist die politisch-militärische Aktionseinheit mit allen Parteien der chilenischen Linken nötig; man darf nicht sektiererisch sein. ■



Anmerkung

Die angekündigte UNSER WEG Sondernummer mit den Reden, die auf einer Informationsveranstaltung zu Chile am 20.9.73 in Hamburg gehalten wurden, erscheint nicht. Durch einen organisatorischen Fehler (Reden und Diskussionsbeiträge wurden größtenteils nicht mitgeschnitten) wäre die Erstellung sehr erschwert gewesen.

Andererseits finden sich die entscheidenden Aussagen der beiden Reden wieder in den Chile-Artikeln in ARBEITERKAMPF Nr. 32 und 33 und in KAB/AZ 2 und 3, sowie der Revisionismuskritik Nr.1.

Es wurde deshalb der Schwerpunkt darauf gelegt, zu einigen weiteren Fragen im Zusammenhang mit Chile Stellung zu nehmen, wie etwa in diesem AK im Artikel „Chile, Lenin und die DKP". ■

Marshall-Plan und Liebe zum Faschismus

Springers „Welt" zum faschistischen Terror in Chile

Unter der bezeichnenden Überschrift „Hoffen auf einen neuen Marshall-Plan" brachte Springers „Welt" am 2. Oktober einen Artikel über Chile, der ein beachtenswertes Gebräu von strategischen Überlegungen und faschistischen Lügen darstellt. In diesem Artikel wird zunächst gesagt, daß es dem chilenischen Volk heute viel besser gehe als unter der Allende-Regierung: „ ... *in den drei Wochen Junta-Regime haben sich die Obst- und Gemüsemärkte wieder gefüllt. Die Schlangen vor den Bäckerläden werden jeden Tag etliche Meter kürzer.*" usw. Dann folgt die „optimistische" Beurteilung der „Lage des Landes" durch den Mittelstand (!): „*Die Zuversicht dieser Menschen nährt sich aus der Befreiung von dem Alpdruck, den Allende und, mehr noch, seine Trabanten für sie bedeutet haben.*" Als nächstes wird gesagt, daß die Militärjunta noch vor einer Reihe ungelöster Probleme stehe, wovon sich die politischen „vorerst wesentlich als juristisch-verfassungsrechtliche Probleme" darstellen, und zwar: „*Wie soll der Putsch begründet werden?*" !! Die Richtung, in der die „Welt" hier eine Antwort vorschlägt, entspricht voll und ganz einer bewährten kapitalistischen Logik: eine „*massive ausländische Hilfe*" soll es bewerkstelligen, „*das wirtschaftliche Trümmerfeld aufzuräumen*". Chile sei „*in ähnlicher Lage wie Europa, bevor der Marshallplan den Wiederaufbau ermöglichte*". Die „Welt" sagt damit nicht nur etwas zu Chile, sondern deutet auf die Funktion hin, die der Marshall-Plan damals in Westeuropa zur Restaurierung der kapitalistischen Ausbeuterordnung hatte. Das ist ein Stück kapitalistischer Strategie- und Taktik-Diskussion: Gebt dem Volk zu essen, dann wird es sich mit den bestehenden Verhältnissen abfinden und ihr könnt es auf Jahre hinaus ohne viel Sorgen ausbeuten! Chile muß dem imperialistischen Kapital (getarnt als „Wirtschaftshilfe") wieder die Tür weit öffnen, und der Imperialismus und die chilenische Bourgeoisie wird sich mästen können! Das internationale Kapital weiß, daß eine längerfristige Sicherung seiner Herrschaft (auch unter einem Terror-Regime) davon abhängt, das Volk in gewissem Umfang „zufriedenzustellen".

Den Schluß dieses „richtungsweisenden" Artikels bildet eine journalistische Spitzenleistung an Beschönigung des faschistischen Terrors in Chile. Diese Absätze wollen wir nachstehend in vollem Wortlaut wiedergeben:

„*Wie wichtig die Junta die deutsche Hilfe nimmt, geht daraus hervor, daß alle Bundesrepublikaner, die wegen staatsfeindlicher Umtriebe nach dem Putsch in Chile festgenommen worden waren, ihre Pässe wiedererhielten. Es handelte sich um sechs Personen – mit einer Ausnahme, jugendliche Anarcho-Idealisten.*

So behutsam die Junta mit diesen Deutschen verfuhr, so schonend ging sie auch mit Blut und Gut der Chilenen selbst um. Es war ein Putsch, bei dem in Santiago nicht einmal der Strom ausfiel und bei dem jeder mit jedem über die stündliche Entwicklung telefonierte. Ich sah eine ausgebrannte Villa, die von einem Flugzeug zerstört worden war. Ein Regierungssender hatte von dem Haus aus zum Widerstand aufgerufen. Noch nicht einmal die Zäune der Nachbarvillen waren beschädigt.

Ich unterhielt mich mit einem Chilenen, der eine Dachwohnung auf dem historischen Hügel vor Santiago, Santa Lucia, besitzt. Während der Stunden, in denen die Moneda beschossen wurde, kamen seine Freunde, um die Szene sozusagen vom Dachgarten aus zu verfolgen. Er erzählte vergnügt, er habe Gin-Tonic offeriert.

Auf meine Frage, ob er nicht Angst gehabt habe: ‚Chilenisches Militär schießt sparsam, selbst wenn es erregt ist.'

Das war ein Snob. Aber der Ablauf der merkwürdigen Revolution gibt ihm bis heute recht." ■

165 Arbeiter abgeknallt

Ein chilenischer Bauarbeiter berichtete, wie etwa 250 Kollegen versucht hatten, die Fabrik „Pizzareno", die Baufertigteile herstellt und rund 1.800 Arbeiter beschäftigt, gegen das Militär zu verteidigen. Der Bericht ist einem Artikel aus der Illustrierten "Stern" in ihrer Ausgabe vom 27. September entnommen.

„Zwei Stunden nach dem Putsch machten wir uns bereit, die Fabrik zu verteidigen. Die Arbeiter, die gehen wollten oder keine Waffen hatten, verließen das Werk. Etwa 250 blieben zurück. Unser Verteidigungskomitee hatte schon Wochen vorher soviel Waffen besorgt wie möglich: Wir hatten eine Maschinenpistole, ungefähr 200 Revolver Kaliber 22, ein Dutzend Mauser-Gewehre und ein paar Molotow-Cocktails.

Am Nachmittag kamen Lastwagen mit Soldaten. Die Soldaten bauten einen Mörser auf, sprengten das verrammelte Werkstor und stürmten in den Hof. Wir schossen zurück. Als sie in das Gebäude eindrangen, zogen wir uns in das dritte Stockwerk zurück. Einige von uns wollten aufgeben. Mit weißen Taschentüchern liefen sie winkend auf die Soldaten zu. Sie wurden einfach abgeknallt.

Gegen vier Uhr, zweieinhalb Stunden nach Beginn des Gefechtes, ging uns schließlich die Munition aus. Wir versuchten unsere Waffen zu verstecken, was nicht allen gelang. Die Soldaten nahmen uns gefangen. Wir mußten uns auf den Boden legen, dann wurde aussortiert. Die mit Waffen auf die eine, die ohne auf die andere Seite. Die mit den Waffen wurden an Ort und Stelle umgelegt.

Die Soldaten hatten eine Liste bei sich, auf der die meisten unserer Funktionäre standen. Sie erschossen alle, die sie kriegen konnten. Als sie uns am Abend auf Lastwagen aus der Fabrik brachten, waren wir ungefähr 85 Leute. Am Mittag waren wir noch 250 gewesen."

– Französische Hafenarbeiter beschließen Boykott gegen Waffenlieferung an Chile-Militärs –

Die französische Regierung will Kriegsmaterial an die chilenische Militärjunta liefern. Nachdem dies bekannt geworden war, und sich unter den Arbeitern in der französischen Hafenstadt Le Havre große Empörung breitmach-
Havre große Empörung breitmach-
te, schickte der Bürgermeister von Le Havre, Andre Duromez (Mitglied der revisionistischen PCF), am 27. September ein Telegramm an den Regierungspräsidenten Messmer, in dem es hieß:

„Ausdauernde und einstimmige Gerüchte (?) weisen darauf hin, daß das Schiff ‚Auvergue' französisches Kriegsmaterial für die faschistischen chilenischen Generäle einladen soll. – Große Erregung in der Bevölkerung. Wir bitten (?) um genauere Informationen."

In einem Interview bestätigte Duromez dann, daß die „Gerüchte" stimmen und die Beladung des Schiffes für den 3. Oktober vorge-
Schiffes für den 3. Oktober vorge-
sehen war. Die Hafenarbeiter von Le Havre faßten daraufhin in einer Versammlung den Beschluß, diese Waffenlieferung (es handelt sich vor allem um Ersatzteile für Flugzeuge vom französischen Typ „Mirage IV") zu verhindern. Sie erklärten den Boykott. In einem Kommunique richteten sie die Aufforderung an alle europäischen Arbeiter, „eine ähnliche Stellung einzunehmen". ■

Unidos Venceremos!

► Vereint werden wir siegen! ◄

Zur Unabhängigkeits– Erklärung der Republik Guinea-Bissao

Am 24.9.73 hat die Volksversammlung von Guinea-Bissao, nachdem 2/3 des Landes von der portugiesischen Kolonialherrschaft befreit sind, einen unabhängigen Staat gegründet und mit der Bildung einer Volksregierung begonnen.

Die 120 Mitglieder der Volksversammlung waren seit einem Jahr in den befreiten Gebieten vom Volk gewählt worden. Die meisten sind Mitglieder der örtlichen Selbstverwaltungsorgane, andere kommen aus den Massenorganisationen der Arbeiter, der Jugend und der Frauen. 21 Delegierte vertreten die heute noch besetzten Gebiete Guinea-Bissaos.

Der neue Staat wurde schon von über 30 Regierungen als legitime Vertretung des Volkes von Guinea-Bissao anerkannt, außer von vielen afrikanischen und anderen Staaten der 3. Welt u.a. auch von China, der Sowjetunion und der DDR.

Guinea-Bissao ist seit 300 Jahren portugiesische Kolonie gewesen. Aber erst im Verlauf der vollständigen Aufteilung der Welt unter die Imperialisten, ungefähr seit 1880, eroberte Portugal das gesamte Gebiet gegen den erbitterten Widerstand der Afrikaner. Diese Kämpfe dauerten fast 50 Jahre. Vor 10 Jahren nahmen die Völker des Landes wieder den bewaffneten Kampf für ihre Befreiung auf. Der schnelle Erfolg dieses Kampfes ist auf verschiedene innere und äußere Faktoren zurückzuführen.

Für die Imperialisten ist das Land heute relativ uninteressant, da es keine Bodenschätze besitzt, die, wie im Fall von Angola und Mosambik, hohe Profite versprechen. Durch die Kosten des Krieges ist diese Kolonie für Portugal ein Verlustgeschäft. Angola und Mosambik grenzen direkt an das imperialistische und faschistische Südafrika und gehören zu dessen Einflußgebiet. Guinea-Bissao ist dagegen von Senegal und der Republik Guinea umgeben. Besonders die Republik Guinea stellte für die Volksbefreiungskräfte im Beginn des Kampfes ein sicheres Hinterland dar.

Die Befreiungsorganisation PAIGC (Afrikanische Partei für die Unabhängigkeit von Guinea und Cap Verde) wurde 1956 illegal gegründet. Ihr Generalsekretär war von Anfang an Amilcar Cabral. Aufgrund der Erfahrungen ihres Kampfes kam die PAIGC bald zu der Entscheidung, daß der Kampf gegen die portugiesischen Besatzer nur als bewaffneter Kampf siegen kann, daß er vom Land ausgehen und sich auf die Landbevölkerung stützen muß und daß, geleitet durch die revolutionäre Theorie, die Erfahrungen und Voraussetzungen der Massen zur Kraftquelle der Revolution gemacht werden müssen.



Die neugeschaffene Republik Guinea-Bissao – In einem Drittel des Landes, um die Städte Bissao und Bafata, kämpft die Bevölkerung noch um ihre Befreiung.

Das Ergebnis und der Beweis für die richtige Politik der PAIGC war die außergewöhnliche Einheit und gute Organisation der Befreiungsbewegung von Guinea-Bissao, eine Einheit, die erst im Kampf geschaffen wurde, da das Land von vielen verschiedenen Volksstämmen bewohnt wird.

Bald nach Beginn des Befreiungskrieges mußten sich die Besatzungstruppen in befestigte Stützpunkte zurückziehen, die aus der Luft versorgt wurden. Bei mehreren Versuchen, aus diesen Stützpunkten vorzustoßen, erlebten sie vernichtende Niederlagen. So versuchten sie, die friedliche Aufbauarbeit in den befreiten Gebieten durch Luftangriffe mit Napalm und Erntegiften zu verhindern. Die Befreiungsarmee stellte aber mit internationaler Waffenhilfe eine schlagkräftige Luftverteidigung auf, so daß die Besatzer endgültig in die strategische Defensive gedrängt wurden. Allein im 2. Quartal des Jahres 1973 wurden 18 portugiesische Maschinen abgeschossen. Die Volksbefreiungsarmee hat viele der Stützpunkte erobert und greift nun auch schon die portugiesischen Basen in den wenigen größeren Städten an.

Nationaler Aufbau und weitere Vernichtung des Feindes sind die Aufgaben der jetzigen Periode. In den befreiten Gebieten wurde eine Selbstverwaltung eingerichtet, die sich auf Dorfkomitees stützt. Diese Dorfräte kümmern sich um alle örtlichen Angelegenheiten und die Versorgung der Kämpfer (vergl. auch AK 26). Schulen, Krankenhäuser und Handelskooperativen sind entstanden, Volksgerichte sprechen das Recht der ehemals Unterdrückten. Trotz der Bombardements durch die Besatzer ist in den befreiten Gebieten die Produktion gestiegen. Einige Agrarprodukte werden sogar exportiert. Die Jugend, die in den befreiten Gebieten heranwächst, schafft ein neues Nationalbewußtsein. Die PAIGC hat 470 Jugendliche zum Studium ins Ausland geschickt, die später als Ärzte, Krankenpfleger, Lehrer, Mechaniker und Agronomen dem Volke dienen werden.

Die portugiesischen Kolonialisten haben durch die Ermordung Amilcar Cabrals im Januar 1973 und den Versuch, die PAIGC durch Agenten zu spalten, die Entwicklung aufhalten wollen. Das ist ihnen nicht gelungen. Vor kurzem wurde der portugiesische Gouverneur in Bissao, Spinola, abberufen, weil er seine liberalen Reden durch eine brutale Unterdrückungspraxis entlarvt hatte. Wenn die Kolonialisten diesen Kampf noch nicht aufgegeben haben, dann nur deshalb, weil sie Auswirkungen auf ihre anderen Kolonien fürchten.

Tatsächlich besteht zwischen den Befreiungskämpfen in Guinea-Bissao, Angola und Mosambik ein Zusammenhang, verbunden auch durch Solidarität und gegenseitige Unterstützung der Befreiungsorganisationen. Die portugiesischen Besatzer müssen ihre Kräfte zersplittern, aber ein Erfolg des Volkskrieges in einem Land unterstützt die Kämpfer in den anderen Ländern. Vereint werden sie siegen. ■

KONTAKTADRESSEN

Bremerhaven:
F. Köpsell
285 Bremerhaven 1
Postlagerkarte 00 31 60

Eutin:
H. Lankau
242 Eutin-Großmeinsdorf

Flensburg:
Peter Petersen
239 Flensburg
Postlagerkarte A 022583

Frankfurt:
K. Scholz
623 Frankfurt/M 80
Postfach 800747

Hamburg:
Postadresse:
J. Reents
2 Hamburg 13
Rutschbahn 35

Kiel:
W. D. Scheel
23 Kiel 1
Postlagerkarte 098 831 A

Westberlin:
Florian Geyer
über Sozialistisches Zentrum
1 Berlin 21
Stephanstr. 60

Kontaktadressen weiterer Vertriebsgruppen des ARBEITERKAMPF:

Göttingen:
KAG im Buchladen „Rote Straße"
34 Göttingen
Rote Straße 10
Di. 17 - 19 Uhr

Lübeck:
W. Blankschein
24 Lübeck
Postlagerkarte 082 332 A

Weitere Vertriebsgruppen:

Forts. Nahost

Wieder Krieg in Nahost

Die Schwäche des Zionismus wird deutlich

Der Mythos von der „Unbesiegbarkeit Israels" ist angeschlagen

Zu Beginn der Kämpfe waren von den zionistischen Führern noch die alten überheblichen Sprüche zu hören. Der arabische „Angriff" sei „ein Akt der Verrücktheit", man werde den Arabern „die Knochen brechen", ihnen ein „jüngstes Gericht bereiten" etc.

Übereilter Siegestaumel erfaßte auch die notorisch pro-zionistische Presse der BRD: **„Heute schlägt Israel zurück"** (Hamburger Morgenpost vom 8. Okt.),**„Israelis auf dem Vormarsch!"** (BILD vom 9. Okt.)

„Das Ganze ist doch schon gelaufen", läßt BILD einen israelischen Taxi-Fahrer prahlen, und ein Soldat erzählt Jäger-Latein: *„Wir waren auf den Golan-Höhen, ganz allein mit unserem Panzer. Dreizehn syrische Panzer griffen an. Nach drei Stunden waren sie alle zerstört."* (BILD, 9. Okt.)

Die Zionisten überschlugen sich mit Siegesmeldungen, die ihr Echo in den westdeutschen Redaktionsstuben fanden: „Die syrischen Truppen befinden sich auf einem ungeordneten Rückzug." – Die Brücken der Ägypter über den Suez-Kanal seien zerstört. – Die Ägypter seien in ihren Brückenköpfen vom Nachschub abgeschnitten und eingekreist. – 400 ihrer Panzer seien bereits vernichtet. – „Ägypter sitzen in der Falle". – „Am späten Abend sollen israelische Verbände den Suez-Kanal überschritten haben." (alles Siegesmeldungen aus BILD vom 9. Oktober)

Einen Tag später bereits war klar und mußte eingestanden werden, daß die zionistische Führung in allen Stücken wild gelogen hatte: der ägyptische Nachschub rollte weiter über den Kanal, die ägyptischen Truppen rückten östlich des Suez-Kanals vor, stürmten die für nahezu „uneinnehmbar" erklärte israelische „Bar-Lev"- Verteidigungslinie, und vernichteten israelische Panzer-Einheiten, auf den Golan-Höhen hielt die syrische Front.

„Morgenpost" vom 11. Oktober: „Die Israelis in der Klemme!"

Unabhängig vom Ausgang des Krieges läßt sich jetzt schon klar sagen, daß der Zionismus seinen Nimbus der „Unbesiegbarkeit" verloren hat, und daß auf der anderen Seite das Vertrauen der arabischen Völker in ihre eigene Kraft enorm angewachsen ist – und zwar angewachsen ist auf eine durchaus nüchterne, sachliche Weise, ohne jene euphorischen, triumphalistischen Stimmungen, wie sie z.B. noch zu Anfang des Krieges 1967 typisch waren. Das kennzeichnet eine entscheidende Wende im Kräfteverhältnis der Region.

Der Zionismus l e b t vom selbstfabrizierten Mythos seiner „Unbesiegbarkeit", von der „natürlichen Überlegenheit" des israelischen Soldaten über den arabischen etc. Dieser Mythos war von Anfang an faul. Schon den Krieg von 1967 gewann Israel nur deswegen so rasch und „elegant", weil die ägyptische Luftwaffe mit einem Schlag weitgehend zerstört werden konnte und die syrischen Truppen zum großen Teil gar nicht in die Kämpfe eingriffen.

Zugleich mit dem Mythos der „Unbesiegbarkeit" konnte der Zionismus rassistische Stimmungen gegen die Araber unter der hebräischen Bevölkerung Israels verbreiten. So wurde der Masse der Bevölkerung Israels die arrogante Meinung eingeimpft, man brauche mit den Arabern keinen friedlichen Ausgleich zu suchen, weil diese ohnehin sofort kuschen würden, sobald nur ein israelischer Panzer am Horizont auftaucht.

Ein Graf Brockdorff, dem der zionistische Rassismus offenbar sehr sympathisch ist, schrieb zu diesem Thema am 8. Oktober in der BILD: **„Auf der einen Seite Israelis – scharfer, klarer Verstand, kühl. Die Technik ist für sie ein Werkzeug. Auf der anderen Seite Araber – gefühlsbetont, leicht in Hochstimmung. Die Technik ist für viele von ihnen fremd, nicht zu begreifen."**

Die Israelis als die „blonden", „blauäugigen" „Arier" des Nahen Ostens, und die Araber als eine Sorte neuer „Juden" – klarer kann sich der Rassismus kaum ausdrücken, der heute so vielen Reaktionären den Staat Israel sympathisch macht.

Tatsächlich zeigen die Ereignisse, daß „Verstand" und „Gefühl" keine Fragen der „Mentalität" und „Rasse" sind. Die arabischen Völker haben gezeigt, daß sie die Technik meistern können, daß sie dem Gegner standhalten können und daß sie auch gegenüber Erfolgen durchaus nüchtern bleiben. Das zeigt erneut, daß nicht die „Rasse", sondern politische Bewußtheit, zunehmende Erfahrung etc. die Entwicklung bestimmen.

Der zionistische Staat muß zerschlagen werden

Der Staat Israel entstand an einem strategisch wichtigen Punkt, nahe den arabischen Ölfeldern und dem Suez-Kanal. Er entstand durch die Vertreibung von Hunderttausenden palästinensischen Arabern. Israel entstand als Brückenkopf des US-Imperialismus gegen die arabischen Befreiungsbewegungen.

Der Konflikt im Nahen Osten kann nicht anders gelöst werden als durch die Zerschlagung des zionistischen Staates. Das bedeutet nicht, „die Juden ins Meer werfen", wie nationalistische arabische Fanatiker vor 1967 formulierten. Es bedeutet nicht die Vertreibung der annähernd drei Millionen Hebräer aus der Region. Eine derartige Forderung wird heute von keinem nennenswerten arabischen Politiker mehr erhoben; dagegen gibt es sehr wohl zahlreiche israelische Politiker, die offen die Vertreibung Hunderttausender Araber aus ihren Gebieten fordern, im Namen der „historischen Grenzen Israels", die „vom Nil bis zum Euphrat" reichen sollen.

Zerschlagung des Staates Israel

Zerschlagung des Staates Israel bedeutet Beseitigung des pro-imperialistischen, nationalistischen und expansiven zionistischen Staates, und bedeutet Schaffung eines demokratischen Staates, in dem Araber und Hebräer gleichberechtigt zusammen leben werden. Die Schaffung eines solchen Staates ist selbstverständlich unmöglich ohne die aktive Beteiligung der hebräischen Bevölkerung, insbesondere der Arbeiterklasse, an diesem Kampf.

Zur Situation in Israel

Zwar haben vor dem Krieg die Klassenkämpfe in Israel einen gewissen Aufschwung erlebt, jedoch kann von einem Kampf gegen den Zionismus noch kaum die Rede sein. Dem Zionismus gelingt es noch immer, einen fast vollständigen Konsens (allgemeine Übereinstimmung) nicht nur für den Staat Israel, sondern sogar für die Eingliederung der besetzten Gebiete zu erreichen.

Es gibt in Israel praktisch nur eine Partei, die als anti-zionistisch betrachtet werden kann, obwohl sogar sie für die Existenz des Staates Israel eintritt. Diese Partei ist die Kommunistische Partei, Rakach, die bei den letzten Wahlen 1969 kaum 2 % der Stimmen bekam. Alle anderen Parteien, darunter die regierende „Arbeiterpartei" von Golda Meir & Co., sind zionistisch, z.T. sogar extrem expansionistisch und nationalistisch.

Allerdings zeigte sich bei den diesjährigen Gewerkschafts-Wahlen („Histadrut") eine neue Kraft, die auf Anhieb einige Positionen gewann, nämlich die Liste der „Schwarzen Panther", die als unorganisierte Bewegung schon seit mehreren Jahren bestehen. Die „Schwarzen Panther" wollen die Interessen der aus den orientalischen Ländern eingewanderten Juden vertreten, die zwar die Mehrheit der Bevölkerung sind, aber gesellschaftlich stark benachteiligt werden.

Bemerkenswert ist auch, daß in diesem Jahr erstmals israelische Juden zusammen mit Arabern vor Gericht standen. Sie waren Mitglieder der Gruppe „Rote Front", die militant antizionistisch ist und anscheinend mit der palästinensischen Befreiungs-Organisation FPDLP (Demokratische Volksfront) sympathisiert. Der zionistische Staat bestrafte die Mitglieder der „Roten Front" beispielhaft hart, indem er sie unter dem absurden und diffamierenden Vorwurf der „Spionage gegen Israel" zu Strafen zwischen 17 und 5 Jahren verurteilte! Jede arabisch-hebräische Zusammenarbeit bedeutet für den Zionismus einen Schlag und wird entsprechend demagogisch diffamiert und brutal unterdrückt. „Zusammenarbeit" mit Arabern darf es nur auf der Basis geben, daß diese als billige Arbeitskräfte auf dem Bau und in der Landwirtschaft beschäftigt werden.

Die Entwicklung des anti-zionistischen Kampfes in Israel steht erst an ihrem Beginn, auch wenn einige chronisch jubilierende westdeutsche „Linke" mitunter das Gegenteil behaupten.

Der jetzige Krieg dürfte zu einer Polarisierung in Israel führen: einerseits Stärkung der chauvinistischen, extrem anti-arabischen Elemente, verbunden mit verstärkter Reaktion auch in der israelischen Innenpolitik; auf der anderen Seite aber auch Ablehnung für die expansive und aggressive Politik des Zionismus, die Haut zu Markte zu tragen, und wachsende Einsicht in die Notwendigkeit eines Ausgleichs mit den Arabern. ■

„Israelische Expansion"



Der Plan der zionistischen Weltorganisation für die Versailler Friedenskonferenz 1919



Palestina unter britischem Mandat



Der Teilungsvorschlag der UNO für Palestina Israelischer Teil



Gebiete, die Israel 1949 zusätzlich zum UNO-Vorschlag annektierte

Gebiete, die israelische Truppen 1956 besetzten



Gebiete, die Israel nach seinem Angriffskrieg von 1967 besetzt hält

Inhalt